1. Tagung des 10. Parteitages
19. bis 21. Juni 2026 in Potsdam

Antragsheft II

Die Linke

Inhalt

Berichte ..... Seite 5

Bericht der Bundestagsfraktion ..... Seite 7
Bericht der Europäischen Linken ..... Seite 16
Bericht des Jugendverbandes ..... Seite 18
Bericht des Studierendenverbandes ..... Seite 21

Anträge ..... Seite 25

Anträge mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft ..... Seite 27
Anträge mit überwiegendem Bezug zur Partei ..... Seite 125
Anträge zur Satzung ..... Seite 191
Anträge zur Wahlordnung ..... Seite 201

Impressum/Kontakt

Bundesgeschäftsstelle der Partei Die Linke
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Redaktionsschluss: 20. Mai 2026

Hinweis zu Kandidaturen

Alle bis **3. Juni 2026** eingegangenen Kandidaturen werden im Antragsheft 3 veröffentlicht.

Kandidaturen für den Parteivorstand und die Bundesschiedskommission können online über dieses Formular angemeldet werden: *www.die-linke.de/kandidieren*.

Alle bisher eingegangenen Kandidaturen sind online hier zu finden: *www.die-linke.de/pv-kandidaturen*.

Berichte

Liebe Genoss*innen,

hinter uns liegt ein besonderes erstes Jahr der neuen Fraktion – ein Jahr, das in vielerlei Hinsicht fordernd, bewegend und politisch prägend war. Seit der Konstituierung des 21. Deutschen Bundestages am 25. März 2025 arbeiten wir wieder als linke Fraktion in der Opposition. Ein Jahr, in dem wir nicht nur der neuen Bundesregierung entschlossen entgegentreten, sondern zugleich im Inneren fast alles neu aufbauen mussten.

Nach der Spaltung und den tiefen Einschnitten der vergangenen Jahre war vieles, was unsere parlamentarische Arbeit einmal getragen hat, nicht mehr selbstverständlich: gewachsene Strukturen, eingespielte Abläufe, personelle Kontinuität. Vieles musste neu entstehen – mit vielen neuen Abgeordneten, neuen Teams, neuen Verantwortlichkeiten und hohen Erwartungen an uns selbst. Eine Fraktion wächst unter solchen Bedingungen nicht über Nacht zusammen. Es brauchte Geduld, Offenheit, manchmal auch harte Debatten – vor allem aber Solidarität, Vertrauen und die Bereitschaft, füreinander Verantwortung zu übernehmen.

Wenn wir heute auf dieses erste Jahr zurückblicken, dann tun wir das auch mit Stolz. Nicht, weil alles leicht war. Sondern weil wir gemeinsam gezeigt haben, dass Die Linke auch unter schwierigen Bedingungen handlungsfähig bleibt – als konsequente Opposition, als parlamentarische Stimme für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie, und als politische Kraft an der Seite derjenigen, die in diesem Land auf Veränderung hoffen und sie dringend brauchen. Eine große Stärke in diesem ersten Jahr war dabei auch die enge Abstimmung mit unserer Partei auf allen Ebenen – und ganz besonders das vertrauensvolle Miteinander mit Ines und Jan.

Was dieser Bericht nicht vollständig abbilden kann, ist die Arbeit hinter den Kulissen: Der enorme Einsatz unserer Beschäftigten in der Fraktion und in den Büros, das Hineinwachsen vieler neuer Kolleginnen und Kollegen in ihre Aufgaben – und der Zusammenhalt, den wir in diesem ersten Jahr oft mehr gebraucht haben, als man von außen sehen konnte. Dafür möchten wir an dieser Stelle ausdrücklich Danke sagen.

Der folgende Bericht gibt einen Überblick über die Arbeit der Bundestagsfraktion im Zeitraum vom 25. März 2025 bis zum 11. Mai 2026. Er zeigt, was wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, in der gebotenen Sachlichkeit und Transparenz. Und er zeigt auch: Diese Fraktion ist zurück – und sie ist gekommen, um sich einzumischen.

Solidarische Grüße

Heidi und Sören

Sitzungen der Bundestagsfraktion

In einer Fraktionssitzung im Deutschen Bundestag kommen die Abgeordneten der Partei Die Linke zusammen, um ihre parlamentarische Arbeit zu koordinieren, inhaltliche Positionen festzulegen und Abstimmungen im Plenum vorzubereiten. Diese Treffen finden in der Regel am Dienstagnachmittag einer Sitzungswoche statt – parallel zu den Sitzungen der anderen Fraktionen. Der Fraktionssitzung vorgelagert tagen Montagmittag der Parlamentarische Vorstand und Montagnachmittag der Fraktionsvorstand. Dienstagsvormittags finden sie Sitzungen der Arbeitskreise statt.

Die Bundestagsfraktion ist während des Berichtzeitraums zu 27 regulären Sitzungen und fünf Sondersitzungen zusammenkommen. An den regulären Fraktionssitzungen haben im Schnitt 56 Abgeordnete teilgenommen, sieben waren im Schnitt aufgrund von Krankheit, familiärer Verpflichtungen oder politischen Terminen entschuldigt, eine Person fehlte im Schnitt unentschuldigt. Die Sondersitzungen waren wegen folgender Vorkommnisse notwendig: Zwei Sondersitzungen am 06.05.2026 zur Wahl des Kanzlers, eine Sondersitzung am 26.06.2026 nach der nichterfolgten Wahl von Mitgliedern unserer Fraktion u.a. in das Parlamentarische Kontrollgremium, sowie zwei Sondersitzungen am 11.07.2026 nach den verpatzen Wahlen der Richerinnen zum Bundesverfassungsgericht.

Der Fraktionsvorstand hat im gleichen Zeitraum 28-mal getagt. Bis zu seiner Wahl am 24.06.2025 wurde die Aufgabe vom Interims-Vorstand übernommen, der gemäß der vorläufig am 25.02.2025 verabschiedeten Geschäftsordnung der Fraktion aus den Fraktions- und Parteivorsitzenden, sowie dem 1. PGF bestand (Zusammensetzung nach dem 24.06.: siehe Seite 8). Während des Berichtzeitraums hat im Schnitt eine Person entschuldigt gefehlt – hauptsächlich wegen Verpflichtungen aufgrund des politischen Amtes an Parallelterminen.

Parlamentarische Initiativen

Im Deutschen Bundestag gibt es zahlreiche parlamentarische Initiativen, die hauptsächlich aus Gesetzentwürfen, Anträgen und Anfragen bestehen. Die Fraktion Die Linke ist mit über 400 Kleinen Anfragen und über 100 selbständigen Anträgen in der Oppositionsrolle aktiv, während Gesetzesinitiativen oft von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD eingebracht werden.

Im Berichtszeitraum hat die Fraktion **113 Anträge, 4 Änderungsanträge, 12 Entschließungsanträge** und **5 Gesetzentwürfe** eingebracht, die entweder mit oder ohne Debatte direkt in die Ausschüsse zur Behandlung überwiesen oder aber den Gesetzentwürfen der Bundesregierung beigelegt wurden, damit für die Dauer des Gesetzgebungsverfahren linke Alternativvorschläge und Ideen erkennbar sind. Bis zum Redaktionsschluss hat die Fraktion **429 Kleine Anfragen** und **3 Große Anfragen** zur Kontrolle der Bundesregierung gestellt.

Die Zahlen liegen hinter denen der Vergangenheit, das hat vor allem zwei Gründe: Zum einen hat die neue Fraktion sich thematisch fokussiert und zum anderen sind viele neue Abgeordnete in den Bundestag eingezogen. Diese haben erst, nachdem im Mai/Juni 2025 Klarheit über ihre thematische Zuständigkeit und Ausschuss-Mitgliedschaft hergestellt war, wissenschaftliches Personal einstellen können.

Aufsetzungen

Der Fraktion Die Linke stehen pro Sitzungswoche drei Debattenslots auf der Tagesordnung des Bundestages zu, die im Ältestenrat vereinbart wird. Darüber hinaus hat die Fraktion die Möglichkeit, Anträge ohne Debatte direkt in die Ausschüsse zu überweisen, oder sich über Änderungs- und/oder Entschließungsanträge an die Vorhaben der Bundesregierung oder anderer Fraktionen Gehör zu verschaffen.

Um hier nicht knapp 90 Anträge aufzulisten, werden schlagwortartig Themen genannt, die die Fraktion Die Linke aufgesetzt hat, damit es dazu eine Debatte im Bundestag gab: Tarifbindung, Atomtransporte, Klimageld, Stadtentwicklung, Elterngeld, Bauturbo, Wehrpflicht, Finanzkriminalität, Chatkontrolle, EU-Sicherheit, Bauwende, Arbeitszeit, Verbraucherschutz, Mietwucher, Tierschutz, Kommunalfinanzen, Gaza, Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, Kranken- und Pflegeversicherung, Demokratie, Preiserhöhungen bei Lebensmitteln, Kooperationsverbot, Queer-Politik, Rente, Vermögensteuer, Straffreiheit bei Schwarzfahren, Friedenspolitik im Sudan, Erbschaftsteuer, Arbeitsbedingungen in der Paketzustellung, Entmilitarisierung des Gesundheitswesens, Iran, Verkehrswende, Demokratische Schule schützen, Bundeswehr raus aus Schulen, Recht auf Heizen, Antirassismus, Völkerrecht, Unterhaltsvorschuss Alleinerziehende, Schutz wohnungsloser Frauen, Zukunft der Automobilindustrie, Rekommunalisierung, Arzttermine, Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder betriebliche Mitbestimmung.

Aktuelle Stunden

In einer Aktuellen Stunde können Themen von allgemeinem aktuellen Interesse diskutiert werden. Sie findet auf Verlangen einer Fraktion oder von mindestens fünf Prozent der Abgeordneten oder durch Vereinbarung im Ältestenrat statt. Die Anzahl der Aktuellen Stunden pro Fraktion errechnet sich nach einem Schlüssel auf Grundlage ihrer Größe im Bundestag und bisher beantragten Stunden. Die Fraktion Die Linke hat im Berichtzeitraum folgende Aktuellen Stunden beantragt:

- Humanitäre Katastrophe in Gaza (5.6.2025)
- Bericht der Sonderbeauftragten für die Maskenbeschaffung – Volle Transparenz und Aufklärung jetzt (25.6.2025)
- Soziale und ökologische Industriepolitik – Arbeitsplätze schützen, Zukunft gerecht gestalten (10.10.2025)
- Lehren aus dem Siebten Armuts- und Reichtumsbericht ziehen – Armut bekämpfen, Reichtum besteuern (17.12.2025)
- Krankheitstage, Teilzeit, Acht-Stunden-Tag – Aushöhlung von Beschäftigtenrechten verhindern (28.1.2026)
- Kunst-, Kultur- und Meinungsfreiheit verteidigen – Einschränkungen durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien beenden (20.3.2026)
- Demokratie leben – Engagement schützen, Förderstrukturen erhalten (27.3.2026)
- Militärische Eskalation und humanitäre Notlage im Libanon (17.4.2026)

Klausuren

Traditionell trifft sich die Bundestagsfraktion zweimal im Jahr zu einer Klausur: zu einer dreitägigen direkt am Jahresbeginn und einer zweitägigen im September am Ende der parlamentarischen Sommerpause. In den Berichtszeitraum fallen drei Klausuren der Fraktion – die erste schloss unmittelbar an die Konstituierung des aktuellen Bundestags und damit dem Ende des letzten Berichtes an.

26.–28.3.2025: Bei ihrer ersten Klausurtagung nach der Bundestagswahl kam die neu gewählte Bundestagsfraktion Ende März in Potsdam zusammen, um sich politisch, organisatorisch und strategisch für die neue Wahlperiode aufzustellen. Im Mittelpunkt stand aber zunächst das gegenseitige Kennenlernen und die Verständigung darüber, mit welchem politischen Anspruch die Fraktion in den Bundestag startet. Zugleich wurden mit einem 100-Tage-Plan bereits erste konkrete politische Vorhaben auf den Weg gebracht – darunter Initiativen zu Mieten, Preisentlastung bei Grundbedarfen, Vermögensbesteuerung und der Verteidigung zivilgesellschaftlicher Räume. Damit machte die Fraktion früh deutlich, dass sie soziale Opposition und gesellschaftliche Intervention zusammen denken will.

An den folgenden Tagen stand die strategische Ausrichtung der neuen Fraktion im Zentrum: Welche Rolle soll Die Linke im Parlament spielen, welche politischen Konflikte will sie zuspitzen und welche Schwerpunkte sollen die kommenden Jahre prägen? In Arbeitsgruppen wurden zentrale Fokus- und Schwerpunkt-Themen entwickelt, Erwartungen an die Zusammenarbeit formuliert, der Wiederaufbau von internen Strukturen besprochen und erste gemeinsame Linien für die parlamentarische Arbeit gezogen. Abgerundet wurde die Klausur durch Debatten über die Lehren aus der Kommunikationsstrategie aus dem Wahlkampf und öffentliche Sichtbarkeit. Insgesamt markierte die Klausur den politischen Auftakt einer neuen Fraktion, die sich programmatisch schärfen, intern zusammenfinden und als kämpferische linke Oppositionskraft positionieren will.

2.–3.9.2025: Auf ihrer Klausur Anfang September in Gelsenkirchen diskutierte die Bundestagsfraktion ihre strategische Aufstellung nach der Bundestagswahl und die Frage, welche Rolle sie in Parlament und außerparlamentarischen Auseinandersetzungen einnehmen will. Im Mittelpunkt standen dabei die politische Verortung der Partei, der Umgang mit dem gesellschaftlichen Rechtsruck sowie die Frage, wie sich linke Opposition im Bundestag sichtbarer und konfliktfähiger aufstellen kann. Gleichzeitig befasste sich die Fraktion mit den anstehenden Haushaltsberatungen, dem Umgang mit Sondervermögen und den politischen Prioritäten bis zum Jahresende.

Am zweiten Tag wurde die strategische Debatte mit Blick auf das Parteiensystem, das Verhältnis zu anderen Fraktionen und innerfraktionelle Verständigungsprozesse fortgeführt. Hinzu kamen inhaltliche Schwerpunkte wie die dramatische Finanzlage vieler Kommunen und die Forderung nach einer stärkeren öffentlichen Finanzierung vor Ort. Die Klausur war insgesamt stark auf strategische Selbstvergewisserung, antifaschistische Profilbildung und die Vorbereitung kommender parlamentarischer Auseinandersetzungen ausgerichtet.

7.–9.1.2026: Im Rahmen ihrer dreitägigen Klausur zum Jahresbeginn zog die Bundestagsfraktion in Bad Saarow zunächst Bilanz über das erste gemeinsame Jahr sowie den bisherigen Strategieprozess. Auf Grundlage qualitativer Umfragen und weiterer empirischer Auswertungen diskutierten die Abgeordneten in verschiedenen Formaten, welche politischen Schlussfolgerungen sich daraus für die künftige Arbeit ergeben. Bereits zum Auftakt wurde deutlich: Die Fraktion will ihre politische Arbeit stärker an gesellschaftlichen Konflikten und konkreten Alltagserfahrungen der Menschen ausrichten.

In den folgenden Tagen standen die inhaltliche und organisatorische Aufstellung für 2026 im Mittelpunkt. Diskutiert wurden insbesondere politische Antworten auf Angriffe auf den Sozialstaat, die Festlegung des, neben der Mietenpolitik, neuen Fokusthemas „Bezahlbarkeit des Leben“, das von den Schwerpunkten „Soziale Gerechtigkeit“,, „Antimilitarisierung“ und „Autoritäre Wende“ flankiert wurde, sowie die Frage, wie die Fraktion künftig im Parlament und untereinander schlagkräftiger arbeiten kann. Der Abschluss um strategische Perspektiven für 2026 – von Antimilitarisierung und Antifaschismus bis zur engeren Zusammenarbeit mit linken Kräften in den Landesparlamenten, wurde in regulären Fraktionssitzungen nachgeholt, da ein Schneesturm einen frühzeitigen Abbruch zur Folge hatte. Insgesamt war die Klausur klar auf Zuspitzung, Profilbildung und eine offensivere Oppositionsarbeit ausgerichtet.

Fraktionsaufbau

Die Fraktion hat sich in ihrer ersten Klausur darauf verständigt, den Fraktionsaufbau in kollektiven Prozessen anzugehen. Das bedeutet, dass zu allen wichtigen Entscheidungen mindestens zwei Lesungen eingeplant wurden, damit die Abgeordneten sich einbringen und mitentscheiden konnten. Wir hatten wirklich alle Hände voll zu tun, um die Arbeitsfähigkeit der neuen Fraktion herzustellen, die dazu notwenigen Strukturen wieder aufzubauen und personell zu unterlegen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die vollständige Auslastung des Stellenplans erst im April 2026 erreicht werden konnte. Bewerbungsverfahren brauchen Zeit und auch Menschen, die sich darum kümmern. Die 28-köpfige Gruppe hatte zuletzt 49 Beschäftigte, von denen uns bis Ende März 2025 noch mehr als ein Dutzend verlassen hat, weil sie sich weit vor der Bundestagswahl um andere Jobs bemüht hatten. Somit startete der gesamte Aufbau der neuen Bundestagsfraktion mit knapp 30 Leuten im Hintergrund – das war nicht nur für die neuen Abgeordneten herausfordernd, sondern auch eine Mammutaufgabe für die Fraktionsbeschäftigten.

Die Fraktion hat in kollektiven Prozessen seit Ende März 2025 viel erreicht: Sie hat sich einvernehmlich auf eine Struktur der Arbeitskreise verständigt, die Ausschüsse im Bundestag besetzt und einen Stellenplan auf den Weg gebracht. Im Anschluss daran hat sich die Fraktion auf die Sprecher*innen der jeweiligen Fachgebiete verständigt und ihre Ordnungen (Geschäftsordnung, Finanzordnung, Wahlordnung) aktualisiert. Diese bildeten die Grundlage für die Wahl des Fraktionsvorstands, die geräuschlos Ende Juni 2025 das Ende des Strukturaufbaus markierte.

Struktur der Arbeitskreise

Die Fraktion hat am 07.05.2026 beschlossen, sich in fünf Arbeitskreise aufzuteilen, in denen die inhaltliche Arbeit der Fachausschüsse und der Fraktion erarbeitet wird:

- AK I: Arbeit, Umverteilung und soziale Sicherheit
- AK II: Wohnen, Mobilität und Klimaschutz
- AK III: Gesundheit, Bildung und Lebensweisen
- AK IV: Recht, Demokratie und Antifaschismus
- AK V: Internationales, Menschenrechte und Frieden

Zuordnung und Besetzung der Fachausschüsse

Die ständigen Ausschüsse werden in jeder Wahlperiode neu benannt und besetzt. Dabei hat der Bundestag nicht völlig freie Hand, denn einige Ausschüsse schreibt das Grundgesetz vor und andere ergeben sich zwangsläufig aus bestimmten gesetzlichen Formulierungen. Zu diesen Ausschüssen gehören zum Beispiel der Petitionsausschuss und der Verteidigungsausschuss. Den Großteil der ständigen Ausschüsse bildet der Bundestag aber als Spiegelbild der Regierung: In der Regel steht je einem Bundesministerium ein ständiger Ausschuss gegenüber. Darüber hinaus kann das Parlament einzelne Politikbereiche durch zusätzliche Ausschüsse betonen.

Die Anzahl der Mitglieder ist von Ausschuss zu Ausschuss unterschiedlich und richtet sich nach dem zu erwartenden Arbeitsaufwand. Die Sitze im Ausschuss werden entsprechend dem Kräfteverhältnis im Plenum verteilt. Proportional zu ihrem Anteil im Bundestag hat jede Fraktion Anspruch auf eine bestimmte Zahl von Mitgliedern in den Ausschüssen. Welcher Abgeordnete in welchem Ausschuss mitarbeitet, entscheiden die Fraktionen. Die Fraktion Die Linke hat auf ihrer Sitzung am 13.05.2025 entschieden, welche Abgeordneten in welchen Ausschuss entsendet werden und war bemüht, dabei möglichst viele Wünsche der Abgeordneten zu erfüllen (über Abfragen im Vorfeld).

Da es mehr Ausschussplätze als Mitglieder der Fraktion Die Linke gibt, arbeiten viele Abgeordnete in mehr als einem Ausschuss. Die 1. PGF geht qua Amt automatisch in den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

Fachausschüsse des AK I: Arbeit und Soziales; Wirtschaft und Energie; Finanzen und Haushalt.

Fachausschüsse des AK II: Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen; Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit; Verkehr; Landwirtschaft, Ernährung und Heimat; Tourismus, sowie der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen

Fachausschüsse des AK III: Gesundheit; Bildung, Familie, Senioren Frauen und Jugend; Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung; Petitionen; Sport und Ehrenamt, sowie die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“

Fachausschüsse des AK IV: Innen; Recht und Verbraucherschutz; Digitales und Staatsmodernisierung; Kultur und Medien

Fachausschüsse des AK V: Auswärtiges; Verteidigung; Angelegenheiten der EU; Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschussvorsitze

Die Ausschussvorsitzenden haben eine bedeutende Position: Sie bereiten die Sitzungen vor, berufen sie ein und leiten sie. Wie die Ausschüsse zu ihren Vorsitzenden und Stellvertretern kommen, handeln die Fraktionen untereinander aus. Kommt es zu keiner Einigung – wie nach der letzten Wahl –, wird das so genannte Zugreifverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers angewendet.

Mit einer mathematischen Formel wird das Stärkeverhältnis der Fraktionen in eine Zugriffsreihenfolge umgerechnet. Sie legt fest, in welcher Reihenfolge die Fraktionen ihre Besetzungswünsche angeben können. Gewählt werden die Vorsitzenden dann in den jeweiligen Ausschüssen selbst – diese Wahlen fanden am 20.5.2025 statt.

Die Fraktion Die Linke stellt den Vorsitz in zwei Ausschüssen:

1.) Caren Lay ist Vorsitzende des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen.

2.) Lorenz Gösta Beutin ist Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Neben den Vorsitzenden nehmen die Obleute eine Schlüsselstellung in den Ausschüssen ein: Jede Fraktion bestimmt für jeden Ausschuss einen „Obmann" oder eine „Obfrau", der/die für die Fraktionsführungen Hauptansprechpartner ist. Die Obleute bestimmen einerseits den Kurs ihrer Fraktion in den einzelnen Ausschüssen maßgeblich mit. Andererseits sind sie Schlichtungsinstanz, wenn es bei Verhandlungen zu Konflikten kommt.

Stellenplan der Fraktion

Am 20.05.2025 hat die Fraktion auf ihrer Sitzung in zweiter Lesung den Stellenplan und den Haushalt der Fraktion ohne Gegenstimmen beschlossen. Die letzten Stellen wurden im April 2026 besetzt.

Fachpolitische Sprecher*innen

Am 03.06.2025 hat die Fraktion auf ihrer Sitzung ihre fachpolitischen Sprecher*innen gewählt. Diese können bei Interesse hier eingesehen werden:

https://www.dielinkebt.de/sprecherinnen

Frauenpolitische Sprecherin

Am 03.06.2025 hat die Fraktion ihre Sitzung unterbrochen, zur Durchführung eines Frauenplenums zur Wahl der Frauenpolitischen Sprecherin. Gewählt wurde Kathrin Gebel. Das Frauenplenum hat zusätzlich beschlossen, der Fraktion vorzuschlagen, dass dieses Amt zur Wahl als stellvertretende Fraktionsvorsitzende gestellt wird.

Ordnungen der Fraktion

Am 03.06.2025 hat die Fraktion auf ihrer Sitzung die Geschäfts-, Finanz- und Wahlordnung einstimmig beschlossen – sie bilden nicht nur die Grundlage für die Arbeit der Bundestagsfraktion, sondern auch für die Wahl des Fraktionsvorstands.

Fraktionsvorstand

Am 24.06.2025 hat die Fraktion im Rahmen ihrer regulären Sitzung die Wahlen zum Fraktionsvorstand durchgeführt. Gewählt wurden:

- Fraktionsvorsitzende: Heidi Reichinnek & Sören Pellmann
- 1. Parlamentarische Geschäftsführerin: Ina Latendorf
- Leitungen der fünf Arbeitskreise
  - Janine Wissler, AK I
  - Luigi Pantisano, AK II
  - Nicole Gohlke, AK III
  - Clara Bünger, AK IV
  - Desiree Becker, AK V
- Frauenpolitische Sprecherin (vom Frauenplenum gewählt): Kathrin Gebel

Die AK-Leitungen und die frauenpolitische Sprecherin wurden zudem von der Fraktion zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Dem Fraktionsvorstand gehören zudem qua Geschäftsordnung die beiden Parteivorsitzenden mit vollem Stimmrecht an, sowie der Bundestagsvizepräsident mit beratender Stimme.

Wechsel in der Fraktion

Aus gesundheitlichen Gründen hat der Bundestagsabgeordnete Uwe Foullong sein Mandat zum 31.07.2025 niedergelegt. Er war über die NRW-Landesliste der Partei Die Linke in den Deutschen Bundestag eingezogen und hat im Finanzausschuss gearbeitet. Lizzy Schubert ist über die Landesliste NRW am 01.08.2025 in den Bundestag nachgerückt.

Interne Schulungen

Noch bevor der Bundestag ins Arbeiten gekommen ist, hat die Fraktion damit begonnen, die neuen Abgeordneten und erste neue Beschäftigte zu schulen. Bislang sind folgende Schulungen durchgeführt worden:

- Aufgaben, Funktionen und Arbeitsweise der Arbeitsgruppen und Arbeitskreise
- Parlamentarisches Fragerecht
- Best Practice für Büroleitungen (von erfahrenen Büroleitungen)
- Arbeitsweisen neuer Abteilungen vor Behandlung Stellenplan
  - u. a. das neue Vorstandsbüro, die KOM und die Regionalteams
- Rechte im Ausschuss
- Medientraining und Öffentlichkeitsarbeit
- Parlamentarische Initiativen und Aufsetzungsplanung
- Parlamentarische Beobachtung
- Pressearbeit

Öffentlichkeitsarbeit

Mit Blick auf die Kommunikationsstrategie im Wahlkampf hat die Bundestagsfraktion ihre Öffentlichkeitsarbeit neu aufgebaut und in der KOM zusammengefasst. Hier laufen zusammen: Produktion/Bild, Social Media Hub, Parlamentarische Kommunikation, sowie die Redaktion, das Marketing und der Vertrieb.

Zudem hat die Fraktion ein Versandportal eingerichtet, über das die Broschüren, Flyer, Sticker, Verteilzeitungen etc. bestellt werden können:

https://versand.dielinkebt.de

Veranstaltungen

Neben zahlreichen Fachgesprächen, die von den Arbeitsgruppen und/oder den Arbeitskreisen organisiert werden, den Veranstaltungen der Silberlocken und der Präsenz der Fraktion beim Tag der offenen Tür im Bundestag oder auf dem Bundesparteitag der Partei Die Linke, hier eine Auswahl von öffentlichen Großveranstaltungen:

- Mietengipfel „Deckel drauf!“, 04.07.2025
- 16. Queerempfang, 10.07.2025

- Konferenz zur (Selbst-)Verteidigung der Zivilgesellschaft, 11.07.2025
- Zur Zukunft der Stahlindustrie, 19.11.2025
- Kita-Gipfel, 20.11.2025
- Automobil-Gipfel Zwickau, 10.03.2026
- Mission Bezahlbarkeit, 14.04.2026
- Lesen gegen das Vergessen, 10.05.2026
- Zur Zukunft der Chemieindustrie in Leuna, 02.06.2026
- Unfollow Bundeswehr, das Anti-Wehrpflicht-Festival, 13.06.2026
- Zur Zukunft der Automobilindustrie, 16.06.2026
- Bundesweite Betriebsrätekonferenz, 13.11.2026

Alle Veranstaltungen werden hier vorangekündigt:

www.dielinkebt.de/service/termine

Zusammenarbeit mit der Partei

Die Fraktions- und Parteivorsitzenden haben ein wöchentliches Austauschformat. Die Parteivorsitzenden nehmen regelmäßig an den (Vorstands-)Sitzungen der Fraktion teil, die Fraktionsvorsitzenden an den Sitzungen des Parteivorstands und des Parteirats. Die Fraktionsvorsitzenden teilen sich selbstverständlich auf. Sind sie verhindert, ist durch die Teilnahme des Vorstandsbüro der Bundestagsfraktion sichergestellt, dass die Fraktion anwesend ist. Was zu Zeiten der Gruppe etabliert wurde, ist mittlerweile fester Bestandteil der Arbeit zwischen Partei und Bundestagsfraktion und gehört zum Selbstverständnis der Zusammenarbeit.

Zudem sind auch auf Arbeitsebene belastbare Arbeitsstrukturen zwischen dem Fraktionsapparat im Bundestag und der Parteizentrale im Karl-Liebknecht-Haus etabliert. Ob Vorstand, Presse oder Öffentlichkeitsarbeit: Formate wie Absprachen in gemeinsamen Morgenrunden oder digitale Info-Runden vor einer Sitzungswoche sorgen dafür, dass die Arbeit unter den Häusern miteinander verzahnt wird.

Darüber hinaus informieren die beiden Fraktionsvorsitzenden aus jeder Sitzungswoche die Landesvorsitzenden und die Mitglieder im Parteivorstand und Parteirat, was Die Linke im Bundestag tut, um auch auf diesem Weg sicherzustellen, dass niemand aus der Zeitung überrascht wird.

Bericht der Leitungsmitglieder aus der Partei der Europäischen Linken

Die Partei der Europäischen Linken (EL) wurde 2004 mit dem Ziel gegründet, neue Formen europäischer Kooperationsfähigkeit linker Parteien in Europa zu ermöglichen und in einem solidarischen Prozess die Umrisse einer demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Basis für die Gesellschaft aufzuzeigen. So sollten gemeinsame strategische Positionen für die aktive politische Interventionsfähigkeit linker Parteien im europäischen Integrationsprozess abgesteckt werden. Vor dem Hintergrund der gesammelten Erfahrungen einer vor allem auf Austausch nationaler Parteipositionen gerichteten losen Zusammenarbeit (z.B. NELF) verständigten sich die Gründungsparteien auf die bewusste und explizite Kooperation in einer gemeinsamen europäischen politischen Partei. Sie griffen dabei produktiv Forderungen und Vorschläge der Alter-Globalisierungsbewegung auf: Ein anderes Europa ist möglich.

In den vergangenen 20 Jahren hat die EL v.a. immer ihre Kritik an dem einseitig ausgerichteten neoliberalen Grundkurs bekräftigt und deshalb die notwendigen sozialen und demokratischen Gegenstrategien und die Vertiefung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten ins Zentrum eigener Alternativen gerückt. Auch eine Militarisierung der europäischen GASP und ESVP hat sie konsequent abgelehnt. Nach Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages v.a. in Frankreich und den Niederlanden und seit Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages haben sich Verständnis und Arbeitsformen der EL zunehmend in Richtung eines „Dachverbandes", einer „Partei der Parteien" verändert, was auch Auswirkungen auf die Leitungs- und Beschlussstruktur sowie die Arbeitsweise der Mitgliedsparteien hatte.

Seit ihrem Wiener Kongress hat sich die EL innerhalb der vergangenen drei Jahre einem Reform- und Erneuerungsprozess gewidmet. Dieser stellt sich sowohl Aspekten der organisatorischen Struktur als auch der eigenen politischen Interventionsfähigkeit. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden die politisch-strategische Ausrichtung und auch organisatorische Grundlagen diskutiert sowie notwendige Schlussfolgerungen aufgezeigt. Als Partei Die Linke haben wir uns umfänglich an diesem Erneuerungs- und Reformprozess beteiligt, der in drei Phasen verlief:

1. Phase: Positionierung der 26 Mitgliedsparteien – was streben wir mit welchem Ziel an?
2. Phase: Diskussionsphase zu den Vorschlägen und Überführung in das Statut – erste Festlegungen.
3. Phase: Präzisierung und Konkretisierung – gemeinsamer Beschluss – kollektive Führung der EL.

In diesen drei Phasen haben wir die gemeinschaftliche Entscheidungsfindung und -fähigkeit (z. B. Auslegung des Konsensprinzips) spezifiziert und gemeinsam Möglichkeiten erarbeitet, wie die Aktionsfähigkeit und Ausstrahlung in die Öffentlichkeit durch Mehrheitsbeschlüsse erhöht werden kann, einschließlich von Entscheidungen zu gemeinsamen Wahlantritten (z. B. im Rahmen der Spitzenkandidatur in den Europawahlen). Es wurden im Rahmen der Satzungsdebatte inklusive, transparente und basisdemokratische Elemente gestärkt, die Themen der individuellen Mitgliedschaften und außereuropäischen Mitglieder bearbeitet, sowie die Kommunikations- und Kampagnenfähigkeit mit einer Housing-Kampagne untermauert. Zuletzt wurde die EL-Leitungsstruktur – auf Einbringung der Partei Die Linke – in Richtung einer auf Transparenz und Verantwortungsübernahme ausgerichteten Kultur der kollektiven Führung auf dem 8. EL-Kongress (17. bis 19. April

2026) beschlossen. Dies ist in den nächsten Monaten durch alle Mitgliedsparteien mit Leben auszufüllen. In diesem Sinne sind wir dem Beschluss des Parteivorstandes 2025/314 nachgekommen und haben den Reform- und Erneuerungsprozess maßgeblich mitgestaltet.

Parallel dazu gründete sich im Juni 2025 mit einer neuen Parteienplattform – der „Allianz der Europäischen Linken für die Menschen und den Planeten“ (kurz ELA) – eine zweite europäische politische Partei. Ihr gehören Parteien an, die die EL verlassen haben, sowie auch neue, bislang die europäische Parteienlogik nicht mittragende Parteien. Auch diese Partei bekräftigt vor allem die soziale, menschenrechtliche und demokratische Dimension ihrer Forderungen an die EU. Sie ist über ihre gewählten Abgeordneten gemeinsam mit denen der EL in der konföderalen Fraktion The LEFT auch im Europäischen Parlament vertreten. Die Linke hat traditionell intensive Beziehungen zu den Parteien, die sich jetzt in der ELA zusammengeschlossen haben, dabei aber ein exklusives Mitgliedsrecht in ihrem Statut festgeschrieben haben. Beide europäische Linksparteien haben ebenfalls die Schaffung ihnen nahestehender politischer Stiftungen entsprechend EU-Gesetzgebung genutzt. Damit gibt es durch die parlamentarische und die Stiftungsarbeit eine ganze Reihe von Möglichkeiten der Kooperation, die wir als Partei Die Linke aktiv befördern müssen.

Der Parteivorstand hat in seinem Beschluss auf eine Brückenfunktion der Partei Die Linke orientiert. Damit hat er kurzfristig Möglichkeiten für einen gemeinsamen Wahlantritt 2029 sondiert, aber auch langfristig neue, gemeinsam erarbeitete europapolitische Strategien ermöglicht, mit denen Spaltungen überwunden werden können. Diesem Beschluss fühlen wir uns als Mitglieder im Vorstand der Europäische Linken verbunden und werden uns in den kommenden drei Jahren intensiv dafür einsetzen. An dieser Stelle möchten wir alle Mitglieder unserer Partei dazu einladen, diesen Prozess konstruktiv zu begleiten. Das bedeutet tragfähige Kompromisse auszuarbeiten, auch im Rahmen der Programmdebatte, sowie die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen der gesamten europäischen Parteienfamilie widerzuspiegeln, ohne dabei nichtssagende Formelkompromisse anzustreben. Denn auch als Partei Die Linke brauchen wir eine strategisch-fundierte Europapolitik.

Ein partizipativer Ansatz ist das Europäische Forum (EF), dass als Plattform für den politischen Dialog zwischen linken, progressiven und ökologischen Parteien, Gewerkschaften, Organisationen und Bewegungen geschaffen wurde und dabei weit über die radikale und transformatorische Linke in Europa auch durch die Kooperation mit Gewerkschaften, sozialen und demokratischen Initiativen und Bewegungen reicht. Das EF 2026 wird vom 11.–13. Dezember 2026 in Berlin stattfinden.

Die seit 2005 durchgeführten jährlichen Sommeruniversitäten der Europäischen Linken wird in diesem Jahr in Verbindung mit der Marxist Summer School der PTB vom 10. bis 12. Juli in Charleroi (Belgien) durchgeführt.

Konkrete, konstruktive und gesellschaftlich relevante europäische Zusammenarbeit von unterschiedlichen, plural verfassten linken Parteien erfordert kluge Ideen, Mut, Kompromissbereitschaft und Vertrauen untereinander. Wir sollten leidenschaftlich streiten in kulturvollen politischen Debatten, aber am Ende des Tages zusammenstehen und nicht vergessen, wer die wahren Gegner sind! Die Einheit der Linken ist wichtiger denn je, denn der Geist des Faschismus ist in ganz Europa wieder auferstanden.

Helmut Scholz *Marika Tändler-Walenta* *Martin Günther*

Bericht des Jugendverbands Linksjugend [‘solid]

Im vergangenen Jahr seit Beginn des Bundestagswahlkampfes hat sich unser Verband stark verändert. Unsere Mitgliederzahl hat sich verdoppelt, unsere Basisgruppen wurden aktiver und neue Strukturen haben sich gegründet. Besonders auffällig ist die deutliche Verjüngung des Verbands: Etwa zwei Drittel der Neueintritte sind unter 18 Jahre alt.

Seitdem sind auch wir vor allem mit der Eingliederung der neuen Mitglieder beschäftigt. Im Vergangenen Jahr haben wir unsere bundesweiten Grundlagenseminare vermehrt stattfinden lassen und über 100 Genoss*innen in marxistischen Grundlagen ausgebildet. Auf anderen Veranstaltungen (online und in Präsenz) haben wir Fähigkeiten für die politische Aktion vermittelt und den Erfahrungsaustausch unserer Mitglieder gefördert.

Schulstreik gegen Wehrpflicht und Militarisierung

Die Bundesregierung betreibt aktuell die größte Militarisierungungswelle seit langem. Die Bundeswehr geht verstärkt an Schulen, überall im Stadtbild taucht Werbung für sie auf und das Wehrdienstgesetz wurde erneuert.

Ein zentraler Schwerpunkt unserer politischen Arbeit im letzten wie auch in diesem Jahr ist daher die Auseinandersetzung mit Wehrpflicht, Militarisierung und der insgesamt rückschrittlichen sowie fossilen Politik der Bundesregierung. Bundesweit beteiligen wir uns an der Organisation der Schulstreiks. Neben der konkreten Mobilisierung der Streiks wollen wir insbesondere neu politisierte Schüler*innen für linke Politik gewinnen und organisieren. Parallel dazu finden in verschiedenen Regionen Kriegsdienstverweigerungsberatungen statt, die durch unsere jugendpolitische Sprecherin Lisa maßgeblich vorangetrieben wurden.

Im Zusammenhang mit dem Streik stehen wir außerdem im Austausch mit internationalen Genoss*innen, unter anderem aus Italien und Großbritannien. In mehreren europäischen Ländern werden an diesem Tag Aktionen gegen Wehrpflicht und Militarisierung stattfinden.

Internationale Vernetzung

Auch unser Sommercamp wird sich schwerpunktmäßig dem internationalen Austausch widmen. Gemeinsam mit Genoss*innen aus verschiedenen Ländern wollen wir über gemeinsame politische Herausforderungen diskutieren und internationale Vernetzung stärken. Themen werden auch hier die Militarisierung der Gesellschaft und der Rechtsruck sein.

Rund um den 1. Mai fand außerdem eine gemeinsame Delegationsreise von uns, dem SDS und Cuba Si nach Kuba statt. Ziel der Reise ist es, den politischen Austausch mit linken und sozialistischen Jugendorganisationen vor Ort zu stärken und Einblicke in gesellschaftliche Entwicklungen, politische Organisierung und internationale Solidaritätsarbeit zu gewinnen.

Im Sommer findet außerdem eine Bildungsfahrt nach Kraków und Oświęcim statt, bei der wir neben dem Besuch der Gedenkstätte Auschwitz auch vor Ort in den Austausch mit sozialistischen Organisationen treten wollen und lernen Orte der jüdischen Geschichte und Gegenwart kennen. Wir verstehen diese Fahrt als Teil eines kontinuierlichen Prozesses der Erinnerung, der Arbeit gegen Antisemitismus und politischen Bildung.

Gerade angesichts globaler Krisen und zunehmender Militarisierung halten wir internationale Vernetzung und konkrete Solidarität weiterhin für zentrale Bestandteile linker Politik.

Verbandswochenende und LSpR-BSpR-Konferenz

Auch in diesem Jahr fand wieder ein Verbandswochenende statt. Dort haben wir unterschiedliche Ebenen und Strukturen unseres Verbandes zusammenbringen können, gemeinsame Debatten geführt und Raum für strategischen sowie persönlichen Austausch geschaffen. Neben inhaltlichen Diskussionen stand dabei insbesondere die stärkere Vernetzung zwischen Landesverbänden, Arbeitskreisen und aktiven Mitgliedern im Mittelpunkt.

Mit der LSpR-BSpR-Konferenz schaffen wir weiterhin einen Raum für Austausch und Vernetzung zwischen Landes- und Bundesebene. An ihr nehmen Mitglieder der Vorstände aller Landesverbände sowie der Bundessprecher*innenrat teil. Ziel ist es, gemeinsame politische Schwerpunkte zu koordinieren, Erfahrungen aus den Landesverbänden zusammenzutragen und die Zusammenarbeit innerhalb des Verbandes zu stärken. Gleichzeitig dient die Konferenz dazu, aktuelle Herausforderungen gemeinsam zu diskutieren und langfristige Strategien für den Verbandsaufbau zu entwickeln.

Theorie und Praxis verbinden

Für uns bleibt politische Bildung untrennbar mit praktischer Organisierung verbunden. Deshalb verstehen wir Theorie nicht als Selbstzweck, sondern als Grundlage für politische Praxis. Unsere Bildungsarbeit soll Mitglieder dazu befähigen, gesellschaftliche Entwicklungen zu analysieren, politische Kämpfe einzuordnen und konkrete Organisierung vor Ort zu stärken. Der Anspruch, Theorie und Praxis miteinander zu verbinden, bleibt dabei zentral für unsere Verbandsarbeit.

Weitere Veranstaltungen

Unsere klassischen Bildungsangebote zu marxistischen Grundlagen bleiben weiterhin ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit. Zu unseren regelmäßigen Bildungsveranstaltungen, die dieses Jahr noch stattfinden werden, gehören Grundlagenseminare zum Marxismus, FLINTA*- und Migra-Förderwochenenden, die Herbstakademie sowie „Train the Trainer"-Seminare zur Qualifizierung aktiver Mitglieder und Multiplikator*innen innerhalb des Verbands.

Darüber hinaus werden wir in diesem Jahr zwei Bildungswochenenden mit dem Schwerpunkt Westasienkonflikt (/Israel-Palästina-Thematik) anbieten, um eine vertiefte politische und historische Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in der Region zu ermöglichen.

Zusätzlich planen wir gemeinsam mit der BAG Senior*innenpolitik einen Generationenratschlag zu Krieg und Frieden. Dabei wird auch die Wehrpflicht erneut Thema sein. Ziel ist es, generationenübergreifende Vernetzung und politischen Austausch über die Grenzen des Jugendverbands hinaus zu stärken.

Bündnisarbeit Ende Gelände und Widersetzen

Wir sind weiterhin in verschiedenen außerparlamentarischen Bündnissen aktiv, insbesondere bei Ende Gelände und Widersetzen.

Vom 28. bis 30. Mai organisiert *Ende Gelände* eine große Massenaktion gegen den Ausbau neuer Gaskraftwerke. Unsere Teilnahme am Camp sowie den Aktionen sehen wir als wichtigen Teil des Bewegungsaufbaus und der Vernetzung mit Klima-Akteuren. Da Ende

Gelände aber nicht nur den Gasausstieg bespielt, sondern ein Bündnis mit intersektionalem Anspruch ist, freuen wir uns die Themen Klima und Militarisierung zu verknüpfen und ganzheitlich gegen diese fossile und rückgewandte Politik vorzugehen.

Widersetzen plant die nächste große Aktion für das erste Juliwochenende. Wir beteiligen uns unter anderem an den Arbeitsgruppen und an strategischen Diskussionen innerhalb des Bündnisses. Wir haben uns bei der Strategiekonferenz im April beteiligt, sind in den Landesverbänden in der Mobi involviert und werden gemeinsam vor Ort an den Aktionen teilnehmen.

Nächster Bundeskongress

Der nächste Bundeskongress der Linksjugend [‘solid] wird im November in Nürnberg stattfinden. Dort wollen wir die laufenden Debatten zur strategischen Ausrichtung des Verbandes weiterführen, unsere politische Arbeit auswerten und neue Schwerpunkte für das kommende Jahr setzen.

Im Mittelpunkt stehen weiterhin die Organisierung junger Menschen, der Ausbau solidarischer Verbandsstrukturen, politische Bildungsarbeit sowie die Entwicklung einer klaren linken Antwort auf Militarisierung, soziale Unsicherheit und gesellschaftliche Rechtsentwicklung.

Bericht über die Verbandspraxis von Die Linke.SDS 2025/26

Einleitung

Unsere Generation wächst in einer Welt ohne Perspektive auf – einer Welt, die in der Dauerkrise des Kapitalismus gefangen ist. Wer heute an die Zukunft denkt, sieht brennende Wälder und überflutete Städte, hört Sirenen und Explosionen. Wer heute jung ist, wächst mit der Angst vor Armut, Einsamkeit und Krieg auf – und mit einer Vorstellung von Zukunft, in der man sich allein durchschlagen muss oder auf der Strecke bleibt.

Die letzten zwei Jahrzehnte waren geprägt von großen sozialen Bewegungen, die gezeigt haben, welches Potenzial in kollektiver Aktion steckt. Doch die vorzeitige Niederlage der Klimabewegung markiert einen Wendepunkt. Wir sprechen kaum noch über Utopien und darüber, wie eine lebenswerte Zukunft erkämpft werden kann, sondern sind mit einem gewaltigen Abwehrkampf gegen soziale Kälte, Rechtsruck, Krieg, Aufrüstung und Genozid konfrontiert. Statt in eine Phase der Reparatur einzutreten, profitieren faschistische Kräfte von den Krisendiskursen und der Instabilität der bestehenden Weltordnung.

In den letzten Monaten haben wir aber auch erlebt, dass Widerstand im großen Stil möglich ist. Zehntausende junge Menschen haben sich aufgemacht und sind der Partei Die Linke beigetreten. Wir haben gelernt, dass wir Gegenmacht organisieren können, wenn wir uns zusammenschließen und aktiv werden. Und wir sehen, dass sich unsere Generation in Bewegung setzt: gegen den Rechtsruck und den aufkeimenden Faschismus, gegen den Genozid in Palästina, gegen Militarisierung und eine Zukunft in der Kaserne.

Doch wir sind davon überzeugt, dass wir nur gewinnen können, wenn wir die notwendigen Abwehrkämpfe unserer Zeit in Kämpfe für eine lebenswerte Zukunft überführen, unsere Kräfte bündeln und in reale Macht übersetzen.

Take Back The Future – Antikapitalistischer Jugendkongress

Mit dem Kongress „Take Back the Future – Antikapitalistischer Jugendkongress“ wollen wir dafür einen Raum schaffen. Vom 12. bis 14. Juni 2026 wollen wir in Berlin mehr als 2 000 junge Menschen zusammenbringen. Unser Ziel ist es, die jüngsten Mobilisierungserfolge im Kampf gegen Rechts, in der Palästina-Solidarität und in der Haustürwahlkampfbewegung in eine langfristige Organisierung und einen nachhaltigen Aufbau von Gegenmacht zu übersetzen.

Wir wollen, dass Hochschulen überall in Deutschland bis zur nächsten Bundestagswahl zu linken Hochburgen werden, um von unserem Lebensmittelpunkt aus in andere Gesellschaftsbereiche wirken und Veränderungen schaffen zu können.

In über 80 Veranstaltungen mit Aktivist*innen aus Partei, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sowie linken Intellektuellen werden wir die drängendsten Fragen diskutieren, die unsere Generation beschäftigen: Wie stoppt man den Aufstieg der extremen Rechten? Was tun gegen Militarisierung und Wehrpflicht? Wie lassen sich grundlegende soziale Verbesserungen erkämpfen?

In Workshops lernen wir, wie gute linke Öffentlichkeitsarbeit funktioniert, wie strukturbasiertes Organizing funktioniert und was für erfolgreichen Gruppenaufbau notwendig ist. Vor allem aber werden wir konkrete Verabredungen treffen: für bundesweite Kampagnen und den lokalen Aufbau linker Strukturen an Hochschulen und darüber hinaus.

Mit unserem Kongress gehen wir einen entscheidenden Schritt zum Aufbau eines bundesweiten sozialistischen Studierendenverbandes, der unsere Handlungsfähigkeit als gesellschaftliche Linke und als Partei Die Linke langfristig stärken wird.

Kader*innenschulung / Teamer*innenausbildung

Im Rahmen der Vorbereitung auf den Kongress haben wir über drei Präsenzwochenenden und zahlreiche Online-Treffen hinweg eine Teamer*innenausbildung angeboten, an der über 60 Genossinnen aus 26 Städten teilgenommen haben.

Im Rahmen dieser Ausbildung haben wir uns sowohl theoretisches Wissen – etwa über marxistische Grundlagen, Parteitheorie und historische Studierendenbewegungen – angeeignet als auch praktische Fähigkeiten in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Gruppenaufbau und Veranstaltungsplanung erlernt.

Die Teamer*innen haben auf und nach dem Kongress die Aufgabe, eine enge Betreuung der Kongressteilnehmer*innen sicherzustellen, Kontakte aufzubauen und bei SDS-Neugründungen zu unterstützen. Außerdem erhoffen wir uns durch den Kongress, den Verband nachhaltig auf ein stabileres Fundament zu stellen und bundesweit kampagnenfähig zu machen.

Kampf gegen Rechts und Arbeit in der Linken

Im Kampf gegen Rechts verfolgen wir zwei Ziele: Den Faschisten die Straße streitig zu machen und die Ursachen des Rechtsrucks zu bekämpfen. Gemeinsam mit dem Bündnis Widersetzen organisieren wir deshalb lokale Hochschulkampagnen in über 30 Städten mit dem Ziel, den AfD-Bundesparteitag am 4. Juli in Erfurt zu verhindern.

Als SDS haben wir in Zusammenarbeit mit „Studis gegen Rechts“-Gruppen und einem professoralen Unterstützer*innenkreis außerdem das bundesweite Aktionsbündnis „Wissenschaft gegen Faschismus“ gegründet. Ziel ist es, mit dezentralen wissenschaftlichen Aktionstagen eine Debatte über die Verantwortung der Hochschulen in Zeiten des aufsteigenden Faschismus anzustoßen und dafür zeitweise den regulären Lehrbetrieb auszusetzen.

Neben einem konfrontativen Antifaschismus der direkten Aktion wollen wir vor allem darauf hinwirken, die Linkspartei zu einer echten solidarischen Alternative zum bürgerlichen Parteiestablishment aufzubauen. Wir wollen dazu beitragen, Die Linke zu einer organisierenden Klassenpartei zu machen.

In diesem Sinne unterstützen wir die Basisarbeit der Partei nicht nur durch Bildungsarbeit, sondern vor allem durch konkrete Kämpfe für soziale Verbesserungen – etwa durch unsere Beteiligung an der Mietenkampagne und durch die starke Unterstützung des organisierenden Haustürwahlkampfs. In den kommenden Monaten legen wir dabei einen besonderen Fokus auf die Wahlen in Sachsen-Anhalt.

BAföG für alle

Im vergangenen Jahr haben wir die bundesweite Kampagne für ein „BAföG für Alle“, das allen Menschen den Zugang zu höherer Bildung ermöglichen soll, initiiert. In diesem Zuge haben wir maßgeblich an der Organisation des Kongresses „Mit Köpfchen aus der Krise – BAföG für Alle erkämpfen“ mitgewirkt, der im September 2025 in Köln stattfand.

Außerdem waren wir zentral daran beteiligt, in Gegnerschaft zur derzeitigen Aufrüstung („Bildung statt Bomben“) bundesweit Proteste gegen die massiven Kürzungen an Hochschulen und Studierendenwerken aufzubauen. In diesem Zusammenhang haben wir an einigen Orten gemeinsam mit Gewerkschaften, Mittelbauinitiativen und anderen Hochschulgruppen eine starke Opposition gegen den sozialen Kahlschlag organisiert.

Gegen die Wehrpflicht

An vielen Orten unterstützen wir aktuell die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht durch Beteiligung an Demonstrationen, Mobilisierung und flankierende Bildungsangebote. Mittelfristig verfolgen wir das Ziel, große Teile der Studierendenschaft in diese Bewegung einzubinden. In diesem Semester machen wir dahingehend erste Schritte, indem wir Formate wie Teach-ins und Vorlesungsinterventionen im Vorfeld des letzten Streiktags erprobt haben. Für den „Take Back the Future“-Kongress planen wir eine große Kampagnenwerkstatt, in der wir diese Erfahrungen auswerten und verallgemeinerbar machen wollen. Ziel ist es, im Wintersemester 2026/27 als Gesamtverband in dieser Frage interventionsfähig zu werden.

Antimilitarismus und Frieden

Neben dem verstärkten Fokus auf Anti-Wehrpflicht-Arbeit sind wir als SDS bereits seit Jahren ein etablierter friedenspolitischer Akteur in der deutschen Hochschullandschaft.

Aus Furcht vor dem Aufstieg des Globalen Südens und dem Verlust ihrer Macht versuchen die Herrschenden, Wissenschaftskooperationen mit „feindlichen“ Staaten wie China, Iran oder Russland einzuschränken. Wir streiten dagegen für den Ausbau ziviler Wissenschaftskooperationen im Sinne einer friedlichen, sozialen und nachhaltigen globalen Entwicklung.

In diesem Sinne wirken wir als Verband von den Hochschulen aus in die Gesellschaft hinein und bewegen Studierendenschaften und Hochschulen durch friedenspolitische Beschlüsse, Diskussionen und Aktivitäten nach links. Insbesondere setzen wir uns für den Erhalt und Ausbau von Zivilklauseln ein.

Palästina-Solidarität

Der andauernde Völkermord an den Palästinenser*innen wird durch westliche Großmächte ermöglicht, da Israel finanziell, materiell und ideell unterstützt wird. Vor allem die BRD als zweitgrößter Waffenlieferant ist dabei Komplizin.

Nach der Großdemonstration im Herbst in Berlin stellte sich für uns die Frage: wie weiter? Deshalb arbeiten wir bundesweit an akademischen Boykottkampagnen, um die direkte Komplizenschaft deutscher Universitäten mit dem Genozid und der Unterdrückung der Palästinenser*innen zu beenden. Die Forderung nach Boykott verstehen wir dabei als eine friedliche Protestform.

Zuletzt beteiligten wir uns an der „Israeli Apartheid Week“, einer weltweiten Aktionswoche zur Aufklärung über das Apartheidsystem in Israel.

Anträge

Hinweis zur vollständigen Übersicht von Antragsteller*innen

Um eine formal einheitliche Angabe der Antragsteller*innen, die sich an §17 (6) der Bundessatzung orientiert, zu haben, werden bei Anträgen mit weiteren Antragssteller*innen diese nicht im Antragsheft aufgeführt.

Um diese Informationen dennoch zugänglich zu machen, sind die vollständigen Anträge mit allen weiteren Antragssteller*innen sowohl in OpenSlides als auch auf unserer Webseite einzeln einsehbar unter: *https://www.die-linke.de/parteitag.*

Einreichung von Änderungsanträgen

Die Einreichung von Änderungsanträgen erfolgt digital über die Webseite des Parteitages in OpenSlides.

Gemäß §17(5) Bundessatzung war der Antragsschluss für die 1. Tagung des 10. Parteitages am 7. Mai 2026. Antragsschluss laut Geschäftsordnung für Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen ist am 3. Juni 2026.

Die Anträge sind an die Antragskommission des Parteitages zu richten. Die Einreichung von Anträgen und Änderungsanträgen erfolgt digital über die Webseite des Parteitages in OpenSlides.

Ausnahme

Personen ohne technische Voraussetzungen können einen Antrag postalisch bei der Antragskommission einreichen. (Adresse: Partei Die Linke, Antragskommission, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin)

Zugangsdaten zur Webseite

Antragssteller*innen ohne Zugangsdaten schreiben bitte eine Mail an *antragskommission@die-linke.de*. Gebt bitte zur Zuordnung euren Namen, eure Telefonnummer sowie eure Gliederung, in der ihr organisiert seid, an. Ihr erhaltet schnellstmöglich Zugangsdaten sowie eine Anleitung per E-Mail.

Antrag G.02: Kommunen nachhaltig entlasten, ihre Handlungsfähigkeit wiederherstellen und dadurch ein gutes Leben für alle ermöglichen!

Antragsteller*in:	BAG Kommunalpolitik, Mandy Eißing, Lorenz Gösta Beutin und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Kommunen nachhaltig entlasten, ihre Handlungsfähigkeit wiederherstellen und dadurch ein gutes Leben für alle ermöglichen!

Die Finanzlage der deutschen Kommunen ist äußerst prekär und verschärft sich zunehmend. Stetig anwachsende Investitionsdefizite und Finanzierungsrückstände haben viele Kommunen in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend belastet. Aufgabenübertragungen ohne ausreichende finanzielle Ausstattung durch den Bund sowie umfangreiche Privatisierungen kommunalen Eigentums haben diese längst an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit gebracht.

Da die gesetzlich vorgeschriebene Mittelzuweisung der Länder an die Kommunen nicht bedarfsgerecht ist, müssen Kommunen einen großen Teil ihrer kommunalen Einnahmen für die soziale Infrastruktur aufwenden. Das Statistische Bundesamt prognostiziert für 2026 erstmals Ausgaben von mehr als 90 Mrd. Euro in diesem Bereich. Vor allem Kommunen mit hohen Ausgaben für die verfassungsrechtlich garantierte soziale Infrastruktur büßen dadurch ihren Gestaltungspielraum ein. Die überwiegende Zahl der Städte und Gemeinden schafft es trotz aller Anstrengungen nicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. In vielen Städten und Gemeinden verfällt zusehends die Infrastruktur. Die finanzielle und infrastrukturelle Not der Kommunen wird durch die Herausforderungen des Klimawandels und der Klimaanpassung noch verstärkt. Landesweit entwickeln sich vor allem ländlich geprägte sowie altindustrielle Städte und Gemeinden zu strukturschwachen Regionen.

Funktionale Kommunen sind ein Dienst an der Demokratie und ein Teil der Brandmauer gegen Rechts. Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben finanziell wahrnehmen zu können. Denn dies ist nicht zuletzt im Sinne einer Politik, die die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse fordert und fördert.

Die im Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz vorgesehen 100 Milliarden Euro für Länder und Kommunen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und werden die Finanznot der Kommunen nicht lindern. Stattdessen braucht es Maßnahmen, die die Kommunen strukturell und nachhaltig entlasten.

Die Linke fordert:

1. Der Bund soll gemeinsam mit Ländern und Kommunen ein Dialogformat initiieren, welches die strukturelle Neuordnung der Kommunalfinanzen zum Ziel hat, so dass die Kommunen langfristig auf eine solide und auskömmliche Einnahmebasis gestellt werden und Aufgabenübertragungen stehts bedarfsgerecht durch Bund und Länder finanziert werden.
2. Auf Bundesebene soll gesetzlich geregelt werden, dass den Kommunen vom Bund bei Aufgabenübertragung bzw. -erweiterung, die dafür notwendigen finanziellen Mittel

bereitgestellt werden müssen.

3. Der Bund soll ein Bundesfonds „Infrastrukturgarantie“ als Soforthilfeprogramm errichten, das zur Überbrückung dient, bis Kommunen finanziell strukturell entlastet werden. Aus dem Bundesfonds sollen Kommunen in Finanzkrisen Mittel für ihre Pflichtaufgaben erhalten können, sodass diese die Umsetzung ihrer staatlichen Aufgabe der Bereitstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleisten können.
4. Der Bund soll beim Klimaschutz und insbesondere bei der kommunalen Klimaanpassung finanziell unterstützen, insbesondere in Hinsicht auf die Resilienz der Infrastruktur unter veränderten Klimabedingungen, damit sich Kommunen angemessen vorbereiten können.
5. Der Bund soll gemeinsam mit den Ländern einen Solidarpakt III auflegen, welcher strukturschwache Kommunen bei der Bewältigung des Strukturwandels unterstützt.
6. Der Bund soll ein (Re)Kommunalisierungsgesetz verabschieden, das folgende Regelungen beinhaltet:
    1. Es wird ein (Re)Kommunalisierungsfonds des Bundes zur Finanzierung von (Re)kommunalisierungsvorhaben der Kommunen gegründet:
        1. Der (Re)Kommunalisierungsfonds soll Kommunen bei der Realisierung von Vorkaufsrechten und freihändigem Ankauf zur Sicherung der sozialen und gemeinnützigen Wohnungsversorgung unterstützen.
        2. Kommunen erhalten ein Vorkaufsrecht für Flächen, welche sie zum Ausbau erneuerbarer Infrastruktur im Strom-, Wärme- und Wassersektor benötigen. Sollten Kommunen von diesem Vorkaufsrecht Gebrauch machen, sollen sie dabei durch den (Re)Kommunalisierungsfonds des Bundes unterstützt werden.
    2. Kommunale Versorgungsunternehmen erhalten ein Vornutzungsrecht auf erneuerbare natürliche Ressourcen, wie Geothermie. Sollten diese durch Konzessionen privatisiert worden sein, erhalten Kommunen ein Vorkaufsrecht bei Veräußerung der Konzession.
7. Der Bund muss die Kommunen finanziell so ausstatten, dass die lokale Demokratieförderung als dauerhafte Struktur gesichert und von prekärer Projektlogik befreit wird. Um die Handlungsfähigkeit der Partnerschaften für Demokratie und zivilgesellschaftlicher Projekte gegen die aktuellen politischen Angriffe zu schützen, braucht es eine auskömmliche Finanzierung - unter anderem durch die Reaktivierung der Vermögensteuer, deren Einnahmen über die Finanzausgleichsgesetze vieler Länder auch den Kommunen zugutekommen. Wer Demokratiearbeit entpolitisiert oder unter Generalverdacht stellt, lässt die Kommunen im Kampf für die Demokratie allein. Deshalb muss der Bund verlässliche Strukturen schaffen, die fachliche Expertise und lokale Initiativen dauerhaft absichern (Demokratiefördergesetz).

Antrag G.03: Ramstein schließen – Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!

Antragsteller*in:	BV Berlin-Steglitz-Zehlendorf

Der Parteitag möge beschließen:

Ramstein schließen – Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!

Als Partei Die Linke fordern wir die sofortige Schließung der US AirBase in Ramstein und bitten die Fraktion im Bundestag dies in diesem Jahr zu beantragen. Wir werden die Schließung von Ramstein in den Mittelpunkt der Kampagne unserer Partei zum Antikriegstag stellen.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie die Nutzung der US-Stützpunkte im eigenen Land für die völkerrechtswidrigen Kriege der USA untersagt! Es ist unerträglich und verstößt gegen die Grundfeste unserer Verfassung, dass der deutsche Bundeskanzler die Durchführung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges von deutschem Boden aus rechtfertigt. Wir solidarisieren uns mit der Position Spaniens und allen vom Krieg Betroffenen: No a la guerra!

Begründung

Die Ramstein Air Base ist der wichtigste europäische Standort für den Lufttransport der US-Streitkräfte. Seit 2011 ist hier die Flugleitzentrale zuständig für Drohneneinsätze und gezielte Ermordungen politischer Gegner*innen weltweit.

Noch im Juli 2025 hatte das Bundesverfassungsgericht die Position, dass Ramstein keine konkrete Gefahr für die Wahrung des Völkerrechtes und des internationalen Menschenrechtschutzes darstelle. Diese Position ist nach dem völkerrechtswidrigen Angriff der USA auf den Iran und seine Bewohner*innen – der in der Kontinuität von über 30 derartigen Kriegen der USA steht – nicht mehr haltbar, da die Ramstein AirBase logistisch unverzichtbar für diese Angriffe ist. Die Schließung Ramsteins ist damit für die Wahrung des Völkerrechts und des internationalen Menschenrechtschutzes essenziell geworden und auch möglich! Der Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages kommt zu dem Schluss: „Sowohl der Aufenthaltsvertrag als auch das NATO-Truppenstatut können aufgekündigt werden. Nach Nr. 3 der Vereinbarung vom 25. September 1990 zu dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland kann die Bundesrepublik Deutschland den Aufenthaltsvertrag in Bezug auf eine oder mehrere Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren beenden. Nach Art. XIX Abs. 1 und 3 NATO-Truppenstatut kann jede Vertragspartei das Abkommen mit einer Frist von einem Jahr nach Eingang der Notifizierung bei der Regierung der USA kündigen."

Für uns Linke in Deutschland erwächst nicht nur aus juristischen, historischen oder pragmatischen Überlegungen eine Pflicht zur Solidarität. Dies gilt prinzipiell allen Kriegsbetroffenen und wendet sich gegen Krieg. Unsere Solidarität gilt den Betroffenen im Iran. Ebenso gilt sie den Betroffenen des iranischen Gegenschlages in der umliegenden Region. Unsere Solidarität ist dabei nicht ausgerichtet auf den iranischen Staat und seine Führung, welche wir als diktatorisch verstehen.

Die spanische Regierung hat den USA die Nutzung der Militärstützpunkte in Spanien untersagt und sich mit der Erklärung des Ministerpräsidenten, Sanchez: „No a la guerra" eindeutig gegen diesen Angriffskrieg positioniert. Dies erwarten wir auch von der Bundesregierung! Dies gilt insbesondere,

weil die Forderung: „Von deutschen Bodem darf nie wieder Krieg ausgehen“ nicht nur elementarer Bestandteil unseres Parteiprogramms ist, sondern weil die Vorbereitung, Billigung oder Durchführung eines Angriffskrieges in unserer Verfassung verboten ist und gegen die internationale Ordnung verstößt. Mit der Duldung der Nutzung der US AirBase in Ramstein verstößt die Bundesregierung gegen die Verfassung.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung der Partei Die Linke Bezirksverband Steglitz Zehlendorf am 14.4.2026

Antrag G.04: Rüstungsindustrie verstaatlichen

Antragsteller*in:	SV Leipzig

Der Parteitag möge beschließen:

Rüstungsindustrie verstaatlichen

Damit privatwirtschaftliche Profitinteressen nicht an Kriegen verdienen können und gewährleistet wird, dass Rüstungsgüter nur zum Zwecke der Verteidigung eingesetzt werden und die Rüstungsindustrie komplett unter demokratischer (parlamentarischer und außerparlamentarischer) Kontrolle steht, will die Linke die Rüstungsindustrie verstaatlichen.

Begründung

Seitdem von den Bundesregierungen mehrere Rüstungspakete im Wert von hunderten Milliarden Euro beschlossen wurden, gingen die Aktienkurse der privatwirtschaftlichen Rüstungsunternehmen durch die Decke. Dividenden und Renditen wurden deutlich erhöht und Aktionäre konnten und können sehr viel Geld mit bewaffneten Konflikten verdienen. Gleichzeitig expandiert die privatwirtschaftliche Rüstungsindustrie und möchte zum Beispiel Teile der deutschen Automobilindustrie übernehmen. Dadurch werden Konflikte wichtig für unsere Volkswirtschaft und das staatliche Interesse an diplomatischen Lösungen sinkt rapide. Dies lehnen wir ab.

Antrag G.05: Solidarität mit Sexarbeiter*innen, für Rechte und Sichtbarkeit - Gegen Patriarchat, staatliche Repression und Menschenhandel

Antragsteller*in:	BAG Die Linke queer, Landesverband Hamburg, Doris Achelwilm (Mitglied des Bundestages, Tagungspräsidium, Bremen) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Solidarität mit Sexarbeiter*innen, für Rechte und Sichtbarkeit - Gegen Patriarchat, staatliche Repression und Menschenhandel

Der Kampf gegen Sexismus, Queerfeindlichkeit, patriarchale Gewalt und Ausbeutung kann nicht getrennt vom Kampf gegen staatliche Repression, rassistische Migrationspolitik und soziale Ungleichheit geführt werden.

Sexarbeit ist kein isoliertes Phänomen, sondern eingebettet in patriarchale Machtverhältnisse, kapitalistische Ausbeutungslogiken und restriktive Grenz- und Aufenthaltsregime. Gerade deshalb braucht es eine linke Position, die Solidarität mit statt Stigmatisierung von Sexarbeiter*innen ins Zentrum stellt. Wir stehen an der Seite aller Personen, die als Sexarbeiter*innen tätig sind.

Der Kampf gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung (sog. Zwangsprostitution) ist zwingend notwendig und muss konsequent geführt werden. Gleichzeitig ist klar: Dieser Kampf kann nicht über Kriminalisierung, Verdrängung oder „Sexkaufverbote“ gewonnen werden. Repressive Maßnahmen führen nicht zur Abschaffung von Gewalt, sondern verlagern sie in unsichtbare, unkontrollierbare Räume. Dort steigen Abhängigkeiten, Ausbeutung und Gewalt – während der Zugang zu Beratung, Schutz und Unterstützung massiv erschwert wird. Die Linke lehnt das sogenannte „Nordische Modell“ (Sexkaufverbot) als Regulierungsansatz für Sexarbeit ab.

Menschenhandel ist kein Randphänomen, sondern Ausdruck struktureller Gewalt. Er entsteht dort, wo Menschen entrechtet sind: durch Armut, Flucht, fehlende Aufenthaltsperspektiven, keine Arbeitserlaubnis und permanente Angst vor staatlicher Verfolgung. Besonders migrantische und illegalisierte Sexarbeiter*innen sind gefährdet, weil sie Gewalt kaum anzeigen können, ohne Repression, Abschiebung oder Strafverfolgung zu riskieren. Staatliche Kontrolle wird so selbst Teil des Gewaltverhältnisses.

Als Linke halten wir fest: Der Kampf gegen Menschenhandel muss parallel zur Entkriminalisierung von Sexarbeit geführt werden. Diese beiden Ziele widersprechen sich nicht – sie bedingen einander. Nur dort, wo Sexarbeit sichtbar, rechtlich abgesichert und entstigmatisiert ist, können Ausbeutungsstrukturen erkannt, bekämpft und aufgebrochen werden. Entkriminalisierung ist keine Verharmlosung von Gewalt, sondern eine Voraussetzung für wirksamen Schutz.

Dabei ist es notwendig anzuerkennen, dass Sexarbeit kein einheitliches, homogenes Feld ist. Sexarbeit als solche ist sehr vielfältig. Sie reicht von Formen der Sexarbeit, die von einem hohen Grad an Selbstbestimmung geprägt sind, bis hin zu prekären armuts- und ausbeutungsgeprägten Situationen, die gleichwertige Beachtung verdienen.

Diese Vielschichtigkeit darf weder romantisiert noch negiert werden. Eine linke Analyse muss Widersprüche aushalten: Sexarbeit kann Ort massiver Gewalt und Ausbeutung sein, kann aber auch Handlungsspielräume eröffnen oder gar ein Lebensentwurf sein. Politische Antworten müssen sich an den realen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Betroffenen orientieren.

Zentral ist dabei die Migrations- und Arbeitspolitik. Restriktive Aufenthaltsgesetze und der Ausschluss vom regulären Arbeitsmarkt zwingen Menschen in prekäre Abhängigkeiten. Der Zugang zu sicheren Aufenthaltsrechten und Arbeitserlaubnissen ist daher ein entscheidender Schutz vor Menschenhandel und Ausbeutung. Dieser Zugang darf nicht an Kooperation mit Polizei oder Strafverfolgungsbehörden gekoppelt sein. Menschenrechte dürfen nicht von Verwertbarkeit oder Aussagebereitschaft abhängig gemacht werden. Die Diskriminierung von Sexarbeiter*innen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, ihr fehlender Zugang zu Versicherungen oder Bankdienstleistungen und gesellschaftliche Ausschlüsse sind bislang folgenlos. Die Benachteiligungen müssen ein Ende haben.

Mindestens 16,2% der Sexarbeitenden sind nicht krankenversichert (Evaluation des ProSchG, 2025). Vor allem Sexarbeitende ohne Papiere oder mit finanziellen Herausforderungen sind davon betroffen. Missstände wie diese machen deutlich, wie dringend es notwendig ist die Rechte derjenigen, die in der Prostitution tätig sind, in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen.

Dazu zählen nicht nur das Recht auf Beratung, sondern auch auf einen diskriminierungsfreien Zugang zum Wohnungsmarkt, zu gesundheitlicher Versorgung sowie zu sozialer Absicherung insgesamt. Insbesondere die soziale Absicherung, die im Rahmen einer allgemeinen Verbesserung für alle Selbstständigen dringend gelöst werden muss, ist eine zentrale Problemstellung für Sexarbeitende. Hinzu kommen der Mangel an bezahlbaren Arbeitsräumen und die anhaltende gesellschaftliche Stigmatisierung von Personen, die Sexarbeit erbringen. Wenn es Regelungsbedarf gibt, muss er sich auf die Stärkung der Rechte und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Prostituierten beziehen, die ihre sexuelle Selbstbestimmung garantieren.

Zu bedenken ist darüber hinaus eine queerpolitische Perspektive, da insbesondere trans* und queere Personen oft durch Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt und unzureichende medizinische Versorgung in prekäre Lebenssituationen geraten. Trans* und queere Personen üben nicht nur überdurchschnittlich oft Sexarbeit als Überlebensstrategie aus – sie sind in dieser Arbeit auf Grund von Queerfeindlichkeit auch einem erhöhten Gewaltrisiko ausgesetzt.

Staatliche Repression — in Form von Sperrgebieten, Polizei- und Zollkontrollen, gesundheitsrechtlichen Sonderauflagen und aufenthaltsrechtlicher Überwachung — multipliziert patriarchale Macht. Sie diszipliniert Körper und Sexualität, statt Gewalt zu bekämpfen. Ein „Sexkaufverbot“ fügt sich nahtlos in diese Logik ein: Es kriminalisiert indirekt Sexarbeiter*innen, entzieht ihnen Handlungsspielräume und erhöht das Gewaltpotenzial durch Unsichtbarkeit.

Ein konsequenter queerfeministischer und linker Ansatz stellt sich dem entgegen. Er erkennt an, dass Sexarbeit in unterschiedlichen Formen existiert und dass Selbstbestimmung unter ungleichen Bedingungen immer widersprüchlich ist. Er setzt nicht auf Moralisierung, Verbote oder Kontrolle, sondern auf Rechte, soziale Absicherung, Schutz, Selbstorganisation und reale Alternativen. Wir erkennen Sexarbeit als Arbeit an, jedoch wird dieser in den meisten Fällen als notwendige Überlebensstrategie nachgegangen. Daraus folgt, dass die Politik in der Verantwortung ist, Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeiter*innen zu verbessern.

Menschen in der Prostitution brauchen Beratungsangebote, Unterstützung, wenn sie sich gegen Missstände wehren wollen und ggf. die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus, damit sie keine Angst haben müssen, abgeschoben zu werden, wenn sie Hilfe suchen. Es muss darum gehen, die Rechte von Sexarbeiter*innen zu stärken, anstatt sie stereotypisch zu Opfern zu erklären.

Für alle in der Prostitution tätigen Menschen (Frauen, Männer, transidente Menschen und non-binäre Menschen) muss der Schutz der allgemeinen Menschenrechtsverträge gewährleistet werden. Sei es das Recht auf Gesundheit, der Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, das Recht auf sichere und faire Arbeitsbedingungen, die Umsetzung des Diskriminierungsverbots oder ein geschlechtsstereotypfreier Zugang zu den eigenen Rechten.

Solidarität mit Sexarbeiter*innen ist daher kein Nebenwiderspruch linker Politik. Sie ist ein zentraler Bestandteil des (Klassen) Kampfes gegen Patriarchat, staatliche Unterdrückung, Rassismus und den gesellschaftlichen Rechtsruck. Wer Gewalt bekämpfen will, muss Machtverhältnisse angreifen und das heißt: Entkriminalisieren, absichern, sichtbar machen und die strukturellen Ursachen von Ausbeutung beseitigen.

Um diese Ziele zu erreichen, fordert Die Linke:

- Ein eigenständiges und sicheres Aufenthaltsrecht für alle von Menschenhandel , Zuhälterei und Ausbeutung betroffenen Personen, unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft und Kooperation mit Strafverfolgungsbehörden.
- Die Einführung eines Zeugnisverweigerungsrechts für alle Berater*innen, um das Vertrauensverhältnis zwischen Ratsuchenden und Berater*innen nicht zu zerstören.
- Alle gesetzgeberischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel durch ein gezieltes Monitoring zu begleiten.
- Einfache zugängliche Informationen am den Deutschen Botschaften im Ausland zur Aufklärung über sichere und selbstbestimmte Wege der Arbeitsmigration nach und von Arbeitsrechten, inkl. Sexarbeit, in Deutschland.
- Bessere gesundheitliche Versorgung von Sexarbeitenden durch einen niedrigschwelligen Zugang zur gesundheitlichen und ärztlichen Versorgung in der jeweiligen Muttersprache für alle Sexarbeiter*innen, auch für Papierlose.
- Finanzielle und soziale Absicherung während Schwangerschaft, Mutterschutz und Elternzeit für alle Solo-Selbständigen.
- Abschaffung der Ordnungswidrigkeit und damit einhergehender Bußgelder bei fehlender Anmeldung von Sexarbeiter*innen nach ProSchG.
- Die Abschaffung von repressiven Sonderregelungen, die Sexarbeiter*innen kontrollieren und marginalisieren, wie Sperrgebietsverordnungen und Kontaktverbote.
- Sensibilisierung von Polizei und Behörden sowie Schutz vor Willkür durch Behörden sowie Racial Profiling. In diesem Sinne ebenfalls klare Beschwerdemechanismen bei Fehlverhalten von Behörden.
- Aufnahme von Sexarbeit unter sozialem Status im Rahmen einer Reform ins AGG und Landesantidiskriminierungsgesetze.
- Ombudstellen für Konflikte zwischen Arbeiter*innen und Betreiber*innen und Portalbetreibenden (Im Falle von z.B. zu hohen Mieten, Gängelung etc.).
- Der Ausbau von Schutzräumen für Sexarbeiter*innen in prekären oder gewaltvollen Situationen.
- Für alle selbständig in der Sexarbeit Tätigen perspektivisch bezahlbare Wege in die Zweige der Sozialversicherungssysteme sicher zu stellen und Anerkennung ihrer Freiberuflichkeit. Die Beitragszahlungen müssen sich dabei an den tatsächlichen Einkommen orientieren. Eine finanzielle Überforderung ist auszuschließen.
- Erleichterung der Aufnahme in die Gesetzliche Krankenversicherung für migrantische Selbständige in Deutschland,
- Ausgestaltung von Aufklärung und Beratung durch flächendeckende Etablierung von

Peer-Arbeit und vertrauensbasierte, niedrigschwelligen, ergebnisoffene und diskriminierungsfreien Sozialarbeit, die ohne Zwang erfolgt, also sich an den Maßstäben Freiwilligkeit, Bedarfsorientierung und Anonymität orientiert. Sowie Orientierungsberatung und Unterstützung bei Umorientierung und Ausstieg.

- Die Einbeziehung von Sexarbeiter*innen und ihren Selbstorganisationen in alle politischen Entscheidungen, die ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen betreffen.
- Die Schaffung von sicheren, selbstbestimmten und gesundheitsgerechten Arbeitsbedingungen in der Sexarbeit. Dazu gehören insbesondere der Schutz vor Gewalt, die Gewährleistung von Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die Stärkung der Rechte von Sexarbeiter*innen gegenüber Betreiber*innen und Kund*innen.
- Umfassende Maßnahmen zur Entstigmatisierung von Sexarbeit und Sexarbeiter*innen ein und fordern die Entwicklung entsprechender Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen.
- Niedrigschwelligen und diskriminierungsfreien Zugang zu steuerlicher Erfassung und selbständiger Tätigkeit ein, insbesondere für migrantische Sexarbeiter*innen innerhalb der EU.
- Wir setzen uns für einen uneingeschränkten Zugang zu Rechtsschutz und Arbeitsgerichtsbarkeit für Sexarbeiter*innen ein – unabhängig von Aufenthaltsstatus – sowie für wirksame Möglichkeiten zur Durchsetzung von Ansprüchen.
- Unterstützung von kollektiven und selbstorganisierten Arbeitsformen von Sexarbeiter*innen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag G.06: „Leerer Bauch studiert nicht gern!“ – Für ein kostenfreies Mittagessen in Schulen & Kitas

Antragsteller*in:	LV Brandenburg

Der Parteitag möge beschließen:

„Leerer Bauch studiert nicht gern!“ – Für ein kostenfreies Mittagessen in Schulen & Kitas

Die Kinder- und Familienarmut in Deutschland hat ein ebenso erschreckendes wie beschämendes Ausmaß angenommen. Jedes 5. Kind unter 18 Jahren in Deutschland muss in Armut aufwachsen. Kinder, die schon hungrig zur Schule kommen, ohne Brotdose und die sich dann auch kein warmes Mittagessen leisten können, gibt es an allen Schulen. Und jeder einzelne Fall ist einer zu viel!

Eine ausreichende und gesunde Ernährung aller Kinder ist leider keine Selbstverständlichkeit – aber eine soziale Pflichtaufgabe für unsere Gesellschaft! Und sie darf nicht davon abhängen, ob Eltern sich die Preise für die Versorgung in

Schule und Kita leisten können.

Deshalb fordern wir: ein kostenfreies und gesundes Mittagessen für jedes Kind in Schule und Kita! Alle Kinder müssen selbstverständlich, diskriminierungsfrei, gemeinsam und gesund lernen und ihre Mahlzeiten einnehmen können. So hat es der Bürgerrat bereits im Januar 2024 einmütig empfohlen. Bund und Länder müssen die Empfehlungen des Bürgerrates ernst nehmen und die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen schaffen.

Die erfolgreiche Volksinitiative „Schule satt!“ – Für ein kostenfreies Mittagsessen aller Schüler*innen der Klassen 1-6 in Brandenburg wurde im Januar 2025 unter fadenscheinigen Vorwänden gar nicht erst zur Befassung zugelassen. Im März diesen Jahres startete ein breites Bündnis mit der zweiten Auflage dieser Initiative. Die Linke wird auch künftig alle Initiativen unterstützen, die sich für diese Forderungen einsetzen.

Wir fordern die Bundestagsfraktion und unsere Fraktionen in den Ländern und Kommunen dazu auf, Initiativen und Anträge auf den Weg zu bringen, um eine gesunde und kostenfreie Mittagsversorgung in Kitas und Schulen durchzusetzen.

Wir fordern unsere Landesverbände auf, sich mit Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Eltern, Schüler*innen und Trägern zu vernetzen und die Durchführung von Volksinitiativen auch in anderen Bundesländern zu prüfen.

Damit kein Kind mehr hungrig lernen muss!

Antrag G.07: Grundnahrungsmittel sauber und zukunftsfähig definieren

Antragsteller*in:	BAG Ökologische Plattform, Didem Aydurmus (BV Berlin-Spandau), Fabian Fahl (Mitglied des Bundestages, Nordrhein-Westfalen) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Grundnahrungsmittel sauber und zukunftsfähig definieren

Grundnahrungsmittel sind Lebensmittel, die Menschen als wesentlichen Beitrag zur Grundversorgung mit Energie und Nährstoffen brauchen und die eine gesunde, ausgewogene Ernährung ermöglichen, ohne dabei die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.

Dazu zählen insbesondere:

- Getreide und Getreideprodukte (wie Brot, Nudeln, Reis)
- Hülsenfrüchte (wie Bohnen, Erbsen, Linsen)
- (Wurzel-)Gemüse, Algen, Obst, Nüsse und Samen, Pilze
- Pflanzliche Öle und Fette
- Säuglingsnahrung (Ausnahme für tierische Produkte).

Tierische Lebensmittel sind mit der genannten Ausnahme durch die oben genannten Kriterien von der Definition von Grundnahrungsmitteln ausgeschlossen.

Begründung

Die Linke forderte im Bundestagswahlkampf die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Grundnahrungsmittel müssen allerdings neu definiert werden, da die aktuelle Definition überaltert, stark durch Lobbyinteressen geprägt und daher nicht zukunftsfähig ist. Eine neue Definition muss im Einklang mit dem Stand der Wissenschaft sein. Das beinhaltet Ernährungs- , Gesundheits- Umwelt- und Klimawissenschaften.

Die Bundestagsfraktion hat hierzu einen Antrag eingebracht, der Babynahrung berücksichtigt. Eine klare Definition, was für Die Linke als Grundnahrungsmittel gilt, fehlt darüber hinaus noch. Die gesetzliche Definition ist nicht logisch, führt zu Verwirrungen.

Laut einer neuen Studie des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung beruhen 30% der globalen Treibhausgasemissionen auf dem Ernährungssystem, das bei 4 von 9 planetaren Grenzen maßgeblich für deren Überschreitung ist. Das PIK spricht von "Lebensmittelsystemgrenzen“. Tierhaltung ist im herrschenden Lebensmittelsystem das wesentliche Element globaler Ungerechtigkeit.

Für unsere Definition sollten sowohl soziale als auch ökologische Kriterien maßgeblich sein. Das Konzept der Planetary Health Diet bietet dafür eine wissenschaftliche Orientierung, indem es Gesundheit und Umweltbelastung gemeinsam in den Blick nimmt. Es zeigt maßgeblich auf, wie wir zukunftsfähig und global gerecht alle Menschen ernähren könnten. Diesen Anspruch sollten wir als Linke auch haben.

Für viele tierische Produkte gilt bereits der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 %. Obwohl Fleisch, Milch und Eier aktuell zur Grundversorgung beitragen, möchten wir die Mehrwertsteuer auf tierische Produkte nicht senken (mit Ausnahme von Babynahrung), da die Folgekosten für Mensch und Umwelt zu hoch sind. Stattdessen wollen wir niedrigere Preise und für Mensch und Natur gesunde Lebensmittel . Wer ehrlich hinschaut, kommt nicht darum herum, billige Tierprodukte als Teil einer neokolonialen Praxis zu verstehen, die maßgeblich für Hunger, Artensterben und Klimawandel mitverantwortlich ist.

Unsere Beschlusslage ist der Ausstieg aus der industriellen Massentierhaltung, der Abbau von Futtermittelimporten, ein Minimum an Fläche pro Großvieheinheit, die Abschaffung der Käfighaltung und auch keine weitere klimaschädliche Verwendung öffentlicher Gelder. Auch wegen des Flächenverbrauchs für Futtermittel, des Treibhausgasausstoßes und aus ethischen Gründen insbesondere im Hinblick auf Tierleid möchten wir diese Erzeugung nicht noch weiter aus Geldern finanzieren, die dem Gemeinwohl zukommen könnten. Tierprodukte werden in Deutschland bereits mit jährlich 13 Milliarden Euro an öffentlichen Geldern unterstützt, was katastrophale Auswirkungen hat. Derzeit gilt für Fleisch der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7%. Dieser Antrag fordert keine Erhöhung, obwohl wissenschaftliche Studien eindeutig aufzeigen, wie vielen Krankheiten, vorzeitige Todesfälle und Umweltzerstörung durch höhere Preise für Tierprodukte verhindert werden könnten.

Hochverarbeitetes und rotes Fleisch stehen zudem insbesondere gesundheitlich in der Kritik. Ohnehin wird Billigfleisch als Markttreiber benutzt, das heißt, Produkte werden bereits unter Wert verkauft. Es ist also nicht so, dass sich arme Menschen in Deutschland nicht genug Tierprodukte leisten können. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung warnt in jedem Jahresbericht, dass auch arme Menschen viel zu viele Tierprodukte konsumieren. Gerade sie werden gezwungen statt zu Obst und Gemüse zu ungesunden Fleischprodukten zu greifen, weil diese unter Wert verkauft werden.

Weiter sollte klar sein, dass diejenigen, die sich teurere Tierprodukte leisten im Falle einer Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Tierprodukte, einen viel geringen Beitrag leisten und der Staat damit weniger Steuereinnahmen generiert, In absoluten Zahlen profitieren von der Abschaffung der

Mehrwertsteuer auf Tierprodukte die Reichen am meisten, da sie wesentlich hochwertigere und teurere Produkte kaufen. Wir dürfen unsere Politik nicht daran ausrichten, was für eine Vorstellung für von unseren Wählenden wir haben oder was für einen Stereotyp Wähler wir ansprechen wollen. Stattdessen sollten wir mit wissenschaftlich fundierten Argumenten und linken Werten Menschen überzeugen. Dafür braucht es eine Politik, die sich nicht widerspricht.

Auch ist Tradition keine Begründung dafür, ungesunde Lebensmittel in eine Neudefinition von Grundnahrungsmitteln aufzunehmen (Argumentum ad antiquitatem). Viele problematische Praktiken werden mit „Tradition“ gerechtfertigt. Zudem gilt es, die Interessen unserer bestehenden Wählerschaft und Parteimitglieder konsequent zu vertreten. Dafür braucht es eine entsprechende Schärfung der eigenen Positionen statt 90-er-Jahre-Populismus. Dieser Antrag ist natürlich nicht weitreichend, allerdings vertritt er weit verbreitete Positionen der neuen Mitglieder.

Quellen:

Brundtland Kommission 1987. Definition ‚Nachhaltige Entwicklung‘ in Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung.

Danneberg, A. et al. 2021. Milliarden für die Tierindustrie. Wie der Staat öffentliche Gelder in eine zerstörerische Branche leitet. Gemeinsam Gegen Die Tierindustrie.

Deutsche Gesellschaft für Ernährung. Dge.de

Fesenfeld, Lukas, et al. 2022. Offener Brief–Handlungsmöglichkeiten für die Transformation des Ernährungssystems angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine. https://publications.pik-potsdam.de/pubman/faces/ViewItemOverviewPage.jsp?itemId=item_28131_5

Fesenfeld, L. et al. 2022. “Policy Brief: Für Ernährungssicherheit und eine lebenswerte Zukunft - Pflanzenbasierte Ernährungsweisen fördern, Produktion und Verbrauch tierischer Lebensmittel reduzieren”. Zenodo. doi:10.5281/zenodo.7038961.

González, Neus, et al. 2020. "Meat consumption: Which are the current global risks? A review of recent (2010–2020) evidences." Food Research International 137 (2020): 109341.

Springmann, Marco, et al. 2018 "Options for keeping the food system within environmental limits." Nature 562.7728: 519-525.

Springmann, Marco, and Florian Freund 2022. "Options for reforming agricultural subsidies from health, climate, and economic perspectives." Nature communications 13.1): 82.

Te Wierkik, Sofie, et al. 2025, „Identifying the safe operating space for food systems.“ Nature Food. https://www.nature.com/articles/s43016-025-01252-6

Antrag G.08: Abschaffung des Werbeverbots für die „Pille danach“

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg, Michelle Allion (KV Karlsruhe), Renate Angstmann-Koch (KV Tübingen) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Abschaffung des Werbeverbots für die „Pille danach“

Mit der Überführung der „Pille danach“ von der Verschreibungspflicht in den Bereich der frei verkäuflichen Arzneimittel im Jahr 2015 wurde von der damaligen großen

Koalition zeitgleich ein Werbeverbot für diese eingesetzt (§10 Abs.2 HWG). Dieses Werbeverbot ist einmalig und stellt ein Problem dar. Die Begründung der damaligen Regierung: Die Informationsfreiheit würde zu missbräuchlichem Gebrauch verleiten. Diese Argumentation kennen wir bereit vom §219a StGB, der bis 2022 das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche darstellte.

Die Argumentation ist einfach. Frauen sind zu leicht zu beeinflussen und würden durch Werbung so beeinflusst werden, dass sie ohne Verhütung Sex haben und erst anschließend Notfallkontrazeptiva nutzen, was jedes Mal das Risiko einer ungewollten Schwangerschaft bedeutet. Hin zu kommt der verbreitete Irrglaube, dass es sich bei der „Pille danach“ um eine Abtreibungspille handelt. All das ist paternalistisch, sexistisch und misogyn.

Die „Pille danach“ findet in vielen unterschiedlichen Notfällen Anwendung. Von einfachen Verhütungspannen über sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen. Viele FLINTA* sind auf dieses Arzneimittel früher oder später einmal angewiesen. Es kann aber nur genutzt werden, wenn man weiß das es existiert.

In unserem andauernden Kampf für die Rechte von FLINTA* möge der Bundesparteitag der Partei Die Linke daher beschließen:

- Wir fordern die Streichung des entsprechenden Satzes im §10 Abs.2 HWG.
- Wir setzen uns ein für Aufklärungsarbeit rund um Notfallkontrazeptiva um FLINTA* über ihre Optionen aufzuklären.

Begründung

In Deutschland sind aktuell zwei Wirkstoffe als Notfallkontrazeptiva zugelassen: Levonorgestrel und Ulipristal. Beide funktionieren in dem sie den Eisprung nach hinten verschieben. Damit wird das Aufeinandertreffen der Eizelle und des Spermiums verhindert. Sie wirkt daher nur in einem kleinen Zeitrahmen und muss zeitnah nach dem ungeschützten Verkehr eingenommen werden. Sollte die Eizelle bereits befruchtet sein, passiert nichts. Diese Arzneimittel gelten als sicher und wirksam.

Nur wer diese Informationen kennt, kann selbstbestimmte und informierte Entscheidungen über seinen Körper in solchen Fällen treffen. Das Werbeverbot steht dem entgegen. Es behindert die Informationsfreiheit (Art.5 Abs.1 GG) und führt zu einer Stigmatisierung der „Pille danach“.

Antrag G.09: ME/CFS und Long COVID: Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Versorgung und sozialen Absicherung

Antragsteller*in:	BV Berlin-Neukölln

Der Parteitag möge beschließen:

ME/CFS und Long COVID: Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Versorgung und sozialen Absicherung

ME/CFS (Myalgische Enzephalomyelits/Chronisches Fatgue-Syndrom) und Long COVID sind schwere, chronische Erkrankungen, die mit erheblichen körperlichen Einschränkungen bis hin zur vollständigen P?egebedürdigkeit einhergehen und große Teile der Betro?enen dauerhaft aus Erwerbsarbeit und gesellschaftlicher Teilhabe ausschließen.

Die Partei setzt sich auf Bundes- und Landesebene für sofort wirksame Maßnahmen, wie etwa die Anerkennung und sozialrechtliche Absicherung zur unmittelbaren Verbesserung der Lebenssituation von 1,4 Millionen Menschen in Deutschland mit ME/CFS oder Long-COVID ein. Dazu zählen:

- Die Verankerung von ME/CFS in der VersMedV (Versorgungsmedizin-Verordnung) als eigenständige Grundlage für die Feststellung eines GdB (Grades der Behinderung).
- Die angemessene Berücksichtigung der spezifischen Einschränkungen von ME/CFS in der Pflegebegutachtung und bei der Erwerbsminderung.
- Die strukturierte Erfassung von ME/CFS im Sozialrecht anstelle der bisherigen unsystematischen Mitbewertung über bestehende Kategorien.
- Die Sicherstellung einer verlässlichen sozialen Absicherung für Betroffene.
- Die Beendigung systematischer Ablehnungen von Leistungsanträgen sowie die Verkürzung von Widerspruchsverfahren.
- Die Vermeidung wiederholter Begutachtungen, die eine erhebliche Belastung für schwer erkrankte Menschen darstellen.
- Der Zugang auch für schwer und bettlägerig Erkrankte zu der medizinischen Versorgung.
- Die Umsetzung konkreter, unmittelbar wirksamer Maßnahmen anstelle ausschließlich langfristiger Programme wie der „Nationalen Dekade gegen postinfektiöse Erkrankungen“.
- Die klare programmatische Verankerung des Themas zur Bekämpfung struktureller Unterversorgung und zur Verhinderung der Fehlwahrnehmung der Erkrankung als primär psychosoziales Problem.
- Die Bundestagsfraktion erarbeitet einen Gesetzesentwurf dazu.

Begründung

Die aktuelle Situation ist nicht hinnehmbar: Viele Betroffene sind schwer erkrankt, teilweise bettlägerig und von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Gleichzeitig scheitert ihre Versorgung systematisch. Insbesondere im Sozialrecht sind diese Erkrankungen nicht angemessen abgebildet. ME/CFS ist auch nach Jahrzehnten weder in der VersMedV (Versorgungsmedizin-Verordnung) als eigenständige Grundlage für die Feststellung eines GdB (Grades der Behinderung) verankert noch werden die spezifischen Einschränkungen in der Pflegebegutachtung und bei der Erwerbsminderung ausreichend berücksichtigt. Die Erkrankung führt bei einem erheblichen Teil der Betroffenen zu schweren funktionellen Einschränkungen bis hin zur Pflegebedürftigkeit. Die Pflege leisten vor allem Angehörige und Frauen. ME/CFS ist im Sozialrecht nicht strukturiert erfasst, sondern wird unsystematisch über bestehende Kategorien mitbewertet. Die fehlende explizite Abbildung von ME/CFS in den sozialrechtlichen Bewertungssystemen führt zu systematischer Benachteiligung von Betroffenen.

Konkret bedeutet die aktuelle Situation für viele Betroffene, dass sie ohne verlässliche soziale Absicherung bleiben. Anträge auf Leistungen werden meist abgelehnt, Widerspruchsverfahren ziehen sich über lange Zeiträume und wiederholte Begutachtungen stellen eine erhebliche Belastung für schwer erkrankte Menschen dar. Es ist nicht zumutbar, dass Betroffene unter diesen Bedingungen bürokratische Kämpfe führen müssen, um existenzsichernde Leistungen zu erhalten. Besonders gravierend ist die Situation für schwer und bettlägerig Erkrankte, die faktisch keinen Zugang zu der

ohnehin unzureichenden medizinischen Versorgung haben.

Erforderlich ist Hilfe, die tatsächlich bei den Betroffenen ankommt und nicht Maßnahmen, die in langfristigen Programmen wie der „Nationalen Dekade gegen postinfektiöse Erkrankungen“ verbleiben, ohne kurzfristig spürbare Verbesserungen zu bewirken. Stattdessen braucht es konkrete, unmittelbar wirksame Schritte sowie eine klare programmatische Verankerung des Themas, die der strukturellen Unterversorgung entgegenwirkt und einer weiteren Fehlwahrnehmung der Erkrankung als primär psychosoziales Problem entgegentritt.

Antrag G.10: Abschaffung von Zoos und Entwicklung eines Ausstiegsplans zum Schutz der Tiere

Antragsteller*in:	BAG Tierrechte

Der Parteitag möge beschließen:

Abschaffung von Zoos und Entwicklung eines Ausstiegsplans zum Schutz der Tiere

1. Die Partei Die Linke setzt sich auf Bundesebene für die Abschaffung von Zoos ein. Gemeint sind hiermit alle zu Unterhaltungszwecken vorhandenen Institutionen, die Tiere ausstellen. Dies beinhaltet auch Aquarien und Streichelzoos.

2. Die Partei Die Linke entwickelt einen Ausstiegsplan für die noch verbleibenden Tiere. Dabei ist bei Entwicklung eines Übergangskonzepts sicherzustellen, dass kein Individuum in einen anderen Zoo untergebracht oder sogar an eine vergleichbare Institution verkauft wird.

Begründung

Die Anti-Zoo-Bewegung ist international so stark wie nie zuvor. Auch in Deutschland ist diese Thematik relevant. Am 25.05.25 demonstrierten 2000 Menschen auf einer Anti-Zoo-Kundgebung vor dem Hauptbahnhof in Wuppertal. (1) Es war die bisher erfolgreichste Mobilisierung, die es gegen Zoos hierzulande gab.

Besonders erfolgreich ist der Kampf um die großen Meeressäuger. Immer mehr Länder begrenzen Zoos, in denen die beeindruckendsten Arten ausgestellt werden.

Auch in Nürnberg und Duisburg gibt es jeweils ein Delfinarium. Die Zahlen sind erschreckend. In Duisburg sind seit 1965 68 Delfine gestorben.(2) Während ihre Artgenossen in den Meeren etwa 50 Jahre alt werden, erreichen die eingesperrten Tiere nur selten ihren 25. Geburtstag.

Verhaltensstörungen, dauerhafter Stress und das damit verbundene Leid betre?en bei Weitem nicht nur die großen, prestigeträchtigen Arten. Das Leid der Tiere zieht sich durch die gesamte Institution, die ihre Existenz mit vier Säulen rechtfertigt:

1. Artenschutz: Zoos retteten bislang 50 Arten vor dem Aussterben. Im Vergleich dazu sterben jeden Tag etwa 150 Arten aus.(3) Die meisten Arten, die im Zoo gehalten werden, sind nicht auswilderungsfähig. Die Verhaltensweisen der Tiere würden in der freien Natur das Überleben nicht sichern können. Die Tiere haben ihre arttypischen Fähigkeiten entweder abgelegt oder durften diese nie erlernen. Zudem ist der dauerhafte Stress, aus dem die Stereotypien resultieren, eine traumatische Belastung. Die Tiere werden die essentiellen Fähigkeiten ihrer Art nie wieder oder nur unter enormen Anstrengungen erlernen. Der Kostenaufwand für den Erhalt

der Zoos ist gleichzeitig enorm. Sofern diese Gelder tatsächlich Tieren nutzen sollten, müssten sie in globale Lebensräume investiert werden. Keiner Art wäre damit geholfen, ausschließlich in künstlichen Gehegen das Aussterben überlebt zu haben. Die Institutionen sind zusätzlich über die globalen Märkte an der Entnahme von Tieren aus der Natur beteiligt.

2. Die Argumentation, dass ausschließlich gezüchtet wird, ist falsch. Besonders Salzwasserfische sind davon betroffen. Ihre Zucht ist nahezu unmöglich. Der Schaden am Ökosystem ist immens. Faktisch werden artenübergreifend Tiere entnommen, während Auswilderungen die absolute Ausnahme bleiben. Diese Tatsache wurde zuletzt Mitte letzten Jahres im Tiergarten Nürnberg deutlich. Um den Altersdurchschnitt einer Population zu verjüngen, entschied sich der Zoo dafür, 12 gesunde Guinea-Paviane zu erschießen.(4)
3. Das Vorgehen rechtfertigte der Zoodirektor unter anderem mit dem hohen Platzbedarf der Tiere. Das Gehege wurde der großen Anzahl an Tieren nicht mehr gerecht. Anschließende Kastrationen erfolgten nicht, der Zoo züchtet weiter. Die entstandene Problematik wird sich in absehbarer Zeit wiederholen. Jungtiere sind ein wesentlicher Besuchermagnet. Mit Blick auf die Ticketverkäufe wäre ein Ende der Nachzucht fatal.
4. Brisant ist der Fall, da es eine solche Maßnahme bei Affen bisher noch nicht gegeben hat. Dass Tiere wie Zebras oder Rinder auch den hohen Bedarf an Futtermitteln stillen, ist fest einkalkuliert. (5) Zudem ist der Direktor des Tiergartens Nürnberg, Dr. Dag Encke, auch Vorsitzender des Verbandes der Zoologischen Gärten (VdZ). Er handelt daher nicht nur im Interesse des Tiergartens Nürnberg. Deutschlandweit sind 57(6) Zoos Teil des Verbandes, die sich in ihren Praktiken aneinander orientieren. Der VdZ setzt dabei auch Standards, deren Umsetzung von ihm selbst überwacht wird. Es gibt keine unabhängigen Institutionen, die den Zoos Grenzen aufzeigen – vom Tierschutzgesetz, einem zahnlosen Tiger, einmal abgesehen.
5. Forschung: Die Ergebnisse der Forschung sind stark umstritten. Die Verhaltensstudien sind von fehlerhaften Eindrücken geprägt. Die Tiere haben sich ein Verhalten angeeignet, das sie in freier Natur nie erlernt hätten. Gleichzeitig ist ein hoher Anteil aller Tiere in einem chronisch psychisch erkrankten Zustand.
6. Die genbezogenen Studien leiden an der geringen Biodiversität. Der Genpool, mit dem gezüchtet wird, ist äußerst gering.(7) Auch Inzucht spielt dabei eine große Rolle. Die Ergebnisse sind daher nur in begrenztem Maße von tatsächlichem Wert. Viele Tiere sind aufgrund medizinischer Versorgung zudem stark überaltert. Viele Arten leben in Zoos deutlich länger als in freier Natur. Hintergrund ist die medizinische Versorgung sowie der Schutz vor Fressfeinden. Auch sie sind für die Forschung entsprechend von geringem Wert.
7. Bildung: Die Studienlage in diesem Bereich ist eindeutig. Die Problematik beginnt bereits im Aufbau der Einrichtungen. Jedes Tier soll in den ersten 30 Sekunden im Gehege erkannt werden können. Die Besucher*innen kommen in ein Areal, in dem Tiere außerhalb ihres Lebensraums einem Verhalten nachgehen, das sie in freier Natur nie angeeignet hätten. Mit Ausnahmen von hochqualitativen Führungen gehen Besucher*innen mit falschen Eindrücken nach Hause. Sie können das gesehene Verhalten nicht einordnen. Das erlernte Wissen gleicht einer Fehlinformation.
8. Erholung: Der Zoo als Naherholungsort dient dem Menschen. Tiere werden in dieser Säule ausschließlich im Nutzen für den Menschen betrachtet. Für uns als Linke sollten Tiere niemandem nutzen. Wir setzen uns für ihre Existenz ein. Unser Fokus liegt wie immer auf dem guten Leben – in diesem Gedanken beziehen wir Tiere aktiv mit ein.
9. Im Hinblick auf Erholung und Bildung gibt es verknüpfende Alternativen. Es ist bestens belegt,

dass insbesondere Kinder im direkten Zugang zur Natur die größten Lernerfolge haben. Unsere Ökosysteme sind dabei sowohl Naherholungszentren als auch Bildungsorte. Im Vordergrund stehen dabei die Wahrnehmung mit allen Sinnen, die Neugierde und der direkte Kontakt zur Natur.

10. Gleichzeitig sind die technischen Alternativen bislang noch lange nicht ausgeschöpft. Wir können heute ganze Lebensräume im dreidimensionalen Raum simulieren und damit Weiten und Perspektiven schaffen, die Zoos nicht darstellen können. Gesehenes lässt sich dadurch auf fantasievoller Ebene über den gezeigten Lebensraum miteinander verknüpfen, während der Eindruck des Zoos an der dekorierten Fassade des Geheges endet.

(1) https://www1.wdr.de/nrw/bergisches-land/wuppertal/Tierschuetzer-protestieren-gegen-Tierhaltung-in-Zoos-100.html

(2) https://www.prowildlife.de/aktuelles/pressemitteilung/60-jahre-delfinarium-duisburg-kein-grund-zum-feiern/

(3) https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/tiere/150-arten-sterben-pro-tag-aus-groesstes-artensterben-seit-ende-der-dinosaurier-zeit-droht-16660249.html

(4) https://www.wissenschaft.de/erde-umwelt/alternde-zootiere-gefaehrden-die-artenschutz-ziele/

(5) https://www.zeit.de/news/2025-11/24/warum-zoos-manchmal-eigene-tiere-verfuettern

(6) https://vdz-zoos.org/mitglieder/zoos-im-vdz

(7) https://www.wissenschaft.de/erde-umwelt/alternde-zootiere-gefaehrden-die-artenschutz-ziele/

Antrag G.11: Gegen die Ausbeutung von Pferden im hochleistungs- und wettkampforientierten Reitsport und der Wettindustrie

Antragsteller*in:	BAG Tierrechte

Der Parteitag möge beschließen:

Gegen die Ausbeutung von Pferden im hochleistungs- und wettkampforientierten Reitsport und der Wettindustrie

Die Linke positioniert sich klar gegen die Nutzung von Pferden im hochleistungs- und wettkampforientierten Renn- und Springreiten sowie gegen die damit verbundene Wettindustrie.

Die Linke fordert:

1. Die Linke strebt ein Verbot von hochleistungs- und wettkampforientiertem Pferderennen sowie Springreitwettbewerben an, in denen Pferde gezielt auf maximale Leistung gebracht werden und dabei über ihre Belastungsgrenzen gehen müssen.

2. Die Linke strebt ein Verbot von Wetten auf Pferderennen an.

3. Bis zur Umsetzung dieser Verbote fordert Die Linke deutlich strengere und konsequent durchgesetzte Tierschutzregeln, vor allem bei Training, Transport und Einsatz von Pferden, sowie wirksame Kontrollen und echte Sanktionen bei Verstößen.

4. Die Linke setzt sich für eine sozial gerechte Umstellung in diesen Bereichen ein. Dazu gehören die Absicherung von Beschäftigten, die Unterstützung bei Umschulungen sowie der Aufbau von neuen Arbeitsmöglichkeiten außerhalb von hochleistungs- und wettkampforientierter Tiernutzung.

Begründung

Pferde sind fühlende Lebewesen mit eigenen Bedürfnissen und klaren Belastungsgrenzen.

Ihre Nutzung im hochleistungs- und wettkampforientierten Reitsport, vor allem im Renn- und Springreiten, führt zu starken körperlichen und psychischen Belastungen.

Diese Wettbewerbe sind darauf ausgerichtet, maximale Leistung aus den Tieren herauszuholen. Training, Transport und Wettkämpfe verursachen dabei viel Stress und erhöhen das Risiko schwerer Verletzungen bis hin zum Tod.

Unsere Kritik richtet sich nicht gegen Sport an sich, sondern gegen Formen, in denen Tiere für Leistung unter Druck gesetzt und an ihre Grenzen gebracht werden.

Im Pferderennsport kommt es immer wieder zu schweren und auch tödlichen Zwischenfällen. Diese sind kein Zufall, sondern werden regelmäßig im Rahmen dieser Wettkämpfe in Kauf genommen. Als Teil eines Systems, in dem Tiere als Hochleistungsträger in einer kommerziellen Industrie ausgebeutet werden.

Ein Beispiel ist der Aintree Grand National 2026 in Liverpool. Dort erlitt das Rennpferd Gold Dancer einen schweren Rückenbruch, erreichte den 1. Platz und musste direkt danach eingeschläfert werden. Diese dramatische Situation ist allerdings kein Einzelfall. Erst einen Monat zuvor wurden vier weitere Pferde trotz sofortiger und umfassender tiermedizinischer Versorgung im Zusammenhang mit Rennen eingeschläfert. Diese Tiere konnten aufgrund der Schwere ihrer Verletzungen nicht gerettet werden.

Diese Häufung zeigt, dass solche Ereignisse nicht als Ausnahme zu bewerten sind, sondern als Teil eines Systems, in dem die Belastung der Tiere bis an die Grenzen ihrer körperlichen Belastbarkeit und darüber hinaus stattfindet. Der Tod der Tiere ist dabei strukturell einkalkuliertes Risiko einer auf maximale Leistung ausgerichteten Wettkampf- und Unterhaltungslogik. Der hochleistungs- und wettkampforientierte Pferdesport ist eng mit einer weltweiten Wett- und Unterhaltungsindustrie verbunden.

Diese sorgt für zusätzlichen Leistungsdruck und schafft wirtschaftliche Anreize, bei denen das Wohl der Tiere ausgeblendet wird. Auch Menschen sind Teil dieses Systems. Beschäftigte wie Jockeys stehen unter starkem Druck und tragen gesundheitliche Risiken.

Die Linke erkennt an, dass es auch im bestehenden System bereits Verantwortung für das Tierwohl gibt. Deshalb sind bis zu einer grundlegenden Änderung bessere Regeln für Haltung, Training und Transport, sowie wirksame Kontrollen notwendig, um Leid zu minimieren.

Gleichzeitig gilt: Eine dauerhafte Verbesserung des Tierwohls ist in einem System, das auf Wettbewerb, Höchstleistung und Gewinn ausgerichtet ist, nur begrenzt möglich.

Der Pferderennsport ist außerdem eng mit der Wettindustrie verbunden. Diese kann auch problematisches Wettverhalten verstärken. Das ist ein gesellschaftliches und gesundheitliches Problem, für das es mehr Hilfe und Beratungsangebote geben muss.

Eine sozial gerechte Umstellung ist notwendig, um den Wandel mit der Absicherung der Beschäftigten zu verbinden. Ziel ist der Aufbau von Tätigkeiten, die nicht auf Hochleistung und Wettkampf mit Tieren basieren.

Wirtschaftliche Interessen und Wetten dürfen nicht dazu führen, dass Tiere in diesen Strukturen leiden müssen. Eine solidarische Gesellschaft endet nicht beim Menschen. Die Linke setzt sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit Tieren ein, der ihre Bedürfnisse und Grenzen ernst nimmt und sie vor vermeidbarem Leid schützt.

Antrag G.12: Private Nutzung von Feuerwerkskörpern, Tieren und Umwelt bundespolitisch flankieren

Antragsteller*in:	BAG Tierrechte

Der Parteitag möge beschließen:

Private Nutzung von Feuerwerkskörpern, Tieren und Umwelt bundespolitisch flankieren

1. Die Linke setzt sich für ein bundesweites Verbot der privaten Nutzung von Feuerwerkskörpern der Kategorie F2 ein. Feuerwerk soll künftig ausschließlich im Rahmen kommunal organisierter, professionell durchgeführter und kontrollierter Veranstaltungen stattfinden. Dabei stehen der Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt sowie die Entlastung von Einsatzkräften im Mittelpunkt.

2. Bis zur Umsetzung eines bundesweiten Verbots unterstützt Die Linke auch auf kommunaler und landespolitischer Ebene alle Maßnahmen, die die negativen Auswirkungen privaten Feuerwerks wirksam reduzieren. Dazu gehören insbesondere kommunale Einschränkungen sowie feuerwerksbefreite Zonen, etwa in Wohngebieten sowie in der Nähe von Tierheimen, Krankenhäusern, Seniorenheimen, Naturschutzflächen, Kirchen und weiteren sensiblen Orten. Ebenso die Förderung öffentlich organisierter, sozial zugänglicher Alternativen wie Licht- und Drohnenshows, wie auch Aufklärungskampagnen zu den sozialen, ökologischen und gesundheitlichen Folgen privaten Feuerwerks.

3. Ebenso unterstützt wird die systematische Erhebung von Daten zu Verletzungen, Sachschäden, Umweltbelastungen und Auswirkungen auf Tiere.

4. Die Partei Die Linke stellt klar, dass die derzeitige Praxis eine Privatisierung von Risiken bei gleichzeitiger Vergesellschaftung der Kosten darstellt. Sie bekennt sich ausdrücklich zur Unterstützung von Feuerwehr, Rettungsdiensten, Einsatzkräften, medizinischem Personal und Personal des öffentlichen Dienstes und setzt sich dafür ein, deren Arbeitsbedingungen insbesondere rund um den Jahreswechsel nachhaltig zu verbessern.

Begründung

Die private Nutzung von Feuerwerkskörpern stellt eine erhebliche Gefährdung für Menschen, Tiere und Umwelt dar. Erfahrungen aus Kommunen zeigen, dass Feuerwerkskörper häufig auch außerhalb des erlaubten Zeitraums zu Silvester sowie unsachgemäß genutzt werden, etwa auf Spielplätzen, vor Wohngebäuden, auf Straßen oder in Grünanlagen. Dies führt zu Sachschäden an öffentlichem Eigentum, hohen Kosten für Reinigung und Instandhaltung sowie dazu, dass öffentliche Räume erheblich unsicherer werden und in ihrer Nutzbarkeit eingeschränkt sind, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Der Schutz von Wild- und Haustieren ist unter diesen Bedingungen nicht gewährleistet. Viele Tiere erleiden erheblichen Stress durch Lärm, Licht- und Luftverschmutzung sowie durch daraus

resultierende Überforderung, Verletzungen oder versterben infolge des Feuerwerks. Auch Einsatzkräfte werden durch unsachgemäße Nutzung, wie dem Zünden von Feuerwerkskörpern im öffentlichen Verkehr oder auf der Fahrbahn, gefährdet. Ebenso kommt es im medizinischen Bereich sowie im öffentlichen Dienst regelmäßig zu vermeidbaren Zusatzbelastungen durch komplexe Wundversorgung und Operationen.

Ohne koordinierte Maßnahmen auf kommunaler und landespolitischer Ebene können bestehende Regelungen nur unzureichend wirksam umgesetzt werden. Daher ist eine bundespolitische Rahmensetzung erforderlich, um Schutzmaßnahmen strukturell zu stärken. Ziel dieses Antrags ist es, den Schutz von Mensch, Tier und Umwelt zu priorisieren, Gefährdungen zu minimieren und Kommunen sowie Länder bei der praktischen Umsetzung wirksam zu unterstützen. Ein bundesweites Verbot stellt dabei den zentralen politischen Ansatz dar, während bereits im Vorfeld flankierende Maßnahmen auf allen Ebenen unterstützt werden sollen.

Antrag G.13: Zirkusse tierfrei gestalten (Verbot der Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben)

Antragsteller*in:	BAG Tierrechte

Der Parteitag möge beschließen:

Zirkusse tierfrei gestalten (Verbot der Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben)

Die Partei Die Linke setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass die Haltung, Mitführung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben grundsätzlich beendet wird.

Hierzu fordert Die Linke insbesondere:

1. Ein bundesweites Verbot der Haltung, Mitführung und Nutzung von Tieren in reisenden Zirkusbetrieben.

2. Die Entwicklung und Umsetzung eines verbindlichen Ausstiegsplans für bestehende Zirkusbetriebe mit Tieren, einschließlich:

- Aufnahme und Versorgung der betroffenen Tiere in geeigneten, dauerhaften Einrichtungen,
- Unterstützung beim strukturellen Wandel hin zu tierfreien Zirkuskonzepten.

3. Den Verzicht auf die Vergabe öffentlicher Flächen an Zirkusbetriebe, die Tiere mitführen oder zur Unterhaltung einsetzen.

4. Die Förderung tierfreier Zirkusformen (z. B. Artistik, Theater, Akrobatik, immersive Projektionstechnologie) als kulturelle Alternative.

Begründung

Die Forderung nach einem Verbot von Wildtieren in Zirkussen ist seit Jahren politischer Konsens in weiten Teilen der Gesellschaft und wurde auch innerhalb Die Linke beschlossen und wiederholt unterstützt. Diese Position stellt bereits einen wichtigen Schritt dar, greift jedoch zu kurz.

Die zentrale Problematik liegt nicht allein in der Haltung bestimmter Tierarten, sondern in den strukturellen Bedingungen reisender Zirkusbetriebe selbst.

Zirkusse sind durch häufige Ortswechsel, begrenzte Platzverhältnisse, Transport in engen Fahrzeugen sowie wechselnde klimatische und soziale Bedingungen geprägt. Diese Rahmenbedingungen stehen grundsätzlich im Widerspruch zu den Anforderungen einer tiergerechten Haltung, ganz unabhängig davon, ob es sich um Wildtiere oder domestizierte Tiere handelt.

Auch sogenannte „Haustiere“ wie Pferde, Hunde, Ziegen oder andere Tiere sind in Zirkusbetrieben erheblichen Belastungen ausgesetzt. Dazu gehören Transportstress, eingeschränkte Bewegungsmöglichkeiten, Dressur sowie die Nutzung in regelmäßigen Vorführungen unter Trainings- und Anpassungsdruck. Eine tiergerechte Unterbringung und ein selbstbestimmtes Verhalten sind unter diesen Bedingungen nicht gewährleistet.

Darüber hinaus basiert die Nutzung von Tieren im Zirkus auf ihrer wiederholten Funktionalisierung zu Unterhaltungszwecken. Die Linke tritt für eine Gesellschaft ein, in der Ausbeutungsverhältnisse überwunden werden. Dies schließt den verantwortungsvollen und respektvollen Umgang mit Tieren ein.

Das Staatsziel Tierschutz (Artikel 20a Grundgesetz) verpflichtet dazu, Tiere vor vermeidbarem Leid zu schützen. Angesichts der strukturellen Defizite der Tierhaltung im Zirkus ist ein vollständiger Ausstieg aus der Nutzung von Tieren die konsequente Weiterentwicklung unserer bisherigen politischen Forderungen.

Internationale Zirkusproduktionen zeigen bereits heute, dass der Verzicht auf Tiere im Programm nicht zu einem Verlust an Attraktivität führt. Im Gegenteil eröffnen moderne Technologien wie Projektion und digitale Inszenierung neue künstlerische Möglichkeiten und schaffen eigenständige, zeitgemäßere Formen des Zirkus.

Ein Verbot der Nutzung von Tieren in Zirkussen ist daher ein notwendiger Schritt hin zu mehr Tierschutz, gesellschaftlicher Verantwortung und einer zeitgemäßen Kulturpolitik ohne Ausbeutung.

Antrag G.14: Legalisierung und Streichung weiterer Substanzen aus dem Betäubungsmittelgesetz

Antragsteller*in:	BAG Drogen

Der Parteitag möge beschließen:

Legalisierung und Streichung weiterer Substanzen aus dem Betäubungsmittelgesetz

Die Partei Die Linke setzt sich für die Streichung von Psilocin und Psilocybin in der Anlage 1 des Betäubungsmittelgesetzes und eine Legalisierung für Therapeut*innen sowie volljährige Konsument*innen und entsprechende Gesetzesänderungen ein.

Begründung

Im Erfurter Programms 4.1 dort "Soziale Sicherung im Sozialstaat" sprechen wir uns für die langfristige Legalisierung von Drogen aus. Nach erfolgter Entkriminalisierung und Teillegalisierung von Cannabis ist jetzt Zeit ein Signal für weitere Legalisierungen zu setzen.

Psilocin und Psilocybin sind z.B. in bestimmten Pilzarten enthalten. Studien weisen darauf hin, dass es einen potenziellen therapeutischen Nutzen gibt. Diese Substanz steht am Ende der Nutt-Tabelle (David Nutt, englischer Psychater und Psychopharmakologe) mit einer sehr niedrigen Gefährlichkeit. Relativ gesehen zu Alkohol ist die Selbstschädigung von Psylocibin um ein vierfaches geringer.

Dieser Antrag wurde am 20.04.26 von der Mitgliederversammlung der BAG Drogen so entwickelt und beschlossen.

Antrag G.15: Das neue Parteiprogramm auf die Vereinbarkeit mit der physikalischen Realität prüfen

Antragsteller*in:	BAG Ökologische Plattform, Didem Aydurmus (BV Berlin-Spandau), Fabian Fahl (Mitglied des Bundestages, Nordrhein-Westfalen) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Das neue Parteiprogramm auf die Vereinbarkeit mit der physikalischen Realität prüfen

Die Partei lässt im Rahmen des Programmprozesses alle unsere Forderungen und Abschnitte auf die Vereinbarkeit mit den planetaren Grenzen, also der physikalischen Realität, wissenschaftlich prüfen.
Unsere Programme müssen jetzt und künftig auf Vereinbarkeit mit den physikalischen Grenzen der Natur geprüft werden, ob sie zukunftsfähig sind und ob sie Menschen in anderen Ländern nicht schaden. Dabei orientieren wir uns am Konzept der Planetaren Grenzen.

Begründung

7 von 9 planetaren Grenzen sind überschritten. Das bedroht die soziale Sicherheit, das gute Leben, den Sozialismus, den Frieden und die globale Gerechtigkeit.
Keine Partei im Bundestag hat bisher ein Programm, deren Maßnahmen auf dem Boden der wissenschaftlichen Fakten stehen. Die physikalische Realität ist also nicht wählbar.

Wir schauen zunehmend dabei zu, wie die planetaren Grenzen überschritten werden und wie irreversibel Raubbau betrieben wird. Wir haben die weitreichendsten Forderungen und fordern z.B. in der Klimapolitik deutlich mehr als Bündnis 90. Dennoch haben auch wir bezüglich der Erkenntnisse aus Wissenschaft und NGOs noch Nachholbedarf.
Wir wollen ein Parteiprogramm, das auf die größte Herausforderung der Menschheitsgeschichte Antworten gibt und nicht Teil eines Systems ist, dass unsere Erde für immer ausbeutet.

Hintergrund:

https://www.pik-potsdam.de/de/produkte/infothek/planetare-grenzen

Antrag G.16: Politische Aufarbeitung und Initiative gegen Netzwerke zur Verbreitung von Videos sexualisierter Gewalt („Vergewaltiger“-Netzwerke)

Antragsteller*in:	LV Schleswig-Holstein, KV Rendsburg-Eckernförde, Desiree Ellen Lindner (Schleswig-Holstein · Nr. 137)

Der Parteitag möge beschließen:

Politische Aufarbeitung und Initiative gegen Netzwerke zur Verbreitung von Videos sexualisierter Gewalt („Vergewaltiger“-Netzwerke)

Der Bundesparteitag der Partei die Linke wird gebeten, sich politisch mit dieser Problematik auseinanderzusetzen und folgende Schritte zu prüfen bzw. einzuleiten:

1. Politische Positionierung

Die Linke soll eine klare politische Position gegen Netzwerke zur Verbreitung von Videos sexualisierter Gewalt entwickeln und öffentlich vertreten.

2. Gesetzliche Initiativen und politische Forderungen

Die Linke soll sich dafür einsetzen, dass auf Landes- und Bundesebene:

- die Aufnahme von Vergewaltigungen oder anderer sexualisierter Gewalt ausdrücklich als eigenständige schwere Straftat verfolgt wird,
- der Besitz von Videos realer sexualisierter Gewalt strafbar wird,
- die Verbreitung und Weitergabe solcher Videos, auch über MessengerDienste oder geschlossene Gruppen, strafbar wird,
- organisierte digitale Täternetzwerke strafrechtlich konsequent verfolgt werden,
- Plattformbetreiber verpflichtet werden, solche Inhalte unverzüglich zu entfernen und Ermittlungsbehörden zu unterstützen!

3. Bessere Unterstützung für Betroffene

Die Linke soll sich politisch dafür einsetzen, dass:

- Beratungsstellen für Betroffene sexualisierter Gewalt besser finanziert werden,
- Betroffene Unterstützung bei der Löschung solcher Inhalte aus dem Internet erhalten
- der Zugang zu psychologischer, rechtlicher und sozialer Unterstützung erleichtert wird.

Hinweis zur rechtlichen Einordnung und Weitergabe Strafverfahren Inhalte

- Von einer Strafbarkeit ausgenommen sind Handlungen, die ausschließlich der Aufklärung, Beweissicherung oder Anzeige einer Straftat dienen. Dies gilt insbesondere für betroffene Personen und für Zeugen oder Dritte, sofern entsprechende Inhalte unverzüglich an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden.

Begründung

Dieses Thema muss auch innerhalb unserer Partei mehr politisch aufgegriffen werden.

Hintergrund und Aufklärung zum Fall

(Hier wird "Frauen*" und nicht "FLINTA*" verwendet, weil die Reportage über Frauen* gesprochen hat, dennoch sind FLINTA* Betroffene).

In dem vergangenen Jahr hat eine journalistische Recherche, ein beängstigendes digitales Netzwerk aufgedeckt, in dem Videos (realer sexualisierter Gewalt) aufgenommen, verbreitet und teilweise gemeinsam geplant werden...

Reporterinnen (STRG-F) und weitere Medien haben sich über Monate hinweg verdeckt Zugang verschafft. Dabei konnten sie dokumentieren, dass in verschiedenen Online-Foren und Messenger-

Gruppen (insbesondere Telegramm) Inhalte geteilt werden, wie Vergewaltigungen, Anleitungen zur Betäubung und Gespräche (Chats) wie man am besten diese Tat planen kann, an realen Frauen gezeigt, oft der eigenen Ehefrau.

Die Recherchen zeigen unter anderem:

- Täter tauschen Anleitungen aus, wie Frauen* betäubt werden können, um sexualisierte Gewalt an ihnen zu verüben.
- Es werden konkrete Hinweise zu Medikamenten oder Substanzen gegeben, mit denen Frauen* bewusstlos gemacht werden können.
- Täter filmen die Taten und verbreiten die Videos anschließend in Online-Netzwerken.
- Die Netzwerke sind international organisiert und vernetzt, mit Beteiligten aus Deutschland und anderen europäischen Ländern,
- Am meisten sind die eigenen Ehefrauen* betroffen.

Besonders erschütternd ist, dass eine Betroffene erst durch die journalistischen Recherchen von STRG-F erfahren hat, dass sie Opfer solcher Taten geworden ist, durch ihren Ehemann. Diese Frau* berichtete, dass sie sich in den Videos wiedererkannt hat, etwa durch ihr Schlafzimmer oder persönliche Gegenstände, obwohl die Aufnahmen von STRG-F verpixelt wurden.

Derartige Aufnahmen stellen für Betroffene eine fortgesetzte Form der Gewalt dar, da jede weitere Verbreitung oder jedes erneute Ansehen die Tat reproduziert. In den journalistischen Recherchen ist aufgefallen, dass es nicht strafbar ist eine solche Art von Videos zu besitzen oder zu verbreiten.

Aktuelle: Politische und rechtliche Debatte in Deutschland (Stand 02.03.2026) Die Recherchen haben letztes Jahr auch eine politische Debatte ausgelöst.

So forderte letztes Jahr die niedersächsische Justizministerin Kathrin Wahlmann (SPD), dass künftig auch der Besitz von Vergewaltigungsvideos strafbar sein soll. Hintergrund ist, dass dieser Besitz der Videos nach der aktuellen Rechtslage nicht in allen Fällen strafbar ist (= wenn die Inhalte in geschlossenen Gruppen geteilt werden oder Betroffene nicht eindeutig identifizierbar sind, ist es keine Straftat).

Während Darstellungen sexualisierter Gewalt gegen Kinder in Deutschland bereits klar strafbar sind, besteht bei Videos sexualisierter Gewalt gegenüber Erwachsenen teilweise eine rechtliche Lücke, insbesondere beim Besitz solcher Inhalte.

Politische Einordnung

Sexualisierte Gewalt ist ein schweres Verbrechen. Wenn diese Gewalt zusätzlich gefilmt und online verbreitet wird, entsteht eine weitere Form der Gewalt gegenüber den Betroffenen. Durch digitale Netzwerke können solche Inhalte dauerhaft im Internet verbreitet werden. Für Betroffene bedeutet das, dass diese Tat immer wieder reproduziert wird! Gerade für eine Partei wie Die Linke, die sich feministischer Politik, dem Schutz von Betroffenen und sozialer Gerechtigkeit verpflichtet fühlt, ist es notwendig, sich zu diesem Problem klar zu positionieren. Dass dieses Thema innerhalb der Partei Die Linke, bislang kaum politisch aufgegriffen wurde, obwohl entsprechende Recherchen bereits seit längerer Zeit öffentlich sind, kann als enttäuschend wahrgenommen werden.

Quellen und Dokumentationen:

Diese Recherchen zeigen deutlich, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern um organisierte digitale Täterstrukturen, die sexualisierte Gewalt dokumentieren und verbreiten.

Investigative Recherchen und Dokumentationen zum Netzwerk:

- https://youtu.be/GLrzyOLJUtk (zuletzt aufgerufen am: 05.03.2026)

- https://youtu.be/CpE0twnQVPE (zuletzt aufgerufen am: 05.03.2026)
- https://youtu.be/khz9WR_gKwQ (zuletzt aufgerufen am: 05.03.2026)

Weitere journalistische Recherchen:

- NDR Panorama: https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2025/frauen-betaeubt-und-gefilmt-dasnetzwerk-der-vergewaltiger,vergewaltiger-netzwerk-100.html (zuletzt aufgerufen am: 05.03.2026)
- NDR Bericht zur politischen Debatte: https://www.ndr.de/nachrichten/info/nds-justizministerin-besitz-von-vergewaltigungsvideosbestrafen,wahlmann-106.html (zuletzt aufgerufen am: 05.03.2026)
- Tagesschau Investigativ: https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/vergewaltigungsvideos-rape-tapes-strafejustizministerkonferenz-100.html (zuletzt aufgerufen am: 05.03.2026)

Antrag G.17: Auf die Barrikaden gegen Sozialkahlschlag - Gegen Klassenkampf von oben braucht es Klassenkampf von unten

Antragsteller*in:	KV Ortenau

Der Parteitag möge beschließen:

Auf die Barrikaden gegen Sozialkahlschlag - Gegen Klassenkampf von oben braucht es Klassenkampf von unten

Das Bundeskabinett hat Ende April den härtesten Angriff auf die Kassenpatientinnen, Krankenhäuser und Beschäftigte im Gesundheitswesen seit 20 Jahren beschlossen. Das Gesetz soll bereits Ende Juni im Bundestag beschlossen werden. Weitere harte Angriffe der Merz-Regierung sollen folgen: Kürzungen bei der Wiedereingliederungshilfe, Jugendhilfe, Rente, Verschlechterungen beim Arbeitszeitgesetz.... Gleichzeitig gibt es Sozialkahlschlag in den meisten Kommunen.

Wir halten es für dringend notwendig, dass die Partei Die Linke eine Kampagne gegen diese Politik der Bundesregierung und der Kommunen startet.

Diese muss zum Ziel haben, die Bevölkerung über den Inhalt der Kürzungen zu informieren, Alternativen dazu aufzuzeigen und Gegenwehr auf den Straßen zu mobilisieren.

Es darf keine Zeit verloren werden, da die Gesundheitsreform schon Ende Juni im Bundestag beschlossen werden soll. Gelingt es, dies zu verhindern, wird es dieser schwachen Bundesregierung schwer fallen, weitere Angriffe durchzusetzen.

Deshalb sollte Die Linke unmittelbar auf Gewerkschaften, Sozialverbände, Mieter*inneninitiativen, linke Organisationen und Initiativen der sozialen Bewegung und Antikriegsbewegung zugehen und gemeinsame Protestdemonstrationen vor Ort und bundesweit wenn möglich noch im Juni zu organisieren.

Gleichzeitig sollte die Partei auf allen Ebenen zur Bildung von Widerstandsbündnissen einladen – lokal, überregional und bundesweit. Diese Einladung sollte an Gewerkschaften, Sozialverbände, Mieter*inneninitiativen, linke Organisationen etc.

gerichtet werden.

Wenn die Führungen der Gewerkschaften und Verbände nicht reagieren und nicht bereit sind, gemeinsam zu solchen Konferenzen einzuladen, sollte die Partei zu offenen Aktionskonferenzen einladen und sich an die Masse der Aktiven und lohnabhängigen Klasse wenden.

Unsere Mitglieder in den Gewerkschaftsgremien, Betriebs- und Personalräten und Verbänden sollten gleichzeitig Anträge für Betriebsversammlungen, Aktiventreffen und Beteiligung an Widerstandsbündnissen einbringen, um so von oben und unten Druck zu erzeugen, der entweder die Gewerkschaftsspitzen zum Handeln drängt oder aber erreicht, dass Mobilisierungen von unten durchgeführt werden.

Während wir in Bündnissen die Aufrufe zu Demonstrationen auf die wesentliche Forderung „Gegen alle Kürzungen und gegen jede Verschlechterung für die Bevölkerung“ beschränken können, sollten Die Linke zusätzliches eigenes Mobilisierungsmaterial mit einem sozialistischen Programm gegen Krise und Kürzungen erstellen und verbreiten.

Zentrale Forderungen dafür sollten sein:

- Nein zu allen Angriffen auf das Gesundheitswesen. Gesundheit ist keine Ware. Für eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Krankenhaus- und Gesundheitsversorgung ohne Profitmacherei durch Pharmaindustrie, Medizingeräteindustrie und private Krankenhauskonzerne. Weg mit den Fallpauschalen. Schluss mit der Zweiklassenmedizin.
- Nein zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes – Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Arbeitszeitverlängerung
- Nein zur Erhöhung des Renteneinstiegsalters und weiterer Verschlechterungen bei der Rente – stattdessen Senkung auf 60 Jahre und Einführung einer steuer- und abgabenfreien Rente von mindestens 70 Prozent des Nettolohns und einer Grundabsicherung für alle.
- Nein zu allen Kürzungen und Verschlechterungen für die arbeitende Bevölkerung auf allen Ebenen – in der Kommune, im Land, im Bund und im Betrieb.
- Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung – wer entlässt, gehört enteignet!
- Massive Abrüstung statt Aufrüstung, Wehrpflicht und Militarisierung. Nein zum zum 5-Prozent-Ziel der NATO
- Für ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit, und Umwelt finanziert durch die Profite der Banken und Konzerne Für eine konsequente Vermögenssteuer und ein stark progressives Steuersystem mit drastisch höheren Steuern auf Unternehmensprofite und große Erbschaften
- Für die Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung
- Für sozialistische Demokratie statt kapitalistischen Chaos, Krieg und Krise

Antrag G.18: Bundesweite Aufklärungskampagne zu postinfektiösen Erkrankungen

Antragsteller*in:	LV Thüringen, KV Apolda-Weimar, KV Bodenseekreis und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Bundesweite Aufklärungskampagne zu postinfektiösen Erkrankungen

Die Bundestagsfraktion der Partei Die Linke wird beauftragt eine bundesweite Aufklärungskampagne zu postinfektiösen Erkrankungen in den deutschen Bundestag einzubringen. Sollte dies keinen Erfolg haben, wird die Partei Die Linke beauftragt eine bundesweite Aufklärungskampagne zu postinfektiösen Erkrankungen in der Gesellschaft zu initiieren.

Begründung

Die „Nationale Dekade gegen postinfektiöse Erkrankungen“, welche in den nächsten zehn Jahren Investitionen in Höhe von 500 Millionen Euro für die Forschung vorsieht, v. a. für Krankheiten wie ME/CFS, Long- und Post-COVID, wurde im November 2025 vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt ausgerufen. Sofern die Mittel sinnvoll eingesetzt werden, besteht die Chance auf eine biomedizinische Forschung.

Der Alltag Millionen Betroffener aber besteht weiterhin aus (bürokratischen) Barrieren, Stigmatisierung, Diskriminierung, Falsch- und Nichtbehandlung sowie medical gaslighting. Deshalb braucht es parallel zur biomedizinischen Forschung eine bundesweite Aufklärungskampagne, die insbesondere medizinische, pflegerische und pädagogische Akteur*innen sowie Verwaltungspersonal (Gesundheitsämter usw.) erreicht, letztlich aber auch als Präventionsmaßnahme die gesamte Bevölkerung adressiert. Denn als eine weit verbreitete Erkrankung, die prinzipiell jede*n treffen kann, geht ME/CFS immer mit Behinderung und oft mit Pflegebedürftigkeit einher (bei einer Genesungsrate von nur etwa 5%). Vor allem junge Menschen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit für sehr schwere Verläufe.

Die bundesweite Aufklärungskampagne soll Wissen vermitteln, mit dem Ziel Akzeptanz in der Gesellschaft, Sichtbarkeit und Anerkennung von Betroffenen und ihren pflegenden Angehörigen zu erhöhen, sowie Fehlbehandlungen zu verhindern und die Nationale Dekade kritisch zu begleiten.

Antrag G.19: Für eine gerechte und friedliche Weltordnung

Antragsteller*in:	BV Berlin-Pankow, LV Saarland, KV Oberberg und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Für eine gerechte und friedliche Weltordnung

Erosion der internationalen Ordnung und neue Sicherheitslage

Die gegenwärtige internationale Ordnung befindet sich in einer tiefen Krise. Das Völkerrecht, insbesondere die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen – Gewaltverbot, souveräne Gleichheit der Staaten und universelle Menschenrechte – werden zunehmend infrage gestellt, selektiv angewandt oder offen gebrochen.

Russlands andauernder Krieg gegen die Ukraine, Trumps Angriff auf Venezuela und der israelisch-amerikanische Krieg gegen den Iran sowie die zunehmende Instrumentalisierung internationaler Regeln markieren eine gefährliche Entwicklung hin zu einer Weltordnung, in der das „Recht des Stärkeren“ regiert. Autoritäre Regime destabilisieren gezielt multilaterale Institutionen, wollen die Welt in Einflusszonen aufteilen und stellen die universelle Geltung der Menschenrechte in Frage.

Die brutale Niederschlagung der Proteste für Freiheit und Selbstbestimmung im Iran und die schweren Menschenrechtsverbrechen des Regimes machen das Versagen der internationalen Gemeinschaft deutlich, rechtfertigen jedoch keine Verstöße gegen das Völkerrecht.

Die USA schrecken selbst vor offenen Drohungen gegen EU-Staaten nicht mehr zurück. Gleichzeitig verschiebt sich die globale Machtordnung von einer US-dominierten Struktur zu einer multipolaren Welt. Diese Transformation verläuft konflikthaft und ohne stabile institutionelle Einbettung.

Auch Deutschland und die Europäische Union tragen zur Erosion der internationalen Ordnung bei, indem sie doppelte Standards anwenden, eine maß- und ziellose Aufrüstung priorisieren und gleichzeitig humanitäre Hilfe sowie Entwicklungszusammenarbeit kürzen. Damit verfolgen sie im Fahrwasser politischer Rechter eine kurzsichtige Politik der Entsolidarisierung und stärken diese zugleich: im Inland durch die Verstärkung eines Diskurses der Eigeninteressen über Solidarität stellt, international durch Glaubwürdigkeitsverluste und weitere Destabilisierung.

Zugleich wächst – insbesondere in Osteuropa, aber auch in Deutschland – bei den Menschen das Bedürfnis nach Sicherheit angesichts realer militärischer Bedrohungen. Spätestens seit der russischen Vollinvasion der Ukraine ist Sicherheitspolitik zu einem zentralen gesellschaftlichen Thema geworden, das weit in den Alltag hineinreicht.

Europa als Friedensmacht in einer instabilen Weltordnung

Alle Menschen haben das Recht auf ein sicheres Leben – ein Leben in Würde und sozialer Sicherheit. Kriege, humanitäre Krisen und die Folgen der Klimakrise destabilisieren ganze Regionen. Weltweit sind etwa 295 Millionen Menschen akut von Ernährungsunsicherheit betroffen, extreme Ungleichheit untergräbt Demokratien, und Fortschritte bei der Armutsbekämpfung kehren sich um. Wir sind weit davon entfernt, die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der UN zu erreichen.

Gleichzeitig gibt es weltweit mehr Autokratien als Demokratien, insbesondere im globalen Süden. Die Zahl bewaffneter Konflikte nimmt zu. Geopolitische Rivalitäten, die Klimakrise sowie die Konkurrenz um Macht, Ressourcen und Einfluss sind zentrale Ursachen dieser Entwicklung.

Unsere Verantwortung: anschlussfähige Antworten entwickeln

Wir stehen in der Verantwortung, diese zentrale Auseinandersetzung unserer Zeit anzunehmen – im Rahmen der Weiterentwicklung des Grundsatzprogrammes, aber auch bereits jetzt konkret im politischen Alltag.

Unsere Aufgabe ist es, glaubwürdige Positionen zu formulieren und Antworten auf Fragen zu liefern, die die Menschen beschäftigen und politisch und gesellschaftlich anschlussfähig sind. Wir wollen ein politisches Angebot machen, das Sicherheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit zusammen denkt und progressive Mehrheiten gewinnt –

für eine emanzipatorische Außen- und Sicherheitspolitik.

Multilateralismus, Gerechtigkeit und Kooperation

Schon immer brachen stärkere Akteure das Völkerrecht. Dennoch bildete es bislang einen als unverzichtbar erachteten normativen Maßstab für internationale Politik. Es setzte Grenzen zwischenstaatlichen Handelns und definierte zumindest einen gemeinsamen Referenzrahmen für Konfliktlösung und Kooperation.

Wir setzen dem Zerfall der internationalen Ordnung ein politisches Projekt entgegen, das auf der Stärkung des Völkerrechts, der Erneuerung multilateraler Institutionen – eine Reform und Stärkung der UNO - sowie einer Außenpolitik beruht, die soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Frieden miteinander verbindet. Globale Herausforderungen wie Klimakrise, Armut, Krieg und Ungleichheit sind nur kooperativ lösbar. Nationale Alleingänge verschärfen diese Krisen.

Hierfür einzustehen hat insbesondere die EU, auch aufgrund der kolonialen Geschichte Europas, eine besondere Verantwortung.

Die EU als Ansatzpunkt für Veränderung

Unser Ansatzpunkt für positive Veränderungen in der krisenhaften Weltordnung ist ein demokratisches Europa, das global als Friedensmacht wirkt. Dafür muss die EU weiterentwickelt werden: Wir setzen uns dafür ein, sie demokratischer, sozial gerechter und außenpolitisch handlungsfähiger zu machen. Dazu gehören die Stärkung des Europäischen Parlaments und die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik, um Blockaden einzelner Mitgliedstaaten zu überwinden.

Gleichzeitig wollen wir die wirtschaftliche und soziale Spaltung innerhalb Europas durch gezielte Investitionen, Kohäsionspolitik und gemeinsame Industriepolitik abbauen. Die Eurokrise ist in vielen Mitgliedsstaaten bis heute nicht überwunden, und die EU wird international oft als handlungsunfähig wahrgenommen. Dennoch bleibt sie alternativlos: Kein Mitgliedstaat kann allein bestehen, auch Deutschland nicht. Es braucht eine klare Vision, die Europa vom Binnenmarkt zu einer politisch handlungsfähigen Union macht, die soziale Sicherheit im Innern schafft und ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit stärkt.

Zudem streben wir eine größere strategische Autonomie an: Die EU muss sich aus der Abhängigkeit von den USA lösen und eine eigenständige Rolle in der Welt übernehmen, die auf Frieden, Kooperation und globaler Gerechtigkeit basiert.

Sicherheit als umfassendes Konzept

Wir setzen uns für ein erweitertes Verständnis von Sicherheit ein, das soziale, demokratische und militärische Dimensionen zusammenführt. Sicherheit bedeutet für uns nicht nur Schutz vor militärischen Bedrohungen, sondern soziale Absicherung, demokratische Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir wollen Sicherheitspolitik demokratisieren; dafür ist es notwendig, eine Debatte über „gesamtgesellschaftliche Verteidigungsfähigkeit“ zu führen, die auf der aktiven Verteidigung demokratischer und sozialer Errungenschaften basiert.

Gleichzeitig erkennen wir an, dass militärische Abschreckung unter den aktuellen Bedingungen notwendig ist, setzen uns jedoch dafür ein, die Spirale der Aufrüstung zu durchbrechen, wie durch die Wiederbelebung internationaler Rüstungskontrollabkommen.

Europäische Verteidigungsstruktur, Frieden und kollektive Sicherheit

Wir setzen auf eine eigenständige, europäische Verteidigungsstruktur, die klar defensiv ausgerichtet ist und auf der Beistandsverpflichtung der Europäischen Union beruht, die für ihre Realisierbarkeit eine gemeinsame Kommandostrukturen und koordinierte Planungsprozesse braucht. Ihr Ziel ist der Schutz des eigenen Territoriums, der Bevölkerung, kritischer Infrastruktur und der Cyberabwehr.

Gleichzeitig wollen wir die Fragmentierung und Konkurrenz der nationalen Rüstungsindustrien überwinden und stattdessen eine koordinierte europäische Beschaffung aufbauen. Öffentliche Mittel sollen nicht länger Lobbyinteressen bedienen oder in ineffiziente Parallelstrukturen und Konzerngewinne fließen.

Langfristig streben wir eine demokratische Kontrolle und eine Verstaatlichung der Rüstungsindustrie an, damit das Profitmotiv aus der Waffenproduktion verschwindet und Grundlagen für echte Abrüstung geschaffen werden. Darüber hinaus verfolgen wir das Ziel, wieder Systeme kollektiver Sicherheit aufzubauen, die über militärische Bündnisse hinausgehen und einen Rahmen für die kooperative Bearbeitung von Konflikten schaffen. Vertrauensbildende Maßnahmen und schrittweise Abrüstung sind zentrale Bausteine auf diesem Weg.

Globale Gerechtigkeit und Kooperation

Unsere Aufgabe besteht darin, gemeinsam mit linken und progressiven Kräften Strategien für eine kooperative globale Zusammenarbeit zu entwickeln.

Wir setzen uns ein für faire Handelsbeziehungen, wirksame Lieferkettengesetze, Menschenrechte und wirksamen Klimaschutz. Partnerschaften mit dem globalen Süden sollen auf Augenhöhe gestaltet werden und insbesondere zivilgesellschaftliche und progressive Kräfte stärken.

Eine Politik, die Autokratien stärkt oder Ungleichheiten verschärft, lehnen wir ab. Eine gerechte internationale Ordnung erfordert sichere und legale Wege für Migration. Wir lehnen eine Abschottungspolitik ab und treten für das Recht aller Menschen auf ein Leben in Würde und Sicherheit ein.

Formate der Interaktion mit Mittelmächten, bilaterale Zusammenarbeit und eine Stärkung der EU sollten stets dem übergeordneten Ziel dienen, die multilaterale Ordnung zu erhalten, zu reformieren und zu stärken.

Feministische Außenpolitik

Wir verstehen Außenpolitik als gesellschaftspolitische Aufgabe und setzen uns für eine feministische Perspektive ein, die die Lebensrealitäten von Frauen und marginalisierten Gruppen systematisch berücksichtigt.

Geschlechtergerechtigkeit, politische Teilhabe, Schutz vor Gewalt und Einbeziehung in Friedensprozesse sind zentrale Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden und gesellschaftliche Stabilität.

Völkerrecht und Friedenspolitik

Wir setzen uns dafür ein, das Völkerrecht konsequent und ohne doppelte Standards anzuwenden. Angriffskriege und Kriegsverbrechen müssen unabhängig vom jeweiligen Akteur klar benannt und sanktioniert werden. Die Stärkung internationaler Institutionen und Gerichte ist dabei zentral.

In Bezug auf den Krieg in der Ukraine verbinden wir Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung mit der Forderung nach verstärkten diplomatischen Initiativen. Neben der

Unterstützung beim Wiederaufbau und Sanktionen gegen Russland braucht es glaubwürdige politische Prozesse für einen Waffenstillstand und tragfähige Sicherheitsgarantien.

Internationale Solidarität

Die Krise der internationalen Ordnung ist eine der zentralen politischen Herausforderungen unserer Zeit. Als Linke übernehmen wir die Verantwortung, darauf mit einer Politik zu antworten, die Sicherheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit zusammen denkt.

Unser Ziel ist es, progressive Mehrheiten für eine neue internationale Politik zu gewinnen – für Kooperation statt Konfrontation, für Recht statt Macht und für internationale Solidarität statt Konkurrenz. Denn die zentralen Herausforderungen – von Klimakrise bis zu globaler Ungleichheit – lassen sich nur global lösen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag G.20: Resilienz, Bezahlbarkeit, Dekarbonisierung! Preistreiberei ist keine Klimapolitik.

Antragsteller*in:	KV Niederbayern-Mitte, KV Rhein-Erft und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Resilienz, Bezahlbarkeit, Dekarbonisierung! Preistreiberei ist keine Klimapolitik.

Gab es noch vor wenigen Jahren so etwas wie ein Hoch der Klimapolitik, steht sie heute massiv unter Beschuss. Eingebettet in einen umfassenderen Rollback, der auch den Sozialstaat und Arbeitnehmerrechte ins Visier nimmt, werden klimapolitische Errungenschaften sukzessive zurückgedrängt. Unternehmen, die noch vor wenigen Jahren die Salbungen eines grünen Kapitalismus versprachen, ziehen ihre Transformationspläne zurück – mal offener, mal still und heimlich. Auch die Klimabewegung bringt derzeit keine Hunderttausenden mehr auf die Straße.

Dabei bräuchte es angesichts sich zuspitzender Klima- und Umweltkatastrophen dringender denn je einen politisch organisierten Klimaschutz, der die Erderhitzung begrenzt und die Lasten der Transformation sozial gerecht verteilt. Hier hat Die Linke als sozialistische Partei eine entscheidende Rolle zu spielen, denn sie ist die einzige Partei, die Klimaschutz nicht dem Markt überlassen will. Dennoch bleiben zentrale strategische Fragen einer sozialistischen Klimapolitik und ihrer Umsetzung bislang unbeantwortet.

Offen ist etwa, welche Rolle Preissignale und Verbrauchssteuern in unserer Klimapolitik spielen sollen – eine Debatte, die nicht zuletzt im Zuge des Irankrieges neue Aktualität gewonnen hat. Können hohe Preise für fossile Energie und Kraftstoffe die Dekarbonisierung vorantreiben? Und ist die Besteuerung von CO2 eine sinnvolle klimapolitische Maßnahme?

Der klimaneutrale Umbau unserer Wirtschaft ist ein langwieriger Prozess. Dauerhafte politische Mehrheiten wird es dafür nur geben, wenn er zum Wohle der breiten Mehrheit

anstatt zu ihren Lasten organisiert wird. Zugleich erfordert er einen handlungsfähigen Staat, der durch Ordnungsrecht und öffentliche Investitionen den Umstieg auf emissonsarme Produktion und Konsumweise ermöglicht. Wo rein marktbasierte Lösungen Teuerungen, Unsicherheit und Disruption produzieren, setzt eine sozialistische Klima- und Energiepolitik auf Planbarkeit und demokratisch gestaltete Transformation.

Wenn grundlegende Lebensbedingungen – etwa Wohnen, Energie, Lebensmittel – für breite Teile der Bevölkerung kaum noch bezahlbar sind, entsteht ein Gefühl von Kontrollverlust und existenzieller Unsicherheit. Dadurch steigt die Bereitschaft, autoritären politischen Angeboten zuzustimmen, die schnelle, einfache Lösungen versprechen.

Gleichzeitig verschiebt sich die Deutung von Verteilungskonflikten: Statt sie als soziale oder ökonomische Probleme wie Einkommensungleichheit, Marktversagen und politische Entscheidungen zu verstehen, werden sie kulturell aufgeladen. Die politische Rechte deutet die reale Krisenlage in Kulturkämpfe um, anstatt echte Lösungen anzubieten.

Die Linke kämpft für eine Energiewirtschaft in gemeinnütziger Hand: Wir wollen, dass Unternehmen in öffentlicher Kontrolle, Stadtwerke und Energiegenossenschaften Energie produzieren und den Ausbau der Erneuerbaren vorantreiben – das verhindert Konzernprofite, stabilisiert die Energiepreise, verringert geopolitische Abhängigkeiten und schützt das Klima. Wir wollen, dass Energienetze rekommunalisiert werden und der Ausbau der Netze nicht privaten Unternehmen mit hohen Renditeerwartungen überlassen wird. Und wir wollen, dass der Staat die Produktion von grünen Technologien durch eine strategische Industriepolitik steuert. Im Gegensatz zum neoliberalen Ansatz, der stark auf die Lenkung über Preise setzt, steht Die Linke für eine aktive, demokratisch kontrollierte Investitionslenkung. Wir wollen nicht Menschen mit hohen Preisen belasten. Wir wollen einen politischen und wirtschaftlichen Rahmen, der klimaneutrales Leben für alle praktisch möglich macht.

Dafür braucht es einen planvollen Aufbau der öffentlichen Infrastruktur und Produktionskapazitäten: Netze, Speicher, Wärme und erneuerbare Energien müssen koordiniert und im öffentlichen Interesse ausgebaut werden. Gleichzeitig müssen Schlüsselindustrien so ausgerichtet werden, dass sie die Transformation für die breite Bevölkerung ermöglichen – etwa durch die Produktion bezahlbarer Elektroautos, Wärmepumpen und Speichertechnologien.

Grundsätzlich gilt:

1. **Zentrales Element sozialistischer Klimapolitik ist Transformation durch Dekarbonisierung, nicht durch Verzicht.** Individuelle Verhaltensänderungen sind nur dort möglich, wo emissionsarme und günstige Alternativen bestehen. Sozialistische Klimapolitik ist deshalb mit einer Industriepolitik verbunden, die den Umbau der Produktion vorantreibt und klimaschonende Alternativen verfügbar macht, sowie mit einer Politik des gerechten Übergangs, die nicht transformierbare fossile Wirtschaftszweige sozialverträglich rückbaut.
2. **Die Annahme, hohe Energiepreise dienten dem Klimaschutz, greift zu kurz.** Wo bezahlbare Alternativen fehlen, wie zum Beispiel bei Verkehr und Wärme, führen höhere Preise nicht zu weniger Emissionen. Zugleich wirken sie als politischer

Brandbeschleuniger: Wo das Leben unbezahlbar wird, wächst die Offenheit für rechte Politik, die die Klimakrise leugnet und Klimaschutz als per se schlecht für die Wirtschaft darstellt hat.

3. **Hohe Preise für fossile Energien und Kraftstoffe erzeugen zudem Übergewinne.** Werden diese nicht durch eine Übergewinnsteuer abgeschöpft, schaffen sie neue Anreize für Investitionen in fossile Energieproduktion und verlängern damit die Abhängigkeit von fossilen Strukturen.
4. **Die Besteuerung von CO2 kann sinnvoll sein, wenn sie Konzerne und große Emittenten trifft.** Sie darf jedoch nicht dazu führen, dass das Leben für Privatpersonen an vielen Stellen teurer wird, ohne dass an anderer Stelle auch spürbar für Entlastung gesorgt wird. Dies gilt insbesondere in jenen Sektoren, in denen Unternehmen höhere Preise unmittelbar auf Verbraucherinnen und Verbraucher abwälzen können. Die Linke lehnt deshalb die Einführung des EU-Emissionshandelssystems 2 für die Sektoren Wärme und Verkehr ab.
5. **Die Besteuerung von Gütern des täglichen Bedarfs ist sozial ungerecht.** Wer ein geringes Gehalt hat, muss davon im Verhältnis einen größeren Teil jeden Monat für Grundbedürfnisse wie beispielsweise Mobilität und Wärme ausgeben, um über die Runden zu kommen. Verbrauchssteuern treffen also immer jene besonders hart, die wenig haben.

Zur aktuellen Situation:

Der Krieg im Iran hat die Welt binnen kürzester Zeit erneut in eine Energiekrise gestürzt. Die Bundesregierung muss diesen völkerrechtswidrigen Krieg endlich klar verurteilen und den Druck auf die USA und Israel erhöhen, ihn sofort zu beenden – nichts würde die Energiepreise effektiver senken. Doch selbst bei einem stabilen Friedensabkommen dürften Öl- und Gaspreise über dem Vorkriegsniveau bleiben: Teile der Förder- und Transportinfrastruktur sind langfristig zerstört, Versicherungen für die Straße von Hormus bleiben teuer, und eine zukünftige Maut durch den Iran ist nicht ausgeschlossen.

Fossile Konzerne nutzen den Preisschock, um ihre Margen auszuweiten. Eine Greenpeace-Studie schätzt Übergewinne von 36,9 Millionen Euro täglich. Die Kosten trägt erneut die breite Bevölkerung – als Folge jahrzehntelanger Versäumnisse bei der Energiewende und der Abhängigkeit von fossilen Energien.

Auch staatliche Abgaben tragen zu hohen Preisen bei: Rund die Hälfte der Kosten für Benzin, Erdgas und Strom entfällt auf Mehrwertsteuern, Energiesteuern, CO2-Bepreisung und Netzentgelte.

Linke Energiepolitik muss in dieser Situation drei Ziele verfolgen: **Preise senken, Gewinne begrenzen und die Elektrifizierung in gemeinnütziger Hand ausbauen.** Dafür schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

1. **Im Energiebereich und darüber hinaus müssen Übergewinne durch die Einführung einer allgemeinen Übergewinnsteuer abgeschöpft werden**. Das trifft Geschäftsmodelle, die auf Krisengewinnen und Oligopolstrukturen aufbauen.
2. **Die Einführung eines Margendeckels, basierend auf den Margen des Vorkriegsniveaus, um die Preise zu senken.**
3. **Keine CO2-Bepreisung über ETS 1 hinaus.** Wenn man dekarbonisieren will, muss man

die Produktionsstrukturen verändern. Endverbraucher*Innen haben durch Verhaltensänderung keinen nennenswerten Einfluss auf das vorgelagerte Energie- und Wärmeerzeugungssystem. Daher lehnen wir die Einführung des ETS 2 für die Sektoren Gebäude und Verkehr ab.

4. **Die Absenkung der Energiesteuer/Stromsteuer auf das europäische Minimum.** Dies erfordert verstärkte Preiskontrollen, damit Steuersenkungen tatsächlich weitergegeben werden und zusätzlich ein Energieeffizienzprogramm, damit günstigere Preise nicht höheren Verbrauch anreizen.
5. **Wir fordern die Gründung eines internationalen Käuferkartells mit relevanter Marktmacht, um die Energieeinkaufspreise zu reduzieren.** Dafür müssen Zwischenhandelsprofite identifiziert werden und diese für Handelshäuser und Energiekonzerne systematisch gedeckelt werden, um fossile Profite zu senken. Ein koordiniertes Vorgehen senkt das Preisniveau auch global. Wenn sich mit der EU und den ostasiatischen Staaten die höchstbietenden Energieimporteure auf Höchstpreise einigen, profitiert davon insbesondere auch der Globale Süden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag G.21: Für eine linke Baupolitik, gemeinsam mit den Menschen und für dauerhaft bezahlbares und gutes Wohnen bundesweit!

Antragsteller*in:	BAG Städtebau und Wohnungspolitik (BAG WOHNEN)

Der Parteitag möge beschließen:

Für eine linke Baupolitik, gemeinsam mit den Menschen und für dauerhaft bezahlbares und gutes Wohnen bundesweit!

Die Mieten explodieren, immer mehr Menschen sind wohnungslos, obwohl überall Wohnungen leerstehen und die Regierung aus SPD und CDU skandiert in einem fort "Bauen, Bauen, Bauen". Wir stellen uns dagegen und fordern neben strengen Mietenregulierungen und einem Mietendeckel bundesweit eine linke Baupolitik, die die Eigentumsfrage stellt und die Wohnraumversorgung als soziale Frage und als Grundrecht zugrunde legt. Die Mietpreisbremse ist in der Praxis seit vielen Jahren wirkungslos. Vermietungspraktiken, die die Not der Mieter ausnutzen, müssen entschlossen auf allen Ebenen bekämpft werden.
Gemeinsam mit Mieter*innen wehren wir uns gegen die Finanzialisierung unserer Grundbedürfnisse. Um günstig bauen zu können und zwar entsprechend der Bedarfe vor Ort, braucht es öffentliche Bau- und Planungskapazitäten und wir unterstützen die Forderung nach einer Stärkung öffentlicher Baugesellschaften, statt diese abzubauen.
Die Bau- und Planungspolitik ist bundesweit in einer tiefen Krise, während Immobilienentwickler und Baukonzerne fette Profite machen mit Bürohochhäusern und anderen Immobilien, die wir nicht brauchen. Statt der Immolobby unsere grünen Stadträume zu überlassen, wollen wir als Linke gegensteuern, indem wir diesen

gesellschaftlich so wichtigen Sektor öffentlich und sozial-ökologisch transformieren. Wir stellen auch in der Baupolitik die Eigentumsfrage, weil wir einen öffentlichen Wohnungssektor als Grundlage für die sichere Wohnraumversorgung ansehen und dafür auch das Eigentum an Produktionsmitteln in öffentlicher und gemeinwohlorientierter Hand brauchen; wozu für uns im Rahmen einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit auch die Genossenschaften und kommunale Wohnungsbaugesellschaften Partner*innen sind.

Unsere Städte und Dörfer müssen gemeinsam mit den Menschen geplant und gestaltet werden, weshalb wir die Bürgerbeteiligung und den Umweltschutz gegen die aktuellen Angriffe der Bundesregierung verteidigen. Dass CDU und SPD mit der aktuellen Novellierung des Bundesbaugesetzbuchs den Umweltschutz zugunsten der Immolobby schleifen möchte und sogar die Kinder- und Jugendbeteiligung abschaffen, ist ein planungspolitischer Sündenfall. Stadtplanungs- und Baupolitik ist eine demokratische Frage und diese wurde mit dem Wiederaufbau im Nachkriegsdeutschland als wichtiges Element im Baurecht erkämpft und verankert. Wir stellen die Eigentumsfrage und rufen laut: Die Städte gehören den Menschen, nicht den Konzernen! Wir wollen demokratisch planen und bauen und in Zeiten der Klimakrise selbstverständlich ökologisch.

Begründung

Der jetzigen Politik des „Bauen, bauen, bauen!“ mit radikalem Abbau von Anforderungen und dem geplanten Standard E (wie „Einfach“) stellen Betroffene die Forderungen entgegen:

„Radikale Barrierefreiheit statt Ausgrenzung: Es ist ein Skandal, Barrierefreiheit zur Disposition zu stellen. Unsere Forderung: Kein Cent für Billig-Ghettos! Wir brauchen eine Bauoffensive für echte Qualität, verpflichtendes Bauen für barrierefreies Wohnen, drastischer Ausbau von Mehrgenerationenhäuser und es darf niemanden ausschließen. Wohnungen sind zum Leben da, nicht zum Spekulieren der Profitgier von Konzernen“.

Antrag G.22: Sozialabbau bekämpfen. In den Kommunen beginnen!

Antragsteller*in:	BAG Antikapitalistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Sozialabbau bekämpfen. In den Kommunen beginnen!

Für ein sozialistisches Programm gegen kommunale Kürzungen, Sozialabbau und die Krise des Kapitalismus

Die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung durch kommunale Kürzungen hat bereits dramatische Ausmaße angenommen. Erhöhung von Kitagebühren und fast aller anderer Gebühren, Erhöhung der Fahrpreise im Öffentlichen Nahverkehr, Einschränkungen im Angebot des ÖPNVs, Stellenstreichungen bei den Kommunen, Schließung von Schwimmbädern, sozialer und Kultureinrichtungen.

In vielen Kommunen wurden inzwischen Haushaltssperren verhängt und drohen verhängt zu werden. Weitere Kürzungen sind angekündigt. Deshalb muss dringend Widerstand in den Kommunen aufgebaut und landes- und bundesweit vernetzt werden. Widerstandbündnisse

gegen kommunale Kürzungen werden auch eine wichtige Rolle dabei spielen können die zu erwartenden harten Angriffe von seiten der Bundes- und Landesregierung zu bekämpfen.

Dazu will Die Linke folgenden Beitrag leisten:

- Aufbau von Widerstandsbündnissen in den Kommunen von Gewerkschaften, Personalräten, Betriebsgruppen, Organisationen von geflüchteten, migrantischen, behinderten Menschen, Mieterinitiativen, Wohlfahrtsverbänden, freien Trägern, Elterninitiativen, Sportvereinen, Dabei können unsere Gemeinderäte eine wichtige Rolle spielen, die Initiative dafür zu ergreifen diese Organisationen zusammenzubringen indem sie sie zu einer Versammlung ins Rathaus einladen, bei dem von den Auswirkungen der Kürzungen berichtet wird und ein breites parteiunabhängiges Widerstandsbündnis aufgebaut wird
- Die Gewerkschaften auffordern einen zentralen Beitrag zu leisten, den Kampf gegen kommunale und Kürzungen von Landes- und Bundesregierung auf der Straße und in den Betrieben zu führen und ihn mit dem Kampf gegen drohende Angriffe von Landes- und Bundesregierung zu verbinden.
- Regelmäßige Bündnistreffen zum Informationsaustausch und zur Planung und Organisierung von Protest- und Widerstandsaktionen mitorganisieren
- Auf kommunaler, Landes- und Bundesebene offene Konferenzen zum Widerstand gegen Kürzungen zu organisieren
- Die Linke bringt einen Flyer heraus in dem sie alle geplanten Kürzungen und Gebührenerhöhungen ablehnt und erklärt, dass die Unterfinanzierung der Kommunen und die aktuellen Kürzungen ihre Ursache in der Krise des Kapitalismus haben. Ausdruck dieser Krise sind auch gigantische Rüstungsausgaben und Milliarden für zerstörerische Großprojekte Wir lehnen alle Kürzungen und Gebührenerhöhungen, die die Masse der Bevölkerung treffen ab. Wir konfrontieren die Politik des Sozialabbaus mit unseren Forderungen für kostenlose Kitas, kostenlosem und gutem Mittagessen in den Kitas und Schulen, kostenlosem ÖPNV, Erhalt aller Krankenhäuser, mehr Geld für Soziales, Bildung, Gesundheitsversorgung, ÖPNV. Spekulativer Leerstand bei Wohnungen und Büros muss für Wohnzwecke und soziale Infrastruktur beschlagnahmt und enteignet werden. Zur Finanzierung von Verbesserungen fordern wir eine Erhöhung der Gewerbesteuer in den Kommunen, Stop der Zinszahlungen an die Banken, die Einführung einer Vermögenssteuer für die Superreichen, eine hohe Erbschaftssteuer auf hohe Vermögen, Eintreibung der durch Cum-Cum und Cum-Ex geklauten Steuergelder, die Schließung von Steueroasen und Bekämpfung von Steuerhinterziehung, radikale Abrüstung, Schluss mit zerstörerischem Ausbau von Straßen und Autobahnen, Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum und eine demokratisch nach den Bedürfnissen geplante Wirtschaft und Gesellschaft.
- Stadträte von Die Linke stimmen für keine Stellenstreichungen, Kürzungen oder Gebührenerhöhungen, die die Masse der Bevölkerung treffen. Wir stimmen auch keinem kleineren Übel zu um angeblich ein größeres zu verhindern. Eine Zusammenarbeit mit pro-kapitalistischen Parteien für kapitalistisches Krisenmanagement wird auch auf kommunaler Ebene abgelehnt. Wir stimmen keinem städtischen Haushalt zu, weil es in keiner Stadt einen Haushalt geben wird, der unseren Vorstellungen und unseren Positionen entspricht. Unsere Gemeinde-,

Kreis- und Regionalräte sind aufgefordert gegen pro-kapitalistische Haushalte zu stimmen und dies öffentlich zu machen und öffentlich zu begründen.

- Wir beugen uns nicht den Sachzwängen leerer Kassen oder dem haushälterischen Machbaren, sondern gehen aus von den Bedarfen der Mehrheit der Bevölkerung und des Klimas (sorgende Städte, Klimaneutralität, Barrierefreiheit, Inklusion, kostenlose Mobilität, bezahlbare Wohnungen, Gesundheitsversorgung....)
- Wir erklären, dass die Bürgerhaushalte, dort wo es sie gibt, Alibiveranstaltungen sind und fordern eine demokratische Aufstellung des städtischen Haushalts in dem die Bedarfe durch eine Konferenz von Vertreterinnen aus allen Bereichen zusammenkommen und ihre Bedarfe anmelden und auf dieser Grundlage ein durch die Stadtbevölkerung demokratisch entwickelter Haushalt verabschiedet wird, der ohne Rücksicht auf Einschränkungen durch Regierungspräsidien umgesetzt und demokratisch kontrolliert werden muss. Nur so kann kommunale Selbstbestimmung und Demokratie verwirklicht werden.

Begründung

Die Kommunen waren in der Vergangenheit bereits unterfinanziert und werden es aufgrund der rezessionsbedingten Einbrüche bei der Gewerbe- und Einkommenssteuer noch mehr.

Der steigende Reichtum der Vermögenden und die Pleite der Kommunen sind zwei Seiten einer Medaille.

Die Unterfinanzierung der Kommunen sind Teil der Umverteilungspolitik von unten nach oben und die Logik des Kapitalismus ist. Deshalb führen wir den Kampf gegen kommunale Kürzungen und für eine bessere öffentliche Daseinsvorsorge mit dem Ziel den Kapitalismus abzuschaffen und eine sozialistische Demokratie zu erkämpfen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum und die Nutzung ihrer Ressourcen im Interesse der Beschäftigten und der Gesellschaft, statt für Profitproduktion und private Aneignung durch eine kleine Minderheit von Kapitalisten. Die Banken ziehen aus den Schulden der öffentlichen Haushalte jährlich zwischen 30 und 40 Milliarden Euro Profit. Dies muss durch Überführung der Banken in Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle beendet werden.

Wir erklären, dass es notwendig ist, dass die Gewerkschaften konsequent die Interessen der arbeitenden Klasse vertreten und gegen Kürzungen durch Kommunen, Länder und Bund ihre Kampfkraft in die Waagschale werfen und dabei notfalls auch das Mittel Streik einsetzen müssen. Wir tragen den Kampf gegen kommunale Kürzungen deshalb in die Betriebe und Gewerkschaften.

Wir nutzen unsere Mandate in den Gemeinde-, Kreis- und Regionalräten um in diesem Sinne öffentlichkeitswirksam die Verwaltung, Bürgermeister und anderen Parteien für ihre Kürzungspolitik anzugreifen und das Bündnis gegen Kürzungen zu unterstützen und zur Beteiligung aufzurufen.

Wir erklären, dass der außerparlamentarische aller von Kürzungen Betroffenen- egal welches Geschlecht, welche Hautfarbe, welchen Pass, welche Religion, welche sexuelle Orientierung, welche Behinderung eine Waffe im Kampf gegen AfD und Neonazis ist.

Ein Kampf gegen kommunale Kürzungen kann die Linke enorm stärken und weiter in den Stadtteilen und Betrieben verankern. Beim Zusammenkommen eines parteiunabhängigen Widerstandsbündnisses verstecken wir uns nicht hinter dem Bündnis, sondern treten selbstbewusst als Linke auf. Wir werben Menschen mit denen wir im Kampf gegen kommunale Kürzungen zusammenarbeiten und kennen lernen für Die Linke.

Eine offensive Kampagne gegen kommunale Kürzungen, in der die Linke eine zentrale Rolle spielt und mit einem antikapitalistischen sozialistischen Profil auftritt ist die beste Vorbereitung auf den Widerstand die von der Bundes- und Landesregierung zu erwarten sind.

Antrag G.23: Echte Sicherheit statt autoritärer Sicherheitsstaat – Für eine soziale, feministische und antirassistische Sicherheitspolitik

Antragsteller*in:	BAG Migrantische Linke / LINKS*KANAX, LV Baden-Württemberg, KV Niederbayern-Mitte und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Echte Sicherheit statt autoritärer Sicherheitsstaat – Für eine soziale, feministische und antirassistische Sicherheitspolitik

Sicherheit ist eine der zentralen politischen Fragen unserer Zeit. Sie entscheidet darüber, wovor Menschen geschützt werden, wer als Bedrohung gilt und welche Mittel der Staat einsetzt. Die politische Rechte hat den Sicherheitsbegriff systematisch auf Polizei, Grenzen, Überwachung, Abschiebungen, Aufrüstung und Repression verengt. Dem stellen wir als Linke einen eigenen Sicherheitsbegriff entgegen: Sicherheit bedeutet Schutz vor Armut, Gewalt, Faschismus, Krieg, Ausbeutung, Diskriminierung und staatlicher Willkür.

Sicherheit ist damit die verbindende Erzählung für drei zentrale Aufgaben linker Politik: Antifaschismus und Grundrechte, soziale Sicherheit und Bezahlbarkeit, sowie Frieden und Antimilitarismus. Wer Sicherheit ernst nimmt, muss fragen: Wer lebt in Angst vor rechter Gewalt? Wer kann sich die Miete nicht mehr leisten? Wer wird im Job ausgebeutet? Wer wird an Bahnhöfen kontrolliert, weil man migrantisch gelesen wird? Wer erlebt Gewalt zu Hause und findet keinen Schutzraum? Wer wird abgeschoben, überwacht oder kriminalisiert? Und wer profitiert politisch davon, diese Unsicherheiten gegeneinander auszuspielen?

Diese Unsicherheiten sind Ausdruck eines kapitalistischen Systems, das auf Konkurrenz, Profitmaximierung und ungleichen Machtverhältnissen basiert. Globale Ungleichgewichte werden ökonomisch wie militärisch abgesichert: durch Ausbeutung von Arbeitskraft, unfairen Handelsstrukturen und die Aufrechterhaltung geopolitischer Interessen nach innen wie nach außen. Während soziale Sicherheit abgebaut wird, werden staatliche Repressionsapparate ausgebaut, um die Folgen dieser Ungleichheit zu kontrollieren. Eine linke Sicherheitspolitik muss daher über einzelne Reformen hinausgehen und die Ursachen von Unsicherheit an der Wurzel bekämpfen: durch die Überwindung dieser Verhältnisse und den Aufbau einer solidarischen, sozialistischen Gesellschaft, in der Sicherheit nicht vom Markt, sondern von Gerechtigkeit ausgeht.

Unsere Antwort ist klar: Echte Sicherheit entsteht nicht durch mehr Waffen, mehr Überwachung und mehr Abschiebungen. Echte Sicherheit entsteht durch soziale Rechte, demokratische Kontrolle, Antifaschismus, Gewaltschutz, zivile Konfliktbearbeitung, Abrüstung und eine Politik, die Menschen nicht gegeneinander ausspielt.

Die gegenwärtige Sicherheitspolitik folgt jedoch einer anderen Logik. Sie behandelt

soziale Krisen zunehmend als Ordnungsprobleme. Armut wird verwaltet, Migration kontrolliert, Protest kriminalisiert, öffentliche Räume polizeilich überwacht und reguliert und gesellschaftliche Konflikte werden mit repressiven Mitteln beantwortet. Polizei und Sicherheitsbehörden erscheinen dabei häufig als neutrale Schutzinstanzen. Eine linke Analyse muss jedoch benennen: Sicherheitsbehörden sind nicht außerhalb gesellschaftlicher Machtverhältnisse angesiedelt. Sie schützen nicht einfach „die Menschen", sondern setzen staatliche Ordnung durch. Gerade für migrantisierte Menschen, Schwarze Menschen, von Antiziganismus betroffene Personen, Geflüchtete, arme Menschen, wohnungslose Menschen, Frauen, queere Menschen, psychisch erkrankte Menschen, Menschen mit Behinderung und politisch Aktive bedeutet diese Ordnung oft Kontrolle, Verdacht, Entrechtung und Gewalt.

Institutioneller Rassismus ist dabei kein Randproblem. Die vom Bundesinnenministerium geförderte INRA-Studie zeigt, dass Rassismus in Institutionen häufig nicht offen, sondern über Routinen, Entscheidungsspielräume, Organisationskulturen und ungleiche Machtverhältnisse wirkt. Sie formuliert Handlungsempfehlungen wie unabhängige Beschwerdestellen, Fortbildungen, mehr Transparenz und die Stärkung von Antidiskriminierungsrecht. Auch Studien und Übersichten zu Racial Profiling zeigen: Menschen, die als „migrantisch" gelesen werden, werden in Deutschland deutlich häufiger kontrolliert; insbesondere Schwarze Menschen berichten überproportional von Polizeikontrollen und Racial Profiling.

Diese Realität wird politisch noch immer verharmlost oder geleugnet. Das gilt auch für rechtsextreme Netzwerke, rassistische Chatgruppen und extrem rechte Einstellungen in Sicherheitsbehörden. Die wiederholten Lageberichte zu Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden belegen, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern um ein strukturelles Problem, das Vertrauen in demokratische Institutionen untergräbt. Eine Partei, die Antifaschismus ernst meint, darf den Sicherheitsapparat nicht als unpolitischen Raum behandeln.

Die Militarisierung der inneren Sicherheit verschärft diese Entwicklung. Polizeibehörden werden mit Tasern, Bodycams, Drohnen, biometrischer Überwachung, Quellen-TKÜ, KI-gestützter Auswertung und immer weiterreichenden Eingriffsbefugnissen ausgestattet. Gleichzeitig wird gesellschaftlich eine Logik normalisiert, in der Kontrolle, Abschreckung, Härte und technische Überlegenheit als Antwort auf soziale Krisen gelten. Die Debatten um das Bundespolizeigesetz zeigen, wie unter dem Label „Modernisierung" anlasslose Kontrollen, Präventivgewahrsam und digitale Überwachungsbefugnisse ausgeweitet werden sollen; Amnesty International warnt hier ausdrücklich vor einem Einfallstor für Racial Profiling und vor menschenrechtlichen Risiken.

Besonders deutlich wird die ideologische Funktion autoritärer Sicherheitspolitik in der Migrationsdebatte. Migration und Flucht werden als Sicherheitsproblem dargestellt, um Grenzregime, Abschiebungen, Lagerunterbringung, Leistungskürzungen, Arbeitsverbote und mehr Polizeikontrollen zu legitimieren. Dabei produzieren staatliche Strukturen selbst Unsicherheit: durch lange Verfahren, Entrechtung, Arbeitsverbote, rassistische Kontrollen, prekäre Unterbringung und Abschiebebehörden. Abschiebung ist dabei einer der gewaltvollsten Akte staatlicher Macht. Sie reißt Menschen aus sozialen Beziehungen, setzt sie Gefahren aus und macht deutlich, dass Sicherheit politisch ungleich verteilt wird.

Eine feministische Sicherheitspolitik muss zudem die Instrumentalisierung von Frauenrechten zurückweisen. Die Sicherheit von FLINTA*Frauen wird in politischen Debatten häufig nur dann betont, wenn sie rassistisch gegen migrantische Männer gewendet werden kann. Gleichzeitig bleiben Frauenhäuser unterfinanziert, Betroffene häuslicher und sexualisierter Gewalt ohne ausreichenden Schutz, Care-Arbeit abgewertet, ökonomische Abhängigkeiten verfestigt und sexualisierte Gewalt verharmlost. Die offiziellen Lagebilder zeigen einen Höchststand häuslicher Gewalt: 2024 wurden in Deutschland 265.942 Menschen Opfer häuslicher Gewalt; mehr als 73 Prozent der Betroffenen waren weiblich. Auch Sexualstraftaten gegen FLINTA* Frauen und Mädchen stiegen und die Grauziffer wird viel höher vermutet. Wer Sicherheit feministisch ernst nimmt, muss Schutzräume, Gewaltschutz, ökonomische Unabhängigkeit und Prävention finanzieren, statt rassistische Law-and-Order-Politik zu betreiben.

Zugleich müssen patriarchale Strukturen innerhalb von Polizei, Militär und Sicherheitsbehörden benannt werden. Sexualisierte Gewalt, Machtmissbrauch, Korpsgeist, Schweigekulturen und mangelnde unabhängige Kontrolle sind keine Nebensächlichkeiten, sondern sicherheitspolitische Fragen. Eine feministische Linke darf Sicherheit nicht „carceral“ denken, also nicht so tun, als ließe sich patriarchale Gewalt allein durch Strafverschärfung, Polizei und Gefängnis lösen. Betroffene brauchen Schutz, Ressourcen, Beratung, bezahlbaren Wohnraum, ökonomische Unabhängigkeit, schnelle Hilfe und gesellschaftliche Prävention.

Auch Protest und politische Organisierung geraten zunehmend unter Druck. Klimaaktivist*innen, antifaschistische Strukturen, migrantische Selbstorganisierung und internationalistische, antirassistische oder soziale Bewegungen erleben Überwachung, Kriminalisierung, Versammlungsauflagen und polizeiliche Repression. Der UN-Sonderberichterstatter für Umweltverteidiger*innen kritisierte 2024 eine Tendenz zur Repression und Kriminalisierung friedlichen Umweltprotests in Europa, darunter auch in Deutschland. Demokratie wird nicht sicherer, wenn Protest eingeschüchtert wird. Sie wird sicherer, wenn Menschen ihre Rechte wahrnehmen können.

Der Bundesparteitag beschließt daher:

1. Den Sicherheitsbegriff zurück erkämpfen, neu definieren und als linkes Kernfeld verankern

Die Linke versteht Sicherheit als soziale, feministische, antirassistische und friedenspolitische Sicherheit. Sicherheit bedeutet ein Leben ohne Angst vor Armut, Gewalt, Rassismus, Faschismus, Krieg, Abschiebung, Überwachung, sozialem Abstieg und staatlicher Willkür.

Dieser Sicherheitsbegriff wird als verbindende politische Erzählung in der Partei gedacht: Antifaschismus, soziale Gerechtigkeit und Frieden gehören zusammen. Eine Linke, die Sicherheit neu denkt, stellt die Frage nicht autoritär, sondern nah an der Realität: Was brauchen Menschen wirklich, um sicher leben zu können?

2. Autoritäre Sicherheitspolitik zurückdrängen

Die Linke stellt sich gegen den Ausbau des Sicherheitsstaats, gegen anlasslose Massenüberwachung und gegen die Verschiebung sozialer Probleme in Polizei- und Strafrechtspolitik.

Wir fordern:

- die Rücknahme unverhältnismäßiger Verschärfungen von Polizeigesetzen,
- ein Ende anlassloser Kontrollen und verdachtsunabhängiger Kontrollbefugnisse,
- ein ausdrückliches und wirksames Verbot von Racial Profiling,
- die Abschaffung anlassloser Massenüberwachung,
- Schutz und Stärkung des Informationsfreiheitsgesetzes,
- Demokratiefördergesetz für die ausreichende und strukturell verankerte Finanzierung von linken, zivilgesellschaftlichen Projekten (wie beispielsweise Bündnis Tag der Solidarität, Initiative 19. Februar Hanau, Bildungsinitiative Ferhat Unvar, TASBAH usw.)
- ein Verbot biometrischer Echtzeitüberwachung im öffentlichen Raum,
- keine Quellen-TKÜ, keine Staatstrojaner und kein staatliches Ausnutzen von IT-Sicherheitslücken,
- den konsequenten Schutz von Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit,
- die Ablehnung der KEntkriminalisierung von Klimaprotesten, Antifaschismus, migrantischer Selbstorganisierung und sozialen Bewegungen.

3. Polizei demokratisch kontrollieren und entmilitarisieren

Die Linke setzt sich für eine grundlegende demokratische Kontrolle, Entmilitarisierung und Begrenzung polizeilicher Macht ein.

Wir fordern:

- unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstellen für Polizeigewalt mit echten Ermittlungsbefugnissen,
- keine Ermittlungen von Polizeibehörden gegen sich selbst,
- eine bundesweite Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen,
- verpflichtende Kontrollquittungen bei Personenkontrollen,
- ein wirksames Verbot rassistischer, antisemitischer, antiziganistischer und sonst diskriminierender Polizeipraxis,
- verpflichtende, regelmäßige und unabhängige Antirassismus-, Antidiskriminierungs-, Antisexismus- , Gewaltschutz- und Menschenrechtsschulungen,
- konsequente Konsequenzen bei rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen, sexistischen und demokratiefeindlichen Einstellungen in Sicherheitsbehörden,
- Transparenzpflichten gegenüber Parlamenten und Öffentlichkeit,
- keine weitere Aufrüstung der Polizei mit Tasern, Kriegswaffen, Überwachungstechnologie und militärischer Ausrüstung,
- den Ausbau psychosozialer Notdienste, Kriseninterventionsteams, Gewaltschutzstrukturen, Streetwork, Drogenhilfe und kommunaler Präventionsarbeit statt polizeilicher Eskalationslogik.

4. Institutionellen Rassismus bekämpfen

Die Linke erkennt institutionellen Rassismus als sicherheitspolitisches Problem an. Rassismus in Behörden, Polizei, Justiz, Ausländerbehörden, Jobcentern und Bildungseinrichtungen erzeugt reale Unsicherheit.

Wir fordern:

- ein Bundesantidiskriminierungsgesetz und flächendeckend Landesantidiskriminierungsgesetze, um den Rassismusbegriff rechtlich zu verankern und nicht von Willkür des Gerichtes abhängig zu machen,
- die Reform und Erweiterung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes,
- niedrigschwellige und unabhängige Beschwerdestellen für Betroffene,
- unabhängige Forschung zu Rassismus, Polizeigewalt, Racial Profiling und behördlicher Diskriminierung,
- Beweispflichten seitens der Polizei, wenn es Rassismus- oder Sexismusvorwürfe gibt,
- die statistische Erfassung diskriminierender Polizeipraxis unter Wahrung des Datenschutzes,
- strukturelle Förderung von Betroffenenberatungen, Copwatch-Strukturen, KOP, Death in Custody, antirassistischen Initiativen und migrantischer Selbstorganisierung
- parlamentarische und öffentliche Aufarbeitung von rassistischen Kontrollen, Todesfällen in Gewahrsam und tödlicher Polizeigewalt.

5. Migration entkriminalisieren und Abschiebepolitik zurückdrängen

Die Linke weist die Darstellung von Migration als Sicherheitsproblem zurück. Migration ist kein Sicherheitsrisiko. Rassismus, Entrechtung, Abschottung und Abschiebung sind Sicherheitsrisiken.

Wir fordern:

- ein Ende der Kriminalisierung von Flucht und Migration,
- keine Ausweitung von Abschiebehaft, Ausreisegewahrsam und Polizeibefugnissen gegenüber Geflüchteten,
- den Abbau von Arbeitsverboten und bürokratischen Ausschlüssen,
- schnelle, faire und rechtsstaatliche Verfahren,
- Zugang zu Wohnen, Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung und sozialer Teilhabe,
- die Stärkung des Rechts auf Aufenthalt und Familienleben,
- die Perspektive einer Politik, die Abschiebungen als gewaltvolle, staatliche Praxis ablehnt und letztlich überwindet.

6. Feministische Sicherheitspolitik statt rassistischer Instrumentalisierung

Die Linke entwickelt eine feministische Sicherheitspolitik, die patriarchale Gewalt ernst nimmt, ohne sie rassistisch zu instrumentalisieren.

Wir fordern:

- flächendeckend finanzierte Frauenhäuser und Schutzräume,
- einen tatsächlichen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für Betroffene sexualisierter Gewalt,
- Ausbau von Beratungsstellen, Interventionsstellen und Präventionsprogrammen,
- sichere Finanzierung von Schutzangeboten für queere, migrantische, behinderte und von Rassismus betroffene Frauen, trans, inter und nicht-binäre Personen und

deren Kinder,

- ökonomische Unabhängigkeit durch gute Löhne, bezahlbaren Wohnraum, soziale Sicherung und eigenständige Existenzsicherung sowie Aufwertung von Sorgearbeit,
- konsequente Bekämpfung sexualisierter Gewalt in Polizei, Militär und staatlichen Institutionen,
- Förderung transformativer und communitybasierter Ansätze, die Betroffene schützen, Verantwortung einfordern und Gewaltverhältnisse verändern,
- Vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention.

7. Verfassungsschutz, Geheimdienste und rechte Netzwerke kritisch aufarbeiten

Die Linke hält an ihrer grundsätzlichen Kritik an Geheimdiensten als Fremdkörper innerhalb der Demokratie fest. Immer wieder zeigen Fälle, dass diese Behörden Menschen überwachen und kriminalisieren, ohne dass Betroffene davon wissen oder sich effektiv dagegen wehren können. Maßnahmen wie das sogenannte „Haber-Verfahren“ stehen exemplarisch für intransparente Eingriffe, bei denen Daten gesammelt und Einschätzungen getroffen werden, ohne rechtsstaatliche Kontrolle und ohne Möglichkeit zur Gegenwehr. Das untergräbt Grundrechte und trifft häufig insbesondere politisch Aktive, migrantische und antifaschistische Strukturen. Insbesondere der Verfassungsschutz als ein Geheimdienst, der dafür gemacht ist, die eigene Bevölkerung innerhalb Deutschlands - in der Regel noch bevor es zu irgendeinem straffälligen Verhalten kommt - zu überwachen, ist im Grundsatz problematisch. Ein solcher Geheimdienst kann nicht reformiert werden und muss abgeschafft werden. Andere Geheimdienste brauchen eine scharfe Kontrolle durch politische Vertreter*innen. Ihre Aufgabe muss auf die Abwehr äußerer Gefahren, insbesondere durch Geheimdienste anderer Staaten begrenzt werden.

Wir fordern:

- die vollständige Aufklärung des NSU-Komplexes und rechter Netzwerke,
- Schutz, Entschädigung und Unterstützung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt,
- die konsequente Bekämpfung rechter Netzwerke in Polizei, Bundeswehr und Sicherheitsbehörden,
- die Beendigung intransparenter Überwachungs- und Bewertungsverfahren und den Abbau der Geheimdienste zugunsten demokratisch kontrollierter, grundrechtskonformer Strukturen.

8. Digitale Grundrechte schützen

Digitale Sicherheit bedeutet nicht mehr staatliche Überwachung, sondern Schutz vor Überwachung, Datenmissbrauch, Diskriminierung und digitaler Gewalt. Besonders deutlich lehnen wir den Einsatz von Software der US-Firma Palantir ab. Solche Systeme führen massive Datenmengen aus unterschiedlichen Lebensbereichen zusammen und ermöglichen weitreichende Überwachung und Profilbildung. Sie verstärken bestehende Diskriminierung, weil sie auf verzerrten Datengrundlagen arbeiten, und verschieben die Grenze dessen, was staatliche Eingriffe in Grundrechte leisten dürfen. Palantir ist zudem rechtlich hoch umstritten, weil es aus militärischen Kontexten stammt und als „Black Box“ funktioniert, deren Entscheidungslogiken selbst für Expert*innen nur eingeschränkt nachvollziehbar sind. Gleichzeitig übernehmen und verstärken diese

Systeme bestehende Verzerrungen aus Polizeidaten, etwa durch rassistische Kontrollpraktiken, und reproduzieren sie als algorithmische Muster, die migrantische und marginalisierte Menschen unter Generalverdacht stellen. Für uns ist klar: Sicherheit darf nicht durch intransparente, privatwirtschaftlich entwickelte Überwachungstechnologien hergestellt werden. Wir werden uns auf allen Ebenen bundesweit entschieden gegen den Einsatz von Palantir und vergleichbarer Systeme einsetzen und für den Schutz digitaler Grundrechte kämpfen. Hinzu kommt: Bei solchen Systemen ist nicht gewährleistet, dass sensible Daten tatsächlich geschützt sind, insbesondere wenn sie von US-Unternehmen entwickelt und betrieben werden und damit potenziell anderen Rechtsräumen und Zugriffslogiken unterliegen.

Wir fordern:

- die Ablehnung biometrischer oder KI-gestützter Massenüberwachung,
- die Ablehnung automatisierter und diskriminierende Risikobewertung durch Polizeisoftware und die Ablehnung von predictive policing-Systemen,
- die flächendeckende und bundesweite Ablehnung von jeglicher Palantir-Software
- keine Weitergabe sensibler Daten zwischen Sozial-, Ausländer- und Sicherheitsbehörden zur Kontrolle marginalisierter Gruppen,
- die Abschaffung der Klarnamenpflicht: Was oft mit mehr Sicherheit und Verantwortlichkeit begründet wird, öffnet langfristig Tür und Tor für staatlichen und autoritären Missbrauch. Eine Klarnamenpflicht gefährdet insbesondere politisch aktive und marginalisierte Personen, schwächt Anonymität als Schutzraum und wird aus datenschutzrechtlicher Perspektive breit kritisiert,
- den Schutz vor digitaler Gewalt, Doxxing und rechten Bedrohungsnetzwerken,
- Transparenz und demokratische Kontrolle beim Einsatz digitaler Technologien im öffentlichen Sektor.

9. Friedenspolitik als Sicherheitspolitik stärken

Internationale Sicherheit entsteht nicht durch Aufrüstung, Militarisierung und Abschottung. Krieg, Waffenexporte, Besatzung, autoritäre Regime, globale Ausbeutung und Klimakrise produzieren Unsicherheit, Flucht und Gewalt.

Die Linke setzt sich ein für:

- Abrüstung statt Aufrüstung,
- keine Militarisierung von Schulen, Hochschulen und öffentlicher Infrastruktur,
- keine Bundeswehrwerbung an Schulen,
- Schutz von Kriegsdienstverweiger*innen,
- zivile Konfliktbearbeitung,
- Stopp von Waffenexporten,
- internationale Solidarität statt Festung Europa.

10. Widerstand und Rechte der Arbeiter*innen stärken

Soziale Sicherheit bedeutet auch, dass Menschen sich gegen Ausbeutung, schlechte Arbeitsbedingungen und Ungleichbehandlung wehren können. Gerade migrantische und prekär beschäftigte Arbeiter*innen sind häufig von unsicheren Arbeitsverhältnissen, fehlender Absicherung und eingeschränkten Mitbestimmungsrechten betroffen. Eine linke

Politik muss daher kollektiven Widerstand stärken, Selbstorganisation ermöglichen und Rechte ausbauen, im Betrieb wie darüber hinaus.

Wir fordern:

- Stärkung des Streikrechts, denn Arbeitskämpfe dürfen nicht ausschließlich an gewerkschaftliche Strukturen gebunden sein, sondern müssen auch selbstorganisiert möglich sein,
- Schutz und Ausbau von Selbstorganisations- und Selbstschutzstrukturen vor Ort, insbesondere für prekär Beschäftigte und migrantische Arbeiter*innen,
- Aufbau und Förderung von Betriebsgruppen und basisnaher Organisierung in Betrieben und Branchen,
- effektiven Schutz vor Union-Busting und Repressionen gegen aktive Beschäftigte,
- bessere arbeitsrechtliche Absicherung für informell Beschäftigte und Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus,
- Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, die niedrigschwellig und mehrsprachig zugänglich sind.

11. Sicherheitspolitische Konferenz organisieren

Die BAG Migrantische Linke / LINKS*KANAX initiiert im Laufe des Jahres eine bundesweite sicherheitspolitische Konferenz. Ziel ist es, den hier formulierten Sicherheitsbegriff weiterzuentwickeln, öffentlich sichtbar zu machen und in konkrete politische Praxis zu übersetzen.

Einbezogen werden insbesondere Betroffeneninitiativen, antirassistische Organisationen, feministische Gewaltschutzstrukturen, Bürgerrechtsorganisationen, Wissenschaftler*innen, Jurist*innen, Gewerkschafter*innen, migrantische Selbstorganisationen, Initiativen gegen Polizeigewalt, Friedensinitiativen und soziale Bewegungen.

Die Partei wird aufgefordert, diese Konferenz politisch, organisatorisch und im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen. Die Ergebnisse sollen in parlamentarische Initiativen, Anträge, Kampagnen, Bildungsarbeit und kommunale Praxis überführt werden.

Unsere Vision

Die Linke kämpft für eine Gesellschaft, in der Sicherheit nicht durch Angst, Kontrolle und Ausschluss hergestellt wird, sondern durch Rechte, Ressourcen und Solidarität.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der niemand Angst haben muss, die Miete nicht zahlen zu können; in der FLINTA*, queere Menschen und Kinder wirksam vor Gewalt geschützt sind; in der migrantische Jugendliche nicht unter Generalverdacht stehen; in der Schwarze Menschen nicht anlasslos kontrolliert werden; in der Protest nicht kriminalisiert wird; in der Armut nicht bestraft wird; in der Konflikte nicht militarisiert, sondern sozial, präventiv und transformativ bearbeitet werden.

Echte Sicherheit entsteht dort, wo Menschen leben können, ohne entrechtet, überwacht, abgeschoben, ausgebeutet oder bedroht zu werden.

Begründung

Der Antrag ist notwendig, weil der Begriff der Sicherheit politisch umkämpft ist. Rechte und konservative Kräfte nutzen Sicherheit, um autoritäre Politik zu legitimieren: mehr Polizei, mehr Überwachung, mehr Abschiebungen, mehr Grenzen, mehr Aufrüstung. Diese Politik löst Unsicherheit nicht, sondern verschiebt sie auf diejenigen, die ohnehin weniger Macht haben.

Für migrantisierte Menschen, Geflüchtete, Schwarze Menschen, Rom*nja und Sinti*zze, arme Menschen, wohnungslose Menschen, queere Menschen und politisch Aktive ist Sicherheitspolitik häufig nicht Schutz, sondern Kontrolle. Diese Erfahrung muss Ausgangspunkt linker Sicherheitspolitik sein.

Gleichzeitig darf die Linke Sicherheit nicht der Rechten überlassen. Menschen haben reale Sicherheitsbedürfnisse: Schutz vor Gewalt, Schutz vor Armut, Schutz vor rechter Bedrohung, Schutz vor Krieg, Schutz vor patriarchaler Gewalt, Schutz vor sozialem Abstieg. Wenn wir diese Bedürfnisse nicht politisch beantworten, tun es andere – autoritär, rassistisch und repressiv.

Die Studienlage zeigt, dass institutioneller Rassismus, Racial Profiling, rechtsextreme Netzwerke in Sicherheitsbehörden, Gewalt gegen FLINTA*, digitale Überwachung und Repression gegen Protest reale Probleme sind.

Der Antrag formuliert deshalb eine politische, aber grundsätzliche Linie: Wir kämpfen für unabhängige Beschwerdestellen, Kennzeichnungspflicht, Kontrollquittungen, Antidiskriminierungsgesetze, Gewaltschutz, digitale Grundrechte, Entmilitarisierung, soziale Prävention und demokratische Kontrolle. Zugleich halten wir an einer transformatorischen Perspektive fest: Sicherheit darf nicht länger als Rechtfertigung für Repression dienen. Sicherheit muss heißen, die Bedingungen zu schaffen, unter denen Menschen frei, würdig, solidarisch und ohne Angst leben können.

Dieser Antrag stärkt Die Linke als Partei, die nicht nur gegen den Sicherheitsstaat ist, sondern eine eigene Antwort auf Unsicherheit gibt: sozial, antifaschistisch, feministisch, antirassistisch und friedenspolitisch.

Quellen:

Bundeskriminalamt. Häusliche Gewalt: Bundeslagebild 2023. Wiesbaden: Bundeskriminalamt, 2024. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/HaeuslicheGewalt/HaeuslicheGewalt2023.html

Bundeskriminalamt. Geschlechtsspezifisch gegen FLINTA* gerichtete Straftaten: Bundeslagebild 2023. Wiesbaden: Bundeskriminalamt, 2024.

https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/StraftatenGegenFrauen/StraftatengegenFrauenBLB2023.html

Bundesamt für Verfassungsschutz. Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden: Lagebericht. Köln: Bundesamt für Verfassungsschutz, 2024.

https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/rechtsextremismus/2024-07-lagebericht-rechtsextremisten-in-sicherheitsbehoerden.pdf?__blob=publicationFile&v=12

Bundesministerium des Innern und für Heimat. Abschlussbericht der InRa-Studie „Institutionen & Rassismus“. Berlin: Bundesministerium des Innern und für Heimat, 2026.

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2026/inra-studie.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Amnesty International Deutschland. Amnesty-Stellungnahme zur Neustrukturierung des

Bundespolizeigesetzes. Berlin: Amnesty International Deutschland, 2023.

https://www.amnesty.de/informieren/positionspapiere/deutschland-bundespolizeigesetz-amnesty-stellungnahme-neustrukturierung

Amnesty International Deutschland. Amnesty-Stellungnahme zur Modernisierung des Bundespolizeigesetzes. Berlin: Amnesty International Deutschland, 2025.

https://www.amnesty.de/informieren/positionspapiere/deutschland-amnesty-stellungnahme-modernisierung-bundespolizeigesetz

Cremer, Hendrik. „Racial Profiling" – Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs. 1a Bundespolizeigesetz: Empfehlungen an den Gesetzgeber, Gerichte und Polizei. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2013.

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/racial-profiling-menschenrechtswidrige-personenkontrollen-nach-22-abs-1-a-bundespolizeigesetz

United Nations Economic Commission for Europe. State Repression of Environmental Protest and Civil Disobedience: A Major Threat to Human Rights and Democracy. Geneva: UNECE, 2024.

https://unece.org/sites/default/files/2024-02/UNSR_EnvDefenders_Aarhus_Position_Paper_Civil_Disobedience_EN.pdf

Death in Custody. Documentation. https://deathincustody.noblogs.org/

Antrag G.24: Solidarität mit den Menschen im Iran! Für eine echte, solidarische und antiautoritäre Iranpolitik.

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg, BAG Migrantische Linke / LINKS*KANAX, LAG Migrantische Linke / LINKS*KANAX Baden-Württemberg und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Solidarität mit den Menschen im Iran! Für eine echte, solidarische und antiautoritäre Iranpolitik.

Die Partei Die Linke verurteilt jede militärische Aggression gegen den Iran auf das Schärfste. Bombenangriffe sind kein Mittel zur Demokratisierung, sondern treffen die Zivilbevölkerung, destabilisieren die Region weiter und stärken autoritäre Kräfte im Inneren. Die Geschichte lehrt uns: Kriege von außen haben noch nie Freiheit gebracht, weder in Afghanistan, noch im Irak, noch in Libyen.

Die Ablehnung eines Krieges gegen den Iran bedeutet ausdrücklich keine Solidarität mit der Islamischen Republik Iran. Die Partei Die Linke verurteilt das iranische Regime als eine diktatorische Herrschaft, die Oppositionelle, politische Gefangene, Gewerkschafter*innen, Feminist*innen, queere Menschen und ethnische Minderheiten verfolgt, foltert und hinrichtet.

Die Islamische Republik ist in ihrer heutigen Form kein Gottesstaat im traditionellen Sinne, sondern de facto eine Militärdiktatur, in dem die Revolutionsgarden (Sepah-e Pasdaran) die eigentliche Macht verkörpern. Die fortschreitende Militarisierung des Regimes, die Verschärfung von Repressionsapparaten und die Niederschlagung der Frauenrechts- und Freiheitsbewegung, symbolisiert durch den Aufstand nach dem Tod von

Jina Mahsa Amini 2022, zeigen: Dieses Regime ist nicht reformierbar, sondern muss überwunden werden. Und das durch die Menschen im Iran selbst.

Historische Einordnung

Wer die Gegenwart des Iran verstehen will, muss seine Geschichte kennen. Der CIA-gestützte Putsch gegen den demokratisch gewählten Premierminister Mohammad Mosaddegh 1953, an dem auch Großbritannien maßgeblich beteiligt war, hat das Land um eine demokratische Entwicklung gebracht und die Schah-Diktatur gestärkt. Die sozialen Verwerfungen, die wirtschaftliche Ungleichheit und die brutale Repression unter dem Schah-Regime haben die Revolution von 1979 möglich gemacht. Der Wunsch der Menschen nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit wurde jedoch von verschiedenen Akteur*innen instrumentalisiert, an der Spitze Khomeini und das klerikale Establishment.

Der Iran-Irak-Krieg (1980–1988), in dem beide Seiten maßgeblich von westlichen und östlichen Mächten finanziert und bewaffnet wurden, kostete Hunderttausende das Leben und diente zugleich als Instrument zur Konsolidierung der Macht im Inneren. Innenpolitische Repressionen wurden im Schatten des Krieges massiv verschärft.

Der Iran ist eine pluralistische Gesellschaft: multiethnisch, multireligiös und vielsprachig. Doch Minderheiten wie Kurd*innen, Belutsch*innen, Araber*innen in Khuzestan, Aserbaidschaner*innen, afghanische Geflüchtete, Baha'i und weitere erleiden nicht nur politische Unterdrückung, sondern auch sprachliche, religiöse und kulturelle Repression. Die meisten Hinrichtungen im Iran treffen überproportional Angehörige ethnischer Minderheiten, auch Bombenangriffe treffen neben Teheran genau diese Gebiete.

Auch die historische Einordnung von Reza Pahlavi, der aktuell als Übergangsführer propagiert wird, ist unentbehrlich: Die Partei Die Linke stellt sich entschieden gegen jede Verklärung der Pahlavi-Monarchie. Das Schah-Regime war eine Diktatur: mit politischen Gefangenen, mit dem berüchtigten Geheimdienst SAVAK, mit einer extremen sozialen Spaltung der Gesellschaft. Der „Pars/Fars"-Nationalismus-Gedanke wurde unter der ersten Pahlavi-Führung etabliert und wird bis heute vom aktuellen Regime fortgeführt, um Minderheiten systematisch zu marginalisieren.

Reza Pahlavi, der Sohn des letzten Schahs, hat sich nicht eindeutig von den Verbrechen seines Vaters distanziert. Sein sogenannter Übergangsplan ist in seiner Struktur nicht demokratisch: Er beansprucht eine Führungsrolle, die nicht aus einem demokratischen Prozess hervorgeht, und konzentriert Entscheidungsgewalt in einer Person. Zudem steht Pahlavi mit rechten und konservativen Kräften in Austausch.

Auch die Volksmudschahedin (MEK/MKO/PMOI) lehnen wir als politische Kraft klar ab. Diese Organisation hat eine Geschichte terroristischer Gewalt, eine sektenartige interne Struktur und ist nicht demokratisch.

Verzweiflung ist kein politischer Kompass. Wenn Menschen unter dem Druck von Repression und Perspektivlosigkeit glauben, sie hätten „keine andere Wahl" als autoritäre Anführer zu unterstützen, dann ist das ein Symptom des Problems, kein Argument für die Lösung.

Der Iran ist kein antiimperialistischer Akteur.

Es ist eine gefährliche Fehlannahme, das iranische Regime als antiimperialistische Kraft zu betrachten, nur weil es im Konflikt mit Israel und den USA steht. Antiimperialismus bedeutet nicht, jeden Gegner der USA automatisch als

fortschrittlich zu bewerten. Ein Regime, das im Inneren Linke, Minderheiten, Gewerkschafter*innen, queere Menschen und Feminist*innen unterdrückt, ist kein Verbündeter der internationalen Unterdrückten und Linken.

Der Iran destabilisiert die Region durch eigene imperialistische Praktiken: die Finanzierung und Bewaffnung von Milizen im Irak, in Syrien, im Libanon und im Jemen; die Unterdrückung von Aufständen in befreundeten Staaten. Die Islamische Republik Iran verfolgt geopolitische Machtinteressen und agiert nicht im Interesse der eigenen, palästinensischen oder anderer unterdrückter Bevölkerungen und ist ein zutiefst rassistisches, misogynes, queerfeindliches und antisemitisches Regime.

Wer gegen Imperialismus kämpft, muss auch den Imperialismus vor Ort beim Namen nennen. Solidarität mit dem palästinensischen Volk bedeutet nicht Solidarität mit dem iranischen Staat. Beides kann gleichzeitig gelten: Die palästinensische Befreiung ist notwendig und das iranische Regime ist ein Unterdrückungsapparat.

Eine progressive, linke Position erarbeiten: Solidarität statt Instrumentalisierung

Der Bundesparteitag hält den Parteivorstand an, gemeinsam mit der Iran-Arbeitsgemeinschaft, mit Diaspora-Organisationen und mit linken internationalen Netzwerken einen kontinuierlichen Lösungsprozess zum Aufbau einer Alternative zu initiieren. Ziel ist die Formulierung einer fundierten, antiautoritären, solidarischen linken Iran-Politik, die den Menschen im Iran eine Stimme gibt.

Wir benennen unsere Grundhaltungen klar:

- Wir solidarisieren uns mit den Menschen im Iran: mit der Frauenrechts- und Freiheitsbewegung, mit ethnischen Minderheiten, mit politischen Gefangenen, mit Gewerkschafter*innen und allen, die für eine demokratische, sozialistische und freie Gesellschaft kämpfen,
- wir wollen gemeinsam mit iranischen, kurdischen und anderen betroffenen Communities in Deutschland eine linke, antiautoritäre und demokratische Alternative formulieren, nicht über sie hinweg,
- wir setzen uns weiterhin für Säkularität ein, denn die Instrumentalisierung der schiitischen Religion durch das Regime zur Legitimation von Herrschaft ist zu benennen und zu kritisieren,
- wir erarbeiten als Linke in Deutschland eine eigenständige Position, die sich weder von reaktionären Monarchisten noch von islamistischen Apologeten vereinnahmen lässt,
- wir bauen eine unabhängige und intersektionale Antikriegsbewegung auf, die unterschiedliche globale Kämpfe mitdenkt,
- wir lehnen Sanktionen ab, die die Zivilbevölkerung treffen.

Solidarität mit dem Iran bedeutet: Solidarität mit den Menschen, nicht mit Staaten, nicht mit Dynastien, nicht mit Kulten. Die klügsten Köpfe der iranischen Gesellschaft - Aktivist*innen, Anwält*innen, Journalist*innen, Künstler*innen - sitzen vermehrt als politische Gefangene im Gefängnis. Ihre Freilassung ist eine zentrale humanitäre und politische Forderung und unerlässlich für den Aufbau einer Opposition im Land.

Antrag G.25: Solidarität mit migrantischen und rassialisierten Sexarbeiter:innen – gegen Kriminalisierung und rassistische Migrationspolitik

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg, BAG Die Linke Queer, BAG Migrantische Linke/Links*Kanax und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Solidarität mit migrantischen und rassialisierten Sexarbeiter:innen – gegen Kriminalisierung und rassistische Migrationspolitik

Der Kampf gegen Sexismus, patriarchale Gewalt und Ausbeutung kann nicht getrennt vom Kampf gegen Rassismus, staatliche Repression, restriktive Migrationspolitik und soziale Ungleichheit geführt werden. Besonders migrantische Frauen, queere, trans und nichtbinäre Personen und Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus sind von mehrfachen Machtverhältnissen betroffen: Von patriarchaler Gewalt, ökonomischer Ausbeutung im kapitalistischen System und von nationalstaatlichen Grenz- und Kontrollregimen.

Sexarbeit ist kein isoliertes Phänomen, sondern eingebettet in ökonomische Ungleichheiten auf nationaler und globaler Ebene, Arbeitsmigration, kapitalistische Ausbeutungslogiken sowie restriktive Aufenthalts- und Arbeitsgesetze. Gerade deshalb braucht es eine politische Position, die Solidarität mit, statt Stigmatisierung von Sexarbeiter:innen ins Zentrum stellt und die Lebensrealitäten migrantischer und rassialisierter Sexarbeiter:innen ernst nimmt.

Wir stehen an der Seite aller Menschen in der Sexarbeit. Insbesondere jener, die aufgrund von Migration, Rassismus oder unsicherem Aufenthaltsstatus besonders vulnerabel sind.

Besondere Schwierigkeiten ergeben sich für Sexarbeitende aus anderen EU-Ländern. Viele verfügen über keine feste Meldeadresse in Deutschland, wodurch die Zuständigkeit der Finanzämter unklar sein kann.

Betroffene von Menschenhandel, Zuhälterei, Gewalt und Zwang brauchen echten Schutz und Rechte unabhängig von ihrer Kooperation mit Strafverfolgungsbehörden.

Forderungen

Um die Rechte, Sicherheit und Selbstbestimmung von migrantischen und rassialisierten Sexarbeiter:innen zu stärken, fordern wir:

- Sichere Aufenthaltsrechte für Personen aus Drittstaaten und für Betroffene von Menschenhandel, Zuhälterei und Zwang, unabhängig von ihrer Kooperation mit Strafverfolgungsbehörden.
- Einführung eines Zeugnisverweigerungsrechts für alle Berater:innen, um das Vertrauensverhältnis zwischen Ratsuchenden und Berater:innen nicht zu zerstören.
- Alle gesetzgeberischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel durch ein gezieltes Monitoring zu begleiten.
- Einfach zugängliche Informationen an deutschen Botschaften im Ausland über sichere und selbstbestimmte Wege der Arbeitsmigration nach Deutschland sowie

über Arbeitsrechte, einschließlich in der Sexarbeit.

- Entkriminalisierung und rechtliche Gleichstellung von Sexarbeit
- Entkriminalisierung von Migration
- Niedrigschwelliger Zugang zu Gesundheitsversorgung und Beratung für Menschen in der Sexarbeit, insbesondere für Menschen ohne Papiere.
- Zugang zu solidarischer gesetzlicher Gesundheitsversorgung für alle, unabhängig von Aufenthaltsstatus und Erwerbsform
- Eine Sozialversicherung durch eine Sozialkasse für Menschen in der Sexarbeit, damit diese einen ähnlichen Schutz der gesetzlichen Sozialversicherung genießen wie Arbeitnehmende
- Erleichterung der Aufnahme in die gesetzliche Krankenversicherung für migrantische Selbständige in Deutschland.
- Abschaffung von repressiven Sonderregelungen, die Sexarbeiter:innen kontrollieren und marginalisieren, wie Sperrgebietsverordnungen, Kontaktverbote oder diskriminierende Meldepflichten.
- Zugang zu Arbeitserlaubnissen/Arbeitsvisa und sicherem Aufenthaltsstatus für migrantische Menschen, um Abhängigkeiten und Ausbeutung zu reduzieren.
- Stärkung unabhängiger Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Sexarbeiter:innen, insbesondere für migrantische, trans, nichtbinäre, queere und andere marginalisierte Personen.
- Diskriminierungssensible und ergebnisoffene Beratungs- und Schulungsangebote für Beratende, Kund:innen und Betreiber:innen in Bezug auf Intersektionalität, Ethnosexismus und Rassialisierung in der Sexarbeit
- Ausbau von Notunterkünften und Schutzräumen für Sexarbeiter:innen in prekären oder gewaltvollen Situationen.
- Flächendeckender Aufbau und Etablierung von Peer-Education in der Sozialarbeit mit Sexarbeiter:innen
- Schulungen für Behörden und Institutionen im diskriminierungssensiblen Umgang mit Sexarbeiter:innen.
- Einbeziehung migrantischer und rassialisierter Sexarbeiter:innen und ihren Selbstorganisationen in alle politischen Entscheidungen, die ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen betreffen.
- Schutz vor Polizeigewalt, rassistischen Kontrollen und aufenthaltsrechtlicher Repression für Sexarbeiter:innen.
- Eine einheitliche, niedrigschwellige steuerliche Registrierung für EU-Migrant:innen ohne feste Meldeadresse in Deutschland, die auf schwer beschaffbare Nachweise aus dem Herkunftsland verzichtet.
- Eine klare Positionierung der Partei gegen Kund:innenkriminalisierung und andere strafrechtliche Kriminalisierungsmodelle der Sexarbeit

Begründung

Die Kund:innenkriminalisierung wird häufig mit der Behauptung propagiert, es schütze (besonders

migrantische) Menschen vor Ausbeutung. In der Praxis zeigt sich jedoch das Gegenteil: Insbesondere migrantische Sexarbeiter:innen geraten durch die Kriminalisierung der Kund*innenin noch unsicherere Arbeitsverhältnisse. Sie werden gezwungen, in versteckten, schwer kontrollierbaren Räumen zu arbeiten, wodurch Abhängigkeiten, Ausbeutung und Gewalt steigen. Statt Schutz führt Mehrkriminalisierung zu mehr Unsicherheit und es wird für die Betroffenen schwieriger Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung zu melden, ohne selbst Repression zu riskieren, etwa durch drohende Abschiebung oder Verlust des Aufenthaltsstatus. Studien und Erfahrungsberichte zeigen klar, dass solche strafrechtlichen Polizei-Modelle, wie z.B. das schwedische Modell, nicht schützen, sondern prekäre und gefährliche Bedingungen verstärken.

Wirklicher Schutz würde durch Entkriminalisierung, rechtliche Absicherung, zugängliche Arbeits- und Aufenthaltsrechte und die Einbeziehung von Sexarbeiter:innen in die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen entstehen. Nur so können Machtverhältnisse aufgebrochen, Gewalt erkannt und wirksam bekämpft werden.

Der Kampf gegen Menschenhandel und Ausbeutung ist ein zentraler Bestandteil der Bekämpfung organisierter Kriminalität und muss konsequent geführt werden. Klar ist: Menschenhandel und Ausbeutung gehören strafrechtlich verfolgt. Menschenhandel gibt es in vielen Branchen und ist kein isoliertes Problem in der Sexarbeit.

Gleichzeitig zeigt sich, dass dieser Kampf nicht durch Verdrängung, Kriminalisierung oder pauschale Repression gewonnen werden kann. Insbesondere nicht durch die Kriminalisierung von Formen sekundär freiwilliger Arbeit aus ökonomischem Druck, wie der Sexarbeit. Repressive Maßnahmen beseitigen Gewalt nicht, sondern drängen sie in unsichtbare und gefährlichere Bereiche. Dort nehmen Abhängigkeiten, Ausbeutung und Gewalt zu, während gleichzeitig der Zugang zu Beratung, Schutz und Unterstützung massiv erschwert wird.

Besonders migrantische Sexarbeiter:innen sind von solchen Politiken betroffen. Unsicherer Aufenthaltsstatus und die reale Angst vor Abschiebung führen dazu, dass Gewalt und Ausbeutung oft nicht angezeigt werden können, ohne eigene Risiken einzugehen. Polizeikontrollen, aufenthaltsrechtliche Überprüfungen und die Zusammenarbeit von Behörden tragen dazu bei, dass staatliche Eingriffe selbst Teil von Druck- und Zwangsverhältnissen werden.

Auch in Europa zeigt sich, dass kriminalisierende Ansätze – etwa im Kontext des schwedischen Modells – mit verstärkter Migrationskontrolle einhergehen. Statt Schutz zu bieten, führen sie in der Praxis zu mehr Überwachung, Verdrängung und Ausschluss.

Ausbeutung entsteht nicht isoliert, sondern unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen, wie Armut, globale Ungleichheit, fehlende Rechte und eingeschränkter Zugang zu sicheren Arbeitsmöglichkeiten. Restriktive Migrationspolitiken verschärfen diese Bedingungen zusätzlich und tragen dazu bei, dass Menschen in Situationen geraten, in denen Ausbeutung überhaupt möglich wird.

Gerade deshalb halten wir fest, dass der Kampf gegen Menschenhandel parallel zur Entkriminalisierung von Sexarbeit geführt werden muss. Diese beiden Ziele widersprechen sich nicht, sondern bedingen einander. Nur dort, wo Sexarbeit sichtbar, rechtlich abgesichert und entstigmatisiert ist, können Ausbeutungsstrukturen erkannt, bekämpft und aufgebrochen werden. Entkriminalisierung ist keine Verharmlosung von Gewalt, sondern eine Voraussetzung für wirksamen Schutz.

Dabei ist es wichtig anzuerkennen, dass Sexarbeit ein vielfältiges und widersprüchliches Feld ist. Sie umfasst sehr unterschiedliche Formen, Arbeitsbedingungen und Motivationen, von hochgradig prekären und ausbeuterischen Verhältnissen bis hin zu selbstorganisierten Arbeitsformen. Eine

verantwortungsvolle politische Analyse darf diese Unterschiede weder romantisieren noch ignorieren. Politische Antworten müssen sich an den realen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Betroffenen orientieren.

Besonders wichtig ist eine migrationspolitische Perspektive. Restriktive Aufenthaltsgesetze und der Ausschluss vom regulären Arbeitsmarkt zwingen viele migrantische Menschen in prekäre Abhängigkeiten. Der Zugang zu sicheren Aufenthaltsrechten und Arbeitserlaubnissen ist daher ein entscheidender Schutz vor Ausbeutung und Menschenhandel.

Die Zusammenarbeit von Polizei, Strafverfolgungsbehörden und Ausländerbehörden schafft zusätzliche Risiken für migrantische Sexarbeiter:innen, weil sie die Anzeige von Gewalt, Ausbeutung oder Zwang mit der Gefahr aufenthaltsrechtlicher Konsequenzen verbindet.

Die Diskriminierung von Sexarbeiter:innen auf dem Wohnungsmarkt, beim Zugang zu Bankkonten oder Versicherungen sowie gesellschaftliche Stigmatisierung verschärfen diese Situation zusätzlich.

Auch eine queerpolitische Perspektive ist zentral: Viele trans und nichtbinäre Personen erfahren massive Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und im Gesundheitssystem. Dadurch geraten sie überdurchschnittlich häufig in prekäre Lebenssituationen und üben Sexarbeit als Überlebensstrategie aus. Gleichzeitig sind sie in dieser Arbeit einem erhöhten Risiko von Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt.

Staatliche Repression (etwa durch Sperrgebiete, Meldepflichten, Polizeikontrollen oder migrationsrechtliche Überwachung) verstärkt diese Machtverhältnisse. Eine sogenannte Kund:innenbestrafung fügt sich in diese Logik ein: Sie kriminalisiert Sexarbeit indirekt, drängt sie in unsichtbare Räume und erhöht damit das Risiko von Gewalt und Ausbeutung, insbesondere für migrantische und illegalisierte Sexarbeiter:innen.

Solidarität mit Sexarbeiter:innen ist kein Randthema, sondern zentraler Bestandteil des Kampfes gegen Patriarchat, Rassismus, staatliche Repression und soziale Ungleichheit. Solidarität zwischen migrantischen Organisationen, feministischen Bewegungen und Selbstorganisationen von Sexarbeiter:innen ist dafür entscheidend. Der Einsatz für sichere Aufenthaltsrechte, Zugang zum Arbeitsmarkt, Schutz vor staatlicher Gewalt und soziale Absicherung ist untrennbar mit dem Kampf gegen Ausbeutung und Gewalt in der Sexarbeit verbunden.

Antrag G.26: Wir zahlen nicht für Eure Kriege! Auf die Straße gegen Sozialabbau und Militarisierung

Antragsteller*in:	Antikapitalistische Linke - AKL, BAG Sozialistische Linke, Die Linke.SDS und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Wir zahlen nicht für Eure Kriege! Auf die Straße gegen Sozialabbau und Militarisierung

Krieg und Krise sind zwei Seiten derselben Medaille. Wer Milliarden in die Rüstungsindustrie pumpt, muss sie irgendwo wegnehmen. Wer Kanonen will, muss Butter streichen. Das ist keine Metapher, das ist die Haushaltspolitik der Bundesrepublik im Jahr 2026 und sie hat konkrete Folgen.

2026 plant die Bundesregierung erstmals 128 Milliarden Euro für Verteidigung auszugeben. So viel wie alle lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten zusammen.

Deutschland steht inzwischen auf Platz 4 der weltweiten Rüstungsausgaben, aber in den Talkshows wird sich weiter über die Unterfinanzierung der Bundeswehr beklagt. Das Grundgesetz wurde geändert, damit hochgerüstet werden kann, beschlossen von einem Parlament, das bereits abgewählt war. Ohne Beteiligung der Bevölkerung, mit demonstrativer Eile, noch bevor ein neu gewähltes Parlament eingreifen konnte. Gleichzeitig erklärte Kanzler Merz, dass alle (Sozial)ausgaben auf den Prüfstand gehören. Aktuell bleibt der Regelsatz in der Grundsicherung bei 563 Euro eingefroren. Krankenhäuser schließen. Kommunen kollabieren. Rentner*innen, die dieses Land aufgebaut haben, können sich die Heizung nicht mehr leisten. Die Regierung plant den Abriss des Sozialstaats in einem bislang nie dagewesenen Ausmaß. Das ist kein Zufall.

Rheinmetall-Aktien haben sich seit 2022 im Wert versechzehnfacht, deutsche Rüstungskonzerne machen Rekordgewinne. Wer profitiert, ist keine offene Frage. Und wer zahlt, auch nicht.

Die Weltlage hat sich in den letzten Monaten dramatisch zugespitzt. Am 28. Februar 2026 begannen Israel und die USA einen offenen Krieg gegen den Iran. Chamenei wurde durch einen gezielten Luftangriff getötet. Der Iran sperrte die Straße von Hormus, Raketen trafen US-Stützpunkte in Bahrain, Kuwait, Katar und den Emiraten.

Eine globale Energiekrise droht, deren Kosten wie immer nach unten weitergereicht werden. Und nicht nur die Energiekosten steigen, sondern auch Düngemittel werden knapp und wirken sich auf die Lebensmittelpreise aus. Bemerkenswert ist dabei: Der Iran wurde zweimal während laufender Verhandlungsrunden angegriffen, zuerst im Juni 2025 und dann erneut im Februar 2026. Diplomatie ist nicht gescheitert. Sie wurde aktiv sabotiert.

Wir leben in Zeiten der Monster. Die Zunahme militärischer Spannungen und Kriege sind nicht in erster Linie Konflikte zwischen politischen Systemen. Es ist das System selbst, das immer neue Rivalitäten um Rohstoffe, Absatzmärkte und geostrategische Kontrolle schafft.

Statt in das Leben zu investieren, soll für den Tod produziert werden. „Aktive Industriepolitik“ nennt die Europäische Union diesen Schritt. In Wirklichkeit ist es der Weg in die Kriegswirtschaft. Hunderttausende Arbeiter*innen bangen um ihre Jobs.

Als „sichere Alternative“ werden ihnen jetzt Jobs in der Rüstungsindustrie verkauft. Doch wie sicher ist das Leben in einer kriegstüchtigen Gesellschaft? Waffen werden produziert, um eingesetzt zu werden. Wer stirbt zuerst an der Front? Welche Fabriken sind im Kriegsfall das erste Angriffsziel? Die Kriegslügen unserer Zeit schmücken sich mit den Worten wie Freiheit, Demokratie und Sicherheit. In Wahrheit ist es genau dieser Kurs, der unsere Freiheit und unsere soziale Sicherheit zerstört. Demokratie wird von innen ausgehöhlt.

In Deutschland läuft die Militarisierung auf Hochtouren. Wehrpflicht wird vorbereitet.

Krankenhäuser werden militarisiert. Bundeswehrwerbung hängt in U-Bahnhöfen und auf Ausbildungsmessen. Boris Pistorius nennt das Ziel unverblümt: Deutschland soll kriegstüchtig werden. Das ist kein Vokabular der Abschreckung. Das ist Kriegsvorbereitung.

Die Linke muss hier klar sein: Das ist kein technisches Haushaltsproblem, sondern die Klassenfrage unserer Zeit. Ein System, das Profit über Menschenleben stellt, braucht

Krieg als Erweiterungsraum und Sozialabbau zu seiner Finanzierung. Beides gehört zusammen und beides muss zusammen bekämpft werden.

Als Internationalist*innen betrachten wir Kriege nicht wie ein Fußballspiel, bei dem man auf der Seite des einen oder anderen Staates steht. Wir stehen immer an der Seite der arbeitenden Menschen, in der Ukraine wie in Russland, in Gaza wie in Israel, im Iran wie in den USA. Der Soldat, der stirbt, damit Konzerne ihre Profite und Marktanteile und Staaten ihre Einflusssphären absichern, ist nicht unser Feind.

In dieser Auseinandersetzung stehen alle anderen Parteien im Bundestag auf der falschen Seite, wenn auch mit unterschiedlicher Begeisterung. CDU und SPD betreiben die Aufrüstung als Regierung. Die Grünen haben die Grundgesetzänderung erst möglich gemacht. Die AfD geriert sich als Friedenspartei, steht aber in der Tradition des deutschen Militarismus und nutzt Kriegsangst zur völkischen Mobilisierung.

Nötiger denn je ist in Parlament und Gesellschaft eine Stimme, die klar und ohne Wenn und Aber sagt: Wir wollen eure Kriege nicht. Diplomatie statt Aufrüstung,

Waffenstillstand statt Eskalation, Produktion für das Leben statt für den Krieg. Diese Stimme gibt es im Bundestag derzeit nur durch uns – aber sie muss lauter werden. Das ist eine Leerstelle, die Millionen Menschen spüren. Laut Umfragen lehnt eine Mehrheit der Bevölkerung die Wehrpflicht ab, eine Mehrheit hält die weitere Eskalation für gefährlich. Diese Mehrheit hat noch keine ausreichende parlamentarische Repräsentation, nicht weil die Überzeugungen fehlen, sondern weil an manchen Stellen der Mut fehlte, sie auszusprechen.

Das ist kein neues Problem. Die SPD von 1914 sprach jahrelang von Frieden und stimmte im August desselben Jahres für die Kriegskredite, als es darauf ankam. Der Druck war zu groß, die Angst vor Isolation zu mächtig, der Wunsch nach Respektabilität zu stark. Die Lehre daraus ist nicht, dass man immer gegen den Strom schwimmen muss, um des Prinzips willen. Die Lehre ist: Wer in entscheidenden Momenten schweigt oder laviert, überlässt das Feld denen, die keine Sekunde zögern.

Die Linke darf sich von der gesellschaftlichen und medialen Debatte nicht einschüchtern lassen. Wer heute für Diplomatie eintritt, wird als naiv abgestempelt.

Wer Waffenlieferungen kritisiert, wird als Putinknecht diffamiert. Wer den Gaza-Krieg Genozid nennt, wird mit dem Antisemitismusvorwurf überzogen. Das ist kein offener Diskurs. Das ist die diskursive Seite des Militarismus. Der Versuch, den Meinungskorridor so eng zu ziehen, dass Widerspruch als undenkbar gilt. Wir müssen das benennen und dem standhalten, selbstbewusst, ohne Entschuldigungen, ohne die reflexartige Einhegung jeder friedenspolitischen Position durch Relativierungen.

Die Fragen, die wir in Betrieben, Stadtteilen und Schulen stellen müssen, lauten:

Warum ist für Krankenhäuser kein Geld da, aber über Nacht für Rüstung? Warum werden Rentenkürzungen als alternativlos verkauft, während über die Anschaffung von neuen Bundeswehr-Fregatten im Wert von vielen Milliarden Euro nicht einmal diskutiert wird? Warum sollen wir mehr arbeiten, verzichten und unsere Kinder den Kriegen um Einflusssphären, Marktanteile und Ressourcen im Interesse der Großkonzerne zum Fraß vorwerfen?

Diese Fragen beantworten sich nicht von selbst. Sie müssen gestellt werden, laut, konkret und immer wieder.

Die Gesellschaft ist dabei nicht stumm. Die Schulstreikbewegung gegen die Wehrpflicht ist die lebendigste antimilitaristische Jugendbewegung seit Jahrzehnten.

Zehntausende Schüler*innen haben gestreikt, Repression riskiert und sich nicht einschüchtern lassen. Menschen trotzen den Diffamierungen der Springerpresse und gehen seit zwei Jahren gegen den Genozid in Gaza auf die Straße. Sie stehen auf der Seite des Völkerrechts, werden kriminalisiert und mit dem Antisemitismusvorwurf mundtot gemacht. Ein Missbrauch, der nicht nur politisch verlogen ist, sondern den tatsächlichen Kampf gegen Antisemitismus beschädigt. Diese Bewegungen brauchen eine Partei, die das klar benennt und sie nicht im Stich lässt.

IG-Metall-Vertrauensleute bei Ford in Köln haben eine Erklärung gegen Kriegswirtschaft beschlossen. Beschäftigte in Rüstungsbetrieben werden mit ihrem Arbeitsplatz erpresst: entweder Waffen oder Kündigung. Diese Logik muss gebrochen werden, durch Konversionskonzepte, die zeigen, dass dieselben Hände, die heute Granaten fertigen, morgen Wärmepumpen, Schienenfahrzeuge und Krankenhaustechnik bauen können.

Die Linke muss lernen, was sie bei der Mietenkampagne gelernt hat: Aus konkreter Hilfe wird Organisierung, aus Organisierung wird Gegenmacht. Das gilt für Mieter*innen genauso wie für Menschen, die sich der Wehrpflicht verweigern wollen, für Beschäftigte in Rüstungsbetrieben, die nicht wissen, wohin, und für Aktivist*innen, die vor Gericht stehen, weil sie eine Waffenfabrik blockiert haben.

Wir sind die einzige Partei im Bundestag, die diesem eingeschlagenen Kurs der Militarisierung grundsätzlich entgegensteht. Das ist keine Selbstbeweihräucherung, sondern eine Verantwortung. Deshalb ist Antimilitarismus keine Nische und nicht allein ein Wahlkampfthema. Er ist der Kern sozialistischer Politik in dieser Zeit.

Der Bundesparteitag beschließt:

Der neue Parteivorstand wird beauftragt, neben der Mietenkampagne einen weiteren gleichwertigen Schwerpunkt zu setzen und den Kampf gegen Sozialabbau mit dem Kampf gegen Militarisierung und Aufrüstung zu verbinden. Konkret bedeutet das:

Die Linke…

- lädt hierzu Betroffene und Akteure aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Friedensbewegung und antimilitaristischen Initiativen zentral zu einem Ratschlag ein mit dem Ziel eines breiten Bündnisses für lokale Proteste und überregionale Großdemonstrationen
- nutzt ihre öffentlichen Kommunikationskanäle in Medien und sozialen Netzwerken, um die konkreten Kosten der Aufrüstung den sozialen Kürzungen gegenüberzustellen
- erstellt dazu Aufklärungsmaterial, um lokale Gliederungen in ihrer alltäglichen Aufklärungs- und Kampagnenarbeit zu unterstützen
- schafft im Karl-Liebknecht-Haus eine Meldestelle Militarisierung: Kreisverbände, Kommunal- und Landtagsfraktionen können sich an sie wenden, damit Informationen über die lokalen und regionalen Auswirkungen der „Zeitenwende“ zentral gebündelt werden können
- baut ihre Kampagne zur Kriegsdienstverweigerungsberatung weiter aus und kommuniziert dies offensiv als politisches Angebot
- unterstützt die Schulstreikbewegung und andere Antikriegsbewegungen strukturell

mit Räumen, Ressourcen sowie durch konkrete Unterstützung für Streikende und Protestierende, die von Repression betroffen sind

- fördert die innerparteiliche Bildung mit antimilitaristischen Bildungs- und Austauschformaten, die den Mitgliedern regelmäßig angeboten werden

Antrag G.27: Sicherung der reproduktiven Selbstbestimmung

Antragsteller*in:	BV Koblenz/Rhein-Lahn

Der Parteitag möge beschließen:

Sicherung der reproduktiven Selbstbestimmung

Das aktuelle Embryonenschutzgesetz (ESchG), verabschiedet im Jahr 1990, spiegelt weder die heutigen medizinischen Möglichkeiten noch die gesellschaftlichen Realitäten wider. Es ist als überholt, unsozial und einschränkend für die Selbstbestimmung von Menschen mit Kinderwunsch zu bewerten.

Reproduktionsmedizinische Behandlungen in Deutschland bleiben für zahlreiche Paare, alleinstehende Personen und diverse Familienformen faktisch oder rechtlich unzugänglich. Besonders betroffen sind Frauen, trans- und nicht-binäre Personen, die ihren Kinderwunsch derzeit nur im Ausland verwirklichen können – häufig unter prekären, unregulierten und finanziell belastenden Bedingungen.

Die restriktive Gesetzeslage resultiert in sozialer Ungleichheit: Finanziell leistungsfähige Personen können ins Ausland reisen, während weniger wohlhabende Personen von reproduktionsmedizinischen Behandlungen ausgeschlossen bleiben. Forschung und medizinisches Personal agieren unter rechtlicher Unsicherheit, was wissenschaftliche Entwicklungen behindert.

Die Linke setzt sich für **soziale Gerechtigkeit, körperliche Selbstbestimmung und den Schutz aller Beteiligten ein**. Ein zeitgemäßes Embryonenschutzgesetz muss diese Prinzipien in den Vordergrund stellen – anstelle von Verboten und Misstrauen.

Die Linke fordert daher eine umfassende Neufassung des Embryonenschutzgesetzes mit folgenden Schwerpunkten:

Sicherung der reproduktiven Selbstbestimmung

- Gewährleistung des Zugangs zu reproduktionsmedizinischer Unterstützung unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Familienform oder Einkommensverhältnissen.
- Zulassung von Eizell- und Embryonenspende unter Einhaltung sozialer, ethischer und gesundheitlicher Schutzstandards.
- Prüfung der Zulassung einer altruistischen Leihmutterschaft, um faire und freiwillige Vereinbarungen zu ermöglichen.
- Stärkung der Patient*innenrechte und Förderung der öffentlichen Aufklärung über reproduktive Möglichkeiten.

Förderung sozialer Gerechtigkeit

- Aufnahme reproduktionsmedizinischer Behandlungen in die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung.
- Abbau sozialer Hürden und Kostenbarrieren – der Kinderwunsch darf nicht durch finanzielle Einschränkungen oder die Notwendigkeit von (mehrfachen und oft kurzfristigen) Reisen ins Ausland vereitelt werden.
- Schutz und faire Entlohnung von Personen, die Eizellen spenden oder Leihmutterschaft leisten, unter Vermeidung ökonomischer Ausbeutung.

Gesellschaftlich verantwortliche Forschung

- Förderung einer verantwortungsvollen Forschung an Embryonen, Stammzellen und innovativen biomedizinischen Verfahren.
- Demokratische Kontrolle, Transparenz und öffentliche Diskussion über die ethischen Grenzen der Forschung sind von wesentlicher Bedeutung.
- Die Einrichtung einer interdisziplinären Ethikkommission, die Betroffene, die Wissenschaft, feministische und queere Perspektiven sowie die Zivilgesellschaft gleichberechtigt einbezieht, wird empfohlen.

Sicherung der **Kinderrechte und des Herkunftsschutzes**

- Jedes Kind hat das Recht, seine genetische Herkunft zu erfahren.
- Es sind klare rechtliche Regelungen für die Elternschaft, auch im Falle von Spenden oder Leihmutterschaft, im Sinne des Kindeswohls zu schaffen.

Begründung

Der **Bericht der Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin** von 2024(https://www.bmjv.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Fachpublikationen/2024_Bericht_Kom_218_StGB.pdf?__blob=publicationFile&v=7) kommt zu dem Ergebnis, dass eine Überarbeitung des Embryonenschutzgesetzes (ESchG) erforderlich und überfällig ist. Es wird argumentiert, dass es ethisch und insbesondere verfassungsrechtlich vertretbar ist, die Eizellspende und Leihmutterschaft im Rahmen dieser Überarbeitung zu legalisieren (siehe auch Seite 493ff „3. Regelungsmöglichkeiten und Empfehlungen“).

Die üblichen Gegenargumente können durch eine sichere Rechtssprechung auf allen Ebenen, begleitende umfassende Aufklärung sowie medizinische und sozialpsychische Begleitung aller Beteiligten und die Beschränkung auf eine altruistische, nicht-kommerzialisierte Spende/ Leihmutterschaft (jedoch mit Anspruch auf Aufwandsentschädigung) entkräftet werden.

Antrag G.28: Schutz von ausländischen Auszubildenden stärken – Ausbeutung in Anwerbeprogrammen beenden

Antragsteller*in:	Linksjugend ['solid], BAG Betrieb & Gewerkschaft, BAG Links*Kanax/Migrantische Linke und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Schutz von ausländischen Auszubildenden stärken – Ausbeutung in Anwerbeprogrammen beenden

Die Linke setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, die systematische Ausbeutung von ausländischen Auszubildenden, insbesondere im Rahmen staatlich geförderter Anwerbeprogramme, wirksam zu bekämpfen und strukturell zu verhindern.

Diese Programme schaffen durch die Kopplung von Aufenthaltsstatus und Beschäftigung strukturelle Abhängigkeiten, die Ausbeutung begünstigen und die Rechte der Auszubildenden erheblich einschränken. Gleichzeitig profitieren Unternehmen von planbar verfügbaren, langfristig gebundenen Arbeitskräften sowie von staatlichen Förderungen.

Deshalb fordern wir:

1. Rechte und Schutz der Auszubildenden stärken

- Einrichtung unabhängiger, öffentlich finanzierter, mehrsprachiger Unterstützungs- und Rechtsberatungsstrukturen für ausländische Auszubildende,
- aufenthaltsrechtliche Absicherung bei Konflikten mit Arbeitgebern (kein Verlust des Aufenthaltsstatus bei Beschwerde oder Ausbildungswechsel),
- Entkopplung des Aufenthaltsstatus vom Beschäftigungsverhältnis, um strukturelle Abhängigkeitsverhältnisse zu beenden
- Sicherstellung, dass Betroffene nicht kriminalisiert oder bestraft werden, wenn sie Missstände melden, den Ausbildungsbetrieb wechseln oder rechtlich gegen Ausbeutung vorgehen

2. Vermittlungs- und Anwerbestrukturen regulieren

- Einführung eines verpflichtenden Lizenzsystems für Vermittlungsagenturen
- Transparenzpflichten über Verträge, Kosten und Arbeitsbedingungen
- regelmäßige, unangekündigte Kontrollen durch staatliche Stellen

3. Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern

- verbindliche Mindeststandards für Unterbringung und Betreuung
- stärkere Kontrollen durch Arbeitsschutzbehörden,
- Ausbau gewerkschaftlicher Zugänge für ausländische Auszubildende
- Einführung einer verpflichtenden Tarifbindung für alle Unternehmen, die öffentliche Fördermittel oder staatliche Unterstützung im Rahmen der Ausbildungsprogramme erhalten
- Arbeitsgeber*innen sollen verpflichtet werden, Sprachunterricht während der Arbeitszeit anzubieten

4. Überprüfung der öffentlichen Hand

- Evaluation bestehender Anwerbeprogramme unter Beteiligung von Betroffenen
- Aussetzung von Programmen, bei denen wiederholt Missstände festgestellt werden
- Neuausrichtung der Programme nach sozialen und arbeitsrechtlichen Standards sowie Überprüfung, dass die Anwerbung nicht dazu führt, dass Herkunftsländer systematisch geschwächt werden oder dortige Ausbildungs- und Gesundheitssysteme ausbluten
- grundsätzliche Überprüfung, inwiefern diese Programme dem Fachkräftebedarf dienen oder zur Senkung von Arbeitskosten und zur Schaffung abhängiger

Beschäftigungsverhältnisse beitragen

Innerparteiliche Maßnahmen:

Die Linke verpflichtet sich darüber hinaus, eigene Strukturen zur Unterstützung betroffener Auszubildender auszubauen:

- Aufbau niedrigschwelliger Kontakt- und Beratungsangebote (mehrsprachig) in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Akteuren wie ver.di,
- Unterstützung von Initiativen zur Selbstorganisation betroffener Auszubildender,
- Schulung von Parteistrukturen im Umgang mit Fällen von Arbeitsausbeutung und Migration

Politische Umsetzung:

Die Bundestagsfraktion sowie die Landtagsfraktionen werden aufgefordert:

- Entsprechende parlamentarische Initiativen einzubringen,
- Missstände öffentlich zu machen,
- Betroffene aktiv zu unterstützen
- Die genannten Forderungen insbesondere in den Bundesländern, in denen wir in der Regierung beteiligt sind, aktiv umzusetzen und voranzutreiben

Die Bekämpfung des Fachkräftemangels darf nicht auf Kosten der Rechte von Auszubildenden aus anderen Ländern erfolgen. Internationale Solidarität bedeutet, Ausbeutung immer entschieden entgegenzutreten, auch dann, wenn sie im Rahmen staatlich geförderter Programme entsteht.

Begründung

In den vergangenen Jahren wurden verstärkt Auszubildende aus Drittstaaten, unter anderem aus Vietnam, im Rahmen von Fachkräfte- und Ausbildungsprogrammen nach Deutschland angeworben. Diese Programme werden häufig als Antwort auf den vorhandenen Fachkräftemangel dargestellt.

Tatsächlich schaffen sie jedoch durch die Kopplung von Aufenthaltsstatus und Ausbildungsbetrieb strukturelle Abhängigkeiten. Während innerhalb der EU Freizügigkeit besteht und Beschäftigte ihren Arbeitsplatz vergleichsweise frei wechseln können, sind Auszubildende aus Drittstaaten häufig rechtlich an ihren Ausbildungsbetrieb gebunden. Unternehmen haben dadurch größere Möglichkeiten, Beschäftigte an sich zu binden und deren Wechsel zu erschweren.

Zugleich verfolgen diese Programme neben arbeitsmarktpolitischen Zielen auch wirtschaftliche Interessen: Sie ermöglichen Unternehmen den Zugang zu planbar verfügbaren, langfristig gebundenen Arbeitskräften. Staatliche Förderinstrumente, etwa für Sprachkurse, Integration oder betriebliche Ausbildung, reduzieren zusätzlich betriebliche Kosten. Daraus ergeben sich für Unternehmen finanzielle Vorteile wie geringere Rekrutierungskosten, teilweise subventionierte Ausbildung sowie eine höhere Bindung der Arbeitskräfte an den Betrieb.

Dabei bleibt jedoch weitgehend unklar, inwiefern diese Programme tatsächlich dem Fachkräftebedarf dienen oder vielmehr ein strukturelles Instrument darstellen, um Arbeitskosten zu senken und Arbeitskräfte mit eingeschränkten Rechten zu rekrutieren. In diesem Zusammenhang stellt sich die grundlegende Frage, ob es sich primär um Fachkräftesicherung oder um Formen strukturellen Lohndumpings handelt, bei denen ein Teil des Arbeitsmarktes gezielt über niedrigere Standards organisiert wird. Der vielfach angeführte Fachkräftemangel wird in diesem Zusammenhang selten

kritisch als politisch-ökonomisches Narrativ hinterfragt.Auffällig ist dabei, dass sich die Anwerbung insbesondere auf Drittstaaten konzentriert, während potenzielle Arbeitskräfte aus EU-Ländern mit vergleichsweise geringerer rechtlicher Abhängigkeit deutlich seltener adressiert werden. Dies wirft die Frage auf, inwiefern bestehende Programme gezielt auf Arbeitskräfte ausgerichtet sind, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus leichter kontrollierbar und ökonomisch verwertbar sind.

Zunehmend zeigen Fälle und Berichte, dass diese Strukturen sehr anfällig für Ausbeutung sind, wie die Vorfälle in Altenburg belegen. Dort wurde mehr als 40 vietnamesischen Auszubildenden über Monate hinweg kein Lohn ausgezahlt, und sie verloren schließlich ihren Ausbildungsplatz, wodurch sie in Armut geraten sind und ihnen die Abschiebung droht. Berichte zeigen zudem, dass Auszubildende über Monate hinweg unbezahlt arbeiten mussten, unter prekären Wohnbedingungen lebten und stark unter Druck gesetzt wurden, weiterzuarbeiten.

Diese Ereignisse machen deutlich, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern um strukturell begünstigte Ausbeutung innerhalb bestehender Anwerbeprogramme.

Gleichzeitig zeigen Erfahrungen auf Landesebene, dass klare Regelungen und Programme die Rahmenbedingungen verbessern können.

So kann das Thüringer Landesprogramm zur Fachkräftegewinnung als gutes Beispiel für stärker regulierte Anwerbestrukturen gelten. Zugleich wurde in konkreten Fällen deutlich, wie wichtig funktionierende Unterstützungsnetzwerke sind: Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Initiativen und politische Akteure haben gemeinsam dazu beigetragen, betroffene Auszubildende zu unterstützen und Missstände öffentlich zu machen.

Diese Ansätze können die Situation verbessern, lösen jedoch nicht die grundlegenden strukturellen Probleme der bestehenden Anwerbesysteme. Sie verdeutlichen vielmehr die Notwendigkeit verbindlicher Schutzstandards und eines flächendeckenden Ausbaus solcher Unterstützungsstrukturen.

Unternehmen nutzen dabei gezielt bestehende Finanzierungs- und Rechtsstrukturen aus: Häufig tragen die Auszubildenden bereits im Herkunftsland erhebliche Kosten für Vermittlung, Sprachkurse und Vorbereitung. Diese Vorabinvestitionen erzeugen einen hohen ökonomischen Druck, die Ausbildung unter allen Umständen fortzusetzen. Gleichzeitig sind Aufenthaltsrechte oft direkt an den Ausbildungsbetrieb gekoppelt, wodurch Betriebe ein faktisches Druckmittel besitzen. Die Risiken wie Verschuldung, Arbeitsplatzverlust und mögliche Abschiebung, liegen damit nahezu vollständig bei den Auszubildenden, während Unternehmen von stabilen und abhängigen Beschäftigungsverhältnissen profitieren.

Neben dem individuellen Machtmissbrauch muss daher auch das zugrunde liegende Geschäftsmodell kritisiert werden, das auf systematischer Externalisierung von Risiken und Internalisierung von Gewinnen beruht.

Gleichzeitig profitieren Betriebe strukturell von diesen Programmen. Internationale Auszubildende befinden sich häufig in besonders abhängigen Beschäftigungsverhältnissen, die mit geringerer Verhandlungsmacht, eingeschränkter Mobilität auf dem Arbeitsmarkt sowie einer erhöhten Bereitschaft zur Duldung schlechter Arbeitsbedingungen einhergehen. Dies kann für Unternehmen ökonomische Vorteile bedeuten, etwa durch niedrigere Lohnkosten, geringere Fluktuation und den Zugang zu staatlichen Fördermitteln.

Zu den zentralen Problemen gehören:

- unzureichende oder fehlende Übersetzung von Verträgen und Informationen,
- Abhängigkeit von Vermittlungsagenturen und Arbeitgebern,

- überhöhte Gebühren und Verschuldung im Herkunftsland,
- schlechte Arbeits- und Wohnbedingungen,
- Angst vor Aufenthaltsverlust bei Beschwerden,
- strukturelle Kopplung von Aufenthaltsstatus und Ausbildungsplatz, die ein Machtungleichgewicht zugunsten der Arbeitgeber erzeugt und Ausbeutung begünstigt,
- fehlende sprachliche und informelle Unterstützung bei rechtlichen Schritten gegen Ausbeutung oder bei Kündigungen

Zentrale Fragestellung dieses Antrags ist daher, in welchem Umfang bestehende Anwerbestrukturen auf ökonomischen Anreizen für Unternehmen beruhen und welche finanziellen sowie rechtlichen Mechanismen dabei genutzt werden, während die Risiken, insbesondere Verschuldung, Aufenthaltsunsicherheit und soziale Prekarität, überwiegend von den Auszubildenden getragen werden.

Die bestehenden Programme der Fachkräfteanwerbung stehen im Widerspruch zu den arbeits- und migrationspolitischen Grundsätzen der Partei. Zugleich sind diese Programme Teil einer staatlich geförderten Migrationspolitik, die ökonomische Interessen von Unternehmen aktiv unterstützt, ohne ausreichende Schutzmechanismen für die angeworbenen Auszubildenden sicherzustellen. Staatliche Förderstrukturen tragen somit zur Stabilisierung von Abhängigkeitsverhältnissen bei.

Darüber hinaus entstehen wirtschaftliche Gewinne entlang der gesamten Anwerbekette bereits vor der Einreise nach Deutschland, etwa durch kostenpflichtige Sprachkurse, Vermittlungsgebühren und Vorbereitungsprogramme im Herkunftsland. Diese Kosten werden häufig von den Auszubildenden selbst getragen und führen zu erheblichen finanziellen Abhängigkeiten bereits vor Beginn der Ausbildung.

Die beschriebenen Missstände sind nicht ausschließlich das Ergebnis individuellen Fehlverhaltens einzelner Betriebe, sondern Ausdruck struktureller Widersprüche eines Arbeitsmarkts, der zunehmend nach betriebswirtschaftlicher Effizienz organisiert wird. Staatlich geförderte Anwerbeprogramme fungieren dabei als Schnittstelle zwischen Migrationspolitik und ökonomischen Verwertungsinteressen. Solange Arbeitsmigration primär unter dem Gesichtspunkt der Kostenoptimierung und nicht der sozialen Rechte gestaltet wird, entstehen systematische Anreize zur Ausbeutung. Eine nachhaltige Lösung erfordert daher nicht nur regulatorische Korrekturen, sondern eine grundsätzliche Neuausrichtung von Arbeitsmarkt-, Migrations- und Wirtschaftspolitik hin zu verbindlichen sozialen Standards, die unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus gelten.

Antrag G.29: Verteidigung der Verfassung nicht den Regierungen überlassen: Parteiverbotsantrag per Volksbegehren!

Antragsteller*in:	BV Hamburg-Bergedorf, BV Hamburg-Mitte, Luzian Massarrat und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Verteidigung der Verfassung nicht den Regierungen überlassen: Parteiverbotsantrag per Volksbegehren!

Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland sind in Gefahr. Eine rechtsextreme Partei,

deren Programme und Rhetorik mit rassistischen, sexistischen, xenophoben und antidemokratischen Positionen durchwirkt sind, erreicht inzwischen deutschlandweit Wahlergebnisse, wie es sie seit den 1930er-Jahren nicht mehr gegeben hat.

Warnende Stimmen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft ignorierend übernehmen die Regierungsparteien zunehmend menschenfeindliche Positionen und torpedieren Rechtsstaat, Zivilgesellschaft, Rundfunk, Meinungs-, Wissenschafts- und Kunstfreiheit. Vor diesem Hintergrund der völligen Verweigerung der Bundesregierung, antifaschistische Wirtschaftspolitik und soziale Reformen umzusetzen sowie dem rechten Kulturkampf mit feministischen, antirassistischen und progressiven Positionen entschlossen entgegenzutreten, ist eine Schwächung der AfD nicht in Sicht. Im Gegenteil: Die von Austerität und teils von Verachtung für die Bevölkerung geprägte Regierungspolitik verschafft der AfD eine immer bessere Ausgangsbasis. Wir kämpfen gemeinsam mit Gewerkschaften, Bündnissen und Initiativen für die Realisierung eines positiven Antifaschismus – soziale Gerechtigkeit, linke Kultur und Demokratisierung – und entziehen so den Rechten ihren Nährboden.

Gleichzeitig sind wir über den Punkt hinaus, an dem wir wählerisch sein dürfen. Daher sollten wir jedes mögliche Mittel nutzen: Um die Gefahren, die von der AfD ausgehen, wirksam und zeitnah zu bekämpfen, ist auch ein Parteiverbotsverfahren notwendig. Alleine kann es gesellschaftlich verankerten Rassismus und andere rechtsextreme Tendenzen nicht beseitigen; ein Verbot würde der Partei aber Medienmacht, parlamentarische Bühnen, erhebliche Finanzmittel und bezahlte Stellen sowie ihre Deutungshoheit entziehen. Darum legt es einen essentiellen Grundstein für den fortgeführten Kampf gegen den Rechtsextremismus.

Gemäß § 43 Abs. 1 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes (BVerfGG) sind Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat berechtigt, eine Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Parteien beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen. Dieser Katalog von Antragsberechtigten führt dazu, dass das Verbot einer Partei durch andere Parteien angestoßen werden muss. Dadurch steht natürlicherweise der – nicht unbedingt begründete – Verdacht im Raum, Parteien wollten sich ihrer Konkurrenz entledigen. Darüber hinaus sind die Parteien in der Frage des Parteienverbots befangen, da es Einfluss auf ihre eigene Strategie, ihre inhaltliche Wirkmacht, die Gefahr eines gegen sie selbst gerichteten Parteiverbotsverfahrens, ihre Mehrheiten oder ihre Regierungsbeteiligungen haben kann. Dies führt zu einer parteipolitischen und teilweise taktischen Blockade der juristischen Prüfung der AfD – und das, obwohl der Schutz der Demokratie eine zentrale Lehre aus dem deutschen Faschismus sein muss!

Eine weitere Instanz, die eine Prüfung des Parteienverbots durch das Bundesverfassungsgericht anstoßen kann, könnte das Verfahren entpolitisieren und den Logiken und Blockaden von (Regierungs-)Parteien entziehen. Artikel 20 Abs. 4 des Grundgesetzes (GG) gibt allen Deutschen das Recht zum Widerstand gegen jene, die die demokratische Ordnung zu beseitigen versuchen, sofern andere Abhilfe nicht möglich ist. Im Kampf gegen Faschismus sind demnach nicht nur Parlamente und Regierungen in der Pflicht, sondern er ist das Recht jedes*r Einzelnen! Als Antifaschist*innen wissen wir, dass es eine mutige Zivilgesellschaft braucht, um gegen Rechtsextremist*innen Widerstand zu leisten. Da die Zivilgesellschaft nicht erst einschreiten können sollte, wenn anderen Abhilfe nicht mehr möglich ist, soll § 43 BVerfGG dahingehend geändert werden, dass auch über ein Volksbegehren der Antrag auf

Entscheidung, ob eine Partei verfassungswidrig ist, gestellt werden kann. Um eine möglichst große Legitimität des Volksbegehrens zu erreichen, sollte für den Prüfantrag fünf Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung innerhalb eines Jahres seine Unterschrift leisten müssen. Durch die Höhe des Quorums wird sichergestellt, dass ein Volksbegehren möglich ist, ohne dass mit regelmäßigen auch sachlich unbegründeten Verbotsverfahren zu rechnen ist. Eine Orientierung an der Fünfprozentklausel bedeutet zudem, dass eine Minderheit hierfür zusammenkommen muss, die hinreichend groß wäre, bei einer Wahl zum Bundestag Berücksichtigung zu finden. Im Einklang mit den bestehenden Forderungen der Linken zur Schaffung einer bundesweiten Volksgesetzgebung, wäre diese Änderung des BVerfGG auch ein Schritt hin zu mehr direkter Mitbestimmung.

Gleichzeitig sollte für Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht die neue Regel gelten, dass das Bundesverfassungsgericht diese bei offensichtlicher Unbegründetheit nicht mehr zur Entscheidung annehmen muss. Dies würde neben § 45 BVerfGG eine weitere mögliche Verkürzung des Verfahrens bedeuten und so die Parteien vor missbräuchlichen Anträgen schützen. Eine derartige Novellierung des § 43 BVerfGG hätte den Effekt, dass verfassungswidrige Parteien sich durch die größere Wahrscheinlichkeit eines Antrags einer höheren Verbotschance gegenübersähen, während alle offensichtlich verfassungsmäßigen Parteien in den Genuss einer geringeren Chance bezüglich eines langwierigen und aufwändigen Verfahrens vor dem Verfassungsgericht kämen. Dies wäre im Sinne der Verfassung.

Diese Änderungen würden nicht die juristischen Hürden zum Parteienverbot absenken. Die Entscheidung darüber obliegt weiterhin dem Bundesverfassungsgericht. Sie würden es aber erlauben, das juristische Verfahren einzuleiten, ohne von den Parteien abhängig zu sein. Das stärkt nicht nur die antifaschistische Zivilgesellschaft, sondern ermöglicht auch Parteiverbotsverfahren gegen Regierungsparteien, die im aktuellen System quasi undenkbar sind.

Die Linke fordert:

1. Das BVerfGG soll dahingehend geändert werden, dass Anträge an das Bundesverfassungsgericht auf Entscheidung, ob eine Partei verfassungswidrig (Artikel 21 Abs. 2 GG) oder von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen ist (Artikel 21 Abs. 3 GG), auch durch ein Volksbegehren mit einer Menge an Unterschriften von mindestens 5 % aller Wahlberechtigten gestellt werden können.
2. Bundesregierung, Bundesrat oder Bundestag müssen zeitnah einen Antrag zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD an das Bundesverfassungsgericht stellen.

Begründung

Warum braucht es jetzt eine neue Forderung?

Jeden Monat demonstrieren tausende Menschen bundesweit für ein AfD-Verbot. Trotzdem liegt das Thema politisch aktuell relativ still, insbesondere weil SPD und Union sich einem Parteiverbotsverfahren ebenso versperren wie einer antifaschistischen Sozial-, Wirtschafts- und Kulturpolitik.

Um die Debatte wiederzubeleben und endlich ein Verbotsverfahren zu erreichen, können wir durch die im Antrag beschriebene Forderung einen neuen Impuls setzen und das Thema wieder auf die

Agenda bringen. Dieser Impuls würde die Rechte der Bürger*innen stärken und die parteitaktische Blockade angehen. Allein für die neue mediale Debatte ist die Forderung richtig.

Darüber hinaus wäre es tatsächlich denkbar, dass die Regierungsparteien sich eher bereiterklären würden, die Entscheidung der Beantragung einer Prüfung vor dem Verfassungsgericht mit einer Änderung des BVerfGG zu delegieren, als sie selbst zu treffen. Denn die parteitaktische und moralische Hürde liegt dafür niedriger als für einen eigenen Antrag vor dem Bundesverfassungsgericht.

Ob eine solche Gesetzesänderung mit aktuellen Mehrheiten eine Umsetzungsperspektive hat, ist für uns in der Entscheidungsfindung nachrangig, da wir uns in unserer Positionsfindung grundsätzlich nicht von den Mehrheiten im Bundestag beeinflussen lassen sollten. Durch die Annahme des Antrags würde die Forderung zur Änderung des BVerfGG Teil unserer Programmatik werden. In dieser ist bereits die Einführung einer Volksgesetzgebung auf Bundesebene, also der Ermöglichung von Volksbegehren und sogar Volksentscheiden, verankert. Ein Parteiverbotsverfahren durch ein Volksbegehren schließt daran an.

Der Zweck dieses Antrags ist es, eine völlig neue Forderung in unser Programm aufzunehmen. Wir wollen ein Bundesgesetz ändern, damit Parteiverbotsverfahren vor dem Verfassungsgericht durch ein Volksbegehren angestoßen werden können. Die Verfahren wären dadurch unabhängig von Parteien und Regierungen, auf die es aktuell ankommt!

Warum ist es eine sinnvolle Forderung, Parteiverbotsverfahren per Volksbegehren zu ermöglichen?

Aktuell sind es Parteien, die Verbotsverfahren anstoßen müssen. Das ist ein großes Problem, da eine gerichtliche Prüfung politisch blockiert werden kann. Wir sehen, dass auf SPD und Union im Kampf gegen den Faschismus kein Verlass ist. Die wahre Brandmauer sind engagierte Menschen, die sich auflehnen und aktiv werden. Sie würden durch die Gesetzesänderung ermächtigt werden.

Das ist auch ein Schritt hin zu mehr direkter Mitbestimmung der Bevölkerung. Zudem erhöht ein weiterer (vierter) Weg für ein Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht grundsätzlich die Wahrscheinlichkeit, dass ein Antrag gestellt wird und verfassungswidrige Parteien geprüft werden.

Zudem wäre ein Verfahren, das durch ein Volksbegehren angestoßen wird, zumindest theoretisch auch noch möglich, wenn eine verfassungsfeindliche Partei Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung blockiert.

Wäre ein Parteiverbotsverfahren per Volksbegehren umsetzbar?

Da dieser Ansatz völlig neu ist, gibt es einige technische Fragen zu klären, die nach unserer Auffassung aber alle lösbar sind.

Zunächst wäre es notwendig, eine gesetzliche Regelung für die Durchführung von Volksbegehren auf Bundesebene zu schaffen. Darin müsste etwa geregelt sein, wie und in welcher Form Unterschriften gesammelt werden. Dafür gibt es in den verschiedenen Bundesländern verschiedene funktionierende und erprobte Verfahren, die auf die Bundesebene übertragbar wären.

Die größere Frage wäre es, wer das Verfahren bei Zustandekommen vor dem Bundesverfassungsgericht führt. Denkbar wäre eine Benennung von Vertrauensleuten. Sinnvoller wäre es aber wohl, dass das zuständige Bundesministerium durch das Bundesverfassungsgericht verpflichtet wird, das Verfahren zu führen. Dadurch ließen sich auch die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes für das Verfahren nutzen.

Denkbar wäre auch, dass die Vertrauenspersonen des Volksbegehrens statt des Bundesinnenministeriums ein Landesinnenministerium benennen können, welches das Verfahren

führen soll, wenn die Gefahr besteht, dass das Bundesministerium einen Prozess sabotieren könnte.

Wäre diese Änderung verfassungskonform?

Im Grundgesetz ist aktuell nur geregelt, dass Parteien, die sich gegen die grundgesetzliche Ordnung richten, verboten sind. Das Verfahren dazu regelt ein Bundesgesetz, nämlich das BVerfGG, das mit einfacher Mehrheit geändert werden kann.

Darüber hinaus ergibt unsere ausführliche Prüfung der bisherigen Urteile des Verfassungsgerichts, dass die Forderung vermutlich verfassungskonform ist.

Für ein neues einfaches Gesetz, dass so dicht an der Verfassung arbeitet, besteht im Zweifel immer erst Rechtssicherheit, wenn es durch das Verfassungsgericht geprüft wurde.

Würden die Rechten nicht auch ein Verbotsverfahren gegen uns anstreben?

Sicher würde auch Die Linke Ziel eines solchen Volksbegehrens werden. Da Die Linke nicht verfassungsfeindlich ist, hat sie aber kein Verbot zu befürchten.

Darüber hinaus sind wir der Auffassung, dass sogar ein jahrelanges Verfahren, dass Die Linke belasten würde, es wert wäre, wenn im Gegenzug ein AfD-Verbotsverfahren gelingen würde. Wir gehen mit Sicherheit davon aus, dass Die Linke eine verfassungsmäßige Partei ist. In vielen Bereichen sind wir die einzige im Bundestag vertretene Partei, die verfassungstreue Politik betreiben will. Sobald beispielsweise das durch die Ewigkeitsklausel geschützte Sozialstaatsprinzip betroffen ist, wird von den anderen Parteien konsequent wieder und wieder verfassungswidrige Politik umgesetzt. Deshalb sind wir weiter der Meinung: Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, welche Der Linken bescheinigt, verfassungsgemäß zu sein, wäre ein Faustpfand gegen all jene, die uns als Feinde der Verfassung und einer freien Gesellschaft denunzieren.

Wie viele Unterschriften werden gebraucht?

Bei der Bundestagswahl 2025 waren 60,49 Mio. Menschen wahlberechtigt. Bei einem Quorum von 5 % der Wahlberechtigten wären derzeit 3,02 Mio. Unterschriften für ein erfolgreiches Volksbegehren notwendig.

Dieses Quorum orientiert sich an der 5 % Hürde für den Bundestag, sowie an Regelungen zu Volksbegehren auf Landesebene, z.B. in Hamburg.

Das Quorum ist dabei so hoch, dass es zwar erreichbar ist, aber nur mit breiter Unterstützung. Für die Erreichbarkeit ist zudem die Ausgestaltung der Unterschriftensammlung relevant. Ist das Sammeln etwa nicht digital oder nur in Ämtern (wie bei Volksbegehren z.B. in Brandenburg) möglich, sollte ein niedrigeres Quorum in Betracht gezogen werden.

Was bliebe unverändert?

Wie bisher könnten auch Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung das Bundesverfassungsgericht mit einer Prüfung beauftragen. Es käme lediglich ein Weg dafür dazu.

Zentral ist, dass die Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit und damit das Verbot einer Partei weiterhin allein beim Bundesverfassungsgericht liegen.

Ist ein Verbotsverfahren das richtige Mittel gegen den Faschismus?

Ein Verbotsverfahren darf nicht das einzige Mittel sein und wird auch nicht alle Probleme lösen. Wir müssen offensiv für unsere Ziele streiten, um das Versprechen der Verfassung einer wahrhaft demokratischen Gesellschaft einzulösen.

Gleichzeitig dürfen es wir jedoch nicht vernachlässigen, die freiheitlichen und inhärent antifaschistischen Inhalte unserer Verfassung, welche unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Terrorherrschaft zustande gekommen sind, zu verteidigen.

Einen Beitrag zu dieser Verteidigung zu leisten, ist Ziel dieses Antrags: Im Kampf gegen die AfD müssen wir jeden Weg nutzen, den wir haben. Darum setzen wir uns für ein Parteienverbot ein und mit ihm auseinander. Die Unterstützung eines AfD-Verbots ist bereits Beschlusslage des Bundesparteitags.

Antrag G.30: Soziale Netzwerke für alle, sicher und gemeinwohlorientiert!

Antragsteller*in:	BAG Kindheit und Jugend und BAG Netzpolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Soziale Netzwerke für alle, sicher und gemeinwohlorientiert!

Die Linke positioniert sich gegen ein Verbot von Social-Media für Kinder und Jugendliche. Ebenso lehnen wir die damit einhergehenden Alterskontrollen und Ausweispflichten für die Plattformnutzung entschieden ab. Wir setzen uns für eine zeitgemäße, gemeinwohlorientierte Digitalpolitik ein und fordern, die Plattformen in die Verantwortung zu nehmen. Das bedeutet Schutz der Privatsphäre und Schutz vor gesundheitsschädlichen Mechanismen, und zwar für Menschen jedes Alters.

Begründung

Das gesetzliche Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche hat sich zu einem der zentralen netzpolitischen Themen entwickelt, nachdem Australien 2025 als weltweit erster Staat eine strikte Altersgrenze von 16 Jahren festlegte. Nach diesem Impuls wird die Debatte mittlerweile intensiv in vielen europäischen Staaten und auf EU-Ebene diskutiert. Hierzulande zeichnet sich ein parteiübergreifender Konsens ab, da sich neben der CDU und der SPD mittlerweile auch die Grünen für gesetzliche Verbote oder deutlich strengere Altersbeschränkungen im digitalen Raum aussprechen. Die großen Tech-Konzerne leisten gegen diese Pläne keinen Widerstand, schließlich sind ihre Geschäftsmodelle nicht in Gefahr. Wir sprechen uns aus vielen guten Gründen gegen ein solches Verbot aus.

Digitale Rechte sind Kinderrechte.

Kinder und Jugendliche haben laut UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Zugang zu Information, auf Meinungsfreiheit, auf Datenschutz sowie auf Beteiligung und Bildung. Social Media wirkt inklusiv und als zentrales Mittel, um Kontakt zu Gleichaltrigen zu halten und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Dem kommt insbesondere für marginalisierte Gruppen eine große Bedeutung zu. Social Media sind heute die primäre Plattform für politisches Engagement und Aktivismus. Ein Verbot schließt eine ganze Generation von einem gesellschaftlichen Teilbereich aus und greift massiv in die Freiheitsrechte ein. Jedes analoge Kinderschutzkonzept sieht die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Entwicklung des Konzepts vor. Die aktuelle Debatte wird über ihre Köpfe hinweg geführt.

Technische Sperren können umgangen werden

Beispiele dafür sehen wir gerade in Australien. Wenn Kinder jedoch erst mit 16 Jahren ohne vorherige Begleitung mit Phänomenen wie Cybergrooming oder Desinformation konfrontiert werden, fehlt ihnen die notwendige Medienkompetenz. Es braucht keine Verbote, sondern eine Bildungsoffensive. Medienkompetenz muss fester Bestandteil der Ausbildung von Lehr- und Erziehungskräften sein.

Länder und Kommunen müssen mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden. In den Haushaltsplanungen müssen entsprechende Ausgaben für zeitgemäße Medienbildungs-Konzepte berücksichtigt werden

Altersverifizierung bedeutet Ausweispflicht

Eine konsequente Altersverifizierung würde faktisch eine Ausweispflicht für alle Nutzer*innen sozialer Medien bedeuten. Das schafft Barrieren für Menschen, die keine gültigen Ausweisdokumente haben oder aus anderen Gründen die benötigte Ausweis-App nicht nutzen können oder wollen. Zudem besteht die Gefahr einer flächendeckenden Überwachung durch zweifelhafte Verifizierungstools. Verbote lassen sich darüber hinaus jederzeit auf andere Personengruppen erweitern.

Plattformen in die Pflicht nehmen

Anstatt die Freiheit der Nutzer*innen einzuschränken, fordern wir eine strikte Regulierung der Konzerne: Das Problem sind nicht die Jugendlichen auf den Plattformen, sondern die Geschäftsmodelle dahinter. Plattformen, wie Instagram, TikTok oder X müssen dazu verpflichtet werden, ihre schädlichen Algorithmen transparent zu machen, sie zu entschärfen und den Schutz der Privatsphäre standardmäßig zu gewährleisten.

Daraus lassen sich Forderungen für eine zeitgemäße Digitalpolitik ableiten:

Strikte Plattformregulierung: Suchterregende Algorithmen sind gefährlich für alle Menschen in unserer Gesellschaft, das gilt nicht nur für Kinder und Jugendliche. Entsprechend müssen Algorithmen auf das Gemeinwohl statt auf maximale Verweildauer optimiert werden. Außerdem muss eine gute Inhaltemoderation entsprechend der Zielgruppe der jeweiligen Plattform beziehungsweise Instanz sichergestellt sein.

Social Media als öffentlichenRaumbegreifen: Soziale Medien sind als Teil der öffentlichen Infrastruktur zu sehen und sollen dementsprechend Orte des demokratischen Austauschs in der Hand der Nutzer*innen darstellen. Ziel ist nicht die staatliche Kontrolle von Kommunikation. Stattdessen wird der Teilhabe und digitalen Selbstbestimmung am besten durch dezentral organisierte Open-Source-Ökosysteme wie mit dem Fediverse Rechnung getragen.

Stärkung des analogenunddesdigitalenUmfelds: Ausbau niedrigschwelliger Hilfs- und Weiterbildungsangebote für Eltern, Bezugspersonen und pädagogisches Personal. Dafür braucht es dringend eine umfassende Strategie mit den entsprechenden Mitteln für Medienbildung. Insbesondere die digitale Jugendarbeit muss gestärkt werden, um kompetente Ansprechpartner*innen abseits von Lehrkräften und den eigenen Eltern zu haben – dies gilt sowohl für den analogen als auch für den digitalen Raum.

Sichere Standardeinstellungen für alle: Der Schutz der Privatsphäre muss bei den Plattformen standardmäßig aktiviert sein. Darüber hinaus müssen alle Menschen vor den gesundheitsschädlichen Mechanismen geschützt werden.

Befähigung statt Abschottung: Der digitale Raum muss sicher gestaltet werden, damit Jugendliche lernen können, sich darin verantwortungsbewusst zu bewegen.

Eine detailliertere Argumentation unserer Partei wurde auf dem Landesparteitag in Hamburg am 26.04.2026 beschlossen: https://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/lpt/10_01/Beschluesse/Beschluss_A11_Schluss_mit_Symbolpolitik__Plattformen_regulieren_statt_Jugendliche_ausschliessen.pdf

Antrag G.31: Wir fordern eine Rente, die ein Leben in Würde sichert!

Antragsteller*in:	KV Duisburg, Ingrid Jost (seniorenpolitische Sprecherin NRW)

Der Parteitag möge beschließen:

Wir fordern eine Rente, die ein Leben in Würde sichert!

Den Umbau der Rente zu einer Basissicherung lehnen wir ab, ebenso jede Privatisierung der Alterssicherung. Wir fordern die Gesamtpartei dazu auf, das mit allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln zu verhindern, mit Anträgen, finanziellen Mitteln zur Unterstützung von Demonstrationen und einer entsprechenden Kampagne.

Wir fordern:

- Eine Rente, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, **mindestens** aber 1.450 €
- Einen Inflationsausgleich für alle Rentner*innen
- Die sofortige Anhebung des Rentenniveaus auf **mindestens** 55%
- Den **lebenslangen** kostenlosen ÖPNV für alle und nicht nur für diejenigen Rentner*innen, die ihren Führerschein abgeben.
- Eine verbesserte Anrechnung von Kindererziehungszeiten und Pflegeleistungen aus Steuermitteln
- Einen gesetzlichen Mindestlohn in der Höhe, dass er nicht nach einem Arbeitsleben zur Armut im Alter beiträgt.
- Keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, denn die Lebensarbeitszeit ist bereits stärker gestiegen als die Lebenserwartung.

Begründung

Es ist nicht hinnehmbar, dass die in Jahrzehnten gewerkschaftlich erkämpften Rechte der sozialen Sicherungssysteme abgebaut werden. Der Bund muss die Kosten von versicherungsfremden Leistungen für Grundsicherungsbeziehende in Höhe von rund zwölf Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt bestreiten und darf sie nicht auf die gesetzlich Versicherten abwälzen, wie es aktuell noch praktiziert wird.

Eine Umwandlung der Rente in eine Basissicherung zugunsten einer Privatisierung der Rente lehnen wir ebenfalls ab, weil es längst erwiesen ist, dass die Riesterrente nur für ganz wenige Menschen von Vorteil war, allerdings ein gutes Geschäft für Banken und Versicherungen. Die staatliche Förderung der Riesterrente wäre besser zur Stabilisierung der gesetzlichen Rente angelegt worden. Ähnliches gilt für die weitere Privatisierung der Alterssicherung.

Wir wollen, dass jeder Mensch von seiner Arbeit gut leben kann und auch im Alter nicht bittere Not leiden muss, was mit diesem aktuell gültigen gesetzlichen Mindestlohn nicht möglich ist, denn der bedeutet Armut trotz Arbeit und Armut im Alter. Deshalb muss auch der Niedriglohnsektor abgeschafft werden.

Laut Statistischem Bundesamt mussten ca. 764 000 Personen (Ende 2025) mit Grundsicherung im Alter ihr Leben fristen. Mit einem Anstieg um 3,4% ist deren Anteil überproportional gestiegen. Mit dafür verantwortlich sind die Nullrunde bei den gesetzlichen Renten im Jahr 2021 und auch die

Nullrunde bei der Grundsicherung im Alter in den Jahren 2025 und 2026.

Bei der Armut und der Armutsgefährdungsquote sind mehr Frauen als Männer betroffen und das wegen der Lohndiskriminierung von Frauen sowie mehr Teilzeit und Erwerbsunterbrechungen, teilweise bedingt durch Kinderbetreuung und Pflege. Hier wären politische Maßnahmen dringend erforderlich, statt die Armut weiter auszubauen, ein tragfähiges System zu zerstören und mit der Privatisierung von Alterssicherung lediglich die Profite von Banken und Versicherungen zu erhöhen.

Der kostenlose ÖPNV für alle könnte gegenfinanziert werden durch eine engmaschige Verfolgung der Steuerhinterziehungen, die u.a. die ehemalige Cum-Ex Ermittlerin und Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker auf ca. 100 Milliarden schätzt.

Antrag G.32: Forderung eines vollständigen Abzuges aller US-amerikanischen Truppen aus der Bundesrepublik Deutschland

Antragsteller*in:	KV Nürnberg und AG FIP Nürnberg

Der Parteitag möge beschließen:

Forderung eines vollständigen Abzuges aller US-amerikanischen Truppen aus der Bundesrepublik Deutschland

Die Linke fordert die Schließung von allen US-amerikanischen Militärbasen, insbesondere den Luftwaffenstützpunkt in Ramstein, die Truppenübungsplätze in Grafenwöhr und Hohenfels, die US-Heeresgarnison in Ansbach, das Hauptquartier der US Army in Wiesbaden und die US-amerikanischen Kommandozentralen EUCOM und AFRICOM in Stuttgart. Die Kosten für den Rückbau und die Renaturierung werden von der US-amerikanischen Regierung übernommen.

Begründung

Das Führen eines Angriffskrieges ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und gegen Artikel 26 des Deutschen Grundgesetzes. Von den US-Basen in Deutschland wurden in den letzten Jahrzehnten verschiedene völkerrechtswidrige Kriege der USA geführt, wie zum Beispiel in Afghanistan, im Irak und aktuell im Iran. Deutschland wird durch die Duldung und Unterstützung dieser Basen zum direkten Mittäter an diesen Kriegen.

Die deutsche Bevölkerung ist durch die Präsenz des US-Militärs gefährdet, da diese Stützpunkte im Falle eines Krieges zu Angriffszielen werden und dabei die Zivilbevölkerung zu Schaden kommen wird. Dies gilt insbesondere für stationierte atomare Waffensysteme, die im Kriegsfall mit gegnerischen Atomwaffen zerstört werden würden.

Die vermeintliche Schutzmacht USA verhindert durch ihr Verhalten als Aggressor, dass in Europa mit diplomatischen Mitteln eine tragbare Friedens- und Sicherheitsordnung geschaffen werden kann. Am Beispiel Grönland zeigt sich, wie die USA sich eine funktionierende Sicherheitspartnerschaft vorstellen.

Entgegen dem aktuellen medialen Narrativ bedeutet die Stationierung von US-amerikanischen Truppen keine Verbesserung der Sicherheitslage, sondern eine dramatische Verschlechterung.

Antrag G.33: Westsahara

Antragsteller*in:	BV Steglitz-Zehlendorf, Concepcion Alvarez (Berlin Reinickendorf), Carla Aßmann (Delegierte) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Westsahara

Die Haltung von der Partei Die Linke zur Westsahara basiert auf den Werten der Solidarität, des Friedens, der Demokratie und der Gerechtigkeit sowie auf der Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, der Menschenrechte und des Völkerrechts und beinhaltet die entschiedene Unterstützung des legitimen Selbstbestimmungsrechts des sahrauischen Volkes.

1. Die Linke bekräftigt ihre tiefe Solidarität mit dem sahrauischen Volk und dessen unveräußerlichem Recht auf Selbstbestimmung und Freiheit sowie ihre Unterstützung für eine gerechte und dauerhafte Lösung des Konflikts, die es dem sahrauischen Volk ermöglicht, sein legitimes Recht auf Selbstbestimmung auszuüben.
2. Die Linke begrüßt den Vorschlag der Frente POLISARIO vom 20. Oktober 2025 für eine für beide Seiten akzeptable politische Lösung, die die Selbstbestimmung des Volkes der Westsahara gewährleistet und den Frieden und die Stabilität in der Region wiederherstellt. Sie lehnt zudem jeden „Plan“ oder jede „Initiative“ ab, die darauf abzielt, die illegale Besetzung und Annexion der Westsahara durch Marokko zu legitimieren.
3. Die Linke fordert die Bundesregierung auf, die Achtung des Selbstbestimmungsrechts des sahrauischen Volkes auf ihre Agenda zu setzen, da es sich hierbei nicht um ein Ermessensrecht oder ein nachrangiges Recht handelt, sondern um ein Grundprinzip des Völkerrechts, das in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist und vom Internationalen Gerichtshof, den UN-Vertragsorganen sowie internationalen Gerichten bestätigt wurde.
4. Die Linke fordert die Bundesregierung nachdrücklich auf, sich mit der Menschenrechtslage in der besetzten Westsahara zu befassen, wo Marokko weiterhin völlig straffrei schwere Menschenrechtsverletzungen begeht, die aufgrund fehlender internationaler Menschenrechtsbeobachtung und der über das Gebiet verhängten Medienblockade der internationalen Kontrolle entzogen sind, sowie die Freilassung der politischen Gefangenen einzufordern.
5. Die Linke fordert die Bundesregierung auf, ihr Engagement für die Sicherstellung der humanitären Versorgung der sahrauischen Flüchtlingslager in Algerien zu verstärken, um die Grundversorgung der Bevölkerung – insbesondere mit Lebensmitteln, Wasser und medizinischer Hilfe – dauerhaft zu gewährleisten.
6. Die Linke fordert, dass alle deutschen Unternehmen und Investmentfonds, die illegal und völkerrechtswidrig in der besetzten Westsahara tätig sind, ihre Aktivitäten unverzüglich einstellen und das Gebiet verlassen. Wirtschaftliche Aktivitäten in diesem Gebiet, die ohne die Zustimmung des sahrauischen Volkes durchgeführt werden, sind illegal und bergen die Gefahr, zur Aufrechterhaltung einer rechtswidrigen Situation beizutragen.

7. Die Linke verpflichtet sich, ihre Beziehungen zur Frente POLISARIO auf der Grundlage der oben genannten gemeinsamen Prinzipien auszubauen, ebenso wie ihre Unterstützung für die Solidaritätsbewegung und die sahrauische Diaspora in Deutschland.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag G.34: Solidarität mit der Westsahara

Antragsteller*in:	Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Solidarität mit der Westsahara

Die fortgesetzte Besatzung durch Marokko ist völkerrechtswidrig. Die Linke steht solidarisch an der Seite der Saharauis und ihres Rechts auf Selbstbestimmung.

Der marokkanische Autonomieplan sieht vor, dass die Westsahara ein autonomes Gebiet unter der Herrschaft Marokkos wird. Unterstützt durch UN-Resolution 2797 im Oktober 2025, stellt diese Ausrichtung einen Paradigmenwechsel dar, der wirkliche Unabhängigkeit für die Westsahara damit mehr und mehr in die Ferne rückt. Auch die Bundesregierung betrachtet inzwischen den Autonomieplan als ernsthafte Grundlage für Verhandlungen.

Die Linke fordert die Bundesregierung auf, das Selbstbestimmungsrecht der Saharauis vollständig anzuerkennen und sich für die Umsetzung eines freien und fairen Referendums einzusetzen. Nur ein Referendum kann, wie völkerrechtlich vereinbart, den Willen der Sahrauis verdeutlichen und eine Entscheidung herbeiführen.

Die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete der Westsahara lehnen wir ab. Deutsche und europäische Unternehmen stützen mit ihren Geschäften die marokkanische Besatzung.

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten dürfen die Unterdrückung des sahrauischen Volks nicht ignorieren, sondern müssen sich auch gegenüber Marokko für Einhaltung des Völkerrechts und eine gerechte und nachhaltige Lösung stark machen. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechten müssen eingehalten und von allen beachtet werden, einschließlich der Urteile, die Handelsabkommen zwischen der EU und Marokko für illegal erklärt haben, die der Ausbeutung der Westsahara dienen.

Antrag G.35: „Nie wieder“ heißt Verantwortung: Für Solidarität mit Jüdinnen und Juden – gegen jeden Antisemitismus

Antragsteller*in:	BAG Shalom, LV Saarland, LV Thüringen und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

„Nie wieder“ heißt Verantwortung: Für Solidarität mit Jüdinnen und Juden – gegen jeden Antisemitismus

42 Prozent der jüdischen Gemeinden in Deutschland waren 2024 von antisemitischen Vorfällen betroffen. 63 Prozent geben an, dass der Krieg in Nahost negative Auswirkungen auf die Gemeinden habe – aufgrund von Angst vor Angriffen und des spürbaren Anstiegs von Antisemitismus. 43 Prozent sagen, dass weniger Mitglieder am Gemeindeleben teilnehmen.

Jüdinnen und Juden erleben weltweit seit dem 07. Oktober 2023 einen massiven Anstieg an Antisemitismus, weil sie unrechtmäßig für das Handeln der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden – völlig egal, wie sie selbst zu dieser stehen. Über die Hälfte der antisemitischen Straftaten des gesamten Jahres 2023 fanden nach dem 7. Oktober statt. Die Beratungsstelle OFEK e.V., verzeichnete zwischen Oktober 2023 und September 2024 1.858 Beratungsfälle – über 600 mehr als in den sechs Jahren zuvor zusammen.

Für viele Jüdinnen und Juden ist Antisemitismus längst Alltag: Sie werden auf der Straße bedroht, in öffentlichen Verkehrsmitteln angefeindet, am Arbeitsplatz oder im Bildungsbereich diskriminiert.

Synagogen und jüdische Einrichtungen werden angegriffen. Wohnhäuser von Jüdinnen:Juden werden mit Davidsternen oder gar Hakenkreuzen markiert. Israelische Restaurants müssen schließen.

Jüdische Studierende trauen sich nicht mehr, zur Uni zu gehen. Öffentliche Auftritte von jüdischen Künstler:innen finden nur unter erhöhten Sicherheitsmaßnahmen statt.

Das Jahr 2025 war das tödlichste Jahr für Jüdinnen und Juden in der Diaspora seit 1994.

20 Jüdinnen:Juden wurden letztes Jahr in der Diaspora ermordet. Weltweit wurden allein seit dem 7. Oktober 2023 über 40 Synagogen angegriffen – teilweise mit Schusswaffen oder Brandsätzen.

Die Konsequenz: Jüdinnen und Juden verstecken ihre Identität – sie sprechen in der Öffentlichkeit kein Hebräisch mehr, legen religiöse Symbole ab oder verschweigen ihre Herkunft. Sie schränken ihre Teilhabe am öffentlichen Leben ein und ziehen sich in ihre Communities zurück. Jüdische Sichtbarkeit nimmt damit in unserer Gesellschaft immer mehr ab.

Das ist nicht nur erschreckend, es ist politisches Versagen. Jüdinnen und Juden müssen überall auf der Welt sicher sein. Sie müssen aktiv vor Antisemitismus, Gewalt und Verfolgung geschützt werden, wenn wir wirklich aus der Geschichte gelernt haben wollen.

„Nie wieder“ darf nicht zu einem ritualisierten Gedenken verkommen. Ein alljährliches „Nie wieder“ am 27. Januar und 9. November ist nichts wert, wenn es nicht bedeutet, sich immer und überall gegen jeden Antisemitismus zu stellen, sich mit ihm auseinanderzusetzen, ihn zu verstehen und überall zu erkennen. Ein alljährliches „Nie wieder“ ist nichts wert, wenn es so leise gesagt wird, dass es nur ein Lippenbekenntnis bleibt, eins das verfliegt, sobald es ausgesprochen ist und nicht umgesetzt wird in Taten. Ein „Nie wieder“ ist nichts wert, wenn es zum „Nie wieder ist jetzt“ gemacht wird, aber keine Jüdinnen und Juden meint, sondern alle anderen – außer Juden. Der millionenfach ermordeten Jüdinnen:Juden zu gedenken, bedeutet, sich

schützend vor die lebenden zu stellen.

Das ist unsere Verantwortung.

Wir verurteilen jeden Angriff auf Jüdinnen und Juden, Synagogen sowie andere jüdische Einrichtungen und Organisationen und nehmen die Ängste und Sorgen von Jüdinnen:Juden um ihre eigene Sicherheit ernst. Die Zusammenarbeit mit Vereinigungen oder Personen, die solche Taten rechtfertigen oder relativieren, ist für uns als Partei ausgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund stellen wir uns auch gegen die aktuelle Kürzungspolitik im Bereich zivilgesellschaftlicher Initiativen, der politischen Bildung und der Gedenkstätten. Diese ist – gerade in Anbetracht der zunehmenden Normalisierung der extremen Rechten – unverantwortlich.

Die Partei Die Linke steht als antifaschistische Partei im Sinne ihres Grundsatzprogramms als Partnerin an der Seite von Jüdinnen und Juden im Kampf gegen jeden Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens.

Der Parteivorstand wird beauftragt,

- den Austausch mit jüdischen Organisationen, Vereinen und Verbänden jüdischer Selbstvertretung, die jüdisches Leben in Deutschland repräsentieren, aufzunehmen und bestehende Austauschformate, welche in einigen Landes-, Kreis- und Stadtverbänden zum Teil bereits gelebte Praxis sind, auszubauen bzw. zu verfestigen
- die Perspektive von Jüdinnen und Juden sowie der größten Organisationen jüdischer Selbstvertretung einzubeziehen, wann immer es um Antisemitismus und/oder jüdisches Leben in Deutschland und außerhalb davon geht
- Bildungsangebote auszubauen, in denen Vertreter:innen der größten Organisationen jüdischer Selbstvertretung mit ihrer Perspektive zu Wort kommen
- verpflichtende Bildungsformate zum Thema Antisemitismus für Vertrauens- und Awarenesspersonen zu erarbeiten, um jüdische Genoss:innen bestmöglich zu unterstützen

Antrag G.36: Für gleiche Rechte in Westasien – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus

Antragsteller*in:	Antikapitalistische Linke, Cuba sí, BAG Frieden und Internationale Politik und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Für gleiche Rechte in Westasien – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus

Der am 28. Februar 2026 begonnene Angriffskrieg Israels und der USA hat bereits Tausende Tote und Verletzte in zahlreichen Ländern gefordert. Die bei Weitem höchsten Opferzahlen stammen aus dem Iran und dem Libanon.

Dieser Krieg bildet die Fortsetzung einer auf Expansion und regionale Hegemonie ausgerichteten Politik der Zerstörung, Kontrolle und Landnahme durch Israel und die

USA, die nach dem 7. Oktober 2023 in Gaza eskalierte.

Das Ziel des Krieges im Iran ist es, durch Flächenbombardements und gezielte Tötungen von Regierungsmitgliedern einen Regimewechsel zu erzwingen und die Machtverhältnisse in der Region grundlegend zu verändern. Die USA und Israel drohen damit, eine ganze Nation zu vernichten, wenn der Iran sich ihnen nicht unterwirft. Die daraus entstandene Eskalation der Gewalt mit Angriffen auf kritische Energieinfrastruktur und Blockaden von Seefahrrouten hält die Weltwirtschaft im Würgegriff und führt laut der Internationalen Energieagentur in die größte globale Energiekrise der Geschichte.

Im Libanon drohen israelische Regierungsmitglieder damit, das Vorgehen aus Gaza zu wiederholen. Das israelische Militär hat bereits 1,2 Millionen Menschen im Libanon durch Evakuierungsaufforderungen und Bombardements vertrieben. Dabei werden in vielen Fällen ganze Wohnhäuser in dicht besiedelten Stadtgebieten zerstört und geflüchtete Menschen attackiert, wobei oft mehrere Mitglieder derselben Familie, darunter Frauen und Kinder, gemeinsam ums Leben kommen. Die zivile Infrastruktur sowie landwirtschaftliche Nutzflächen sind im Südlibanon weitgehend zerstört. Die israelische Regierung strebt offen Pläne für ein Groß-Israel an. Diese aus biblischen Erzählungen inspirierte Vision ist seit jeher auch im politischen Zionismus verankert. Sie umfasst die dauerhafte Annexion und ethnische Säuberung aller besetzten Gebiete in Ostjerusalem, Gaza, der Westbank, den syrischen Golanhöhen sowie des Libanon bis zum Litani-Fluss.

Obwohl am 10. Oktober 2025 ein Waffenstillstand vereinbart wurde, werden in Palästina weiterhin fast täglich Menschen getötet. Seitdem wurde das Gebiet des Gazastreifens durch die sogenannte „Gelbe Linie“ um mehr als 50 Prozent verkleinert. In den ersten zwei Jahren des Genozids wurden über 100.000 Palästinenser:innen getötet. Mehrere zehntausend werden noch immer vermisst. Unter den Todesopfern sind mehr als 22.000 Kinder. Auch im Westjordanland verschärft sich die Lage kontinuierlich. Die eskalierende Gewalt bewaffneter Siedler:innen, militärische Übergriffe der israelischen Armee, großflächige Vertreibung palästinensischer Gemeinden, Masseninhaftierungen und der fortgesetzte Siedlungsbau zerstören die letzten realen Voraussetzungen für einen souveränen, zusammenhängenden palästinensischen Staat.

Bedeutung für unsere Praxis

In Zeiten internationaler Kriege sowie nationaler Aufrüstung und Militarisierung müssen wir als Linke eine starke Stimme für den Frieden sein. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich konsequent für einen sofortigen, tatsächlichen und nachhaltigen Waffenstillstand an allen Fronten einzusetzen. Deutschland ist völkerrechtlich dazu verpflichtet, keine Waffen in Konfliktregionen zu liefern und aktiv zur Beendigung von Besatzung, Krieg und Unterdrückung beizutragen. Dementsprechend fordern wir ein sofortiges und umfassendes Ausfuhrverbot für alle Waffen und Dual-Use-Güter gegenüber Israel, einschließlich laufender vertraglicher Verpflichtungen.

Wir fordern die unverzügliche Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel. Grundlage hierfür sind einerseits die Feststellung der Europäischen Kommission, dass Israel gegen Artikel 2 des Abkommens verstößt, und andererseits Israels Missachtung der verbindlichen Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 24. Mai 2024.

Wir verurteilen die Kriege Israels und der USA, die eine vollständige Neuordnung Westasiens zum Ziel haben und dabei das Völkerrecht und insbesondere die Menschenrechte, missachten. Wir unterstützen die internationale Gerichtsbarkeit und fordern die vollständige Aufklärung und Ahndung aller Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte. Einerseits verteidigen wir die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen und ihrer Organisationen, insbesondere der UNRWA, gegen politischen Druck und Finanzierungsentzug. Andererseits setzen wir uns für umfassende Reformen der Vereinten Nationen ein, um die seit Jahrzehnten kritisierten Demokratiedefizite und Machtungleichgewichte ihrer Organe zu überwinden.

Wir kämpfen dafür, dass eine ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen gewährleistet wird und der Wiederaufbau ziviler Einrichtungen und Infrastruktur, insbesondere von Wohnhäusern, Krankenhäusern, Schulen, Universitäten und religiösen Stätten, vorangetrieben wird. Wir fordern, dass Geflüchtete aus Gaza und dem Westjordanland umgehend in Deutschland den Flüchtlingsstatus erhalten und vor Abschiebung geschützt werden. Zu diesem Zweck muss ein gesondertes Aufnahmeprogramm eingerichtet werden, das den Menschen einen gesicherten Status und eine sichere Zukunft in Deutschland ermöglicht.

Wir lehnen den völkerrechtswidrigen 20-Punkte-Plan der USA für Gaza, die Resolution 2803 des UN - Sicherheitsrats sowie das sogenannte „Board of Peace“ ab. Diese Initiativen zielen nicht auf einen gerechten Frieden ab, sondern auf die Etablierung eines extern verwalteten Kontrollregimes. Unter dem Vorwand des Wiederaufbaus und der Stabilisierung sollen Teile der Bevölkerung in abgeschlossenen, militärisch kontrollierten Zonen konzentriert werden. Über Checkpoints soll der Zugang reguliert und die Bewohner durch biometrische Erfassung und umfassende Überwachung kontrolliert werden. Dabei werden humanitäre Hilfe und Infrastrukturprogramme mit Sicherheitsarchitekturen verschränkt und als Instrumente der Disziplinierung eingesetzt. An die Stelle politischer Rechte treten technokratische Verwaltung und ökonomische Abhängigkeit, während Ansprüche auf Selbstbestimmung, Souveränität und Gleichberechtigung systematisch ausgeblendet werden.

Spätestens seit dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2024 und der darauf aufbauenden Resolution der UN-Generalversammlung vom September 2024 wird auf internationaler Ebene mit großer Klarheit vertreten, dass die israelische Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten völkerrechtswidrig ist und beendet werden muss. Eine rechtmäßige Friedensordnung setzt daher das unverzügliche, bedingungslose und vollständige Ende der Besatzung voraus.

Für gleiche Rechte in Westasien und überall!

Seit Jahrzehnten fordert die palästinensische Bevölkerung das ein, was ihr völkerrechtlich zusteht: gleiche individuelle und kollektive Rechte innerhalb und außerhalb Israels, das Ende der illegalen Besatzung sowie das Recht der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat zurückzukehren. Diese Forderungen sind keine Verhandlungsmasse in einem Friedensprozess, sondern die politische Grundlage für jede ernsthafte Friedenslösung.

Das israelische Nationalstaatsgesetz von 2018 schreibt jedoch fest, dass Israel ein religiös definierter Nationalstaat mit exklusiv-ethnischem Charakter ist. Damit verleiht dieses Gesetz dem im politischen Zionismus und der israelischem Staatspraxis verankertem Verständnis Verfassungsrang. Es stellt insofern keinen Bruch, sondern

eine explizite Festschreibung eines Prinzips dar, das die israelische Politik seit der Staatsgründung geprägt hat: die Priorisierung jüdischer Selbstbestimmung im Rahmen eines religiös-ethnisch definierten Nationalstaats. Die Förderung jüdischer Einwanderung und Besiedlung auf besetztem palästinensischen Land wird in dem Gesetz zum nationalen Wert erhoben, während die kollektiven Rechte der palästinensischen Bevölkerung – insbesondere auf Selbstbestimmung, Gleichheit und politische Souveränität – keine Anerkennung finden.

Die israelische Gesellschaft sowie die Regierungen der letzten drei Jahrzehnte haben sich zudem kontinuierlich nach rechts verschoben.

Fortschreitende Militarisierung, der systematische Abbau rechtsstaatlicher Institutionen und eine wachsende internationale Isolation sind Ausdruck dieser autoritären Entwicklung. Davor dürfen wir als Linke nicht die Augen verschließen. Die Normalisierung von Besatzung und Gewalt innerhalb Israels macht einen Wandel der aktuellen Politik ohne Druck von außen unwahrscheinlich. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und B'Tselem sprechen von einem Apartheidsstaat, der die Rechte und Kultur der palästinensischen Bevölkerung unterdrückt und sie sozialökonomisch diskriminiert – nicht nur in den besetzten Autonomiegebieten, sondern auch auf israelischem Staatsgebiet. In seinem Gutachten aus dem Jahr 2024 stellt der internationale Gerichtshof ebenfalls fest, dass Israel durch die Verletzung von Art. 3 der Rassendiskriminierungsübereinkunft , in der das Apartheidsverbot festgeschrieben ist, gegen das Völkerrecht verstößt . ‚Das in diesem Jahr verabschiedete Gesetz zur Todesstrafe, das in seiner konkreten Anwendung ausschließlich Palästinenser:innen trifft, macht dies besonders deutlich.

Auch die dominierenden palästinensischen Führungen vor Ort –PLO und Hamas - stellen keine politische Alternative dar. Während die PLO bürokratisch und korrupt ist, so ist die Hamas eine rechte fundamentalistische Organisation, die ihre Herrschaft in Gaza mit Gewalt gegen die eigene Bevölkerung aufrecht erhält. Somit ist klar, für eine fortschrittliche sozialistische Perspektive braucht es eine politische Kraft, die für gleiche Rechte für alle kämpft.

Bedeutung für unsere Praxis

Unsere primären politischen Bezugspunkte in Palästina und Israel sind die verbliebenen zivilgesellschaftlichen, linken, feministischen und antikolonialen Kräfte. Sie setzen sich für Gleichberechtigung, ein Ende der Besatzung und eine gemeinsame Zukunft in Freiheit und Sicherheit aller Menschen in der Region ein. Friedlicher Protest, internationale Solidarität sowie Boykottmaßnahmen sind dabei wichtige Mittel politischer Auseinandersetzung.

Als Linke betrachten wir Säkularität und vollständige Gleichberechtigung für alle als notwendige Merkmale eines demokratischen Staates und einer jeden echten Lösung. Aufgrund veränderter historischer Bedingungen, wie der großen Präsenz illegaler jüdischer Siedlungen auf besetztem Gebiet, müssen wir Lösungsansätze aus der Vergangenheit neu überdenken. Die Debatte um gleichberechtigte Selbstbestimmung in Ein- oder Zweistaatenlösungen oder in alternativen Modellen von Staatlichkeit möchten wir in der Partei ergebnisoffen und solidarisch führen.

Als internationalistische, organisierende Klassenpartei orientieren wir unsere Politik nicht an ethnischen oder nationalen Zuschreibungen, sondern an den

materiellen Interessen und Kämpfen der arbeitenden Klassen. Auch im Kontext von Israel und Palästina sehen wir, dass nationale Befreiung ohne soziale Transformation unvollständig bleibt. Denn die Befreiung von Besatzung und Entrechtung ist untrennbar mit dem Kampf gegen Klassenherrschaft, ökonomische Abhängigkeit und kapitalistische Ausbeutung verbunden. Wir stehen daher an der Seite der unterdrückten Arbeiter:innen und stellen uns entschlossen gegen Völkermord und Vertreibung.

Gegen Rassismus und Antisemitismus

Bereits während des britischen Mandats nach dem Ersten Weltkrieg begannen Prozesse der sozialökonomischen und politischen Verdrängung der Palästinenser:innen. Diese kulminierten in der Nakba im Jahr 1948, als der Staat Israel gegründet wurde. Dabei wurden ca. 750.000 Palästinenser:innen vertrieben und etwa 400 Dörfer zerstört und entvölkert.

Im Ergebnis kontrollierte der neu gegründete Staat etwa 78 % des ehemaligen Mandatsgebiet. Gegenwärtig leben Millionen palästinensische Geflüchtete in Flüchtlingslagern und der Diaspora. Die historische Erfahrung wiederholter ethnischer Säuberungen ist von zentraler Bedeutung für das palästinensische Selbstverständnis und darf weder relativiert noch marginalisiert werden.

Gleichzeitig war der politische Zionismus seit dem späten 19. Jahrhundert auch eine Reaktion auf den europäischen Antisemitismus, durch den Jüdinnen und Juden über Jahrhunderte hinweg Opfer von Verfolgung, Unterdrückung und Mord wurden. Ob eine Nationalbewegung, die eine Staatsgründung auf außereuropäischem Boden anstrebte, die richtige Strategie sei, um Sicherheit für Jüdinnen und Juden zu gewährleisten, wurde dabei von Beginn an kontrovers diskutiert. So begriffen Vertreter:innen des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes den europäischen Antisemitismus als Teil kapitalistischer und nationalistischer Herrschaftsverhältnisse, der in den jeweiligen Ländern vor Ort bekämpft werden müsse.

Bedeutung für unsere Praxis

In unserer Partei erkennen wir diese Ambivalenz an. Wir ermutigen zu Diskussionen über den Zionismus als politische Ideologie, über Siedlerkolonialismus, das Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus sowie über Formen des legitimen Widerstands gegen Unterdrückung und Besatzung.

Wir führen strukturierte, transparente und vor Diffamierung geschützte innerparteiliche Debatten zu Palästina und Israel. Politischen Kampagnen gegen Genoss:innen treten wir gemeinsam entgegen. Wir stellen uns Antisemitismus, antimuslimischem und antipalästinensischem Rassismus entschieden entgegen. Gleichzeitig verteidigen wir alle, die sich für die Rechte der Palästinenser:innen und für Frieden in Westasien einsetzen und dabei Repression, Kriminalisierung und Polizeigewalt erfahren. Die Einstufung der „Boycott, Divestment and Sanctions“-Kampagne (BDS) als „gesichert extremistisch“ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz weisen wir zurück. Wir verteidigen die Meinungsfreiheit und lehnen die umfassende Kriminalisierung von Palästinasolidarität in Deutschland ab.

Wir setzen uns für politische und kulturelle Projekte ein, die der palästinensischen Kultur und Geschichte im deutschen öffentlichen Diskurs mehr Sichtbarkeit verschaffen. Damit wollen wir verdeutlichen, dass das palästinensische Leben auch zu Deutschland gehört. Darüber hinaus engagieren wir uns für eine Stärkung der

Beziehungen zu den vielfältigen jüdischen Verbänden und Akteur:innen in Deutschland, um ihre Stimmen im öffentlichen Diskurs und im Alltag zu stärken. Hierzu gehören ausdrücklich auch palästinensische und palästinasolidarische jüdische Gruppierungen.

Antrag G.37: Nein zum Krieg gegen den Iran und den Libanon! Stoppt den US-Imperialismus und den israelischen Kolonialismus!

Antragsteller*in:	BAG Frieden und internationale Politik

Der Parteitag möge beschließen:

Nein zum Krieg gegen den Iran und den Libanon! Stoppt den US-Imperialismus und den israelischen Kolonialismus!

Die Linke verurteilt den völkerrechtswidrigen US-israelischen Krieg gegen den Iran sowie die Bodeninvasion und die Besatzung der israelischen Armee im Libanon. Dadurch wurde ein Flächenbrand ausgelöst, dessen humanitäre und ökologische Auswirkungen immens sind und in ihrer globalen Tragweite noch längst nicht vollständig absehbar.

Die dem Kapitalismus innewohnende Dynamik, ständig immer höhere Profite zu erzielen, führt zu Kriegen und zu immer größerer Ausplünderung des Planeten, zu Kippunkten und vernichtet so Schritt für Schritt die Existenzbedingungen für Mensch und Natur auf der Erde.

Der imperialistische Krieg Israels und der USA dient der Ausweitung des Einflussgebiets der USA und Israels. Es geht weder um Menschenrechte und Demokratie im Iran noch um die Verhinderung einer Atombombe. Die Entführung von Nicolas Maduro und die anschließende zugespitzte Erpressungspolitik gegenüber der Regierung von Venezuela, Trumps Kriegsdrohungen gegen Kuba, Kanada und Grönland, der anhaltende Völkermord an den Palästinenser:innen und nun die Kriege gegen Iran und Libanon sind Teil des verschärften Kampfes der USA um Ressourcen und gegen China im Abwehrkampf gegen ihre schwindende ökonomische und hegemoniale Bedeutung.

Die USA und die anderen westlichen Staaten haben erheblich an ökonomischer Kraft eingebüßt gegenüber dem globalen Süden und insbesondere gegenüber China. Die USA wollen ihre Stellung als einzige Weltmacht unbedingt erhalten. In der im Dezember veröffentlichten nationalen Sicherheitsstrategie heißt es:

"Amerika bleibt, mit seinen gottgegebenen natürlichen Rechten die größte und erfolgreichste Nation der Menschheitsgeschichte. (...) Um unser nationales Interesse zu schützen, wollen wir das mächtigste, tödlichste und technologisch am höchsten entwickelte Militär der Welt. (...) Wir wollen Kriege verhindern oder sie notfalls schnell und endgültig gewinnen, mit möglichst geringen Verlusten für unsere eigenen Kräfte."

Die Stellung als einzige Weltmacht ist im kapitalistischen Konkurrenzkampf sehr profitabel. Politische Dominanz ist im kapitalistischen Wirtschaftssystem eine zentrale Produktivkraft. Sie garantiert zwar keinen direkten Erfolg im Wettbewerb, bestimmt aber dessen Regeln: was erlaubt ist, was nicht und unter welchen

Bedingungen. Wer diese Rahmenbedingungen kontrolliert kann Marktergebnisse zu eigenen Gunsten beeinflussen, Konkurrenten schwächen und so die eigene Macht langfristig sichern.

Iran

Der Iran ist der einzige Staat im Westasien, der sich den imperialen Interessen der USA und Israels entgegenstellt. Deswegen gibt es seit mehr als 30 Jahren US-amerikanische und israelische Pläne für einen Krieg gegen den Iran. Ziel ist nicht nur ein Regime-Change, sondern die Kontrolle über die Ressourcen in der Region. Wir stehen auf der Seite der Opfer des Kriegs – der Arbeiter:innen, Armen, Frauen, Kinder auf allen Seiten der kriegführenden Mächte und auf Seiten der Opfer der Repression der autoritären iranischen Regierung. Unsere Unterstützung gilt nicht den westlichen Bestrebungen, wieder eine Monarchie einzuführen, sondern den Arbeiter:innen-, Frauen- und Jugendbewegungen im Iran, die für Frieden, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie aktiv sind.

Durch US-amerikanische und israelische Bombardements wurden der Obersten Führer Ali Khamenei und Teile der iranischen Militärführung gezielt getötet, außerdem bis zum 2. April mehr als 3.300 Iraner:innen getötet, darunter viele Zivilist:innen. Beim Bombardement einer Schule am ersten Kriegstag starben 156 Menschen darunter 120 Kinder. Breite zivile und wirtschaftliche Infrastruktur, darunter Wohngebäude, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, religiöse Stätten, Flughäfen, Bahnstrecken, Brücken sowie industrielle Anlagen wurden zwischen dem 28. Februar und dem 8. April beschädigt oder zerstört, darunter 113.000 Wohnhäuser und mehr als 23.000 Gewerbeeinheiten, 763 Schulen sowie 316 Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen. In Teheran wurde eine der wichtigsten jüdischen Synagogen komplett zerstört. Die iranische Regierung beziffert den Schaden auf 270 Milliarden US-Dollar. Besonders problematisch ist die Kombination aus Kriegsschäden und bestehenden Wirtschaftssanktionen gegen den Iran. Sollte es hier keine Lockerungen geben, droht eine drastische Verschärfung der Armut.

Auf den Krieg hat der Iran mit Drohnenangriffen gegen Israel und gegen US-Militärbasen in den Golfstaaten reagiert und außerdem die für den Öl- und Gastransport so wichtige Straße von Hormus weitgehend gesperrt. Der Waffenstillstand, der seit dem 9. April in Kraft ist, wird von Israel bezüglich Libanon kaum beachtet. Ansonsten hält er weitgehend. Die Blockade iranischer Häfen durch die USA ist jedoch mit dem Waffenstillstand nicht vereinbar.

Absolut zynisch und absurd ist die Vorstellung, mit dem Krieg gegen den Iran der unterdrückten Bevölkerung dort helfen zu wollen. „Befreit uns bitte nicht!“ schreibt Saman Mahdevar, ein Doktorand aus dem Iran.

„Wer glaubt, mit Bomben von außen die Islamische Republik stürzen zu können, hat weder aus der Geschichte gelernt noch die iranische Gesellschaft verstanden. Denn Freiheit kann immer nur von innen kommen.“

In keinem Staat, der Opfer einer US-Aggression wurde – Afghanistan, Libyen, Irak… , kam es zu einer Verbesserung der Situation für die Bevölkerung. Deswegen sagt die Mehrheit der Iraner:innen: **Nein zum Krieg und nein zu staatlicher Repression im Iran! Denn letztlich laufen beide Formen von Gewalt auf dasselbe hinaus: die Entmündigung der Gesellschaft.**

Trump hat mehrfach weitere massive Kriegsverbrechen angekündigt und gedroht, die Streitkräfte der USA und Israels würden im Iran „eine gesamte Zivilisation“ vernichten. Die Äußerung ist nicht nur im Iran als Vorbereitung auf einen Völkermord verstanden worden. Sie hat weltweit Entsetzen hervorgerufen. Viele Iraner:innen haben große Angst, sind wütend auf Trump – auch viele Gegner:innen der Regierung – und fühlen sich von der Welt im Stich gelassen. Von Friedrich Merz, Johann Wadephul, Ursula von der Leyen und Kaja Kallas sind Einwände gegen die Trumpschen Vernichtungsdrohungen jedoch nicht bekannt.

Libanon

Israel ist seit Jahrzehnten immer wieder in den Libanon einmarschiert und hat Teile des Libanon lange Zeit illegal bombardiert und besetzt. Weil die libanesische Armee schon früher zu schwach war, um Widerstand zu leisten, entstand in den 80er Jahren die Hisbollah, eine Miliz, die vom Iran unterstützt wird. Ihr gelang es mehrfach, die israelische Armee weitgehend aus dem Libanon zu vertreiben. Die Hisbollah ist in der Gesellschaft verwurzelt. Ihr ziviler Zweig besteht aus einem sozialen Versorgungssystem und einer wichtigen politischen Partei. Militärischer Widerstand gegen völkerrechtswidrige Besatzung ist legitim, wie die UN-Generalversammlung mehrfach festgestellt hat – z. B. in ihrer Definition von Aggression (A/Res/3314 (XXIX) vom 14.12.1974). Wie allgemein gilt auch hier das Verbot von Gewalt gegen Zivilist:innen und zivile Infrastruktur. Somit sind Angriffe auf Zivilisten in Israel völkerrechtswidrig, der Kampf gegen die israelische Armee jedoch nicht.

Am 24.11.2024 wurde eine Waffenruhe vereinbart, die Israel jedoch nicht einhielt. Bis zum 1. März kam es zu mindestens 10.000 Verstößen. Hunderte Menschen wurden getötet, Tausende verletzt, viele vertrieben und ganze Dörfer sowie Stadtviertel zerstört. Auch landwirtschaftliche Flächen wurden durch den Einsatz von weißem Phosphor und Herbiziden schwer geschädigt. Etwa die Hälfte der Bevölkerung lebt an oder unter der Armutsgrenze und durch den erneuten Krieg sowie die Zerstörung der Landwirtschaft verschärft sich die Armut weiter.

Mit dem Angriffskrieg gegen den Iran begann auch die Hisbollah wieder, Israel anzugreifen. Israel nahm das als Vorwand, um den Krieg gegen den Libanon zu intensivieren, Beirut und Hunderte anderer Orte zu bombardieren sowie die Bevölkerung südlich und östlich des Litaniflusses weitgehend zu vertreiben. Israels Verteidigungsminister Israel Katz will Dörfer nahe der Grenze zu Israel "nach dem Vorbild des Gazastreifens" zerstören. Wie im Gazastreifen entsteht eine sogenannte Pufferzone und Israel droht damit, jeden zu erschießen oder zu deportieren, der sich dort aufhält.

Die täglichen israelischen Kriegsverbrechen haben auch seit dem 9. April, dem Beginn der vereinbarten Waffenruhe, nicht aufgehört. Über 1,2 Millionen Menschen sind auf der Flucht – rund 20 % der Bevölkerung im Libanon. Seit dem 1. März wurden mehr als 2.659 Menschen getötet und 8.183 verletzt. Getötet wurden mehr als 100 medizinische Fachkräfte und sieben Journalist:innen. Zerstört wird außerdem lebenswichtige Infrastruktur, darunter 120 Ambulanzen und Krankenstationen. Berichtet wird zudem über sogenannte „Double-Tap“-Angriffe: Ziele werden kurz hintereinander zweimal getroffen, um auch diejenigen zu töten, die den Opfern zu Hilfe eilen. Von der Hisbollah wurden zwei Zivilisten in Israel getötet.

Die deutsche Bundesregierung hat den israelischen Krieg gegen den Libanon nicht

verurteilt. Friedrich Merz sieht darin nur einen Fehler und hatte Israel von der Invasion abgeraten.

Die libanesische Regierung unter Premier Nawaf Salam, die unter erheblichem Druck aus den USA steht, da das Land völlig überschuldet ist und dingend auf Kredite des Internationalen Währungsfonds angewiesen ist, hat im vergangenen Sommer einem US-Plan zur Entwaffnung der Hisbollah durch die libanesische Armee zugestimmt. Viele Fachleute halten die Umsetzung jedoch für unrealistisch, da die libanesische Armee viel zu schwach ist. Zudem lehnt die Mehrheit der Bevölkerung diesen Schritt ab, solange es keine tragfähige Verteidigungsstrategie gegenüber Israel gibt. Die Gefahr eines Bürgerkriegs wäre deswegen sehr groß.

Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit einer zunehmend radikalisierten politischen Ausrichtung innerhalb der israelischen Regierung, die auf militärische Dominanz, territoriale Expansion und die gewaltsame Durchsetzung politischer Interessen setzt. Ziel ist die Realisierung eines Groß-Israel, das Palästina, Teile Syriens, des Libanon, Jordaniens, Ägyptens, des Irak und Saudi-Arabiens umfasst.

Weltweite Auswirkungen

Die Öl- und Gaskrise, die durch den Krieg gegen den Iran ausgelöst wurde, ist dem Leiter der Internationalen Energieagentur (IEA) zufolge schwerwiegender als die Krisen von 1973, 1979 und 2002 zusammen. "Die Welt hat noch nie eine Unterbrechung der Energieversorgung dieses Ausmaßes erlebt". Am stärksten betroffene Länder seien die sogenannten Entwicklungsländer. Was als **Energie- und Düngemittelschock** begann, wird bald in **Lebensmittelinflation** umschlagen. Die Zahl der von Hunger betroffenen Menschen könnte dadurch um weitere 45 Millionen steigen. Der Iran-Krieg zeigt zudem die Gefährlichkeit eines auf fossilen Energien gestützten Wirtschaftsmodells.

Völkerrecht

Die Angriffe der USA und Israels gegen den Iran stellen einen Verstoß gegen das in der UN-Charta niedergelegte Verbot eines Angriffskriegs dar. Dennoch leistet Deutschland nach wie vor Unterstützung für die Aggressoren. So finden Waffenlieferungen an Israel weiterhin statt und Deutschland kooperiert militärisch sowohl mit Israel wie mit den USA z. B. mit der Airbase Ramstein. Ohne Ramstein könnten die USA den Krieg nicht in dieser Form führen.

Auch verbal wird der Krieg weder von der deutschen Regierung noch von der EU grundsätzlich kritisiert. Merz begrüßt den Angriffskrieg sogar explizit und gibt dem Iran die alleinige Schuld daran, womit er sich vom Völkerrecht verabschiedet. Er kritisiert den Krieg nur in strategischer Hinsicht. 71 % der Deutschen lehnen den militärischen Angriff auf den Iran als ungerechtfertigt und völkerrechtswidrig ab. Frank-Walter Steinmeier hat den Krieg mittlerweile als völkerrechtswidrig benannt – wahrscheinlich auf Grund öffentlichen Drucks. Dies wollen wir ausbauen und u.a. erreichen, was der spanischen Bevölkerung bereits gelungen ist: Die spanische Regierung verbietet dem US-Militär die Nutzung der US-Militärbasen und verweigert die Überflugrechte.

Die Partei Die Linke versteht sich seit jeher als Partei des Völkerrechts. Das heutige Völkerrecht entstand maßgeblich nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg als Recht zwischen Staaten und wird oft als Lehre aus diesen Katastrophen verstanden. Angesichts massiver Völkerrechtsbrüche der letzten Jahre – insbesondere in den

Kriegen gegen Afghanistan, den Irak, Libyen und aktuell besonders die Kriege in Gaza, Iran, Libanon, Ukraine, Sudan, DR Kongo, Somalia und Venezuela – müssen wir noch intensiver für die Verwirklichung der Menschenrechte und des Völkerrechts kämpfen. Das Völkerrecht gilt laut Grundgesetz unmittelbar für die deutsche Bundesregierung wie auch für alle Einwohner:innen Deutschlands. Als Linke beteiligen wir uns am Aufbau einer breiten Antikriegsbewegung und beteiligen uns an Streiks und Demonstrationen gegen völkerrechtswidrige Kriege. Denn wir wissen Frieden entsteht nicht durch Appelle an dieselben Regierungen, die Kriege vorbereiten, finanzieren und führen.

Wir fordern:

- Stoppt den Krieg! Sofortige Einstellung aller Kriegshandlungen! Dazu gehören auch die Besetzung von Teilen des Libanon und die Seeblockade der USA.
- Reparationszahlungen der USA und Israel für die Kriegsschäden! Rückgabe des von den USA gestohlenen iranischen Vermögens!
- Solidarität mit Protesten und Streiks weltweit gegen den Krieg der USA und Israels, gegen Krieg und Vertreibungen im Libanon und zur Unterstützung der Massenbewegung im Iran für Freiheit und Menschenrechte!
- Schluss mit Waffenlieferungen und politischer Unterstützung für die imperialistische Politik der USA und Israels durch die Bundesregierung! Keine Militärkooperation mit Israel und den USA!
- Schluss mit Wirtschaftssanktionen gegen den Iran und andere Länder!
- Nein zu jeglicher Beteiligung Deutschlands an einem möglichen Marine-Einsatz an der Straße von Hormus!
- Schluss mit der Unterstützung des Krieges gegen den Iran durch die Bundesregierung u.a. durch Sperren der US-Militärbasen, wie es Spanien vormacht!
- Solidarität mit der iranischen und libanesischen Bevölkerung!
- Sofortige umfangreiche Nothilfe für den Libanon! Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR warnt vor einer drohenden humanitären Katastrophe. Schnelle Hilfe sowie Deeskalation seien dringend erforderlich. Besonders Deutschland sollte angesichts seiner Mitverantwortung durch Waffenlieferungen an Israel Nothilfe leisten.
- Abrüstung aller Atomwaffen wie es auch im Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen festgelegt ist!
- Weg von den fossilen Energien und Kernenergie! Ja zum entschiedenen Klimaschutz und ja zur Energiewende!
- Nein zu Tankrabatten! Statt dessen Deutschlandticket für 9 € sowie Entlastung der gesamten Bevölkerung!

Antrag G.38: Völkerrechtsbruch stoppen – zivile Konversion starten! Ramstein und alle US-Stützpunkte in Deutschland schließen

Antragsteller*in:	BAG Frieden und Internationale Politik

Der Parteitag möge beschließen:

Völkerrechtsbruch stoppen – zivile Konversion starten! Ramstein und alle US-Stützpunkte in Deutschland schließen

Der von Präsident Trump angekündigte Abzug eines Teils der US-Truppen aus Deutschland ändert nichts daran: Die Militärstützpunkte der USA in Deutschland waren und sind nicht nur in zahlreiche Völkerrechtsbrüche involviert, sie sind auch eine notwendige Voraussetzung dafür, dass diese überhaupt durchgeführt werden können. Die Bundesrepublik leistet damit Beihilfe zu Völkerrechtsbrüchen.

Die US-Militärmaschinerie ist für globale Angriffskriege, besonders fürs die in Westasien auf die in Deutschland vorhandene umfangreiche Infrastruktur angewiesen.

Ohne die Airbase Ramstein (der größte US-Militärstützpunkt außerhalb der USA) als logistisches Drehkreuz wäre der Transport von Truppen und Rüstungsgütern nach Westasien, nach Osteuropa und nach Afrika empfindlich eingeschränkt und die Steuerung der US-Kampfdrohnen in Westasien ist abhängig von der Relaisstation in Ramstein.

Deutschland beherbergt zahlreiche Kommandostrukturen des US-Militärs. Neben dem Hauptquartier der US-Luftwaffe in Ramstein, existieren in Stuttgart die zwei Hauptquartiere des U.S. European Command (EUCOM) als auch des U.S. Africa Command (AFRICOM). Das Hauptquartier für alle US-Landstreitkräfte in Europa und Afrika sitzt in Wiesbaden. In diesen Kommandozentralen werden unter anderem militärische Strategien gesteuert, Geheimdiensterkenntnis verarbeitet und Waffenlieferungen für die ukrainische Armee koordiniert.

In Grafenwöhr und Hohenfels befindet sich einer der größten Truppenübungsplätze der Welt auf dem Kriegseinsätze geübt werden – auch mit scharfer Munition. Das Joint Multinational Readiness Center (JMRC) ist dadurch das wichtigste Ausbildungszentrum des US-Militärs in Europa.

Im Fliegerhorst Büchel werden US-amerikanische Atomwaffen gelagert, deren Abwurf im Zuge der nuklearen Teilhabe von der deutschen Luftwaffe geübt wird. Insgesamt sind derzeit zwischen 35.000 und 39.000 US-Soldaten in Deutschland stationiert, zusätzlich etwa 13.000 Mitglieder der US Air Force.

Solange nicht all diese Einrichtungen geschlossen sind, bleiben die Trumpschen Ankündigungen kurzfristige taktische Schachzüge. Dennoch müssen wir den Teilabzug, der zwar aus den falschen Motiven geschah, als Chance betrachtet und nutzen. Wir wenden uns dabei entschieden gegen die öffentliche Darstellung, dass die möglicherweise ausbleibende Stationierung von Mittelstreckenraketen ein Sicherheitsproblem darstellen würde. Das Gegenteil ist der Fall, die Stationierung wäre ein gefährlicher Aufrüstungsschritt, der wiederum die Stationierungsorte zu möglichen Angriffszielen machen würde. Sicherheit schaffen wir nur mit Abrüstung, Entspannungspolitik und Diplomatie. Eine Beendigung der Völkerrechtsbrüche aus der

Bundesrepublik würde sich einreihen in die Bestrebungen u.a. der spanischen Bevölkerung, die militärisch Nutzung ihres Landes durch das US-Militär zu untersagen

Die Fraktion Die Linke im Bundestag hat in ihrem Antrag „Völkerrecht konsequent einhalten – Militärische Infrastruktur auf deutschem Boden nicht für Angriffskriege nutzen“ deutlich formuliert: „Das Völkerrecht setzt nicht nur politische Richtlinien, sondern ist verbindliches Recht. Artikel 25 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bestimmt, dass die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts sind und damit den Gesetzen vorgehen. Artikel 26 des Grundgesetzes verbietet die Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges. Deutsche Staatsorgane sind daher verpflichtet, jede direkte oder indirekte Beteiligung an völkerrechtswidrigen militärischen Operationen zu unterlassen. Dies schließt die Prüfung ein, ob militärische Infrastruktur auf deutschem Boden in rechtswidrige Handlungen eingebunden ist.“

Für diese Überprüfung fehlte bisher regelmäßig sowohl der politische Wille der Bundesregierung als auch die Kooperationsbereitschaft der US-Administration.

Der nun geplante Teilabzug der US-Streitkräfte geht für eine entschiedene Friedenspolitik nicht weit genug. Wir wollen die aktuelle Debatte jedoch nutzen und kämpfen für einen vollständigen Abzug der US-Truppen und einen Abbau ihrer militärischen Infrastruktur, dazu gehört auch ein vollständiger Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel.

Zugleich wenden wir uns gegen aller Versuche das Wegfallen von militärischen Fähigkeiten in Deutschland und anderen EU-Staaten als Begründung für eine weitere Aufrüstung Deutschlands und der EU heranzuziehen. Wir wollen die Situation für einen friedenspolitischen Paradigmenwechsel nutzen. Der Abzug von Truppen und Waffensystemen muss zum Auftakt für globale und umfassende Abrüstungsinitiativen werden. Auf dem Weg der Hochrüstung wird es keine Sicherheit geben.

Wir wirken und demonstrieren gemeinsam mit der Friedensbewegung für die Schließung der US-Militärbasen und die Beendigung der Aufrüstung. Die Bundestagsfraktion forciert dafür weiterhin die Überprüfung und Schließung der US-Militärbasen.

Forderungen

Wir fordern die Bundesregierung auf

...mit sofortiger Wirkung die Nutzung des deutschen Luftraums für militärische Transporte des US-Militärs in Kriegs- und Krisenregionen zu untersagen, gleiches gilt für den Transport auf dem Landweg.

... die rechtlichen Grundlagen (Stationierungsabkommen, Aufenthaltsvertrag etc.) für den Aufenthalt des US-Militärs in Deutschland unverzüglich aufzukündigen um einen vollständigen Abzug des US-Militärs aus Ramstein und allen weiteren Militärbasen innerhalb der nächsten zwei Jahre zu erreichen.

... die freiwerdenden Liegenschaften für zivile, ökologische und soziale Konversionsprojekte zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung richtet Konversionsfonds in ausreichender Höhe ein um den Strukturwandel, in den Regionen aus denen die US-Truppen abziehen werden, ohne soziale Härten durchführen zu können.

Antrag G.39: Gegen staatliche Repressionen und Angriffe auf die Meinungsfreiheit

Antragsteller*in:	BAG Palästinasolidarität, KV Karlsruhe, KV Ortenau und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Gegen staatliche Repressionen und Angriffe auf die Meinungsfreiheit

Die hessische Landesregierung wird am 8. Mai 2026 einen Gesetzesentwurf im Bundesrat vorstellen, der die „Leugnung des Existenzrechts des Staates Israel“ zum Straftatbestand machen soll. Als Linke verurteilen wir Repressionen jeglicher Art, denn sie unterbinden freien wissenschaftlichen und politischen Diskurs. Dabei sollte die Frage nach dem Existenzrecht von Staaten nicht verengt auf Israel bezogen werden. Als sozialistische, antikapitalistische Partei sind wir der Überzeugung, dass nicht kapitalistische Staaten, sondern Völker und Menschen das Recht auf Existenz und Selbstbestimmung haben. Diese Haltung steht auf den Grundsätzen internationalen Rechts.

Während die Debatte um das „Existenzrecht“ von denselben Parteien und rechter Presse unter dem Vorwand des „Kampfes gegen Antisemitismus“ instrumentalisiert wird, dienen solche Gesetze nur als weitere Rechtsgrundlage, Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte abzuschieben, ihnen die Staatsbürgerschaft zu verweigern und sie weiter Polizeigewalt auszusetzen. Zudem können Menschen ihre Verbeamtung und ihren Beruf verlieren und sind enormen staatlichen Repressionen ausgesetzt.

Wir erwarten von allen linken Landesverbänden, insbesondere die an Landesregierungen beteiligt sind, eine klare Ablehnung dieses Gesetzentwurfs und jeglicher weiterer Gesetzesentwürfe, die die Meinungsfreiheit einschränken. Die Argumentationslogik der hessischen Landesregierung, analog zur deutschen Staatsräson, steht beispielhaft für die sich zunehmend beschleunigende Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit seit 2023. Und während diese Repressionen sich zunächst an einer isolierten politischen Frage zeigen, wissen wir aus der Geschichte, dass Repressionen sich erst gegen Linke, danach Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte und nicht zuletzt gegen Arbeiter*innen richten.

Als sozialistische Partei vertreten wir die Auffassung, dass Nationalstaaten, Grenzen und Pässe, sowie Regierungen keinen Schutz oder Sicherheit bieten, sondern lediglich um ihren eigenen Machterhalt kämpfen Die Bundespartei wird diese Position auch sichtbar in die Öffentlichkeit tragen.

Begründung

Der Wunsch nach Frieden, Freiheit, gleichen Rechten und einem Leben in Würde für alle Menschen darf niemals Anlass staatlicher Repression werden. Menschen, die sich gegen Krieg, Vertreibung, Besatzung, Unterdrückung oder Genozide aussprechen, nehmen grundlegende demokratische Rechte wahr. Dazu gehören die Meinungs-, Wissenschafts- und Versammlungsfreiheit ebenso wie das Recht, staatliches Handeln kritisch zu hinterfragen. Gerade eine demokratische Gesellschaft muss es aushalten, dass Regierungen und Staaten scharf kritisiert werden.

Die geplante Kriminalisierung politischer Positionen im Namen der sogenannten „Staatsräson“

verschiebt jedoch die Grenzen demokratischer Debatte immer weiter. Statt konkrete antisemitische Gewalt oder Diskriminierung zu bekämpfen, wird ein politisch aufgeladener Begriff wie das „Existenzrecht eines Staates“ genutzt, um Kritik, Protest und internationale Solidarität unter Generalverdacht zu stellen. Dadurch entsteht ein Klima der Einschüchterung, in dem Menschen befürchten müssen, aufgrund ihrer politischen Haltung kriminalisiert, überwacht oder gesellschaftlich ausgeschlossen zu werden.

Besonders alarmierend ist dabei, dass sich diese Repressionen häufig gegen Menschen richten, die sich für die Rechte der palästinensischen Bevölkerung, für Waffenstillstände, humanitäre Hilfe oder ein Ende militärischer Gewalt einsetzen. Der Einsatz gegen autoritäre Politik, gegen Kriegsverbrechen oder gegen genozidale Gewalt darf nicht als Bedrohung behandelt werden. Wer universelle Menschenrechte verteidigt und das Leid von Zivilist*innen sichtbar macht, handelt nicht demokratiefeindlich, sondern nimmt eine notwendige gesellschaftliche Verantwortung wahr.

Hinzu kommt, dass solche repressiven Maßnahmen nicht alle Menschen gleichermaßen treffen. Besonders betroffen sind Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte, jüdische Antizionist*innen, sowie linke und antikoloniale Initiativen. Sie erleben bereits jetzt Demonstrationsverbote, Polizeigewalt, Kündigungen, verweigerte Räume, Einbürgerungshindernisse oder öffentliche Diffamierung. Ein neuer Straftatbestand würde diese Entwicklung weiter verschärfen und zusätzliche rechtliche Mittel schaffen, um politische Opposition zu disziplinieren.

Geschichtlich zeigt sich immer wieder, dass Einschränkungen demokratischer Rechte selten bei einem einzelnen politischen Thema bleiben. Repressive Gesetze, die zunächst unter dem Vorwand von Sicherheit oder Staatsräson eingeführt werden, werden später häufig gegen soziale Bewegungen, Gewerkschaften, migrantische Communities und linke Opposition insgesamt eingesetzt. Deshalb ist die Verteidigung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit unteilbar. Wer zulässt, dass bestimmte politische Positionen kriminalisiert werden, schafft die Grundlage dafür, weitere Formen des Protests und der Kritik zu unterdrücken.

Als sozialistische und internationalistische Partei stellen wir nicht Staaten und ihre Machtinteressen in den Mittelpunkt, sondern die Rechte und die Selbstbestimmung der Menschen. Frieden entsteht nicht durch Repression, Strafrecht oder die Einschränkung demokratischer Freiheiten, sondern durch Gerechtigkeit, gleiche Rechte und internationale Solidarität. Eine Gesellschaft, in der Menschen Angst haben müssen, wegen ihres Einsatzes gegen Krieg und Unterdrückung kriminalisiert zu werden, entfernt sich von demokratischen Grundprinzipien.

Der Einsatz gegen autoritäre, koloniale und genozidale Gewalt sowie die Forderung nach Freiheit und Sicherheit für alle Menschen dürfen deshalb niemals kriminalisiert werden. Eine linke Politik muss sich konsequent jeder Form staatlicher Repression entgegenstellen und demokratische Rechte verteidigen, gerade dann, wenn sie unter politischem Druck eingeschränkt werden sollen.

Antrag G.40: Stoppt Krieg, Vertreibung und Völkermord in SWANA - Schluss mit Imperialismus , Kapitalismus und theokratischer Diktatur!

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe, KV Ortenau, Katrin Büngener (Deli, KV Aachen) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Stoppt Krieg, Vertreibung und Völkermord in SWANA - Schluss mit Imperialismus , Kapitalismus und theokratischer Diktatur!

Der Bundesparteitag der Partei Die Linke verurteilt die Bombardierung des Iran, den Einmarsch der israelischen Armee im Libanon und die verschärfte Vertreibung der Palästinenser:innen im Westjordanland und die Vertreibung Hunderttausender Menschen im Libanon.

Der imperialistische Angriff Israels und der USA dient dem Ziel der Schaffung eines Großisraels und der Ausweitung des Einflussgebiets der USA. Es geht weder um Menschenrechte und Demokratie im Iran noch um die Verhinderung einer iranischen Atombombe.

Dieser Krieg ist eine Bestätigung des berühmten Satzes des französischen Sozialisten Jean Jaurès: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ Er ist Teil einer dramatischen Zunahme von Kriegen, militärischen Konflikten und Militarisierung als Folge der Krise des kapitalistischen Systems, der zunehmenden Konkurrenz zwischen Konzernen und Staaten und der Neuordnung der globalen Machtverhältnisse zwischen imperialistischen Mächten.

Diese Entwicklung steht auch im Zusammenhang mit einer zunehmend radikalisierten politischen Ausrichtung innerhalb der israelischen Regierung, die auf militärische Dominanz, territoriale Expansion und die gewaltsame Durchsetzung politischer Interessen setzt. In diesem Kontext ist auch von einem sich verschärfenden, expansionistischen Zionismus zu sprechen, der als Rechtfertigung für Besatzung, Vertreibung und militärische Eskalation dient.

Wenn führende Vertreter der israelischen Regierung davon sprechen, den Libanon wie Gaza zu behandeln, ist dies mehr als bloße Rhetorik, es ist die Ankündigung einer weiteren Ausweitung von Genozid und Zerstörung. Eine solche Politik, die auf Abschreckung durch umfassende Gewalt und Zerstörung setzt, droht, sich in der gesamten Region zu verfestigen und weiter auszubreiten.

Es ist kein Zufall, dass die Bundesregierung nicht die Militärschläge von Israel und den USA kritisiert, sondern nur die Gegenschläge des Iran. Während die Bundesregierung betont, keine Kriegspartei zu sein, wird unter den Teppich gekehrt, dass die US-Luftwaffenbasis in Ramstein eine zentrale Rolle bei der Koordination amerikanischer Drohnen- und Raketenangriffe in SWANA spielt. Wenn Merz bedauert hat, dass Deutschland nicht bereit war, seine Interessen mit militärischer Gewalt durchzusetzen, spricht das Bände über die wahren Absichten der Aufrüstung der Bundeswehr, die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Militarisierung der Gesellschaft.

Trotz einer vorläufigen Waffenruhe, kann es jederzeit wieder zu neuen Angriffen kommen. Vernichtungsfantasien gegenüber der iranischen, libanesischen oder palästinensischen Bevölkerung stehen in den USA wie in Israel weiter an der Tagesordnung und könnten jederzeit wieder verstärkter umgesetzt werden. Daher ist eine umfassende Positionierung unserer Partei gegen den Krieg und für das Völkerrecht unabdingbar.

Wir stehen auf der Seite der Opfer des Kriegs – der Arbeiter:innen, Armen, Frauen, Kinder auf allen Seiten der kriegführenden Mächte – und unterstützen weder das Mullah-Regime noch die Machtübernahme eines vom Schah-Sohn Reza Pahlavi geführten amerikanischen Marionetten-Regimes. Unsere Unterstützung gilt den Arbeiter:innen-, Frauen- und Jugendbewegungen im Iran, die das Regime stürzen und eine Gesellschaft in ihrem Interesse aufbauen wollen.

Wir fordern:

- Sofortige Einstellung der Kriegshandlungen gegen den Iran und der deutschen Unterstützung dieser
- Eine klare Unterstützung des Widerstands der Zivilbevölkerung gegen das iranische Regime ohne dabei die Lügen der USA und Israels zu reproduzieren
- Solidarität mit Protesten und Streiks weltweit gegen den Krieg der USA und Israels, gegen den Völkermord an den Palästinenser:innen, der Vertreibungen im Westjordanland und Libanon und zur Unterstützung der Massenbewegung im Iran gegen die Diktatur.
- Schluss mit Waffenlieferungen und politischer Unterstützung für die imperialistische Politik der USA und Israels durch die Bundesregierung
- Schließung aller US-Stützpunkte in Deutschland, insbesondere des Drehkreuzes Ramstein
- Abzug aller Bundeswehrsoldat:innen aus SWANA und allen anderen Auslandseinsätzen

Begründung

Seit Jahrzehnten werden die Menschen im Iran durch eine theokratische Diktatur unterdrückt, unsere Solidarität gilt all jenen, die sich dem in den Wegstellen und für eine Befreiung der Menschen kämpfen. Frauen, queere Menschen, Kurd*innen, Arbeiter*innen uns so viele mehr beweisen ihren Mut und kämpfen trotz aller Repressionen für eine bessere Welt. Es ist unsere Aufgabe sie dabei zu unterstützen. Gleichzeitig müssen wir erkennen wer versucht ihren Kampf für sich zu instrumentalisieren. Die USA und Israel versuchen bereits seit vielen Jahren dem Widerstand gegen das Regime, ein zentrales Gesicht zu geben. Reza Pahlavi, der Sohn des abgesetzten Schahs, wird als einzige Alternative dargestellt und erhält finanzielle, politische wie auch mediale Unterstützung. Sein Ziel und das seiner Unterstützer ist dabei vor allem die Errichtung einer amerikafreundlichen Regierung, die beispielsweise die Verstaatlichung der Ölindustrie rückgängig macht und somit den Markt für amerikanische Investoren öffnet.

Historisch ist das nichts neues, 1953 initiierten die USA und Großbrittannien einen Putsch, der den demokratisch gewählten Premierminister absetzte und die Monarchie wiedereinführte. Hauptsächlich um die von Premierminister Mossadegh Verstaatlichung der Ölindustrie rückgängig zu machen. Die damals entstandene politische Instabilität, legte auch den Grundstein für die spätere islamische Revolution von 1979.

Auch heute stehen im imperialistischen Krieg gegen den Iran die wirtschaftlichen und geopolitischen Gründe im Vordergrund und eben nicht wie oft behauptet die humanitären Gründe.

An diversen Beispielen in der jüngeren Geschichte (z.B. Irak) zeigt sich, dass Bomben weder Demokratie noch Freiheit bringen und eine bereits unterdrückte Bevölkerung noch weiter ins Unglück stürzen. Den amerikanisch/israelischen Angriffen fielen tausende Zivilist*innen zu Opfer, bereits in den ersten Tagen des Krieges wurde eine Mädchenschule bombardiert. Über 160 Kinder starben. Brücken, Wohngebäude, humanitäre Einrichtungen und Energieinfrastruktur wurden massenhaft zerstört. Besonders dramatisch ist dabei die Bombardierung einer Ölanlage in Teheran, durch die über Tage hochgiftige Gase in und um die Hauptstadt verbreitet wurden. Der Wiederaufbau des Landes wird, soweit überhaupt möglich, Jahrzehnte dauern. Trotzdem wird dieser Krieg in Deutschland und leider auch in Teilen unserer Partei verklärt und als mögliche Befreiung der Iraner*innen dargestellt. Diese Darstellung widerspricht nicht nur jeglicher Wissenschaftlicher Logik sondern auch der amerikanischen und israelischen Darstellungen. Donald Trump erklärte z.B. dass man den Iran zurück in die Steinzeit bomben würde *("We're going to bring them back to the stone ages where they belong,")* und sprach davon eine ganze Zivilisation auslöschen zu wollen.

Das selbst diese Androhungen auf wenig und vor allem späte Verurteilung aus der Parteispitze traf, sollte uns zu denken geben. Als Friedenspartei ist es unsere Aufgabe, uns gegen Kriege und Völkermorde zu positionieren und den Widerstand gegen jene zu organisieren. Dieser Antrag soll daher unsere internationalistischen und antimilitaristischen Positionen bestätigen und weiterentwickeln.

Als Sozialist*innen stehen wir immer an der Seite der Unterdrückten egal ob sie unter Bomben oder Diktaturen leiden. Darum lasst uns den Kampf gegen Krieg und Diktatur gemeinsam mit den Menschen führen und uns Imperialismus, Kapitalismus und religiösem Extremismus in den Weg stellen. Als feministische Partei unterstützen wir den Befreiungskampf aller Frauen gegen Krieg, Diktatur und Patriarchat.

Hoch die internationale Solidarität!

Krieg dem Krieg!

Jin, Jian, Azadi!

Antrag G.41: Nicht nur zuschauen, sondern handeln – Mut zur internationalen Solidarität

Antragsteller*in:	BAG Palästinasolidarität, KV Karlsruhe, Rocco Jörger (Delegierter; LaVo BaWü) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Nicht nur zuschauen, sondern handeln – Mut zur internationalen Solidarität

Der Bundesparteitag der Partei Die Linke erklärt die Unterstützung für die nächste Global Sumud Flotilla als Ausdruck internationaler Solidarität, des Engagements für das Völkerrecht und des Einsatzes gegen völkerrechtswidrige Blockaden und humanitäre Krisen. Die Linke bekräftigt ihre Grundhaltung: Recht vor Macht, Diplomatie vor Krieg, Selbstbestimmung vor Unterdrückung. Die Partei stellt sich hierbei an der Seite aller Menschen, die unter Besatzung, Blockaden und imperialer Gewalt leiden, und setzt sich konsequent für Frieden, Gerechtigkeit und internationale Solidarität

ein.

Vor diesem Hintergrund fordert der Bundesparteitag:

1. Die politische und öffentliche Unterstützung der nächsten Global Sumud Flotilla als zivile und gewaltfreie Initiative zur Durchbrechung völkerrechtswidriger Blockaden und zur Versorgung der betroffenen Zivilbevölkerung mit humanitären Gütern.
2. Die aktive Solidarität der Partei Die Linke mit den Organisator*innen und Teilnehmer*innen der Flotilla sowie die Begleitung durch politische Öffentlichkeitsarbeit auf nationaler und internationaler Ebene.
3. Die Unterstützung des Rechts auf humanitäre Hilfe und Bewegungsfreiheit sowie die konsequente Einhaltung des Völkerrechts und der UN-Charta durch alle Staaten.
4. Die Aufforderung an die Mandatsträger*innen der Partei Die Linke auf kommunaler, Landes-, Bundes- und Europaebene, zu prüfen, ob sie die nächste Global Sumud Flotilla durch ihre persönliche Teilnahme begleiten können, um ein starkes Zeichen für Frieden, Menschenrechte und internationale Solidarität zu setzen.
5. Die Einbringung entsprechender Initiativen in den Parlamenten, um die Bundesregierung und die Europäische Union zur Achtung des Völkerrechts, zum Schutz humanitärer Missionen und zur Beendigung völkerrechtswidriger Blockaden aufzufordern.

Begründung

Die internationale Gemeinschaft steht in der Verantwortung, humanitäre Krisen zu lindern und die Einhaltung des Völkerrechts zu gewährleisten. Zivile Initiativen wie die Global Sumud Flotilla leisten einen wichtigen Beitrag, indem sie auf friedliche Weise auf die dramatische Lage betroffener Bevölkerungen aufmerksam machen und konkrete Hilfe leisten. Die Flotilla steht in der Tradition gewaltfreien Widerstands und internationaler Solidarität. Sie verkörpert das Engagement der Zivilgesellschaft für Menschenrechte, Selbstbestimmung und Frieden. Ihre Mission ist humanitär und politisch zugleich: Sie fordert die Einhaltung des Völkerrechts und setzt ein Zeichen gegen Blockaden, Besatzung und kollektive Bestrafung. Für Die Linke ergibt sich daraus eine klare Verantwortung. Als internationalistische und friedenspolitische Partei setzt sie sich für Abrüstung, Diplomatie und globale Gerechtigkeit ein. Die Unterstützung der Global Sumud Flotilla steht im Einklang mit diesen Grundwerten und unterstreicht das Engagement der Partei für eine solidarische und gerechte Weltordnung. Die Teilnahme von Mandatsträger*innen würde die politische Bedeutung der Mission unterstreichen und ein starkes Signal der Solidarität senden. Sie wäre Ausdruck gelebter internationaler Verantwortung und ein sichtbares Zeichen gegen Unrecht und Unterdrückung. Angesichts der anhaltenden humanitären Krisen und der Missachtung des Völkerrechts ist ein klares politisches Signal dringend erforderlich. Daher ist die Unterstützung der nächsten Global Sumud Flotilla ein notwendiger und konsequenter Schritt

Antrag G.42: Bildung & Wissenschaft für Alle statt Kapitalismus & Kriege

Antragsteller*in:	Die Linke.SDS und Linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Bildung & Wissenschaft für Alle statt Kapitalismus & Kriege

„Ich halte dafür, dass das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht, die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern".

-Bertolt Brecht aus: „Leben des Galilei" (1939)

1. Bildung für Alle!

Die Abschaffung der Austeritätslogik in der Bildung ist Konsequenz aus der Geschichte des Faschismus und Voraussetzung der Demokratisierung der Gesellschaft. Es ist Zeit, dass der gesellschaftliche Reichtum denjenigen entrissen wird, die ihn geraubt haben, und denjenigen zugutekommt, die ihn erarbeiten. Sozialökonomisch vernünftig ist eine massive Ausweitung der staatlichen Investitionen in den Ausbau des Öffentlichen: Bildung, Kultur und Sozialem für die Mehrheit der Menschen.

Mehr für die Hochschulen ist also besser für Alle: Durch Forschung legen wir die Ursachen der aktuellen Krise frei und zeigen gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten auf. Durch Bildung tragen wir dazu bei, dass all diejenigen sich als mündige Mitglieder der Gesellschaft weiterentwickeln können, die an deren sozialökologisch nachhaltiger, demokratischer und friedlicher (Um-)Gestaltung mitwirken wollen.

Dabei bilden Studierende das Rückgrat der wissenschaftlichen Produktion. Durch die fortschreitende Verwissenschaftlichung der Produktion und des gesellschaftlichen Reichtums kann die Bildung keine „Zukunftsinvestition" als Karriere-Option unter Marktlogiken sein, sondern muss Voraussetzung für Aufklärung und Ausbildung kritischer, emanzipierter Menschen sein.

Die massiven von oben nach unten weitergereichten Kürzungsvorhaben in Bildung und Wissenschaft und der Versuch ihrer Kriegsertüchtigung sind schleunigst zurückzuweisen. Stattdessen ist das Recht auf Bildung zu verwirklichen durch die Erkämpfung seiner ökonomischen Grundlagen!

Wir streiten:

- Für ein Bafög für Alle - ohne Misstrauenslogik und Leistungsdruck, eltern- und herkunftsunabhängig, bedarfsdeckend, rückzahlungsfrei als Honorar für alle Lernenden in Schule, Ausbildung und Studium.
- Für eine bedarfsgerechte Erhöhung der Investitionen in die Bildung statt Kürzungswahn - in Schulen und Universitäten, in Gewerkschaften und Sozialverbänden, Bewegung und den Parlamenten.

2. Zivilklausel – Friedenswissenschaft als Leitwissenschaft

Jedes Nein zur Wissenschaft im Zeichen des Krieges und der Zerstörung ist ein Ja zur Wissenschaft für ein menschenwürdiges Leben weltweit, wie es in der UN-Charta und den Menschenrechten festgeschrieben ist.

Durch fortschrittliche, zivil orientierte Wissenschaftskooperationen wird nicht nur die Möglichkeit geschaffen, das Wissenschafts- und Technologiemonopol, mit dem aus den erarbeiteten Kenntnissen Profite für (westliche) Konzerne gesichert werden, zu überwinden, sie ermöglichen uns als Klasse, das gemeinsame Interesse der arbeitenden Bevölkerung der Welt zu erkennen.

Und genau deshalb sind die Zivilklauseln den Herrschenden ein riesengroßer Dorn im Auge. Diese sind Ausdruck einer Auseinandersetzung um die Funktion der Wissenschaft: Dienen Wissenschaften dem Allgemeinwohl oder der herrschenden Klasse? Nachhaltige Entwicklung oder Krieg, Völker- oder Faustrecht, sozialer Fortschritt oder Kahlschlag, Kooperation oder Konkurrenz? Entscheidend bei der Kriegsertüchtigung der Herrschenden ist: Man ist auf das Mitmachen der Hochschulangehörigen angewiesen.

Wir kämpfen für:

- Eine Friedenswissenschaft als Leitwissenschaft für jede wissenschaftliche Disziplin: Wissenschaft muss sich an den Lösungen der Menschheitsprobleme, der Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse und der Beseitigung jeglicher struktureller Gewaltverhältnisse orientieren!
- Bundeswehrfreie Schulen, in denen Schüler:innen und Lehrkräfte für Aufklärung über Kriegsursachen wirken und Bildung im Sinne der Sustainable Development Goals (SDG) als Mittel zur Hervorbringung solidarischer und menschenwürdiger Verhältnisse gestalten können. Für Zivilklauseln an Schulen und Berufsschulen.

Kooperation statt Konkurrenz

Unter zunehmender militärischer Aggressivität des Imperialismus und einer Abschottungspolitik in der Wissenschaft werden internationale Wissenschaftskooperationen umso bedeutungsvoller. Grundsätzlich sind Kooperationen, unter friedensorientierten Gesichtspunkten mit allen humanistischen Kräften, die zentrale Entwicklungsperspektive unserer gesamten Hochschulen und Mittel für Völkerverständigung.

Wir streiten:

- Für die Etablierung internationaler Wissenschaftskooperationen über Blockgrenzen hinaus in Zeiten einer multipolaren Weltordnung: darunter mit russischen, chinesischen, palästinensischen und kubanischen Wissenschaftler:innen.
- Für eine aktive Beteiligung am zivilen Wiederaufbau Gazas, ausgehend von den deutschen Hochschulen, die wissenschaftliche Kooperationen mit palästinensischen Hochschulen und deren Angehörigen aufbauen und fördern sollen (Initiative Rebuilding Hope der Universität in Birzeit in der Westbank).
- Für eine konsequente Beendigung von kriegsbefördernden Kooperationen mit israelischen Institutionen, die zur logistischen und moralischen Unterstützung von Krieg und Besatzung beitragen.

Für die allgemeinwohlorientierte Entfaltung kritischer Persönlichkeiten kann nicht genug Geld ausgegeben werden. Bildung und Wissenschaft tragen eine historisch gewachsene Verantwortung zur Humanisierung der Welt. Vor dem Hintergrund der Zeitenwende und aggressiven Kapitalismuskrise hat die Auseinandersetzung um friedensorientierte Bildung und Wissenschaft richtungsweisende Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt. Sozialstaatliche Errungenschaften sind auszuweiten statt abzubauen. Jede:r soll in den Genuss der Früchte des stetig wachsenden, gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums kommen und an der Gestaltung einer zivilen, solidarischen, ökologisch-nachhaltigen und demokratisch-aufgeklärten Entwicklung der Gesellschaft mitwirken können.

Nur so hat die arbeitende Klasse eine realistische Zukunftsperspektive.

Antrag G.43: Schluss mit dem Imperialismus – Völkerrecht und Menschenrechte verwirklichen!

Antragsteller*in:	LAG Frieden und Internationale Politik Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

Schluss mit dem Imperialismus – Völkerrecht und Menschenrechte verwirklichen!

Der brutale völkerrechtswidrige Krieg der USA und Israels gegen den Iran und die Bevölkerungen in Westasien hat einen gefährlichen Flächenbrand ausgelöst. Es geht den Kriegstreibern mitnichten um Freiheit, Demokratie und Wohlergehen, sondern um Öl, geopolitische Interessen und die Machtsicherung ihrer krisenhaften Herrschaft.

Gegen den 1945 mit der UN-Charta errungenen Fortschritt – die Völker der Vereinten Nationen nehmen ihre Geschicke selbst in die Hand für soziale Entwicklung und Frieden – soll das „Recht des Stärkeren“ um jeden Preis durchgesetzt werden.

Wir rufen alle dazu auf, sich zu engagieren: Für einen sofortigen Stopp der Kriege und die Verteidigung und Verwirklichung des Völkerrechts!

Die Hegemonie der imperialistischen Hauptmacht USA schwindet global zusehends. Weltweit nehmen Kämpfe für eine menschenfreundliche Welt, für Frieden, Abrüstung, soziale Gleichheit und Kooperation auf Augenhöhe zu, nicht zuletzt in den Ländern des globalen Südens: Sei es der Ausbau des humanistischen Gesundheits- und Bildungswesens in Kuba, die Schaffung von fünf Millionen Sozialwohnungen in den letzten zwanzig Jahren in Venezuela, die dem Genozid widerstehende Bevölkerung Palästinas, sei es die Verstaatlichung von Bodenschätzen in der Allianz der Sahel-Staaten oder der religionsübergreifende demokratische Konföderalismus in Syrien. Dies sind Beispiele für einen Aufbruch gegen jahrhundertelange koloniale Abhängigkeit einer um Würde und Souveränität ringenden Bevölkerung, die weder ihre Bodenschätze noch ihre geistige und materielle Schaffenskraft länger für die Profite der Konzerne aus dem „Wertewesten“ zur Verfügung stellen will, sondern für das Allgemeinwohl.

Gegen diese Bewegung des Multilateralismus und der Solidarität wendet sich das bis an die Zähne bewaffnete US-Establishment mit einer defensiven Aggressivität. Und weil die Realisierung des Völkerrechts auf der historischen Tagesordnung steht, wird auch hierzulande versucht, es für obsolet zu erklären: Friedrich Merz verkündet, gegen den Iran sei „mit dem Völkerrecht offensichtlich nichts zu bewirken“. Hingegen für völkerrechtswidrige Angriffskriege liefert Deutschland im Namen der Staatsräson die Waffen für Völkermord und Krieg. Ohne diese ideologische und militärische Schützenhilfe, u.a. durch die US-Militärbasis Ramstein, wäre die Kriegführung so nicht möglich.

Die Bombardierung des Iran ist auch ein Angriff auf die dortige emanzipatorische Bewegung, um ein weiteres autoritäres Regime nach Washingtons Willen zu installieren, so wie die USA auch das Apartheid-Regime in Israel ermöglichen, um zu verhindern, dass alle Menschen in der Region friedlich und zum gegenseitigen Nutzen miteinander leben. Das Völkerrecht und die Menschenrechte werden durch emanzipatorische

Bewegungen erkämpft – nicht durch Krieg und ökonomische Strangulierung!

Die aktuellen Beispiele Kuba und Iran belegen: Sanktionen sind das Instrument der Mächtigen.

Die Lüge der humanitären Ausnahmen von Sanktionen (z.B. medizinische Güter) erleichtert höchstens das Gewissen der Sanktionierenden, nicht das Leben der Sanktionierten. Denn die Sanktionspolitik verschärft die weltweite Ungleichheit und führt zu ähnlich viel Leid und Tod wie ein Krieg mit Waffen: immer zu Lasten der Bevölkerung. Weltweit haben die einseitigen Zwangsmaßnahmen in den letzten zehn Jahren zum Tod von 5 Mio. Menschen geführt. Im Iran können heute keine Krebsbehandlungen mit Strahlentherapie durchgeführt werden – weil die Geräte als „dual use" sanktioniert sind.

Zwei Drittel aller Sanktionen sind einseitige US-Sanktionen, dabei werden ein Drittel aller Länder sanktioniert. Sie sind mit dem Völkerrecht unvereinbar, insbesondere dem Sozialpakt der UNO und dem Recht der Bevölkerungen, ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu bestimmen und dafür über ihre natürlichen Reichtümer frei zu verfügen. Sanktionen sind nichts anderes als ein dagegen gerichteter Wirtschaftskrieg. Sie führen nicht zu einer Schwächung des Systems, im Gegenteil erschwert die steigende Not im Land die Opposition. Auch die Revolutionsgarden im Iran wurden nach fast 50 Jahren westlicher Sanktionen eher gestärkt als geschwächt. Auch „gezielte“ Sanktionen, bspw. gegen bestimmte Personen, ändern daran nichts: Die Mächtigen verfügen über die Mittel, sich ihnen zu entziehen, während wie im Fall Irans die Ölwirtschaft – und mit ihr die Lebensgrundlage der Bevölkerung – faktisch mitsanktioniert wird.

Die Sanktionspolitik ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Ohne die Einmischung des Westens mit Sanktionen, Kriegen und Regime-Changes gäbe es die Konflikte in Westasien so nicht. Die Gewalt geht von hier aus und muss hier beendet werden. Frieden gelingt nur durch Diplomatie, Völkerverständigung und internationale Solidarität, nicht durch staatliche Machtpolitik. Bestrafung ist nicht nur in der Schule keine wirksame Pädagogik.

Wir bekräftigen: Die Linke ist und bleibt die Partei des Völkerrechts, wir verteidigen es und setzen uns kompromisslos für seine Verwirklichung ein, auch und gerade in der Bundesrepublik. Die in der UN-Charta gefassten Prinzipien sind Ausdruck des weltumspannenden Kampfes der um Frieden ringenden Bevölkerungen: Selbstbestimmungsrecht der Völker, Friedensgebot, Gewaltverbot, internationale Kooperation zur Realisierung der Menschenrechte überall. Der von allen geschaffene Reichtum ist dafür längst vorhanden! Arbeit und Nahrung, Bildung und Kultur, Wohnen und Gesundheit sind durch öffentliche Daseinsvorsorge und eine Demokratisierung der Wirtschaft der Ausweg aus der globalen Krise des neoliberalen Kapitalismus. Statt den Gürtel enger zu schnallen, streiten wir für den Ausbau des Sozialstaats und die Überwindung der Schuldenfalle so vieler Länder des globalen Südens.

Die dem Kapitalismus innewohnende Konkurrenz und Profitsucht sind die ersten Kriegsursachen, internationale Kooperation und die Freundschaft zwischen den Völkern sind die ersten Friedensursachen. Jeder Abru?stungsschritt ist fu?r den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft zuträglich. Und alle Ressourcen, die in Soziales investiert werden, können nicht fu?r das Militär ausgegeben werden. Alle Gewalt muss u?berwunden werden, weil sie den Menschen deformiert: die materielle Gewalt des

Militärs, die strukturelle Gewalt der sozialen Ungleichheit, die kulturelle Gewalt der kriegshetzerischen Propaganda sowie Zucht und Drill für das Morden durch den Wehrdienst.

In diesem Sinne werden wir weiter an der Stärkung der Friedensbewegung arbeiten und unser friedenspolitisches Wirken zusammen mit Bündnispartner*innen aus Gewerkschaften, Kirchen, zivilgesellschaftlichen Initiativen und antifaschistischen Organisationen intensivieren.

Wir setzen uns ein für:

- die sofortige Beendigung der Kriege und der völkerrechtswidrigen Politik in Solidarität mit der Bevölkerung in Westasien!
- Abrüstung statt Aufrüstung, Umwandlung der freiwerdenden Mittel in soziale Entwicklung
- die sofortige Beendigung der Sanktionen gegen den Iran, Kuba, Venezuela und andere Staaten zugunsten von Diplomatie und egalitären Handelsbeziehungen
- eine Stärkung der UNO u.a. durch mehr Befugnisse für die UN-Vollversammlung
- die Auflösung der NATO und dafür den Austritt der BRD aus der NATO
- ein Ende der Unterstützung des Krieges durch die Bundesregierung u.a. durch Sperren der US-Militärbasen, wie es Spanien vormacht
- ein Ende aller Waffenlieferungen, besonders an Israel und die USA, wie es die Schweiz vormacht
- Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- Zivilisierung statt Militarisierung der Gesellschaft, sei es in Schulen, Universitäten oder im Gesundheitsbereich
- Abschaffung der Wehrpflicht und anderer Zwangsdienste
- volle Wiederherstellung des Asylrechts und sofortiger Stopp aller Abschiebungen
- Intensivierung der internationalistischen Zusammenarbeit in der Europäischen Linken (EL) und weltweit

Wir rufen die Bundestagsfraktion und den Parteivorstand auf, in diesem Sinne aktiv zu werden, die Position der Partei zu vertreten und für das Völkerrecht zu wirken.

Dies umfasst:

- sich energisch für das Ende der Unterstützung der Kriege durch die Bundesregierung einzusetzen
- Zusammenwirken mit der Friedensbewegung, um die US-Militärbasen zu schließen
- das Ende aller Waffenlieferungen an die USA und Israel zu forcieren
- eine Stellungnahme der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages zur Völkerrechtswidrigkeit der Sanktionen gegen den Iran zu erwirken, aufbauend auf die Initiative für eine Feststellung der Völkerrechtswidrigkeit des militärischen Angriffs
- eine Initiative zum Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) zu starten
- die UN-Charta als Ziel und Handlungsmöglichkeit der Bevölkerung verstärkt in die

öffentliche Debatte einzubringen und dazu geeignete Materialien zu erstellen

- Umsetzung der bereits beschlossenen bundesweiten Friedenskonferenz in Zusammenarbeit mit den regionalen Gliederungen und thematisch involvierten bundesweiten Zusammenschlüssen

Antrag G.44: Diese Blockade richtet sich gegen alle – Solidarität mit Kuba!

Antragsteller*in:	BAG Cuba Sí

Der Parteitag möge beschließen:

Diese Blockade richtet sich gegen alle – Solidarität mit Kuba!

„Mit den Armen dieser Erde will ich mein Schicksal verbinden."

— José Martí, Versos Sencillos, 1891

Die gegen Kuba gerichtete Politik der USA zielt darauf ab, die Lebensgrundlagen eines ganzen Volkes zu zerstören, um einen Systemwechsel herbeizuführen. Dieses Ziel hat die US-Regierung bereits kurz nach dem Sieg der kubanischen Revolution formuliert: „Enttäuschung und Entmutigung durch wirtschaftliche Unzufriedenheit und Not zu provozieren (...) das Wirtschaftsleben zu schwächen, indem Kuba Geld und Lieferungen verweigert werden, und somit die Nominal- und Reallöhne zu senken, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung herbeizuführen". (US-Unterstaatssekretär Lester Mallory, 6. April 1960)

Was derzeit geschieht, ist der Versuch, ein Land systematisch wirtschaftlich zu ersticken. Die USA unterbinden gezielt Öl- und Treibstofflieferungen nach Kuba und bedrohen Drittstaaten mit Sanktionen und Strafzöllen, wenn sie Kuba beliefern. Diese Maßnahmen sind Teil einer seit 64 Jahren bestehenden Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die Kuba vom internationalen Zahlungsverkehr ausschließt, Investitionen behindert und den Zugang zu lebenswichtigen Gütern systematisch erschwert.

Die Eskalation durch die Energieblockade nimmt bewusst eine humanitäre Krise in Kauf, die alle Lebensbereiche betrifft: Strom- und Wasserversorgung, Ernährung, Transport, Bildung und Gesundheitswesen. Betriebe, Schulen und Universitäten können nur eingeschränkt arbeiten; in den Krankenhäusern warten Tausende auf notwendige Operationen. Das öffentliche Leben kommt zum Erliegen. Wer ein Land von der Energiezufuhr abschneidet, nimmt bewusst in Kauf, dass Menschen leiden und sterben.

Der de facto Ölboykott wird von einer aggressiven Drohpolitik begleitet. US-Präsident Donald Trump erklärte am 1. Mai erneut, Kuba mit militärischer Gewalt „zu übernehmen". Zugleich forderte er den Rücktritt des Präsidenten Miguel Díaz-Canel und ließ Maßnahmen gegen kubanische Regierungsvertreter prüfen. Diese Schritte sind Teil einer Strategie, die wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, Informationskrieg und militärische Drohungen umfasst. Damit wird die Souveränität Kubas und anderer Staaten systematisch in Frage gestellt. Die Politik der USA ist völkerrechtswidrig, sie ist staatlich organisierter Terrorismus und erfüllt laut der UN-Völkermordkonvention

(1951) die Kriterien eines Genozids.

Dieses Unrecht ist Ausdruck eines imperialistischen US-Systems, das sich das Recht anmaßt, seine Interessen weltweit gegenüber jedem Land durchzusetzen, das sich nicht unterordnet und dabei zunehmend auf Erpressung statt Diplomatie sowie auf militärische Eskalation statt auf die Einhaltung des Völkerrechts setzt. Diese Politik knüpft an eine lange Tradition an, die Lateinamerika seit der sogenannten Monroe-Doktrin als eigene Einflusszone betrachtet und Eingriffe in die Souveränität anderer Staaten legitimiert. Die Strategie der USA umfasst diplomatische Isolation, wirtschaftlichen Druck und politische Destabilisierung bis hin zu militärischen Angriffen und wird weltweit dort eingesetzt, wo Länder sich den Interessen der USA entziehen. Ihr Ziel ist es, eine globale Vorherrschaft aufrechtzuerhalten. Das Signal ist eindeutig: Wer sich nicht unterordnet, soll scheitern. Ein jüngstes Beispiel dafür ist Venezuela. Deshalb betrifft dieser Konflikt nicht nur Kuba, sondern alle, die für die Souveränität der Völker und eine gleichberechtigtere Weltordnung eintreten.

Kuba steht damit auch an vorderster Stelle im Widerstand gegen diese Form internationaler Machtpolitik. Kuba hat sich als ehemalige Kolonie Spaniens und spätere Neokolonie der Vereinigten Staaten in einem langen Kampf seine Souveränität erkämpft. Die kubanische Revolution beendete die über 400 Jahre währende Geschichte von Abhängigkeit und eröffnete einen eigenen Entwicklungsweg. Trotz des anhaltenden Drucks vonseiten der USA hat Kuba bedeutende soziale Errungenschaften erreicht: weitreichende Gleichberechtigung und freien Zugang zu Gesundheit und Bildung. Kuba teilt diese Fortschritte auch international, insbesondere durch Ärzte-Brigaden und Programme zur Bekämpfung des Analphabetismus. Das steht für einen sozialistischen Entwicklungsweg, der den Menschen über den Profit stellt und zeigt, dass Alternativen zum kapitalistischen System möglich sind.

Heute wächst der internationale Widerstand. Länder wie Brasilien, Mexiko und Spanien setzen auf Zusammenarbeit, Diplomatie, Dialog und stellen sich aktiv gegen die Blockade. Während immer mehr Staaten diesen Weg gehen, bleibt die Politik der deutschen Bundesregierung beschämend. Statt sich der völkerrechtswidrigen Sanktionspolitik der USA entgegenzustellen, verharrt die Bundesregierung in Passivität und duldet faktisch das US-Sanktionsregime.

Internationale Solidarität ist deshalb keine moralische Geste, sondern eine politische Notwendigkeit. Sie steht im direkten Gegensatz zu einer Weltordnung, in der sich das Recht des Stärkeren durchsetzt. Die „Zone des Friedens“ Lateinamerikas und der Karibik zeigt, dass internationale Beziehungen auch ohne Zwang und Gewalt möglich sind. Solidarität mit Kuba ist deshalb auch Solidarität mit allen, die für die Souveränität der Völker und für eine gerechtere Weltordnung eintreten.

Unsere entschiedene Antwort: Wir zeigen Haltung und organisieren Solidarität. Wir greifen ein und tragen dazu bei, diese Politik zu überwinden. Die Verteidigung von Würde, Selbstbestimmung und der Möglichkeit des Aufbaus einer gerechten Gesellschaft ist eine Grundfrage unserer Zeit. Deshalb sagen wir klar: Ein Angriff auf Kuba ist ein Angriff auf alle, die sich nicht unterwerfen wollen.

Wir fordern:

1. Die sofortige Beendigung der US-Blockade gegen Kuba, einschließlich der Öl-

Blockade, die Streichung Kubas von der Liste der sogenannten „terrorunterstützenden Staaten“.

2. Die klare Verurteilung der US-Amerikanischen Kuba-Politik als völkerrechtswidrig und den entschiedenen Widerstand der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union gegen die US-Blockade.
3. Die Ablehnung jeder militärischen Drohung gegen Kuba sowie eine aktive Rolle der Bundesrepublik Deutschland für Dialog und eine friedliche Lösung auf Grundlage des Völkerrechts.
4. Die humanitäre und materielle Unterstützung für Kuba, insbesondere in den Bereichen Energieversorgung, Ernährungssouveränität und Gesundheit sowie den Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Zusammenarbeit, in Bereichen wie erneuerbare Energien, Gesundheit und Bildung.
5. Die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für Investitionen deutscher Unternehmen in Kuba. Besondere Bedeutung kommt hierbei den Bundesländern zu, in denen Die Linke in Regierungsverantwortung ist.
6. Die Verstärkung der internationalen Solidaritätsarbeit unserer Partei mit Kuba durch Bildungs- und Austauschprogramme, insbesondere mit politischen Bildungseinrichtungen sowie durch die Entsendung von Brigaden und Delegationen.

In diesem Sinne wirkt Die Linke auf allen Ebenen – von der kommunalen bis zur internationalen – aktiv auf die Beendigung der Blockade hin, organisiert Solidarität und baut den politischen, gesellschaftlichen und internationalen Austausch mit Kuba konsequent aus.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P.01: Stärkung der Beteiligung queerer Menschen in der Partei Die Linke

Antragsteller*in:	Sabine Christian (Sachsen · Nr. 043), Birger Höhn (Landesinklusionsteam die Linke in Sachsen) und Carmen Lopez

Der Parteitag möge beschließen:

Stärkung der Beteiligung queerer Menschen in der Partei Die Linke

Die Partei Die Linke steht für Vielfalt und Inklusion in allen Lebensbereichen.

Das gilt auch für queere Menschen. In den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden ist es bereits gelebte Praxis, das auch queere Menschen nicht nur Parteimitglied sind, sondern auch selbstverständlich in Ämter gewählt werden, beziehungsweise diese auch dann ausüben können, wenn sie ihn ihren Ausweisdokumenten einen anderen Geschlechtseintrag als männlich oder weiblich haben.

Nur auf der Bundesebene ist das noch nicht vollumfänglich möglich.

Deshalb fordere ich, der Bundesparteitag möge folgendes beschließen:

- Ämter, Gremien und Arbeitsgruppen (sofern sie nicht zwingend ein bestimmtes Geschlecht zwingen erfordern) auf Bundesebene werden, ohne jede Einschränkung für queere Menschen zugänglich gemacht.
- Für queere Menschen soll in Gremien der Bundespartei zukünftig dieselbe Quotierung wie für Frauen (Geschlechtsantrag W)
- Für Wahlen auf Bundesebene soll es zukünftig eine Liste zur Sicherung der Mindesquotierung für queere Menschen geben.

Begründung

Es ist an der Zeit, dass die in Landes-, Kreis- und Ortsverbänden längst gelebte Vielfalt auch auf Bundesebene Einzug hält. Eine Partei, die für Vielfalt, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit steht, muss von diesen Werten auf jeder Ebene durchdrungen sein, dass ist nicht nur folgerichtig und konsequent, es stärkt die Sichtbarkeit queerer Menschen und erweitert die Arbeit in Ämter, Gremien und Arbeitsgruppen um eine weitere, wichtige Perspektive.

Antrag P.02: Antrag gegen das Vergessen

Antragsteller*in:	SV Chemnitz , Landesinklusionsteam der Linken in Sachsen und Gruppe Antiableistische Aktion der Partei die Linke in Sachsen und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Antrag gegen das Vergessen

Der Kampf gegen den Faschismus ist der Partei Die Linke ein zentrales Anliegen, welches sie seit Jahrzehnten verfolgt und bereits große Erfolge erzielen konnte. Auch beim Thema Inklusion ist die Partei die Linke seit Jahren Vorreiter.
Leider beobachten Menschen mit Behinderungen eine zunehmende

Behindertenfeindlichkeit, die ihre Wurzeln in der NS Zeit hat. Dies ergibt sich aus der sehr großen Unwissenheit in der Gesellschaft über den Umgang mit Menschen mit Behinderung in der NS-Zeit.

- Die Partei möge ihren bereits begonnen positiven Weg fortsetzen und weiter intensivieren. Dazu beschließen wir folgende Maßnahmen:
- Die Partei die Linke in Sachsen distanziert sich von der im Antrag beschriebenen Sicht auf Menschen mit Behinderungen und den Verbrechen gegen sie.
- Die Inklusion von Menschen mit Behinderung, sowohl in die Gesellschaft, als auch in unserer Partei ist uns ein wichtiges Anliegen und soll weiter vorangetrieben werden.
- Die Linke setzt sich für eine bessere Aufarbeitung und Aufklärung ein.
- Sie unterstützen politisch Maßnahmen, Initiativen und Personen, die sich dafür einsetzten. Sie trägt durch politisches Wirken dazu bei, dass sich die prekäre Situation der Gedenkstätten in Deutschland verbessert.
- Die Leugnung und die Verharmlosung oder Verharmlosung der Aktion T4 soll strafbar werden.

Begründung

Die menschenverachtende Idee, dass Menschen mit Behinderung einen geringen oder gar keinen Wert haben, ist älter als das dritte Reich. Sie Erreichte da aber ihren Höhepunkt:

1933 wurden Menschen mit Behinderungen mit dem Gesetz zur Vermeidung Erbkrankennachwuchses zu Bürgern zweiter Klasse erklärt und entwertet. Daraus folgte: Die systematische Entrechtung und Ausgrenzung und Zwangsmaßnahmen, wie eine nicht freiwillige Sterilisation. Dies setzte sich mit der Verabschiedung der Nürnberger Rassegesetze am 15. September 1935 fort.

Mit Inkrafttreten der Aktion T4 erklärte der NS-Staat Menschen mit Behinderungen schließlich für „lebensunwert“. Drauf hin wurden allein im Zeitraum von 1940 bis 1941 ca. 70.000 Menschen mit Behinderungen in Deutschland, in eigens dafür geschaffenen Tötungsanstalten ermordet. Unterstützt wurde dieses mörderische treiben von Mitarbeitenden im Gesundheitswesen. Diese Menschen führten, die ihnen aufgetragene Aufgabe häufig freiwillig und ohne Zwang aus, in der Annahme ihren zu Betreuenden etwas Gutes zu tun: Gruppenleiter begleiteten, die ihnen anvertrauten Menschen von der Abholung bis zur Gaskammer, um sie zu beruhigen und in falscher Sicherheit zu wiegen. Pflegekräfte halfen den Opfern beim Entkleiden und führten sie in den Tod. Ärzte entschieden mit einem Blick, wer es wert ist zu leben und wer nicht. Der Tod in diesen Einrichtungen war auch nicht, wie in der faschistischen Propaganda behauptet ein schöner, erlösender, gnadenvoller Tod, sondern grausam und qualvoll. Es dauert 20 bis 30 Minuten, bis der Tod durch Ersticken eintritt.

Auch handelt es sich bei den Opfern nicht um 70.000 Sterbewillige, die den Wunsch nach einem assistierten Selbstmord hegten. Sondern, um Menschen in der Blühte ihres Lebens mit Träume, Zielen, einem eigenen Lebensentwurf und Menschen, die sie liebten. Aus diesem Leben wurden sie gewaltsam gerissen, ohne Rücksicht auf ihre Wünsche zu nehmen. Weil man der Existenz dieser Menschen keinerlei Wert bei maß. Man beraubte damit nicht nur Menschen ihrer Zukunft, sondern auch die Gesellschaft der Chance eine solidarische zu sein.
Darüber hinaus gab es grausame, medizinische Versuche, zum Großteil ohne Betäubung, deren Nutzen für die Wissenschaft in Frage gestellt werden muss. Oft dienten diese Versuche lediglich dem

sadistischen Vergnügen des Personals.

Auch nach dem die Aktion T4 auf Druck der deutschen Bischofskonferenz beendet wurde, war das Morden nicht vorbei. Es wurde in den nun errichteten KZs fortgeführt. Oder es geschah in Pflegeeinrichtungen durch Unterlassen oder Medikamentenüberdosis.

Auch nach dem Ende des 2. Weltkrieges wurde die Situation von Menschen mit Behinderungen nicht viel besser.
Der Nürnberger Ärzteprozess brachte kein nennenswertes Ergebnis. Es gab kaum Urteile. Denn medizinisches Personal wurde gebraucht. So verhinderte man nicht nur Gerechtigkeit für die Opfer und eine dringend nötige Aufarbeitung, sondern ließ Täter:innen weiter freie Hand.

So ist es auch kein Wunder, dass in beide Deutschen Staaten, ein Aufschrei der Entrüstung und ein dringend benötigter Wandel in der Sicht auf Menschen mit Behinderungen ausblieb. Stattdessen hielt man viel zu lange an einem menschenverachtenden System in Einrichtungen festhielten.

Am 8. Mai feierten wir die Befreiung vom Nationalsozialismus. Aber für die Menschen mit Behinderungen, die Opfer der menschenverachtenden Ideologie der Nazis wurden, gab es keine Befreiung, keine Aufarbeitung, keine Gerechtigkeit.

Dies alles führt dazu, dass die Verbrechen an Menschen mit Behinderung nicht nur bis heute fast unbekannt sind und zum Teil verharmlost und geleugnet werden, es begünstigt auch Taten, wie die von Potsdam.

Antrag P.03: Alle wollen regieren, wir wollen verändern! Die Linke muss Hoffnung gegen den Sozialabbau und Militarisierung organisieren.

Antragsteller*in:	BAG Palästinasolidarität

Der Parteitag möge beschließen:

Alle wollen regieren, wir wollen verändern! Die Linke muss Hoffnung gegen den Sozialabbau und Militarisierung organisieren.

„Die Vertreter der Arbeiterklasse können, ohne ihre Rolle zu verleugnen, nur in einem Falle in die bürgerliche Regierung treten: um sich ihrer gleichzeitig zu bemächtigen und sie in die Regierung der herrschenden Arbeiterklasse zu verwandeln.“

Rosa Luxemburg, 1899

Angesichts zunehmender Militarisierung, Kriegspropaganda und Aufrüstung, die mit fortschreitendem Sozialabbau einhergehen, braucht es eine starke und konsequente linke Opposition. Als sozialistische Partei ist es unser Anspruch, die Macht der Herrschenden infrage zu stellen und Politik am Aufbau einer gerechten und solidarischen Gesellschaft auszurichten. Dabei orientieren wir uns an den historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und an den konkreten Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung.

Diesem Anspruch folgend nimmt Die Linke keine Konzernspenden an. Viele unserer Abgeordneten haben sich zudem verpflichtet, ihre Diäten zu deckeln. Diese Praxis unterstreicht unseren Anspruch, Politik im Interesse der Mehrheit und nicht im Interesse ökonomischer Eliten zu gestalten.

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass der (bürgerliche) Parlamentarismus über Integrationsmechanismen verfügt, die auch auf uns wirken. Besonders stark entfalten diese ihre Wirkung im Kontext von Regierungsbeteiligungen auf Bundes- und Landesebene. Materielle Zwänge, institutionelle Logiken und politische Anpassungsprozesse führen dazu, dass sozialistische Politik abgeschwächt oder aufgegeben wird. Finanzielle Anreize und politische Versprechungen tragen dazu bei, dass sich Partikularinteressen durchsetzen.

Eben deshalb, weil wir Politik im Interesse der Menschen machen - und nicht für die Interessen Einzelner - dürfen wir von diesen Werten nicht abkommen. Die Linke ist die einzige Partei, die mit Hoffnung und nicht mit Angst und Verzweiflung kämpft. Lassen wir uns aber von Parteien in die Ecke drängen, die lieber den Status Quo erhalten wollen, als ihn zu verändern, gleichen wir uns immer mehr an. Zwingt man uns in die Rolle, die wir selbst kritisieren, verwaschen unsere Grundwerte mit der Zeit immer mehr.

Gleichheit. Gerechtigkeit. Internationale Solidarität. Sozialismus. Eine Partei, die diese Werte, durch eine Regierungsbeteiligung, aus den Augen verliert, kann keine organisierende Klassenpartei sein.

Erste Tendenzen dieses sozialdemokratischen Zerfalls sehen wir unter anderem bei Zustimmungen der Landesregierungen von Bremen und Mecklenburg-Vorpommern zu Kriegskrediten. Auch bisherige Regierungsbeteiligungen, wie zum Beispiel in Thüringen und Berlin, haben immer dazu geführt, dass wir unsere Versprechungen nicht halten konnten. Regieren in einem System, das man ablehnt, heißt immer, mitten in dessen Grenzen nach etwas größerem zu streben. Daran werden wir zerbrechen.

Vor diesem Hintergrund muss die Partei die strategische Frage von Opposition oder Regierungsbeteiligung konsequent im Interesse der arbeitenden Klasse klären. Dazu gehört eine kritische Auswertung bisheriger linker Regierungsbeteiligungen - sowohl ihrer Erfolge als auch ihrer Fehlentwicklungen.

Der Bundesparteitag stellt fest, dass sich Die Linke weder auf Bundes- noch auf Landesebene an der Verwaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beteiligen darf. Regierungsbeteiligungen unter diesen Bedingungen bedeuten in der Praxis häufig die Mitverwaltung von Kürzungspolitik sowie politische Zugeständnisse, die zu Glaubwürdigkeitsverlusten in der arbeitenden Klasse führen. Daraus resultiert auch, dass eine Regierungsbeteiligung mit der Begründung, die AfD an der Regierung zu verhindern, keineswegs eine Option für uns sein kann. Die AfD lässt sich nicht durch Mitverwaltung von Sozialabbau und Militarisierung schwächen, sondern durch klare Kante gegen die bestehende Politik und Ordnung. Wir müssen klar machen: Unsere Antwort heißt Solidarität! Wir werden in der Opposition kämpfen, statt unsere eigenen Werte über Bord zu werfen.

Daraus folgt der grundsätzliche Ausschluss einer Beteiligung an zukünftigen Bundes- und Landesregierungen mit nicht sozialistischen Kräften. Angst und Opportinusmus dürfen nicht unsere Leitlinie sein. Wir sind die Hoffnungsträger einer freien und gerechten Gesellschaft und diese ist sozialistisch!

Motor der Veränderung war nie das Parlament. Dieses verteidigt stets das Kapital und hat somit nur eine Aufgabe: unsere Bewegung zu unterdrücken. Politische Kämpfe werden nie isoliert im Parlament geführt, sondern vor allem in den Betrieben und auf der

Straße. In der Opposition kann Die Linke diese Kämpfe besser unterstützen und verstärken. Sie wurde als Opposition zu den Hartz-IV-Reformen und der Agenda 2010 gegründet. In der Opposition hat sie gemeinsam mit den Arbeiter:innen den Mindestlohn erkämpft, gegen den Willen der damals regierenden SPD.

Der Aufschwung und Mitgliederzuwachs der Partei Die Linke hängt auch mit den Protesten gegen die rassistische Politik der AfD und die geplante Unterstützung durch Merz zusammen. Wenn Die Linke, wie andere Parteien in Regierungsverantwortung, beginnt Geflüchtete abzuschieben, verliert sie ihre Glaubwürdigkeit gänzlich.

Die Aufgabe unserer Partei besteht darin, die Politik der Herrschenden vor den Augen der Lohnabhängigen zu entlarven, für eine solidarische, klassenlose Gesellschaft zu kämpfen und konkrete Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung durch konsequente Oppositionsarbeit zu erkämpfen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P.04: Ratschlag Organisierende Klassenpartei

Antragsteller*in:	BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Ratschlag Organisierende Klassenpartei

Der Parteivorstand organisiert mit Unterstützung der BAG Betrieb & Gewerkschaft einen Ratschlag „Organisierende Klassenpartei“.

Begründung

Genoss*innen der Linken von denen viele in der BAG Betrieb & Gewerkschaft arbeiten, haben zur Umsetzung des letzten Leitantrags des Bundesparteitags in verschiedenen Landesverbänden an einer Strategie zur Neuausrichtung der Linken als organisierende Klassenpartei gearbeitet und sich dazu vernetzt. Es gibt dabei ganz ähnliche Ansätze. Um eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten und dann auch in unseren Strukturen umsetzen zu können, brauchen wir einen Ratschlag der Partei, in dem wir uns mit Hilfe von Wissenschaftler*innen und Expert*innen u.a. gemeinsam Zeit für eine Analyse unserer betrieblichen und gewerkschaftlichen Verankerung, den Rechtsruck in Betrieb und Gesellschaft und das Erarbeiten einer gemeinsamen Strategie und Umsetzung, nehmen können. Dieser Ratschlag würde die Arbeit der Linken als organisierende Klassenpartei unterstützen und die Umsetzung beschleunigen.

Antrag P.05: Mapping Gewerkschaftsmitglieder und -aktive

Antragsteller*in:	BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Mapping Gewerkschaftsmitglieder und -aktive

I. Der Parteivorstand führt eine bundesweite Erfassung unter den Mitgliedern der Partei Die Linke durch, um zu erheben, wie viele Mitglieder der Partei Mitglied einer Gewerkschaft sind. Die Daten sollen via geeigneter interner Plattform nach Datenschutzgrundverordnung gespeichert werden (Bspw. Zetkin). Zur Durchführung dieser Erfassung, sowie zur laufenden Aktualisierung der Daten und zur Unterstützung von Gewerkschafter*innen in der Partei Die Linke stellt die Bundespartei die dafür notwendigen infrastrukturellen und personellen Ressourcen bereit.

II. Die Evaluation soll mindestens folgende Punkte erfassen:

a.) Ob Mitglieder aktuell Mitglied einer Gewerkschaft sind und wenn ja, in welcher regionalen Struktur.

b.) In welcher Gewerkschaft sie organisiert sind und in welcher Branche sie tätig sind.

c.) Ob sie in betrieblichen oder gewerkschaftlichen Strukturen aktiv sind, etwa als Vertrauensleute, Betriebs-/Personalräte/Mitarbeiter*innenvertreterung/JAVen, Tarifkommissionsmitglied, Aktive*r in einer Betriebsgruppe, Delegierte*r oder in gewerkschaftlichen Strukturen im Hauptamt fungieren.

d.) Welche Gründe Mitglieder haben, wenn sie nicht gewerkschaftlich organisiert sind und in welcher Branche diese sind.

e.) Den zugehörigen Kreisverband.

III. Die Ergebnisse der Evaluation werden der BAG b&g sowie den Landesvorständen der verschiedenen Landesverbänden vorgestellt und veröffentlicht. Zusätzlich sollen die Ergebnisse der Evaluation auch den Kreis- und Ortsverbänden zugänglich gemacht werden.

IV. Im Beitrittsformular wird erfasst, ob man Teil einer Gewerkschaft ist. Falls dies bejaht wird, wird auch nach der konkreten Gewerkschaft und nach Funktionen gefragt.

V. Auf Grundlage dieser Ergebnisse entwickelt der Parteivorstand gemeinsam mit der BAG b&g sowie weiteren relevanten Parteistrukturen Maßnahmen, um die gewerkschaftliche Organisierung innerhalb der Partei zu stärken und Nichtmitglieder gezielt beim Eintritt in Gewerkschaften zu unterstützen.

VI. Frist für die Umsetzung der genannten Punkte soll die letzte Tagung des 10. Parteitags sein. Auf dieser Tagung des Parteitages soll der Parteivorstand einen Kurzbericht zu Durchführung und Ergebnissen der Erfassung vorstellen. Im Anschluss daran soll eine ausführliche Evaluation mit den oben genannten Gliederungen stattfinden.

Begründung

Die Linke versteht sich als Partei der arbeitenden Klasse. Unser politischer Anspruch ist es, die Interessen von Beschäftigten, Erwerbslosen, Auszubildenden und Rentnerinnen und Rentnern politisch zu vertreten und gemeinsam mit ihnen für soziale Verbesserungen zu kämpfen. Gewerkschaften sind die zentralen Organisationen der Lohnabhängigen im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und gesellschaftliche Mitbestimmung.

Sie sind Orte kollektiver Organisierung und ein zentraler Bestandteil jeder ernsthaften linken Strategie zur Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Wenn Die Linke glaubwürdig

Partei der arbeitenden Klasse sein will, muss sie auch organisatorisch in der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung verankert sein. Dazu gehört eine enge Verbindung zu Gewerkschaften ebenso wie eine starke gewerkschaftliche Organisierung unter unseren eigenen Mitgliedern. Bislang existieren jedoch keine systematischen und aktuellenbundesweiten Daten darüber, wie stark unsere Partei tatsächlich gewerkschaftlich organisiert ist. Wir wissen nicht genau, wie viele unserer Mitglieder Gewerkschaftsmitglieder sind, in welchen Bereichen sie aktiv sind oder welche Hindernisse es für eine gewerkschaftliche Organisierung gibt. Eine bundesweite Erfassung schafft hier eine notwendige Grundlage für strategische Entscheidungen. Sie ermöglicht es, Stärken und Schwächen unserer gewerkschaftlichen Verankerung zu erkennen und gezielte Maßnahmen zu entwickeln. Diese müssen danach auch aktuell gehalten werden, damit Entwicklungen sichtbar werden. Deshalb muss auch im Beitrittsformular die Gewerkschaftszugehörigkeit abgefragt werden. Für eine sozialistische Partei darf die Verbindung zu Arbeiter*innen und zur Arbeiterbewegung nicht nur programmatischer Anspruch sein, sondern muss auch in der praktischen Organisierung sichtbar werden. Wenn wir den Anspruch ernst nehmen, Partei der arbeitenden Klasse zu sein, müssen wir auch wissen, wie stark wir tatsächlich in ihr organisiert sind. Die Erfassung ist daher ein wichtiger Schritt, um unsere Partei langfristig stärker in den Betrieben, Gewerkschaften und sozialen Kämpfen zu verankern und die Verbindung zwischen Partei und Arbeiterbewegung systematisch zu stärken.

Antrag P.06: Den nicht legitimierten Paradigmenwechsel der Gesundheits-, Behinderten- und Drogenpolitik der Linken korrigieren

Antragsteller*in:	SV Leipzig-Nord, LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Bayern, Sabine Christian (KV Görllitz) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Den nicht legitimierten Paradigmenwechsel der Gesundheits-, Behinderten-und Drogenpolitik der Linken korrigieren - ortsabhängiges Konsumverbotes für medizinisches Cannabis (§ 24 MedCanG) mit ungerechtfertigten Grundrechtseingriffen ersatzlos für nichtig erklären - Teilhabe am öffentlichen Leben auch für Menschen mit schwerwiegenden Erkrankungen wieder ermöglichen.

Die medizinisch notwendige Einnahme eines Medikamentes muss wieder ortsunabhängig ermöglicht werden wie vor der Legalisierung von Cannabis.

Die Linke muss zu der von ihr legitimierten Gesundheits-, Behinderten- und Drogenpolitik, die nicht zu Lasten von Menschen in prekären gesundheitlichen Situationen geht, zurückkehren. Die gesetzliche Exklusion durch ortsabhängiges Konsumverbot eines Medikamentes (§ 24 MedCanG) muss ein Ende haben.

Vor der Legalisierung von Cannabis gab es eine etablierte Rechtslage, die die Einnahme des Medikamentes Cannabis mit dem medizinischen Vaporisator (Verdampfer) klar geregelt hat. Die Einnahme war bei medizinischer Notwendigkeit in der Öffentlichkeit erlaubt. Auch Menschen mit Anfallsleiden (Verlust der Verkehrsfähigkeit, Einnahme zur Wiederherstellung erforderlich) waren berücksichtigt und konnten am öffentlichen Leben teilhaben. Es gab Rechtssicherheit auch für alle schwerwiegend erkrankten Patienten (§ 31 Abs. 6 SGB V).

Mit der Legalisierung, mit der Hilfe von 23 Bundestagsabgeordneten der Linken (404 Bundestagsabgeordnete insgesamt), wurde das Verdampfen des Medikamentes Cannabis auch bei medizinischer Notwendigkeit unter ortsabhängiges Konsumverbot gestellt (§ 24 MedCanG), was vom legitimierten Parteiwillen abweicht.

Aufgrund des zusätzlichen Unterlassens unserer Legislative den OWi-Tatbestand in §27 MedCanG (Bußgeldvorschriften) zur Ahndung von § 24 MedCanG hinzuzufügen gibt es keinen Rechtsakt, gegen die Patient*innen sich per Klageweg wehren könnten. Ohne Rechtsweg gibt es keine Möglichkeit, das Unrecht des § 24 MedCanG am Ende des Rechtsweges (z.B. durch das BVerfG) für nichtig erklären zu lassen.

Der Irrtum mancher Menschen ist an dieser Stelle die Vermutung, dass das Fehlen von Strafe bedeutet, dass es kein echtes Problem mit § 24 MedCanG gibt. Für die Ordnungsbehörden ist eine Unterscheidung von Patienten und Konsumenten beim Durchsetzen der Konsumverbotszonen aufgrund von § 24 MedCanG nicht mehr nötig. Aus Sicht des/der Polizisten*in gibt es nur noch Konsumenten*innen und die, die man so behandeln kann im Zuge der Durchsetzung der Konsumverbotszonen. Ein Fehlen der Strafe (Bußgeld) im Nachgang für Patient*innen ändert nichts daran, dass z.B. die Polizei berechtigt ist, die Medikamenteneinnahme zu stören, die Patient*innen davon abzuhalten, ihr Medikament zu verdampfen oder Schlimmeres. Dies sind staatliche Eingriffe, durch polizeiliche Maßnahmen, im Zuge der Durchsetzung der Konsumverbotszonen (§ 24 MedCanG).

Außerdem muss man anbringen, dass § 24 MedCanG auch Auswirkungen auf das Verhalten von Bürgern gegenüber Cannabispatient*innen auslösen. Nicht nur die Ordnungsbehörden würden bei einem Verstoß gegen die Konsumverbotszonen tätig werden, insbesondere wenn der Staat die Einnahme eines Medikamentes nicht zutreffend unter die Überschrift “Kinder und Jugendschutz" eingeordnet hat.

Dies bedeutet unter anderem, Schmerzen, die der Patient*innen vor der Legalisierung längst hätte abstellen können, leiden zu müssen. Patient*innen können Anfälle haben und an Krämpfen leiden. Eine Unterhaltung zu führen, die Patient*innen vielleicht nicht führen können und ein Rezept zu haben, das nichts mehr nützt, schützt nicht vor den Auswirkungen des § 24 MedCanG unabhängig davon, dass es keine Strafe gibt.

Das Unterbrechen oder Abhalten von der Einnahme eines Medikamentes, um die Konsumverbotszonen durchzusetzen (ohne zu erlauben eine Verkehrsfähigkeit/Schmerzfreiheit wieder herzustellen) kann nicht funktionieren und wird zu vermeidbaren Konflikten führen. Das ist eine Kombination, die berechtigte Angst bei Patient*innen zur Folge hat.

Die Schaffung eines noch nie da gewesen Verbotes für die Einnahme eines notwendigen Medikamentes (§ 24 MedCanG) stellt einen nicht legitimierten Paradigmenwechsel in der Gesundheits-, Drogen- und Behindertenpolitik der Linken dar.

Vor der Legalisierung wurde betont, dass man sich für eine Entkriminalisierung und ein Ende der Verbotspolitik in Sachen Cannabis einsetzt. Dies entsprach auch der Legitimation der Sache durch die Partei vor der Legalisierung von Cannabis.

Der § 24 MedCanG ist unstrittig ein erstmals geschaffenes ortsabhängiges Konsumverbot für medizinisches Cannabis (s. Quellen: 1.3. am Antragsende).

Forderungen:

I. Nicht-Entlastung des Vorstandes, Nicht-Entlastung aller an der Schaffung und Aufrechterhaltung von § 24 MedCanG beteiligten Parteiorgane. Nicht-Entlastung aller beteiligten Bundestagsabgeordneten (Abstimmung “CanG").

II. Evaluierung der eigenen Gesundheits-, Behinderten- und Drogenpolitik mit Fokus auf § 24 MedCanG unter Bezug der Ausführungen der unten aufgeführten Begründung und Quellen Alle Beteiligten, auch die, die den Antrag “Cannabis legalisieren, Gesundheit schützen" (BT Drucksache 21/3912) unterstützt haben, müssten Teil dieses Prozesses werden. Es geht darum zukünftig gemeinsam konstruktiv am Thema zu arbeiten und nicht, darum unnötig Schuld zuzuweisen, denn dies lässt den § 24 MedCanG nicht verschwinden.

Ziel: Die Einnahme eines Medikamentes muss ohne Einschränkungen in der Öffentlichkeit möglich sein, wie es vor der Legalisierung der Fall war. Die Linke muss im Bundestag für die ersatzlose Nichtigerklärung des § 24 MedCanG eintreten. Mit einer Nichtigerklärung kommt es zu der notwendigen Unterscheidung der Rechtsstände und Qualifikationen der Konsument*innen, bzw. Patient*innen. Zum anderen wäre damit die vom Gesetzgeber gewollte Trennung von KCanG (Konsument*innen) bzw. MedCanG (Patient*innen) umgesetzt und die gebotene Trennung der Gesetze erfolgt. Im Zuge des parlamentarischen Prozesses durch die Linke im Bundestag müsste das Unrecht des § 24 MedCanG im Bundestag, insbesondere auch dem Gesundheitsausschuss, thematisiert werden. Zusätzlich muss es eine öffentliche Stellungnahme zu § 24 MedCanG durch unsere Bundestagsfraktion geben.

III. Änderung (Option A) oder Rücknahme und Neuschaffung (Option B) des Antrages unserer Bundestagsfraktion “Gesundheit schützen, Cannabis legalisieren" (BT Drucksache 21/3912).

Option A) Im Antrag muss geändert und klargestellt werden, dass der § 24 MedCanG ersatzlos für nichtig erklärt wird und ausdrücklich nicht die gesetzlichen Bestimmungen der Nichtraucherschutzgesetzen der Länder auf Patienten angewendet werden, wie es das Resultat des Antrags wäre, wenn dieser unverändert beschlossen werden würde. “Cannabis Patient*innen" muss ein eigenständiger Rechtsstand mit Berücksichtigung von Behinderungen und anderen gesundheitlichen Einschränkungen für die notwendige Einnahme eines Medikamentes in der Öffentlichkeit sein.

Option B) Den Antrag zurücknehmen. Nach erfolgreichem Abschluss der geforderten Evaluierung einen neuen Antrag stellen mit den Forderungen den §24 MedCanG ohne Ersatz für nichtig zu erklären und davon unabhängig den Konsum durch Konsument*innen in der Öffentlichkeit den Nichtraucherschutzgesetzen anzugleichen.

Begründung

Vor der Legalisierung von Cannabis gab es eine etablierte Rechtslage, die die Einnahme von medizinischen Cannabisblüten mit dem medizinischen Vaporisator

(Verdampfer) klar geregelt hat. Es gab Rechtssicherheit auch für alle schwerwiegend erkrankten Patienten*innen (§ 31 Abs. 6 SGB V). Der “Abschlussbericht für die Begleiterhebung zur Anwendung von Cannabisarzneimitteln" (s. Quelle 4) listet Erkrankungen und Symptome der Patienten und wurde am 06.07.2022 veröffentlicht.

Diese Quelle stand dem Bundestag zur Verfügung. Trotzdem wurde § 24 MedCanG geschaffen.

Wenn Patient*innen in einer Konsumverbotszone einen Anfall haben und ihre Verkehrsfähigkeit verlieren, dürfen sie ihr Medikament nicht mehr verdampfen, um diese wieder herzustellen. Damit können oder dürfen diese Patienten*innen keine Konsumverbotszonen betreten, wenn diese Patienten*innen nicht wissen können, ob sie die Konsumverbotszonen vor der medizinischen Notwendigkeit des Verdampfens verlassen können.

Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages (s. Quelle 1) hat bereits im Mai 2025 festgestellt, dass dies Unrecht ist und die Einnahme eines Medikamentes nicht ortsabhängig unter Konsumverbot stehen dürfte.

Im Zuge der Legalisierung ist der Unrechtsgehalt von Cannabis für Konsumenten gesunken, da dieser als Droge entkriminalisiert und nicht mehr als Betäubungsmittel klassifiziert worden ist.

Gleichzeitig soll Cannabis als Medikament aber einen noch nie dagewesenen Unrechtsgehalt dazugewonnen haben, den es vor der Legalisierung noch nie hatte. Ein Widerspruch in sich, Cannabis kann nicht harmlos für Konsumenten und verbotsbegründend für Patienten sein.

Dennoch wurde die Einnahme des Medikamentes (Cannabis) erstmals ohne gesetzliche Rechtfertigung unter ortsabhängiges Konsumverbot (§ 24 MedCanG) gestellt.

Der § 24 MedCanG dient damit der widerrechtlichen Angleichung von Konsument*innen und Patient*innen. Diese Gleichstellung widerspricht der Gesetzessystematik des CanG und der Trennung von KCanG (Konsumenten) / MedCanG (Patienten). Der Bundestag hat das CanG klar in zwei separate Gesetze geteilt, um die vorhandenen Unterschiede der Rechtsstände und -güter zu berücksichtigen. § 24 MedCanG verbindet beide Gesetze und widerspricht der gewollten Trennung.

Eine solch drastische Änderung von vor der Legalisierung “erlaubt" zu “ist ortsabhängig auch bei medizinischer Notwendigkeit verboten (§ 24 MedCanG)", sollte eine entsprechenden gesetzliche Rechtfertigung im Gesetzestext aufweisen und im Gesetzgebungsprozess adäquat begründet werden.

Rechtfertigung: Statt einer gesetzlichen Rechtfertigung im Gesetz gibt es die Überschrift (“Kinder- und Jugendschutz im öffentlichen Raum") des § 24 MedCanG, die man schnell als nicht wahr und irrelevant entlarven kann durch Subsumierung und Kenntnisnahme des Gesetzestextes. Hierzu muss erläutert und verstanden werden, dass Kinder- und Jugendschutz im MedCanG keine Relevanz hat.

Die Worte “Kinder- und Jugendschutz" kommen außerhalb der Überschrift des § 24 MedCanG nicht im MedCanG vor. Eine Überschrift hat keine eigenständige Rechtswirkung.

§ 24 MedCanG verweist nur auf Absatz 2 des § 5 KCanG (Konsumverbotszonen) und **explizit nicht** auf § 5 Abs. 1 KCanG: “Der Konsum von Cannabis in unmittelbarer Gegenwart von Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ist verboten." Aber die Überschrift des § 24 MedCanG (“Kinder- und Jugendschutz im öffentlichen Raum") will suggerieren, dass es um Schutz der Kinder und Jugendlichen geht.

Zusätzlich sollte der Umstand klar sein, dass wenn man die Überschrift des § 24 MedCanG subsumiert, dass sich auf beiden Seiten Kinder und Jugendliche befinden würden, wenn man die Überschrift noch nicht als Täuschung verstanden hat.

§ 24 MedCanG würde dann bedeuten: Gesunde Kinder und Jugendliche werden geschützt, wenn schwer kranke Menschen aller Altersgruppen, auch Kinder und Jugendliche, von der Teilhabe am öffentlichen Leben, durch Anwendung der Konsumverbotszonen auf die Einnahme ihres Medikamentes ausgeschlossen werden.

Auch ein Kind kann und darf Patient sein. Die Einnahme des Medikamentes Cannabis ist für den Patienten auch heute noch neben Kindern erlaubt. Dies ergibt sich aus dem Nicht-Verweis auf § 5 Abs. 1 KCanG in § 24 MedCanG.

Erlaubtes kann grundsätzlich kein ortsabhängiges Verbot wie § 24 MedCanG begründen.

Im Zuge des § 24 MedCanG wurden Kinder in der Überschrift instrumentalisiert, um auch Kindern und Jugendlichen die Rechte durch ortsabhängiges Konsumverbot einzuschränken. Dies sollte auch bei jeder an demokratischen Grundwerten interessierten Jugendorganisation Interesse wecken.

Es gibt keine Rechtfertigung im Gesetzestext für die Grundrechtseingriffe durch § 24 MedCanG.

Begründung des Bundestages für die Existenz von § 24 MedCanG:

Um die vom Bundestag gewählte Begründung der “Verwechslungsgefahr" (BT Drs. 20/8704, S. 173) für die Schaffung von § 24 MedCanG als nicht zutreffend aufzuzeigen, möchte ich die Worte von Frau Dr. Justine Diebel (Quelle 2) zitieren. Frau Dr. Diebel (Strafverteidigerin aus Frankfurt am Main) hat bereits mehrere Fachartikel im Zuge der Legalisierung veröffentlicht:

“(...) Bislang [Vor der Legalisierung von Cannabis] war die Einnahme von Cannabisarzneimitteln ortsunabhängig möglich.

Das Verbot des § 24 MedCanG wird unter anderem damit begründet, dass Kinder und Jugendliche den Konsum nicht von medizinischer Einnahme unterscheiden könnten (BT Drs. 20/8704, S. 173).

Würde man die Überlegung konsequent auf alle Arzneimittel anwenden und zu Ende denken, dürften in der Öffentlichkeit Schmerztabletten nicht geschluckt und Insulinspritzen nicht gesetzt werden.

Schließlich wird auch in diesen Fällen nicht erkenntlich sein, ob die Pille verschrieben oder die Spritze ein Medikament oder doch eine Droge enthält.

Im Sinne der geänderten Risikobewertung, aber schon des Status Quo wäre es konsequent, die medizinische Einnahme auch weiterhin uneingeschränkt zu erlauben, um eine indikationsgerechte Einnahme zu gewährleisten.

Nicht immer wird es für Patient*innen planbar sein, wo und wann sie ihr Arzneimittel einnehmen können. Dagegen birgt die nicht rechtzeitige Einnahme eigenständige Gefahren für Patient*innen und auch die Allgemeinheit (...)"

Eine ausreichende Begründung für die Schaffung von § 24 MedCanG fehlt.

Damit § 24 MedCanG überhaupt durch rechtmäßige Gesetzgebung In Kraft treten konnte oder bleiben dürfte, muss die Rechtfertigung der Anwendung der Konsumverbotszonen im KCanG (Konsumenten), welche in MedCanG gänzlich fehlen, mehr als nur im MedCanG nachträglich hinzugefügt werden.

Die hinzuzufügenden Rechtfertigungen im MedCanG muss sogar ausführlicher als im KCanG werden, um die zusätzlichen Qualifizierungen der Patient*innen zu berücksichtigen.

Bei der Rechtsgüterabwägung der Konsumenten und der Patienten wird klar, dass man beide Gruppen nicht gleichstellen dürfte. Bei Patient*innen, im Gegensatz zu Konsument*innen geht es um eine Symptombehandlung (z.B. Schmerz), Gefahrenabwehr, Herstellung der Verkehrsfähigkeit und das, ohne dass es zu einem Rausch kommt.

Folgen der nicht abschließenden GG-Eingriffe durch § 24 MedCanG:

- Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit
- Freizügigkeit im Sinne des Aufenthaltsort
- Reisefreiheit
- Keine freie Arztwahl. Vor der Legalisierung wäre eine Einnahme nach Verlassen der Praxis im öffentlichen Raum uneingeschränkt erlaubt. Mit § 24 MedCanG ist dies nicht mehr möglich, wenn sich der Arzt in einer Konsumverbotszone befindet.
- Ausschluss aus der Gesellschaft. Ein angstfreies Betreten der Konsumverbotszonen, insbesondere

der Fußgängerzone, ist unmöglich.

- Wahlrecht. Sowohl bei der Bundestagswahl, als auch bei der Landtagswahl war der Wahlort Schule. Auch am Wahlsonntag Konsumverbotszone. Einem Wähler Angst zuzumuten und ihn vielleicht davon abzuhalten, wählen zu gehen oder zur Briefwahl zu bewegen, ist ein Eingriff in das Wahlrecht.
- Ausschluss von allen gesellschaftlichen oder politischen Veranstaltungen, da die Veranstaltungsorte meist selbst Konsumverbotszonen sind und ohne Einräumung von Hausrecht die Einnahme des Medikamentes ortsnah bei Bedarf unmöglich ist.
- Demonstrationsrecht. Demonstrationen finden oft in Konsumverbotszonen statt.
- Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot

Mit dem Antrag “Gesundheit schützen, Cannabis legalisieren." (Quelle 5) der Linken im Bundestag werden fahrlässigerweise die Folgen von § 24 MedCanG verschleiert.

Die dortige Formulierung würde das ortsabhängige Konsumverbot des § 24 MedCanG abschaffen, aber mit den bundesländern spezifischen Regelungen zum Nichtraucherschutz ersetzen. Eine Fortführung der widerrechtlichen Gleichstellung von Patient*innen, Konsument*innen und neu den Raucher*innen.

Wir brauchen eine progressive rechtssichere Gesundheits-, Behinderten- und Drogenpolitik, die auf die absehbaren Gefahren und gesetzlichen Einschränkungen

(AGG / BGG / MedCanG uvm.) vorbereitet ist **und** bereit ist, den Willen der Partei zu vertreten.

Die Existenz von § 24 MedCanG zeigt, dass gesundheitlich Eingeschränkte und Behinderte soweit aus dem Fokus der Gesellschaft geraten sind, dass ungerechtfertigte Grundrechtseingriffe zeitnah zur Feier des 75-jährigen Bestehen des Grundgesetzes nicht einmal auffallen.

Wie wollen wir uns vor Faschismus schützen, wenn keiner ausreichend hinschaut? Wer schützt die, die sich nicht selbst schützen können?

Wann wird es wieder die Linke sein, die diesen Schutz übernimmt? Bitte seid Teil der Lösung und tretet gegen Ableismus ein.

Die ersatzlose Nichtigerklärung von § 24 MedCanG wäre der erste Schritt in diese richtige Richtung.

Quellen zum Nachlesen:

1. Wissenschaftliche Dienst des Bundestages (WD 8 - 3000 - 032/25) “Zum Kinder- und Jugendschutz im öffentlichen Raum bei der Einnahme von Medizinalcannabis": https://www.bundestag.de/resource/blob/1097790/WD-8-032-25.pdf
2. “Das MedCanG im Schatten der Legalisierung - Arzneimittelregulierung oder doch BtMG light?" von Dr. Justine Diebel: https://strafverteidigertag.de/drogen-recht/das-medcang-im-schatten-der-legalisierung
3. “Ganz seltsame Blüten… Das neue Cannabisgesetz im Überblick und der Versuch einer ersten Konsolidierung" von Prof. Dr. Mustafa Temmuz Oğlakcıoğlu und Patrick Welke: https://kripoz.de/wp-content/uploads/2024/05/welke-oglakcioglu-das-neue-cannabisgesetz-im-ueberblick.pdf
4. Datengrundlage für die Erstellung von § 24 MedCanG: “Abschlussbericht für die Begleiterhebung zur Anwendung von Cannabisarzneimitteln" (Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) vom 06.07.2022): https://www.bfarm.de/cannabis-begleiterhebung

5. Antrag der Fraktion DIE LINKE “Gesundheit schützen - Cannabis legalisieren", 29.01.2026, (BT Drucksache 21/3912) https://dip.bundestag.de/vorgang/gesundheit-schützen-cannabis-legalisieren/330762

Antrag P.07: Für ein bundesweites Bündnis gegen Sozialabbau – Proteste stärken, Widerstand organisieren

Antragsteller*in:	KV Herford

Der Parteitag möge beschließen:

Für ein bundesweites Bündnis gegen Sozialabbau – Proteste stärken, Widerstand organisieren

Die Linke initiiert und organisiert ein breites gesellschaftliches Bündnis mit dem Ziel, Proteste gegen den fortschreitenden Sozialkahlschlag zu bündeln, sichtbar zu machen und zu verstärken. Die Sichtweise der Partei Die Linke ist dabei die der Menschen, die von den fortgesetzten Kürzungen besonders betroffen sind.

Während unbegrenzte Aufrüstung im Grundgesetz von der Schuldenbremse ausgenommen wurde, ist der Sozialstaat angeblich nicht mehr finanzierbar. Bei den angekündigten Kürzungen und Umstrukturierungen handelt es sich um den einschneidendsten Angriff auf den Sozialstaat seit der „Agenda 2010“ unter Schröder (SPD) und Fischer (B90/Die Grünen).

Dieses Bündnis soll ausdrücklich nicht ausschließlich „von oben“ gesteuert werden. Vielmehr verfolgt es einen doppelten Ansatz:

- **Unterstützung und Vernetzung bestehender Initiativen:** Lokale Bündnisse, Proteste und zivilgesellschaftliche Initiativen werden aktiv unterstützt, miteinander vernetzt und in ihrer Eigenständigkeit gestärkt.
- **Eigene Impulse setzen:** Dort, wo es notwendig ist, initiiert die Die Linke gemeinsam mit Partner*innen neue Proteste und Bündnisse auf lokaler, regionaler und bundesweiter Ebene.
- **Materielle und organisatorische Unterstützung:** Parteistrukturen stellen Ressourcen, Infrastruktur, Öffentlichkeitsarbeit und Mobilisierungskapazitäten zur Verfügung.
- **Breite gesellschaftliche Allianz:** Ziel ist ein Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, Frauen- und Jugendorganisationen und Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen, Mieter*inneninitiativen, Bildungsakteur*innen und weiteren gesellschaftlichen Kräften.

Die Linke versteht sich dabei als treibende Kraft gegen Aufrüstung und Krieg, für soziale Gerechtigkeit und als verlässliche Partnerin außerparlamentarischer Bewegungen.

Begründung

Die Bundesregierung bereitet die umfassendsten Kürzungen der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Daseinsvorsorge seit dem Ende des zweiten Weltkrieges vor. Die aktuelle politische

Entwicklung zeigt eine klare Tendenz: Während für militärische Aufrüstung und internationale Konflikte erhebliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden, geraten zentrale Errungenschaften des Sozialstaats zunehmend ins Visier von Kürzungen und Verschlechterungen genommen.

Im Zentrum der Angriffe stehen grundlegende soziale Sicherungssysteme und Arbeitnehmer*innenrechte:

- **Rente:** Forderungen nach einer Absenkung des Rentenniveaus, nach einer sogenannten „Basisrente“ sowie einer weiteren Anhebung des Renteneintrittsalters bis hin zur Rente mit 70 stellen einen Frontalangriff auf das Versprechen eines würdevollen Lebens im Alter dar.
- **Arbeitsrechte:** Errungenschaften wie der 8-Stunden-Tag, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und sichere Arbeitsverhältnisse werden zunehmend infrage gestellt. Debatten um neue Modelle wie sogenannte „Lebensarbeitszeit“-Konzepte drohen soziale Unsicherheit weiter zu verschärfen.
- **Gesetzliche Krankenversicherung:** Steigende Zuzahlungen, Leistungskürzungen und die Einschränkung solidarischer Absicherung (z. B. der beitragsfreien Mitversicherung) untergraben das Prinzip einer solidarischen Gesundheitsversorgung für alle.
- **Bildung und soziale Infrastruktur:** Bundesweit zeigt sich ein massiver Mangel an Lehrer*innenbzw. ausgebildeten Lehrer*innen werden Festeinstellungen verweigert.. Gleichzeitig werden Mittel für Integrationshelfer*innen (Schulbegleitungen), Jugendhilfe und Kitas gekürzt oder nicht ausreichend aufgestockt. Diese Entwicklung ist nicht auf einzelne Bundesländer beschränkt, sondern Ausdruck einer strukturellen Unterfinanzierung öffentlicher Daseinsvorsorge.

Diese Politik verschärft soziale Ungleichheit und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und treibt Menschen in die Arme von Rattenfängern wie der AfD. Der Sozialstaat ist jedoch keine freiwillige Leistung, sondern eine zentrale Errungenschaft der Arbeiter*innenbewegung, die erkämpft wurde und verteidigt werden muss.

Es reicht nicht aus, parlamentarisch gegen diese Entwicklungen zu argumentieren. Notwendig ist eine sichtbare, gesellschaftlich breit getragene Gegenbewegung. Proteste, Streiks und zivilgesellschaftlicher Widerstand sind entscheidend, um politischen Druck aufzubauen und soziale Verschlechterungen zu verhindern.

Die Linke hat den Anspruch, die konsequenteste Stimme für soziale Gerechtigkeit zu sein. Daraus ergibt sich die Verantwortung, nicht nur Forderungen zu formulieren, sondern aktiv an der Organisierung von Widerstand mitzuwirken.

Ein starkes Bündnis gegen Sozialabbau kann:

- gesellschaftliche Kräfte bündeln,
- Kämpfe vor Ort sichtbar machen,
- politische Debatten verschieben und
- den Druck auf Entscheidungsträger*innen erhöhen.

Die Regierung muss spüren, dass breite Teile der Bevölkerung nicht bereit sind, den Abbau sozialer Sicherheit hinzunehmen.

Jetzt ist der Zeitpunkt, diesen Widerstand zu organisieren und gemeinsam zu verstärken.

Antrag P.08: Handreichung zum Aufbau einer Sozialberatung vor Ort

Antragsteller*in:	BAG Grundeinkommen und BAG Sanktionsfreie Mindestsicherung

Der Parteitag möge beschließen:

Handreichung zum Aufbau einer Sozialberatung vor Ort

Der Parteitag empfiehlt allen Gliederungen der Partei, sich bei Angeboten zur Sozialberatung an der nachstehenden „Handreichung zum Aufbau einer Sozialberatung vor Ort“ des Landesverbandes Die Linke Nordrhein-Westfalen zu orientieren.

„Handreichung zum Aufbau einer Sozialberatung vor Ort

Sozialberatungen sind ein wichtiger Baustein linker Politik in den Kreisen, Städten und Kommunen!

Sozialberatung ist wichtig, da sie ein erprobtes Angebot unserer Partei ist, welches in den letzten Jahren immer über die fachkundige Begleitung und Beratung der LAG "Weg mit Hartz IV" - heute LAG SMS - organisiert wurde. Durch den Mitgliederzuwachs sowie das große Bedürfnis vor Ort in diesem Bereich spürbar und wirksam zu sein, findet auch die Initiative der BAG "Die Linke hilft“ immer größeren Zulauf. Der Landesvorstand begrüßt dieses Engagement ausdrücklich und versucht mit dieser Handreichung Unterstützung und Hilfestellungen zu geben.

Wie führe ich ordnungsgemäß Sozialberatung durch, ohne Fehler zu machen?

Für alle Genoss: innen, die Sozialberatung machen wollen, insbesondere für neue engagierte Genoss: innen, empfiehlt es sich Schulungen über das SGB II wahrzunehmen. Diese werden in der Regel über die LAG SMS aber auch über Vereine wie Tacheles und auch durch Organisationen und Beratungen vor Ort angeboten. Auch wenn unser Unterstützungsangebot in allen Kreisverbänden gut gemeint ist, gibt es jedoch eine große Menge an Fallstricken, die dabei beachtet werden sollten.

1. Besprecht den Aufbau einer Hilfestruktur vor Ort in euren Kreisverbänden und beschließt die Art und Weise eures Angebots in den Mitgliederversammlungen. Klar ist dabei, wenn Menschen für unsere Partei tätig werden, hat das immer eine öffentliche Auswirkung und diese sollte durch die Mitgliedschaft beschlossen worden sein.

2. Benennt in diesen Beschlüssen Grundlagen für eure Beratung. Vorausgesetzt wird, dass Sozialberatungen niemals ohne Schulungen und / oder Qualifikationen durchgeführt werden. Damit schützt ihr euch selbst, aber auch die Menschen, die mit einem konkreten Unterstützungsbedarf zu uns kommen. Beachtet dabei immer, dass wir ausschließlich Sozialberatungen durchführen und keine Sozialrechtsberatung dafür sind nur Jurist:innen zuständig. Sobald eure Beratungen konkrete rechtliche Folgen haben können, ist immer eine juristische Hilfe einzubeziehen. Die LAG SMS oder auch andere Gruppierungen können euch einen Pool an Jurist: innen nennen, die bereit sind zu unterstützen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Formulierung von Widersprüchen bei Leistungsbescheiden. Ihr müsst da wirklich wissen, was ihr macht.

3. Informiert euch vorab über das schon bestehende Unterstützungssystem in eurer Stadt oder eurem Kreis. Bei vielen Anfragen ist es schon eine große Unterstützung

Hilfesuchenden an bestehende Beratungsstellen anzudocken, die mit geschulten Fachkräften arbeiten. Schuldner: innenberatungen, Arbeitslosen:beratungen oder Flüchtlingsräte sind da nur einige Beispiele. Was ihr immer machen könnt, ist Menschen zum Jobcenter oder Behördengängen begleiten. Lasst euch jedoch im Vorfeld die Unterlagen zeigen um was genau es geht, damit ihr in der Sache involviert seid. Es verändert oftmals schon das Verhalten einer Behörde, wenn Dritte als Zeug:innen dabei sind. In einer Sozialberatung kommt es manchmal zum Moment, wo man ganz konkret helfen will und vielleicht auch die finanziellen Möglichkeiten dazu hat. Informiert euch an dieser Stelle immer gut, finanzielle Hilfen können Folgen für den Leistungsbeziehenden haben, da die finanzielle Hilfe sowie Sachleistungen auf die Bezüge angerechnet werden können."

Begründung

Sozialberatungen sind ein wichtiger Baustein linker Politik in den Kreisen, Städten und Kommunen. Zur Sicherstellung einer hohen Qualität dieser Angebote sollen allen Mitwirkenden die Voraussetzungen dafür bewusst gemacht werden. Der Landesverband NRW hat dazu eine zweckdienliche Vorarbeit geleistet und diese an alle Parteimitglieder in NRW zur Kenntnis gegeben. Dies sollte von den anderen Gliederungen nachvollzogen werden, da „das Rad nicht immer wieder neu erfunden werden muss".

zweckdienliche Vorarbeit geleistet und diese an alle Parteimitglieder in NRW zur Kenntnis gegeben. Dies sollte von den anderen Gliederungen nachvollzogen werden, da „das Rad nicht immer wieder neu erfunden werden muss".

Antrag P.09: Offenlegungspflicht für alle privaten Aktiengeschäfte von Parlamentarier*innen

Antragsteller*in:	SV Leipzig

Der Parteitag möge beschließen:

Offenlegungspflicht für alle privaten Aktiengeschäfte von Parlamentarier*innen

Die Linke setzt sich für eine Offenlegungspflicht für alle privaten Aktiengeschäfte von Parlamentarier*innen ein und baut dafür in den Parlamenten und in der Öffentlichkeit Druck für entsprechende Änderungen der Abgeordnetengesetze des Bundes und der Länder auf.

Die aktuelle Regelung im Abgeordnetengesetz des Bundes, nach der Beteiligungen und Erträge aus Dividenden, erst ab einer Beteiligung von 5% an einer Kapital- oder Personengesellschaft, der Bundestagspräsident*in angezeigt werden müssen, geht nicht weit genug, um Interessenskonflikte zwischen dem politischen Mandat und dem privaten Profitinteresse von Parlamentarier*innen offenzulegen und zu verhindern.

Zukünftig müssen der Bundestagspräsident*in alle privaten Aktiengeschäfte von Parlamentarier*innen und deren Angehörigen, ab Amtsantritt angezeigt und diese barrierefrei öffentlich gemacht werden. Es soll auch eine außerparlamentarische Kontrolle, zum Beispiel durch die Steuerbehörden, geben, um sicherzustellen, dass die Parlamentarier*innen der geforderten Transparenzpflicht nachkommen.

Begründung

Parlamentarier*innen haben Zugang zu Informationen und treffen Entscheidungen, die an den Kapitalmärkten sehr viel Wert sein können. Im Sinne ihres Mandates sollen sie den Ausgleich zwischen privatwirtschaftlichen und öffentlichen, sozialen Interessen der Bevölkerung organisieren. Daher hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf zu erfahren, ob es bei Parlamentarier*innen Interessenskonflikte zwischen ihren privaten Profitinteressen und ihrer öffentlichen Aufgabe als gewählte Vertreter*innen der Bevölkerung gibt.

Aktuell schreibt das Abgeordnetengesetz des Bundes vor, dass direkte und indirekte Beteiligungen ab 5% des Wertes einer Kapital- oder Personengesellschaft, bei der Bundestagspräsident*in angezeigt werden müssen.

Ein Beispiel: Der Rüstungskonzern Rheinmetall hat aktuell einen Börsenwert von 64,36 Milliarden Euro. Eine 5% Beteiligungen würde 3.2 Milliarden Euro kosten. Erst ab dieser Schwelle müssen Abgeordnete ihre Beteiligung an Rheinmetall, bei der Bundestagspräsident*in anzeigen. Es ist für Abgeordnete keine realistische Größenordnung. Trotzdem hatten sie die Möglichkeit, seit dem Beschluss des 100 Milliarden Euro Sondervermögens der Regierung Scholz im Jahr 2022, an dem Kurssprung von zwischenzeitlich 2000 %, seit dem 24.02.2022, zu profitieren, ohne dies anzeigen zu müssen. Hätte eine Parlamentarier*in des Bundestages 2022 nur den Betrag einer monatliche Diät von 10.000€ in Rheinmetallaktien investiert, wäre ein Gewinn von bis zu 190.000 Euro möglich gewesen. Abzüglich 25% Kapitalertragssteuer sind das 142.500€ Nettogewinn.

Inzwischen wurden weitere hunderte Milliarden Euro für Rüstung sowie die Öffnung der Schuldenbremse für Rüstungsausgaben und das Nato 5% Ziel beschlossen. Die direkten und indirekten Ausgaben für Rüstung aus unseren Steuergeldern und dem Geld der nächsten Generationen steigen kontinuierlich und gehen zu Lasten der dringend notwendigen Investitionen in unsere öffentlich Daseinsvorsorge. Gleichzeitig steigt die Staatsverschuldung, was zu höheren Zinszahlungen aus unseren Steuergeldern führt.

Dies ist nur ein Beispiel. Es zeigt aber die Möglichkeiten von Parlamentarier*innen in Deutschland, unkompliziert und von der Öffentlichkeit unbemerkt, von den eigenen politischen Entscheidungen privat zu profitieren.

In anderen Ländern gelten schärfere Regeln für die privaten Aktiengeschäfte von Parlamentarier*innen. In den USA müssen Kongressmitglieder jedes Geschäft mit Finanzinstrumenten, von ihnen oder ihren Angehörigen, ab 1000 Dollar offenlegen. In Frankreich müssen Abgeordnete und Regierende jegliche Aktien nach Amtseintritt darlegen.

Antrag P.10: Sozialproteste gegen Kürzungspolitik und für eine menschenwürdige und für Alle gut funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge

Antragsteller*in:	SV Leipzig

Der Parteitag möge beschließen:

Sozialproteste gegen Kürzungspolitik und für eine menschenwürdige und für Alle gut funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge

Sozialproteste aus dem lohnabhängigen Herz der Bevölkerung sind ein wirksames Mittel

gegen die Kürzungspolitik der Regierungen. Die Linke organisiert, initiiert oder unterstützt bundesweit Proteste gegen die Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte im Bund, in den Ländern, den Kommunen und den daraus folgenden Kürzungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir brauchen Druck von der Straße, aus den Betrieben und durch unsere Arbeit in den Parlamenten, um für ein soziales Netz und eine öffentliche Daseinsvorsorge zu kämpfen, die Allen auch dann ein menschenwürdiges Leben garantiert, wenn sie ihre Arbeitskraft nicht mehr zur Finanzierung ihres Lebensunterhaltes verkaufen können.

Allein mit guter Arbeit in Parlamenten oder Mandaten können wir nichts Entscheidendes verändern. Uns bleibt oftmals nur die Rolle, die katastrophalen Folgen der Politik unserer politischen Gegner etwas abzumildern. Oftmals werden wir dabei in der Öffentlichkeit aber als eine Partei wahrgenommen, die sich mit dem politischen Establishment gemein macht.

Stattdessen werden wir eine Praxis entwickeln, in der wir den Kampf mit den Menschen an den Widersprüchen der kapitalistischen Verwertungsgesellschaft führen. Dazu brauchen wir eine gute transparente Kommunikation über alle Parteistrukturen hinweg und zwar von “Unten nach Oben“ sowie von “Oben nach Unten“. Unseren Basisstrukturen muss, neben Informationen aus den Parlamenten auch Mittels ausreichenden finanziellen Möglichkeiten und Bildungsangeboten das notwendige Handwerkszeug gegeben werden, um zu den Protesten zu mobilisieren. Der Parteivorstand übernimmt dabei die Gesamtkoordination.

Daher sollen unsere Mandatsträger*innen und Fraktionen die Arbeit unserer Basisstrukturen für soziale Proteste fortführen und ergänzen, indem sie Informationen über Kürzungsvorhaben, für die Parteibasis und die Bevölkerung transparent machen und den Protest in die Parlamente tragen.

Es muss erkennbar sein, dass die Linke die bestehenden Verhältnisse verändern will.

Der Zusammenhang zwischen der Unterfinanzierung der Länder und Kommunen und der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der Weigerung unserer politischen Gegner, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, die Erbschaftsteuer zu reformieren und den Spitzensteuersatz für Einkommen ab 85.000€ Brutto im Jahr anzuheben, ist dabei genauso, wie deren Bereitschaft zukünftig ca. 40 % des deutschen Bundeshaushaltes für Rüstung auszugeben, permanent herzustellen.

Begründung

Die Kommunen sind die Herzkammern unserer Demokratie. Hier werden bürgernahe Beteiligungsangebote sowie unser tägliches Miteinander organisiert und finanziert. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist das Kapital der “kleinen Leute“, welches ihnen auch dann ein menschenwürdiges Leben garantiert, wenn sie ihre Arbeitskraft nicht mehr zum Zwecke der Finanzierung ihres Lebensunterhaltes verkaufen können.

Es ist für die Linke schwer bis unmöglich erfolgreich für soziale Politik zu kämpfen, denn die finanzielle Situation der Kommunen ist in ganz Deutschland dramatisch, mit deutlichem Trend zur weiteren Verschlechterung. Gleiches gilt für die Haushalte der Länder und somit für einen großen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mehr als Abfederungen innerhalb der Verschlechterungen ist trotz aller guten Arbeit unserer Fraktionen, zum Beispiel in Haushaltsdebatten, nicht zu erreichen. Wenn unsere Fraktionen oder Genoss*innen in Regierungsverantwortung kommen, finden sie sich oftmals

in der Rolle wieder, die Folgen der Entscheidungen unserer politischen Gegner umsetzen und dafür gerade stehen zu müssen, während der eigene Handlungsspielraum sehr klein ist. Die Entscheidungen unserer politischen Gegner sind dabei von grundlegender Natur. Eine Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer wird von ihnen ausgeschlossen und die Rüstungsausgaben werden in den nächsten Jahren bedeutend erhöht. Deshalb werden Aufgaben des Bundes und der Länder an die Kommunen übertragen, ohne dass die entsprechende Finanzierung mitgeliefert wird. So geraten die Kommunen bundesweit in die Situation, die Finanzierung ihrer Pflichtaufgaben dadurch zu gewährleisten, dass sie die Finanzierung ihrer freiwilligen Aufgaben streichen. Diese freiwilligen Aufgaben umfassen zum Beispiel Ausgaben für Kultur, soziale und präventive Projekte aber auch Zuschüsse zum ÖPNV. Gleichzeitig müssen die Preise für Kinderbetreuung, und Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge zu Lasten der Menschen erhöht werden. Ein weitere Aspekt ist, dass das Geld für die Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge fehlt, was zu Lasten der Beschäftigten und zu Lasten von uns Allen geht.

Antrag P.11: Immobilienkonzerne (VONOVIA, LEG und Co.) enteignen

Antragsteller*in:	BAG Städtebau und Wohnungspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Immobilienkonzerne (VONOVIA, LEG und Co.) enteignen

Die Parteiführung und die Bundestagsfraktion von Die Linke muss die Forderung nach Überführung von VONOVIA, LEG und aller anderen großen profitorientierten Immobilienunternehmen in Gemeineigentum durch Vergesellschaftung ab sofort auch im Bundesgebiet aktiv angehen und in ihrer Arbeit offensiv gestalten.

Dafür unterstützt die Partei im Rahmen ihrer Mietenkampagne und mit dafür zur Verfügung gestellten Ressourcen Proteste von Mieterinnen und kritischen Aktionär*innen. Sie unterstützt die Organisation von Mieterinitiativen aktiv und bringt entsprechende Anträge zur Unterstützung in den Bundestag ein. Rechtsgrundlage ist der Artikel 15 des Grundgesetzes. Ziel ist es, dauerhaft bezahlbares Wohnen für alle zu sichern.

Begründung

„Wir stehen an der Seite von Deutsche Wohnen und Co. enteignen. Wir wollen den Wohnbestand von Immobilienkonzernen mit mehr als 3.000 Wohnungen vergesellschaften und in eine Anstalt öffentlichen Rechts mit demokratischer Verwaltung überführen. Entschädigungen unter Marktwert sind rechtlich zulässig. Entschädigung soll es nur für Kleinaktionäre geben.“ So stand es in unserem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025.

Nach vorläufigen Zahlen konnte die VONOVIA ihren Gewinn im Jahr 2025 um fast 5% erhöhen. Das Geschäftsjahr 2025 wird mit einem Nettogewinn von um die vier Milliarden Euro abgeschlossen. Davon sollen mehr als eine Milliarde für Dividenden an die Aktionäre ausbezahlt werden. (1,25 Euro für insgesamt ca 850 Millionen Aktien). Die Mieter*innen bezahlen diese Dividende mit im Schnitt 166 Euro pro Wohnung und Monat.

VONOVIA und der zweitgrößte Immobilienkonzern LEG haben in ihren Geschäftsberichten das klare Ziel formuliert, ihre Mieten optimal zu erhöhen. Sie bedienen sich oft fragwürdiger bis hin zu rechtswidriger Argumente für die Mieterhöhungen. Mit ihren Erhöhungen sorgen sie in vielen Städten für einer stetige Erhöhung der Mietspiegel. Diese Erhöhungen ermöglichen dann auch anderen Vermieter*innen weitere Mietsteigerungen.

Würde die VONOVIA in Gemeineigentum überführt und es keine Dividendenzahlungen mehr geben, könnten die Kaltmieten bei der VONOVIA abgesenkt werden. Durch eine Bewirtschaftung unter demokratischer Kontrolle könnten auch die Nebenkosten stark reduziert werden, weil diese inzwischen genutzt werden, um zusätzlich Profite zu generieren.

Mieterversammlungen in vielen Orten haben gezeigt, dass die Forderung nach Vergesellschaftung/ Enteignung der Konzerne auf eine breite Zustimmung stößt, hingegen das Hintanstellen der Forderung auf Unverständnis stößt. Die Entwicklung von dwe in Berlin zeigte uns deutlich: Selbst von den Akteur*innen konnte sich zu Beginn der Initiative kaum jemand vorstellen, dann 2021 im Volksbegehren 59,1% der Bevölkerung hinter sich zu vereinen.

Antrag P.12: Linke Grundsätze in der Nahostdebatte

Antragsteller*in:	SV Leipzig

Der Parteitag möge beschließen:

Linke Grundsätze in der Nahostdebatte

1. Die Linke bekräftigt ihre Verpflichtung auf das Völkerrecht und fordert eine konsequente Aufklärung und rechtliche Bewertung möglicher Völkerrechtsverstöße im Gazastreifen durch internationale Institutionen.
2. Die Linke unterstützt oppositionelle Kräfte und Initiativen in Israel, die sich für eine Politik stark machen, die auf eine internationale Anerkennung des Staates Palästina hinausläuft und sich gegen die ethnonationalistischen Kräfte in Israel richtet.
3. Die Linke unterstützt ausdrücklich die Arbeit des Internationale Gerichtshof und spricht sich gegen jede Form politischer Einflussnahme oder Sanktionierung seiner Mitglieder aus.
4. Die Linke stellt sicher, dass innerparteiliche Debatten zum Nahostkonflikt offen, plural und ohne Angst vor Sanktionen geführt werden können, und überprüft entsprechende Verfahren auf ihre Vereinbarkeit mit demokratischen Grundsätzen.
5. Die Linke wirkt darauf hin, dass öffentliche Stellungnahmen von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern die programmatischen Grundsätze der Partei – insbesondere in Bezug auf Frieden, Völkerrecht und Antimilitarismus – widerspiegeln.
6. Die Linke entwickelt ihre außenpolitische Positionierung im Nahostkonflikt auf Grundlage ihrer friedenspolitischen und internationalistischen Prinzipien weiter und konkretisiert diese in geeigneter Form.

Die Partei die Linke versteht sich als Stimme für Frieden, Gerechtigkeit und

internationales Recht. Eine konsistente und glaubwürdige Positionierung in diesem Konflikt ist daher nicht nur politisch geboten, sondern zentral für ihr Selbstverständnis.

Begründung

Die humanitäre Lage im Gazastreifen sowie die anhaltende Gewalt in den besetzten palästinensischen Gebieten geben Anlass zu größter Sorge. Die hohe Zahl ziviler Opfer, die Zerstörung zentraler Infrastruktur und die Einschränkung grundlegender Versorgungsstrukturen werfen erhebliche völkerrechtliche Fragen auf.

Für eine Partei, die sich Frieden, Menschenrechten und dem Völkerrecht verpflichtet sieht, ist es notwendig, diese Entwicklungen klar zu benennen und auf Grundlage internationaler Rechtsnormen zu bewerten. Maßstab hierfür ist unter anderem das deutsche Völkerstrafgesetzbuch. Nach § 6 VStGB liegt Völkermord dann vor, wenn bestimmte Handlungen – etwa das Töten von Mitgliedern einer Gruppe oder das vorsätzliche Auferlegen lebensfeindlicher Bedingungen – in der Absicht erfolgen, eine geschützte Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören. Die Prüfung, ob diese Kriterien erfüllt sind, obliegt unabhängigen internationalen Gerichten und darf politisch weder vorweggenommen noch ausgeschlossen werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Unterstützung und Stärkung internationaler Institutionen, wie des Internationale Gerichtshof, von zentraler Bedeutung. Politischer Druck oder Forderungen nach Sanktionen gegen Richterinnen und Richter gefährden die Unabhängigkeit dieser Institutionen und sind abzulehnen.

Gleichzeitig ist eine differenzierte Auseinandersetzung mit den ideologischen und historischen Hintergründen des Konflikts notwendig. Der Zionismus entstand im 19. Jahrhundert als politische Bewegung mit dem Ziel der Schaffung eines jüdischen Staates, unter anderem geprägt durch Theodor Herzl. Innerhalb des Zionismus existieren unterschiedliche Strömungen und Interpretationen, die historisch und gegenwärtig verschieden bewertet werden. Für die Partei ist dabei zentral, klar zwischen der Kritik an konkreten staatlichen Politiken und Ideologien im Zionismus einerseits und der Ablehnung von Antisemitismus andererseits zu unterscheiden. Eine solche Differenzierung ist Voraussetzung für eine glaubwürdige und verantwortungsvolle politische Positionierung.

Gleichzeitig muss die Partei ihrer eigenen Rolle als pluralistische und demokratische Organisation gerecht werden. Innerparteiliche Debatten über außenpolitische Fragen – auch kontroverse – müssen möglich sein, ohne dass Mitglieder Repression oder Ausschlussverfahren befürchten müssen. Berichte über entsprechende Verfahren, unter anderem im Landesverband Thüringen, geben Anlass, diese Praxis kritisch zu reflektieren und sicherzustellen, dass die innerparteiliche Meinungsfreiheit gewahrt bleibt.

Auch öffentliche Stellungnahmen führender Parteimitglieder, darunter Bodo Ramelow, haben innerparteilich zu Diskussionen geführt. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, Positionierungen stärker an den gemeinsamen programmatischen Grundlagen auszurichten und unterschiedliche Perspektiven konstruktiv einzubinden.

Zugleich wird das zurückhaltende Auftreten der Parteispitze in dieser Frage sowohl innerparteilich als auch öffentlich unterschiedlich bewertet. Eine klarere kommunikative Einordnung auf Basis der programmatischen Prinzipien der Partei kann dazu beitragen, Orientierung zu schaffen und die politische Glaubwürdigkeit zu stärken.

Antrag P.13: Georg Elser gehört in unsere Straßen, Plätze und Schulen – für mehr zivilgesellschaftlichen Mut und antifaschistisches Gedenken vor Ort

Antragsteller*in:	SV Leipzig

Der Parteitag möge beschließen:

Georg Elser gehört in unsere Straßen, Plätze und Schulen – für mehr zivilgesellschaftlichen Mut und antifaschistisches Gedenken vor Ort

Der Parteitag stellt fest: Erinnern ist wichtig. Nicht nur an Feiertagen, sondern mitten in unserem Leben, da, wo wir wohnen, arbeiten und wo unsere Kinder lernen.

Er stellt weiter fest: Georg Elser war kein vermeintlich großer General oder reicher Fabrikant. Er war ein Tischler, ein Handwerker aus einfachen Verhältnissen.

Dieser Mann aus kleinen Verhältnissen hat etwas getan, das unglaublich viel persönlichen Mut verlangte: Er hat mit einem Sprengstoffattentat versucht, Hitler und die versammelte NSDAP- Führungsspitze zu stoppen, weil er schon lange vor dem Überfall auf Polen gesehen hatte, dass der faschistische Größenwahn in einem verbrecherischen Weltkrieg münden wird.

Sein antifaschistisches Engagement, sein klares Nein zum Krieg und zur Nazi-Diktatur, strahlt bis in die Gegenwart aus und ist ein Vorbild für jede:n Einzelne:n, das zeigt: Man kann auch als Einzelne:r etwas Wichtiges tun. Leider kennt heute nicht jede:r Georg Elser. Er steht oft im Schatten von bürgerlichen Widerstandskämpfern aus dem Umfeld der militärischen und konservativen Eliten um Stauffenberg. Das ist historisch nicht gerecht. Gerade seine Geschichte ist eine, die uns alle angeht, weil sie den Widerstand von unten, von Menschen aus dem Volk, zeigt. Der Parteitag erklärt: Wir als Die Linke wollen, dass dieser ungeheure damalige Mut von Elser in Deutschland sichtbarer wird - in unseren Bundesländern, Städten und Gemeinden. Wir wollen die Erinnerung an Georg Elser in uns tragen, um ihn in weiterer Folge auch nach außen tragen zu können, in Gesprächen, Debatten oder sonst wo.

Deshalb bekräftigt der Parteitag der Partei Die Linke die hohe Bedeutung Georg Elsers und seines beispielgebenden Mutes und beschließt, dass sein Andenken mitten in unserer Gesellschaft stärker geehrt und aktiver gefördert werden muss.

Wir fordern unsere Mitglieder und vor allem unsere parlamentarischen Akteurinnen und Akteure auf allen Ebenen auf: Machen wir uns stark dafür, dass Georg Elser bekannter wird und sein Andenken einen festen Platz an möglichst vielen Orten bekommt.

Begründung

Ein Tischler plant im Alleingang ein Attentat auf Hitler und die versammelte NS-Führungsriege, weil er deren größenwahnsinnigen Pläne durchschaut und die kommende Katastrophe verhindern will. Er hat gesehen, wie die Nazis einen verbrecherischen Krieg vorbereiten, wie sie die Menschen brutal unterdrücken.

Sein Attentat im Bürgerbräukeller am 8. November 1939, das der versammelten NS-Spitze galt, scheiterte nur, weil die Veranstaltung aufgrund des schlechten Wetters früher als geplant endete. Elser wurde gefasst, gefoltert und kurz vor Kriegsende ermordet. Sein Schicksal steht für den

gewaltigen Preis, den der antifaschistische Widerstand bezahlen musste.

Heute versuchen rechte Kräfte wieder, Geschichte zu verdrehen und Mut klein zu reden. Elser steht für den Widerstand von unten, den Mut eines einzelnen Menschen, der sich nicht verbiegen lässt. Das ist ein starkes Signal gegen Gleichgültigkeit und Mitläufertum. Seine Herkunft macht ihn gerade für linke Politik zu einem wichtigen Symbol des Widerstands aus den Reihen der arbeitenden Menschen.

Ein Blick auf die Karte des Georg-Elser-Arbeitskreises zeigt deutlich: Die Zahl der Gedenkorte, die Elser ehren, ist in Deutschland immer noch erschreckend gering.

Wenn eine Schule Georg-Elser-Schule heißt, ist sein Name jeden Tag präsent. Schüler:innen lernen: Es gab Menschen, die haben sich quergestellt, als es gefährlich war. Wenn wir durch eine Georg-Elser-Straße gehen, werden wir erinnert: Freiheit und Demokratie sind nicht selbstverständlich, sie wurden erkämpft.

Wir als Die Linke wollen, dass dieser Mut sichtbar wird, Geschichte in unseren Gemeinden lebendig bleibt. Das ist ein aktiver Beitrag gegen rechte Geschichtsfälschung und für eine starke demokratische Gesellschaft in Deutschland.

Antrag P.14: In der Linken teilen wir grundlegende Werte

Antragsteller*in:	SV Leipzig

Der Parteitag möge beschließen:

In der Linken teilen wir grundlegende Werte

Als Mitglieder der Linken teilen wir gemeinsame grundlegende Werte.

Aus diesen ergibt sich unter anderem, dass wir keine Antisemit*innen, keine Rassist*innen, keine Nationalist*innen und keine Faschist*innen sind. Wir sind Verfechter*innen des demokratischen Sozialismus. Aus dem Teilen dieser grundlegenden Werte entsteht ein Grundvertrauen, welches sehr wichtig für unsere gemeinsame Parteiarbeit ist.

Wenn uns dieses Grundvertrauen über Konflikte in einzelnen Themenbereichen verloren geht, verlieren wir die Zukunft unserer Partei.

Dann gäbe es keine wirkmächtige politische Kraft mehr, die den Widerstand gegen den Kapitalismus und Faschismus organisieren könnte. Lasst uns das gegenseitige Vertrauen in unsere Grundlegenden Werte auch in unsere linken Gruppen außerhalb der Partei tragen und für sichere Räume sorgen, in denen wir ohne Angst diskutieren können.

Indem wir an ganz vielen verschiedenen Orten Deutschlands konkrete Hilfsangebote für die Menschen in unseren Kiezen und so die Menschen selbst organisieren, haben wir genau jetzt die Möglichkeit eine solidarische Bewegung zu starten, mit der wir den Aufstieg der Faschisten stoppen können. Dazu brauchen wir uns Alle! Niemals allein, immer gemeinsam

Begründung

Wir sind über die Art und Weise wie Linke in einzelnen Debatten miteinander umgehen, zutiefst erschrocken und entsetzt. Sei es auf social Media, über verschiedene Medienanbieter oder auf gemeinsamen Parteitagen. Andere Sichtweisen innerhalb des linken Spektrums werden teils

aggressiv angegangen und die Personen dahinter, werden mittels Zuweisungen einzelner Begriffe, in Schubladen gesteckt. Wenn sich dieser Umgang unter uns Linken manifestiert, ist die Zukunft unserer Partei gefährdet. Es entstehen tiefe Risse und Genoss*innen trauen sich nicht an Debatten teilzunehmen, weil sie sich fürchten, falsch verstanden zu werden oder sich in einen Lagerkampf zu begeben. Doch sind die Gedanken dieser Genoss*innen genauso wichtig für die Positionsfindung der Linken, wie die Gedanken derer, die sich aktiv beteiligen.

Genau jetzt, wo der Kapitalismus immer autoritärer wird, Rechtsradikale weltweit an Macht und Einfluss gewinnen, Rechte von Flinta* unter Druck geraten und die Klimaziele mit Anlauf verfehlt werden, brauchen wir die gesamte Linke und uns Alle mehr denn je.

Antrag P.15: Das Leben organisieren. Die Linke ist eine feministische Partei

Antragsteller*in:	BAG Antikapitalistische Linke, Feministische Kommission, linksjugend ['solid] und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Das Leben organisieren. Die Linke ist eine feministische Partei

„Wir haben uns zusammengeschlossen zu einer neuen politischen Kraft, die für Freiheit und Gleichheit steht, konsequent für Frieden kämpft, demokratisch und sozial ist, ökologisch und feministisch." So steht es im Erfurter Programm. Und weiter: „Die Linke versteht sich als sozialistische und feministische Partei, die patriarchale und kapitalistische Verhältnisse überwinden will." Dieses Bekenntnis haben wir 2011 in unserem Programm verankert, auch wenn es lange mehr Leitidee als in der Breite gelebte Parteipraxis war. Gleichzeitig kämpfen zahllose Menschen in der LINKEN für einen sozialistischen Queer-Feminismus, und sind schon viele Jahre in den feministischen Strukturen unterwegs.

#LinkeMeToo war für einige ein Schock, andere waren weniger überrascht von der Erkenntnis, dass patriarchale Strukturen und sexistisches Verhalten auch unsere politische Praxis durchziehen. In jedem Fall war es ein Weckruf, der schließlich für einen lange überfälligen Prozess genutzt werden konnte: Es wurden Strukturen hinterfragt, interne Prozesse geöffnet und Maßnahmen ergriffen. Der Leitfaden zum Umgang mit Fällen von Sexismus, die Einrichtung der feministischen Kommission, Vertrauensgruppen und andere Instrumente sind dabei enorm wichtige Schritte, doch: Veränderung braucht noch mehr.

Die zu tausenden neu eingetretenen Genoss*innen sind zumeist jung und weiblich. Bei Frauen unter 25 liegt Die Linke in Wahlumfragen derzeit bei 37 %! Der Kurswechsel, den die Partei seit der Trennung vom Wagenknecht-Flügel 2023 vollzogen hat, hat sie endlich auch für queere und trans* Personen sowie für Migrant*innen und Menschen, die von Rassismus betroffen sind, zur stabilen Bündnispartnerin gemacht. Nun müssen wir liefern. Und tatsächlich bietet sich erstmals die Chance für eine echte queer-feministische Erneuerung der Linken nach innen. Dazu gehört zunächst eine Veränderung der Parteipraxis – von Listenaufstellungen und Personalentscheidungen über Kampagnenformen bis hin zu Arbeitsweisen und dem Umgang mit internen Hierarchien. Vieles ist schon im Gange. Wir haben viele FLINTA (FLINTA steht für Frauen, Lesben,

inter, nicht-binäre, trans* und agender Personen und ist ein Sammelbegriff für all diejenigen, die von patriarchalen und cis- wie heteronormativen Geschlechterverhältnissen in besonderem Maße betroffen sind) in öffentlich sichtbaren Positionen, die in der Kommunikation auch offensiv nach vorn gestellt werden. Aber eine feministisch gelebte Praxis muss sich überall gut verankern können. Es ist das alltägliche Miteinander, das feministisch, anti-rassistisch, queer- und trans* inklusiv gestaltet werden muss.

Eine solche feministische Erneuerung nach innen ist ein großer Schritt. Darüber hinaus braucht es ein überzeugendes queer-feministisches Programm nach außen, das patriarchale, binäre sowie hetero- und cis-normative Geschlechterverhältnisse als zentrale Säule kapitalistischer Herrschaft erkennt, analysiert und konsequent bekämpft. Und zwar gleichrangig, nicht nachgeordnet. Es braucht unsere kollektive Anstrengung, herauszuarbeiten, wie eine solche queer-feministische Perspektive in den unterschiedlichen Themenfeldern aussehen kann – auch bei den „Brot und Butter" Themen wie Miete, Strom- und Lebensmittelpreise, knappe Kitaplätze oder sozialstaatliche Leistungen. Elementar ist dabei: Wie können wir sie überzeugend in die Gesellschaft hinein kommunizieren? Wir müssen Formate schaffen, um queer- und trans*feministische Perspektiven in unsere Politikangebote gründlich ‚einzuweben', statt sie nur ‚mit zu nennen'.

Die genannten Herausforderungen stellen sich insbesondere angesichts der Bedrohung durch die steigende Macht der Rechten. Faschistische Bewegungen und Parteien weltweit machen Geschlechter-, Familien und Migrationspolitiken zum zentralen Kampffeld, um für ihre menschenverachtende Agenda zu mobilisieren. Sie konstruieren ein Bild von faschistischen Körpern, von biologistischer Zugehörigkeit sowie von einer cis- und heteronormativen Geschlechterordnung. Alle Menschen, die in dieses starre Bild nicht passen, erklären sie zu ‚inneren Feinden', die ausgegrenzt, diskriminiert und verfolgt werden. Gegen diese rechte Hetze müssen wir solidarisch zusammen stehen. Es gilt unsere sozialen Themen nach vorne zu stellen und an den Alltagsproblemen der arbeitenden Menschen anzusetzen. Das bedeutet aber auch, die Rechte dort zu konfrontieren, wo es um Rassifizierung, um Formen des Zusammenlebens, um Sorgeverhältnisse und ja auch um Fragen der Identität geht – diese sind aus linker Sicht nicht nachgeordnet, sondern zentraler Teil der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse. Auch im Leben der Menschen lassen sie sich von ‚sozialen Fragen' nicht trennen. Geschlechterverhältnisse, Migrationsregime, aber auch Körpernormierung und Leistungsideologie sind daher elementare Säulen kapitalistischer Ökonomie und Herrschaft. Wie wir konkrete Ideen und politische Angebote für solidarische Alternativen zum faschistischen Narrativ ins Spiel bringen, gilt es zu diskutieren.

Mit diesem Papier wollen wir eine Debatte über all diese Fragen anregen, über verschiedene Zugänge zu einem sozialistischen Queer-Feminismus und Möglichkeiten, diesen auch in lokaler Parteipraxis sichtbar zu machen. Wir wünschen uns, dass die Debatte immer respektvoll im Ton, aber lebhaft und kontrovers in der Sache ist. Sie soll auf den unterschiedlichsten Ebenen der Partei Die Linke und unter Einschluss so vieler Personen wie möglich geführt werden.

Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse sind Klassenverhältnisse

Im Kapitalismus sind Geschlechterverhältnisse keine ‚private' Angelegenheit, und erst

recht keine Frage der Identität von einzelnen, sondern sie sind zentraler Bestandteil der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse. Denn neben der Güterproduktion, die unter kapitalistischen Bedingungen als Warenproduktion organisiert ist, gibt es die „Produktion des Lebens“ selbst (Frigga Haug). Zu letzterer gehören alle Tätigkeiten, die das Leben erhalten. Sie umfassen das Großziehen von Kindern, die Pflege und Unterstützung von alten, kranken und behinderten Menschen, aber auch die täglichen Verrichtungen, wie kochen, waschen, sauber machen genauso wie die emotionale und körperliche Sorge für uns selbst und die uns nahestehenden Menschen. Oft werden diese Tätigkeiten als Sorge- oder Reproduktionsarbeit bezeichnet.

Zwei-geschlechtliche Arbeitsteilung

Die kapitalistische Trennung in Produktion und Reproduktion basiert auf einer historisch tief verwurzelten Teilung der Arbeit in vermeintliche ‚Frauen-‘ und ‚Männerarbeit‘. Die genannten sorgenden Tätigkeiten werden von weiblichen Personen erledigt und diese auf die häusliche Sphäre beschränkt. Ihre Arbeit wird als weniger wertvoll angesehen, denn was aus Liebe geschieht, kostet nichts. Männer hingegen dominieren die öffentlichen Bereiche, die Politik und die Wirtschaft. Diese Hierarchien sind nicht nur historisch entstanden, sondern werden bis heute durch kulturelle,

rechtliche und ökonomische Strukturen stabilisiert und befördert. Das Ehegattensplitting etwa, die ungleiche Bezahlung, die gesellschaftliche Erwartung an Frauen als Hauptverantwortliche für Haushalt, Erziehung und Pflege – all das sind gesellschaftliche Folgen dieser Arbeitsteilung.

Sorgearbeit macht Menschen zu Frauen

Es geht jedoch um weit mehr als nur um eine ungerechte Art, notwendige Aufgaben zu verteilen. Die „zwei-geschlechtliche Arbeitsteilung“ stellt ein tief in die kapitalistische Produktionsweise eingelassenes Ausbeutungsverhältnis dar, und bildet außerdem die Grundlage hierarchischer und damit auch gewaltvoller Geschlechterverhältnisse. Denn dadurch, dass die genannten Sorge-Tätigkeiten einer Gruppe von Menschen zugewiesen werden, wird diese Arbeit mit einem Geschlecht quasi natürlich verkoppelt. Im täglichen Tun werden die Sorgenden zu Frauen ‚gemacht‘, während diejenigen, die die Arbeit außerhalb des Hauses verrichten – auf dem Feld, im Krieg, in der Politik oder in der Lohnarbeit – als Männer gelten. Anders als häufig behauptet, folgt dies nicht einer quasi natürlichen Eignung („Frauen sind einfach empathischer und emotionaler“), sondern umgekehrt: Diese Zuschreibungen werden als Rechtfertigung herangezogen, damit weiblich sozialisierte Personen, die weniger wertgeschätzten Tätigkeiten ohne oder für wenig Geld verrichten – schließlich sei es ‚ihre Bestimmung‘. Ihnen wird eine nachgeordnete Stellung in der Gesellschaft quasi körperlich eingeschrieben. Und mit der Abwertung der Arbeiten werden auch die Menschen, die sie verrichten abgewertet.

Die Arbeit, die alle andere Arbeit erst möglich macht

Die feminisierte Sorgearbeit bildet außerdem die Voraussetzung dafür, dass im Kapitalismus überhaupt ‚produktive‘ Lohnarbeit verrichtet werden kann: Sie erhält und reproduziert die Ware Arbeitskraft. Ihre systematische Abwertung, Privatisierung, Unsichtbarmachung und Externalisierung (z.?B. auf migrantische Arbeitskräfte oder per Anwerbeabkommen auf Personen, die angesichts von postkolonialer Konstellation und

globaler Arbeitsteilung wenig Alternativen haben) dient dazu, den Preis dieser Arbeit niedrig zu halten, damit auch die Lohnkosten in der kapitalistischen Produktion insgesamt zu senken und entsprechend Profite zu erhöhen. Die Zuweisung von Sorgearbeit entlang von Geschlecht, Herkunft und Körpernorm schafft also ein Herrschaftsverhältnis, das im Alltagsleben reproduziert wird und daher als ‚natürlich' erscheint, obwohl es zutiefst ökonomisch und gesellschaftlich strukturiert ist. Ohne unbezahlte und schlecht bezahlte Reproduktionsarbeit kann kapitalistische Produktion nicht funktionieren.

Arbeitsteilung macht Geschlecht

Schließlich entsteht durch diese Arbeitsteilung nicht nur ein hierarchisches Verhältnis, sondern das binäre, sowie cis- und heteronormative Geschlechterverhältnis als solches, wird durch die geschlechtliche Arbeitsteilung geformt. Geschlecht erscheint darin als eine biologische Eigenschaft statt als Bündel gesellschaftlicher Aufgaben oder Tätigkeiten. Damit verbindet sich die kulturell fest verankerte Vorstellung, dass es lediglich zwei klar differenzierte Geschlechter gäbe, wo selbst der Stand biologischer Mainstream-Forschung davon ausgeht, dass Geschlecht als ein Spektrum existiert. All das ist Ergebnis gesellschaftlicher Verhältnisse, die sich mit dem Entstehen der bürgerlichen Gesellschaft so herausgebildet haben. Durch patriarchale Strukturen, Eigentumsverhältnisse und kulturelle Normen werden sie im Laufe der Geschichte zwar immer wieder angepasst, haben aber eine extreme Festigkeit.

Als Linke stellen wir die binäre Geschlechterordnung sowie die mit ihr einher gehenden Hierarchien und Abwertungen in Frage. Wir erkennen an, dass Geschlecht kein biologisches Schicksal ist, sondern sozial hergestellt, durch tradierte Normen wie rechtliche Anordnungen geformt und politisch genutzt wird, um Herrschaft zu sichern. Die geschlechtliche Arbeitsteilung ist daher eine gesellschaftliche Form, in der sich Geschlechterrollen verfestigen, die wiederum die Grundlage für patriarchale Strukturen und cis- sowie heteronormative Gewaltverhältnisse bilden. Ein sozialistischer Queer-Feminismus setzt sich dafür ein, diese Zuschreibungen aufzulösen. Dies ist Kern eines sozialistischen Befreiungsprojekts und alles andere als „Lifestyle". Wir sprechen von sozialistischem Queer-Feminismus, um nicht nur die patriarchale Hierarchie, sondern auch die gewaltvolle Setzung eines binären Geschlechtermodells anzuprangern. Es geht darum, die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu verändern, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung und Identität oder ihrer (sozialen) Herkunft gleichberechtigt ein gutes Leben führen können.

Klassenverhältnisse überwinden – Sorgearbeit vergesellschaften

Wenn Geschlechterverhältnisse Produktionsverhältnisse sind, dann sind sie auch Klassenverhältnisse. Denn wer die unbezahlte Sorgearbeit leistet – oder auf welche Weise sie bezahlt und organisiert wird – entscheidet über Zugang zu Ressourcen, Zeit, soziale Anerkennung und politische Handlungsfähigkeit. Es geht uns Linken auch, aber bei weitem nicht nur um Gleichstellung innerhalb des bestehenden Systems, sondern um eine Veränderung von dessen ökonomischen, rechtlichen und kulturellen Grundlagen. Dazu gehört es zwingend, die Trennung von Produktion und Reproduktion und deren jeweilige Verkopplung mit einem als natürlich gedachten Geschlecht zu überwinden. Konkret heißt das, Sorgearbeit muss in gesellschaftliche Verantwortung genommen werden, statt sie den Haushalten und darin den als Frauen markierten Menschen

zuzuweisen. Sorgearbeit zu vergesellschaften bedeutet daher für Befreiung zu kämpfen – sowohl von gewaltvollen, binären sowie hetero- und cis-normativen Geschlechterverhältnissen, als auch von herrschaftlichen Klassenverhältnissen. Und zwar, indem:

- Care-Arbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit kollektiv getragen wird – nicht individuell, familiär oder durch migrantische Dienstbotenarbeit;
- sie nicht mehr profitorientiert organisiert wird, sondern stattdessen gemeinwohlorientiert, demokratisch geplant und gerecht verteilt;
- sie nicht länger an Körper, geschlechtliche Zuschreibungen oder Migrationsgeschichten geheftet wird, die sie durch den Kapitalismus ausbeutbar macht.

Für eine Vergesellschaftung von Sorgearbeit! Was heißt das?

In Zeiten neoliberaler Individualisierung und faschistischer Rückschläge in der Reproduktionspolitik bietet die Vergesellschaftung von Sorgearbeit ein antikapitalistisches, verbindendes Projekt, das konkrete Verbesserungen im Alltag (Zeit, Entlastung, Anerkennung, höhere Löhne, bessere Versorgung) mit der Perspektive auf eine grundlegend andere Gesellschaft verknüpft. Sie bringt verschiedene Kämpfe zusammen – feministische, queere, migrantische, antirassistische, antiklassistische – und stellt ihnen einen kollektiven Horizont zur Seite: Eine andere Ökonomie, in der Pflege, Fürsorge und Beziehungen nicht mehr als ‚nachrangig' behandelt werden, als private Last oder Ware, sondern in der sie an erster Stelle stehen, im Zentrum unseres politischen Handelns und in öffentlicher Verantwortung liegen, sowie als gemeinschaftliches Gut verstanden werden.

Denn Vergesellschaftung von Sorgearbeit heißt auch: Demokratisierung der sozialen Reproduktion. Weg von staatlicher Kontrolle und marktgetriebener Dienstleistung, hin zu sorgenden und solidarischen Städten, Pflegenetzwerken in öffentlicher Hand, transformativen Bündnissen in der Nachbarschaft, die aus der Perspektive derjenigen denken, die täglich für das (Über)Leben sorgen – und dabei systematisch ausgeschlossen, entwertet oder entrechtet werden.

Für eine mögliche politische Kampagne könnte das bedeuten:

- „Doppelte Entprivatisierung" von Sorgearbeit, d.h. einerseits: keine Verschiebung ins feminisiert Private und in die Haushalte, und andererseits: kein Profit mit Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung und Assistenz; stattdessen Gemeinwohlorientierung von Care-Infrastrukturen auf allen Ebenen; öffentliche Verantwortung für Sorge jenseits einer bevormundenden und passivierenden Logik, die mit sozialstaatlichen Leistungen oft einher geht; öffentliche Orte und Ressourcen für kollektive und nicht-familiarisierte Formen des Sorgens schaffen;
- Keine weitere Verschiebung der Care-Krise an Menschen und Länder der Peripherie (global care chains) – statt Überausbeutung heißt dies, gute Arbeitsverhältnisse für Migrant*innen bspw. in kommunalen Pflegeagenturen oder Pflegegenossenschaften;
- Sorgende Städte und Solidarity Cities als konkrete Utopie und lokale Bündnisse für eine solche Demokratisierung von sozialen Infrastrukturen und für den Schutz vor Abschiebepolitik und rassistischer Gewalt; dies bedeutet auch eine Sicherung von Nahversorgung, eine Gesundheitsversorgung für alle, kurze Wege, und die

Aneignung des städtischen Raums gegen die Stadt der Ausschlüsse und der Verdrängung, in der die Höhe der Renditen über Stadtentwicklung entscheidet; soziale Netze können so in den Nachbarschaften gestärkt werden und die Grundlage für politische Teilhabe gegen Ohnmacht und Politikfrust darstellen;

- Die Debatte um demokratische Sorgeinfrastrukturen und eine Vergesellschaftung von Sorgearbeit hat zahlreiche Überschneidungen mit den Diskussionen zu Transformativer Gerechtigkeit und der in unterschiedlichen Feldern geführten Debatte um „Abolition“ („Transformative Gerechtigkeit“ ist ein Begriff, der in den USA geprägt wurde und sich kritisch mit polizeilicher Gewalt sowie der Kontrolle und Repression durch Sozialsysteme auseinandersetzt, bzw. diesen ein selbstorganisiertes und sorgendes System der Sicherheit entgegen stellt). Diese müsste für hiesige Verhältnisse konkreter gefasst und weitergedacht werden.

Queer-Feministische Handlungsfelder für Die Linke:

In der letzten Bundestagswahl Februar 2025 lag der Zweitstimmenanteil für die Linke bei Frauen bundesweit bei 11 %, verglichen mit 7 % bei Männern. Bei Wählerinnen zwischen 18 und 24 Jahren wurde die Linke mit gut 37% deutlich stärkste Kraft. Das muss auch in unserer Politik, nicht zuletzt bei der Erstellung des Parteiprogramms eine Rolle spielen. Ausgehend von der oben genannten These „Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse, sind Klassenverhältnisse“ bedeutet das, dass das neue Programm in allen Kapiteln und Themenfeldern eine queer-feministische Sicht braucht mit den entsprechenden Forderungen.

Konkrete Forderungen könnten z.B. sein:

- Kommunale Sorgezentren statt einer Stadt der Investoren: Öffentlich finanzierte und/oder gemeinwohlorientierte Sorgezentren, die alle Formen der Sorgearbeit (etwa Pflege, Kinderbetreuung, Assistenz, Nachbarschaftshilfe, queer-feministische Gesundheitsangebote, Austauschformate bspw. zu Neurodivergenz, Transition, ME/CFS, Endometriose oder andere wenig beachtete Erkrankungen, etc.) zusammenfassen und kollektiv organisieren. Ziel ist die Vergesellschaftung, also die Entprivatisierung und kollektive wie demokratische Organisation von Sorgearbeiten aller Art, um die patriarchale Arbeitsteilung aufzubrechen; die Sorge um uns und andere muss Ausgangspunkt linker Politik und der Idee einer besseren Gesellschaft sein; dazu gehört auch: gegen Kürzungen von sozialen Projekten, Nahversorgung sichern, feministische Stadt von unten, Aufbau einer solidarischen Nachbarschaft (auch gegen die rechte Politisierung der Krise sozialer Reproduktion).
- Besser leben mit Kindern – Familie für alle Fokus auf (queere) Mehrelternfamilien sowie Alleinerziehende und solidarische Lebensformen, zu denen fast immer auch ein größeres soziales Netz aus Freund*innen, Nachbar*innen und Wahlfamilie gehört; Förderung von rechtlicher Anerkennung und finanzieller Unterstützung für Mehr-Eltern-Modelle, Regenbogenfamilien und andere Formen „Familien“ zu leben - mit und ohne Kinder. Damit wird die traditionelle Zweigeschlechterfamilie durch eine vielfältige, solidarische Familienpolitik ersetzt, die alle Lebensmodelle und Beziehungsweisen anerkennt. Dazu gehört an erster Stelle eine kostenfreie, qualitätsorientierte Kinder-Betreuung; aber auch Hausaufgabenbetreuung sowie Nachmittagsangebote sind gerade für Familien mit wenig Einkommen existentiell; wichtig ist insgesamt eine finanzielle Absicherung

von Menschen in Sorgeverantwortung zu der auch der Abbau von Klage- und Beantragungshürden gehört.

- Geschlechtergerechte Arbeitszeitverkürzung Das heißt, „kurze Vollzeit“ von ca. 30 Stunden für alle und rechtliche Regularien, die dafür sorgen, dass zeitliche Spielräume auch tatsächlich für eine geschlechtergerechte Art des Sorgens genutzt werden.
- Profitverbot in der Pflege Gemeinwohlorientierung in ambulanter und stationärer Pflege, verschränkt mit lokaler Migrationspolitik und Politiken gegen eine weitere Ausbeutung globaler Care-Chains; Unterstützung pflegender Angehöriger durch gezielte Weiterbildungsangebote und Supervision; Abschaffung Pflegegrad I.
- Aufwertung aller feminisierten Tätigkeiten in Pflege, Kita, aber auch Reinigung und Einzelhandel; dort wo sie im öffentlichen Auftrag erledigt werden, müssen Vergaberichtlinien für angemessene Bezahlung sorgen; die gesellschaftliche Bedeutung von Sorgearbeit sollte über gezielte Öffentlichkeitsarbeit in Form einer Kampagne begleitet werden.
- Geschlechterinklusive Gesundheitsförderung Förderung von geschlechterinklusiver und trans*inklusiver Gesundheitsversorgung sowie von Forschung für weiblich gelesene Körper bei allgemeinen und spezifischen Erkrankungen, Symptomwissen und Medikamenten.
- Gewaltschutz für alle, unabhängig vom Aufenthaltstitel und am Bedarf orientieren; Humanitäre Visa für queere Personen und von Gewalt betroffene Frauen; Konsequente Umsetzung der Istanbulkonvention – auch in Sorgerechtsverfahren; das Recht auf Umgang darf nicht über das Recht auf Schutz gestellt werden; Schutzlücken im Gewalthilfegesetz schließen, Gewaltschutz für alle Denken – unabhängig von Geschlechtsidentität und Aufenthaltstiteln; Einbezug von queerfeministischen, antirassitischen Perspektiven auf Debatten um die Sicherheit im öffentlichen Raum, Gegenentwürfe zu Law and Order Ansätzen: Transformative Gerechtigkeit: Was macht uns wirklich sicher?
- Demokratieprojekte dauerhaft und nachhaltig fördern, um demokratische Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen zu ermöglichen.
- Militarisierung der Gesellschaft und einer Re-Traditionalisierung von Geschlechterrollen zur Herstellung der Wehrhaftigkeit im Spannungs- und Verteidigungsfall entgegentreten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P.16: Freier sind keine Genossen!

Antragsteller*in:	KV Herford, KV Köln, KV Landsberg und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Freier sind keine Genossen!

Die Linke strebt eine Gesellschaft an, in der die Geschlechter gleichgestellt sind und in der Sexualität frei und gleichberechtigt gelebt werden kann und keine Ware ist.

Freiertum ist mit unserem feministischen und emanzipatorischen Selbstverständnis unvereinbar. Wir lehnen die Inanspruchnahme von Prostitution entschieden ab, da sie Ausdruck patriarchaler, kapitalistischer und rassistischer Machtverhältnisse, ökonomischer Ungleichheit und struktureller Gewalt ist. Freiertum sorgt für die Aufrechterhaltung von Menschenhandel und Zuhälterei. Den Betroffenen fügen Freier in der großen Mehrheit der Fälle schwere Traumata und körperliche wie psychische Schäden zu.

Wir beschließen daher:

1. Die Partei Die Linke positioniert sich klar gegen Freiertum und erkennt es als Bestandteil patriarchaler, rassistischer und kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse an.
2. Mitglieder, die wissentlich und willentlich Prostitution nachfragen, handeln entgegen den politischen Grundwerten der Partei.

Begründung

Als feministische und emanzipatorische Partei lehnen wir Freiertum entschieden ab. Prostitution ist Ausdruck patriarchaler Machtverhältnisse und wirtschaftlicher Ungleichheit. Sie widerspricht unserem Ziel einer Gesellschaft, in der Menschen nicht durch Geld, Geschlecht oder soziale Lage in Abhängigkeitsverhältnisse gezwungen werden. 27 Prozent aller Männer in Deutschland haben schon mal für Sex bezahlt. Wer dies tut, trägt zur Aufrechterhaltung dieser Strukturen bei. Ein solcher Umgang mit Sexualität steht im Widerspruch zu den Grundwerten der Linken. Die spanischesozialistische Partei PSOE hat ihren Mitgliedern den Sexkauf bereits untersagt, um glaubwürdig für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung einzutreten. Auch die Linksjugend steht seit 2021 auf dem Standpunkt, dass die patriarchale Institution des Freiertums abgeschafft gehört. Die Linke sollte als feministische Partei deutlich machen, dass Freiertum und solidarische, gleichberechtigte Politik unvereinbar sind.

Antrag P.17: Einrichtung eines Newsletters der bundesweiten Zusammenschlüsse

Antragsteller*in:	BAG Grundeinkommen, BAG LiSA, BAG Ökologische Plattform und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Einrichtung eines Newsletters der bundesweiten Zusammenschlüsse

Der Parteivorstand und ausführend die Bundesgeschäftsstelle werden beauftragt, ein digitales Informationsformat („Newsletter der Zusammenschlüsse“) als eigenständiges Projekt einzurichten.

Der Newsletter soll alle zwei Monate an alle Mitglieder verschickt werden. Eine gesonderte Anmeldung (Opt-in) ist nicht erforderlich.

Die Bundesgeschäftsstelle stellt die technische Infrastruktur bereit und gewährleistet den zuverlässigen Versand an alle Mitglieder, deren eMail-Adresse vorliegt.

Die inhaltliche Hoheit liegt bei den Zusammenschlüssen. Beiträge werden als „Anreißertexte“ mit Verlinkungen zu weiterführenden Dokumenten zugeliefert. Eine inhaltliche Selektion durch die Bundesgeschäftsstelle findet nicht statt; alle fristgerecht eingegangenen Beiträge der anerkannten Zusammenschlüsse werden aufgenommen.

Um die Ressourcen der Bundesgeschäftsstelle zu schonen, bieten die Zusammenschlüsse an, die redaktionelle Zusammenstellung und Aufbereitung der Beiträge selbst zu organisieren.

Begründung

Dieser Antrag will eine transparente, moderne und partizipative innerparteiliche Kommunikation verbessern. Ziel ist es, die Zusammenschlüsse bei allen Mitgliedern bekannt zu machen, ihre fachpolitische Expertise für die gesamte Mitgliedschaft sichtbar zu machen und in der Folge die innerparteiliche Willensbildung durch fachliche Impulse zu stärken. Die Bundesarbeitsgemeinschaften produzieren fachpolitische Expertise und führen inhaltliche Debatten, die bisher oft nur einen kleinen Kreis von Spezialistinnen erreicht. Durch den Newsletter wird diese Expertise für die gesamte Basis erfahrbar. Dies stärkt nicht nur die Ausformulierung politischer Inhalte, sondern fördert auch die innerparteiliche Vernetzung und die Identifikation der Mitglieder mit der inhaltlichen Vielfalt unserer Partei. Das Projekt stellt eine kostengünstige Methode dar, die innerparteiliche Demokratie und Partizipation zu stärken.

Antrag P.18: Krieg und Aufrüstung ohne uns!

Antragsteller*in:	BAG Senior*innenpolitik und Linksjugend [`solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Krieg und Aufrüstung ohne uns!

Deutschland rüstet wieder auf. In den letzten Monaten wurden Milliarden für Waffen locker gemacht, junge Menschen werden in die Bundeswehr gedrängt und der Militärapparat sowie die Rüstungsindustrie wachsen rasant. Alles das geschieht, während Schulen und Universitäten auseinanderfallen, Züge verspätet oder gar nicht kommen, Pflege unbezahlbar wird und Menschen verzweifelt gegen die sich verschlimmernde Klimakrise anschreien. Der Sozialstaat wird angegriffen wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Wehrpflicht wird aktiv vorbereitet und das zivile Leben militarisiert. Jetzt nimmt sich die Bundesregierung auch noch heraus, darüber zu entscheiden, ob Männer im wehrfähigen Alter das Land für länger als 3 Monate verlassen dürfen.

Die Wiedereinführung der Wehrplicht ist de-facto beschlossen.

Als Antwort haben sich in den letzten Monaten im Rahmen der "Schulstreik gegen die Wehrpflicht"-Kampagne in ganz Deutschland Streikkomitees gegründet, in welchen sich Schüler*innen organisieren und Streiks gegen die Wehrpflicht koordinieren. Mit den

Protesten häufen sich auch Repressionen gegen die Protestierenden. Die für ihr Engagement von Repressionen betroffenen Schüler*innen haben unsere volle Solidarität!

Anders als es CDU, CSU und Konsorten den Menschen weismachen wollen, ist die aktuelle soziale Zuspitzung kein Generationenkonflikt. Dieselben Genoss*Innen, welche schon vor Jahrzehnten gegen Vietnamkrieg, Atomwaffen und für Frieden demonstriert haben, stehen auch heute an unserer Seite. Es geht nicht um „Rente oder Bildung". Das Problem liegt dort, wo die Herrschenden in Krisenzeiten versuchen, auch Jung und Alt in einen Konkurrenzkampf zu zwingen. Dem sagen wir den Kampf an! Gemeinsam benennen wir als Bundesarbeitsgemeinschaft Senior*innen und Linksjugend solid, wo der Hauptfeind steht. Im eigenen Land, überall dort, wo das ausbeuterische System seine hässliche Fratze zeigt.

Der Parteitag möge beschließen:

Die Linke muss im Kampf gegen die Aufrüstung auf allen Ebenen stärker wirken und gesehen werden!

1. Alle Stadt- und Kreisverbände unterstützen die Schülerstreiks gegen die Wehrpflicht vor Ort durch:

- Kontaktaufnahme zu den Organisator*innen
- materielle und technische Unterstützung (Räume, Technik, Finanzierung, Werbung über die Netzwerke der Partei und Bündnispartner, Druckmaterialien)
- gemeinsame Mobilisierung und Teilnahme älterer und jüngerer Genoss*innen
- Wo möglich, Organisation von Rechtsbeistand für im Rahmen der Streiks von Repressionen Betroffene durch die bereits existierenden Kriegsdienstverweigerungsberatungen.

2. Der Parteivorstand ergreift gezielt Maßnahmen, um die Aktionsfähigkeit der Stadt- und Kreisverbände vor Ort zu stärken:

- Der Parteivorstand organisiert konkrete Bildungsangebote zu Antimilitarismus, zur Geschichte von Kriegen und der Friedensbewegung im 20. Jahrhundert, zu europäischen Streikbewegungen und zu Debatten über den politischen Streik.
- Ein zentrales Infopaket und ein Stickerpaket der Bundespartei gegen Wehrpflicht, Aufrüstung, Zwangsdienste und Militarismus werden erarbeitet. Außerdem wird der Bundesflyer zum Thema als Teil dessen aktualisiert.
- Der Parteivorstand bildet eine Arbeitsgruppe, welche bei der Erarbeitung des Materials unterstützt und für die Bildungsangebote gemeinsam mit dem Jugendverband solid, der BAG Senior*innenpolitik und anderen BAGen der Partei einen Themenplan und ein Rahmenkonzept, einschließlich der Finanzierung, erarbeitet.

3. Der Parteivorstand wird aufgefordert, die Kreisvorsitzenden in einer Videokonferenz über das Bildungsangebot zu informieren, sowie die Flyer und Sticker in allen Gliederungen und Medien der Partei zu verbreiten.

Antrag P.19: Diätenbegrenzung

Antragsteller*in:	Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Diätenbegrenzung

1. Die Abgeordneten der Partei Die Linke im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament sind dazu verpflichtet, ihre monatlichen Bezüge aus der Abgeordnetendiät auf ein Arbeitnehmerbrutto äquivalent zum aktuellen Durchschnittslohn (arithmetisches Mittel) zu begrenzen. Damit unterscheidet sich der ausgezahlte Nettobetrag entsprechend der Lebenssituation der jeweiligen Abgeordneten.

1.1. Um zusätzlich der individuellen Situation von Abgeordneten mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen Rechnung zu tragen, erhöht sich dieser Beitrag, angelehnt an das Konzept der Linken für die Kindergrundsicherung, um derzeit 350,00€ netto pro Kind und/oder pflegebedürftigen Angehörigen. Für Kinder gilt diese Regelung bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, beziehungsweise bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres, wenn sich das Kind noch in Ausbildung befindet.

1.2. Bei außerordentlichen finanziellen Belastungen können Ausnahmeregelungen mit dem*der Bundesschatzmeister*in vereinbart werden.

2. Bezüge aus der Abgeordnetentätigkeit, die nach allen Abzügen (Steuern, Versicherungen etc.) über diesen Betrag hinausgehen, werden in einen Sozialfonds überführt. Falls dies nicht vollumfänglich möglich ist, sollen die Mittel in Absprache mit den jeweils zuständigen Kreis- oder Landesverbänden an lokale soziale und politische Initiativen gespendet werden. Die Mittel aus den Sozialfonds sollen insbesondere zur Unterstützung von Menschen in sozialen Notlagen im Rahmen von Sozialberatungen verwendet werden, die von den Abgeordneten, deren Mitarbeitenden und/oder in Zusammenarbeit mit den örtlichen Angeboten von Die Linke hilft angeboten werden. Die konkrete Ausgestaltung und Verwendung der Mittel aus den Sozialfonds erfolgt durch die jeweiligen Abgeordneten, beziehungsweise deren Mitarbeitenden, vor Ort in Zusammenarbeit mit den örtlichen Beratungsangeboten von Die Linke hilft.

3. Die Bundespartei stellt rechtssichere Rahmenbedingungen für die Verwaltung und Verwendung der Sozialfonds bereit. Sie entwickelt hierzu Handreichungen und Mindeststandards, insbesondere zur transparenten Mittelverwendung sowie Modelle zur unbürokratischen Verwendung von Mitteln für die Unterstützung von Menschen und Projekten vor Ort.

4. Steuerfreie Kostenpauschalen sind von diesen Regelungen ausgenommen. Die Abgeordneten verpflichten sich, diese Pauschalen für politische Arbeit zu verwenden und Transparenz über die Verwendung herzustellen.

5. Wir betrachten die Regelung für alle Abgeordneten der Partei Die Linke im Deutschen Bundestag sowie für die Mitglieder des Europäischen Parlaments als verbindlich.

6. Der Parteitag begrüßt Bestrebungen, auch Regelungen für Abgeordnete anderer Ebenen zu finden, um so einen flächendeckenden Aufbau von Sozialfonds voranzutreiben. Die bereits gewählten Abgeordneten im Deutschen Bundestag sowie im Europäischen Parlament

sollen die hier getroffenen Regelungen bereits jetzt umsetzen.

Begründung

Als Partei haben wir uns vorgenommen, eine Partei für und mit der arbeitenden Klasse zu sein. Schritte hin zu diesem Selbstverständnis haben wir auf dem Parteitag im Mai 2025 miteinander festgelegt. Ein zentraler Bestandteil dieses Ziels ist es, nah an all denjenigen zu sein, die unser Land am Laufen halten. Das macht sonst keine andere Partei.

In diese Überzeugung reiht sich die Idee einer Begrenzung der Abgeordnetenbezüge ein. Die Abgabe eines großen Teils des eigenen Gehalts durch Funktionär*innen und Mandatsträger*innen ist Ausdruck einer Parteikultur, die klar macht: Wir halten uns nicht für etwas Besseres. Wir sind nah dran an den Problemen der Menschen und kritisieren ganz bewusst, dass abgehobene Politikergehälter zu realitätsferner Politik führen. Wenn wir das anprangern, müssen wir es aber selbst auch anders machen.

Dabei soll es auf keinen Fall darum gehen, die Arbeit unserer Funktionär*innen und Mandatsträger*innen geringzuschätzen - wir halten es für richtig, dass ein hoher Arbeitsaufwand und viel Verantwortung auch entsprechend honoriert werden. Wir wissen zudem, dass viele Mandatsträger:innen bereits einen großen Teil ihrer Diäten abgeben und spenden. Gleichzeitig wollen wir die Chance verringern, dass Karrierist*innen für das Geld und nicht die Sache Funktionen und Mandate für uns übernehmen. Wir streben dabei eine gemeinsame Vorgehensweise statt vereinzeltes Agieren an.

Die Begrenzung von Diäten sehen wir vor allem in Verbindung mit dem Abhalten von Sozialsprechstunden - wie sie von "Die Linke Hilft" praktiziert werden - als sinnvoll an. Diese geben einen ganz konkreten Einblick in die Probleme der Mehrheit hier im Land und macht für sie gleichzeitig klar: Wir sind wirklich für euch da, wenn es brennt. Wir helfen euch ganz konkret und versprechen euch nicht das Blaue vom Himmel. Es lohnt sich, sich gemeinsam mit anderen für gemeinsame Interessen einzusetzen und so können wir auch mehr erreichen.

Die Begrenzung ist also ein Teil von vielen für eine neue Parteikultur, die sich als Partei Seite an Seite mit den Menschen versteht. Aus Gründen der Verbindlichkeit wollen wir dazu einen Beschluss fällen.

Im Verlauf der Erarbeitung haben wir geprüft, ob eine Satzungsänderung für diesen Beschluss notwendig und sinnvoll ist. Wir sind zu dem Entschluss gekommen, dass die Satzung nicht der richtige Ort dafür ist, da sie vor allem Struktur- und Ordnungsfragen der Partei regelt.

Im Rahmen der Vorbereitung des Beschlusses wurden zwei Umfragen veröffentlicht, die einerseits einen Einblick in die Stimmung der Mitgliedschaft zum Thema liefern sollten, als auch eine Möglichkeit für Abgeordnete, ihre Bedenken und Wünsche zu einer Sache zu äußern, die vor allem sie betreffen wird.

Dabei wurden sowohl in der Mitgliedschaft als auch unter den Abgeordneten eine höher angesetzte Grenze präferiert. Zahlen des statistischen Bundesamts zufolge entsprach der durchschnittliche Bruttojahresverdienst im Jahr 2025 64.441,00€, einschließlich aller Sonderzahlungen. Das ergibt auf den Monat gerechnet 5370,00€ und entspricht in etwa den beliebtesten Modellen in den Umfragen. Gleichzeitig wurde auch auf den Wunsch eingegangen, unterschiedlichen Lebenssituationen gerecht zu werden. Dafür haben wir sowohl einen Bruttobetrag als Grenze angesetzt, mit dem sich die Abgeordneten nach ihrer eigenen Lebenssituation (Steuerklasse, Familienstand, Kinder etc.) ein entsprechend äquivalentes Arbeitnehmer-Netto ausrechnen können, als auch einen zusätzlichen Freibetrag für Kinder und pflegebedürftige Angehörige aufgenommen.

Zur Berechnung der individuellen Grenze sowie zum rechtssicheren Aufbau eines Sozialfonds wird

die Bundespartei den Abgeordneten Hilfestellungen anbieten, um die Diätenbegrenzung für alle möglichst einfach und sicher umsetzbar zu machen.

Antrag P.20: Demokratie verteidigen - Antifaschismus konkret machen!

Antragsteller*in:	Demokratische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Demokratie verteidigen – Antifaschismus konkret machen!

Unsere Demokratie ist aktuell ernsthaft in Gefahr. Die zunehmenden Spannungen in der Regierungskoalition auf Bundesebene, die Schwäche der SPD in Umfragen und die hohen Umfragewerte für die AfD machen die Entscheidung, ob eine rechtsextreme Kraft erstmals nach 1945 direkten Einfluss auf Gesetzes- und Regierungsentscheidungen erhält, zur Tagesfrage. Das ist brandgefährlich. Teile der Konservativen äußern immer lauter Planspiele, mit einer CDU-Minderheitsregierung ggf. Mehrheiten mit der AfD zu suchen und die Brandmauer zu schleifen. In Sachsen-Anhalt ist absehbar, dass ein Fernhalten der AfD von der Regierungsmacht nur durch Kooperation von CDU, SPD und Linken zu gewährleisten ist. Dort steht die AfD auf fast 40 Prozent. Schon ein Scheitern der SPD an der 5-Prozent-Hürde kann eine Situation hervorbringen, in der die AfD aus eigener Kraft die Regierungsmacht erreicht.

Wir werden daher in nächster Zeit alle unsere Handlungsmöglichkeiten nutzen und stärken müssen, um unserem Versprechen aus der Bundestagswahl, die Brandmauer zu sein, gerecht zu werden. Unsere Handlungsmöglichkeiten dafür sind breiter geworden. Wir haben das strategische Dreieck erweitert, um auf die Herausforderung zu reagieren: Neben die Beteiligung an sozialen Bewegungen und außerparlamentarischen Protesten ist die Aufbauarbeit von unten getreten: Unterstützung, Mobilisierung und Organisierung in Kiezen, Quartieren und Stadtteilen. Neben der Mitgestaltung als parlamentarische Opposition, als Teil der Regierung oder Tolerierungspartner haben sich neue Formen der vereinbarten Zusammenarbeit zwischen Fraktionen entwickelt. Neben dem Eintreten für gesellschaftliche Alternativen jenseits des Kapitalismus ist der Kampf um die Hegemonie in mittelfristigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wichtig geworden: Für oder gegen Klimatransformation von Wirtschaft und Energiesystem. Für oder gegen transnationale Regeln. Für oder gegen eine offene, kritische, plurale Zivilgesellschaft.

Unsere unterschiedlichen Handlungsebenen stehen immer auch in Spannungen zueinander, aber wir können auf keine davon verzichten. Es gibt ermutigende Beispiele wie die Parlamentswahlen in Ungarn. Dort gelang es – wie auch 2023 in Polen – eine langjährige Periode autoritären Staatsumbaus zu beenden und eine autoritäre Regierung abzuwählen. Das war nur möglich durch die Verbindung von Basisarbeit, Protesten, Bündnissen und dem Angebot einer möglichen Regierungsalternative.

Was heißt das für uns?

- **Progressive Mehrheiten erkämpfen:** Wir brauchen eine Perspektive für einen Machtwechsel auf Bundesebene. Ein progressives Bündnis mit SPD und Grünen hätte

genügend Übereinstimmungen, für deren Durchsetzung es sich zu kämpfen lohnt: Eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Dividenden; eine Bürgerversicherung, bei der endlich alle in Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung einzahlen; eine massive Förderung und Planung von Energie- und Klimawende in Wirtschaft, Erzeugung und Versorgung; eine klare Abgrenzung von völkerrechtswidrigen militärischen Abenteuern; eine Lockerung der Schuldenbremse; eine Bundesbaugesellschaft für den sozialen Wohnungsbau; mehr Bundesbeteiligung an Bildungs- und Sozialausgaben; Entlastung der Kommunen. Eine klare Kante gegen den organisierten Rechtsextremismus; mutige Schritte zu einem sozialen und demokratischen Europa; einen funktionsfähigen Rechtsstaat, der gegen politisch motivierten Abbau gesichert wird. Die Initiative dazu sollte von uns ausgehen – die Rollen haben sich verändert.

- **Die Brandmauer halten:** Antifaschistische Politik muss das Ziel verfolgen, die AfD von jedem Einfluss auf Bundes- und Landesregierungen fernzuhalten. Das kann, bei aller Widersprüchlichkeit, auch Kooperationen mit der CDU erfordern, zum Beispiel, wenn es um Mehrheiten in Landtagen oder um Zweidrittelmehrheiten im Bundestag geht. Die Bundestagsfraktion der Linken und die Fraktionen in Thüringen und Sachsen haben sich dieser Herausforderung bereits gestellt. Sie haben Demokratie-Blockaden verhindert, die nur der AfD genützt hätten. Diesen Weg müssen wir weiter gehen. Das können wir nur, wenn klar ist: Entscheidungen werden in der Linken auf der Ebene gefällt, die dafür zuständig ist. Ein „demokratischer Zentralismus“ oder ein Verunklaren der jeweiligen Rollen widerspricht nicht nur unserem Demokratieverständnis, sondern genügt auch nicht den aktuellen Anforderungen, unter den jeweiligen konkreten Bedingungen flexibel auf diese zu reagieren und sie zu gestalten.
- **Analytisch klar werden:** Es ist richtig, dass sich der Aufstieg der radikalen Rechten nur durch eine andere, soziale Politik brechen lässt. Aber es gibt einen fundamentalen Unterschied zwischen „normalen“ Konservativen und Liberalen und der extremen Rechten, zwischen CDU und AfD. Die einen machen falsche Politik. Die anderen kündigen Menschenrechte auf und arbeiten bewusst an der Zerstörung der demokratischen Institutionen. Diesen Unterschied darf antifaschistische Politik nicht verwischen – und der Prozess zu unserem neuen Grundsatzprogramm muss diese Differenzierung reflektieren. Wenn die fortschrittlichen Kräfte nur Bündnisse mit sich selbst schließen wollen, können wir die Faschisten nicht von der Macht fernhalten.
- **Einen anderen Sound stark machen:** Wir haben heute keinen Mangel an Krisenbewusstsein. Wir haben einen Mangel an Zuversicht, dass etwas anderes als Krise wieder möglich ist. Dass sich Realismus angesichts der Probleme mit Reformen verbinden lässt, die positive Veränderungen der Verhältnisse möglich machen. Den vermeintlichen Realismus dürfen wir nicht den Rechten überlassen, wenn wir ihre regressiven Versprechungen angreifen und kontern wollen. Eine immer tiefere gesellschaftliche Polarisierung ist von links nicht zu gewinnen. Wir müssen uns verbünden mit denen, für die Zuhören, Aushandeln, vernünftige Entscheidungen treffen und praktisches Handeln noch Werte sind. Das ergibt sich auch aus unserem feministischen Anspruch. Wir merken selbst in unseren Strukturen: Die hohen Eintrittszahlen von Frauen schlagen sich bisher nicht in einer gleichen Teilhabe in Kreis- und Landesstrukturen nieder. Zu den vielen

Gründen dafür gehört auch eine oft zu große Distanz zu konkreten Problemen, ein zugespitztes Schwarz-Weiß-Denken untereinander, eine zu starke Konzentration auf vermeintlich endgültig zu entscheidende ideologische Schlachten. Unserem Anspruch auf revolutionäre Freundlichkeit haben wir nicht immer genügt. Um die autoritäre Bedrohung erfolgreich zurückzudrängen, wollen wir diese revolutionäre Freundlichkeit wieder stärker leben.

- **Demokratie leben:** Auf die Einschränkung der Demokratie von Rechtsaußen dürfen wir nicht mit einer Entdemokratisierung unserer eigenen Strukturen reagieren. Unsere Geschichte als Linke – der stalinistischen Verbrechen und anderen autoritären Politiken im Namen des Sozialismus – zeigt, dass Rechtsstaat, Parlamentarismus und das Subsidiaritätsprinzip unverzichtbare Errungenschaften sind. Das gilt für die Gesellschaft insgesamt wie für unsere innere Verfasstheit als demokratisch-sozialistische Partei. Auch die Linke darf die liberale Demokratie, bei aller berechtigten Kritik an ihren Beschränkungen, nicht verächtlich machen. Autoritäre Narrative und antisemitische Verschwörungstheorien bedienen wir nicht, sondern treten ihnen entgegen. Wir stehen hinter dem Pluralismus in unserer Partei. Nur durch verschiedene Positionen und das Ringen um sie können wir einen gemeinsamen Weg finden. Dazu gehört, die demokratische Mitbestimmung unserer Kreis- und Landesverbände zu stärken sowie Rechtsstaat und Demokratie auf allen Ebenen der Gesellschaft zu verteidigen und auszubauen.

Der Parteivorstand wird daher dazu aufgefordert, im ersten Quartal 2027 eine bundesweite Demokratiekonferenz einzuberufen, um zusammen mit der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Religionsgemeinschaften und Kulturschaffenden darüber zu beraten, wie wir rechte Mehrheiten und autoritäre Regierungen verhindern können.

Begründung

Die akute Bedrohung unserer Gesellschaft durch die extreme Rechte, die bei den Landtagswahlen in diesem Jahr Regierungsmacht erlangen könnte, stellt unsere Partei vor eine große Herausforderung: Wir müssen zeigen, wie unser antifaschistischer Anspruch sich konkret in politisches Handeln umsetzen lässt. Die mögliche Machtübernahme der extremen Rechten zu verharmlosen oder achselzuckend hinzunehmen, kann für uns keine Option sein. Um dies zu begreifen, genügt ein Blick auf die Verheerungen, die extrem Rechte an der Macht etwa in den USA, Argentinien oder Ungarn angerichtet haben. In der Gesellschaft wie in unserer Partei gibt es eine lebendige Debatte über den richtigen Umgang mit der Bedrohung der Demokratie. Wir brauchen als Partei eine überzeugende Antwort – um unsere Genoss:innen zu unterstützen, die in den Kommunen und Ländern den antifaschistischen Kampf mit Bündnispartnern täglich führen, aber auch, um der ganzen Gesellschaft zu zeigen, dass wir das antifaschistische Versprechen halten, das so viele Menschen von uns überzeugt hat. Zugleich müssen wir unsere Partei selbst gegen die Versuchungen des autoritären Zeitgeistes wappnen. Entscheidend ist es auch, Perspektiven aufzuzeigen, die aus dem gegenwärtigen Zustand der gesellschaftlichen Resignation hinausweisen. Dieser Antrag der Demokratischen Linken schlägt dem Parteitag Leitlinien für eine solche Strategie vor. Sie versteht Antifaschismus in einem umfassenden Sinn, macht konkrete Handlungsvorschläge und lässt zugleich Raum dafür, an verschiedenen Orten eigenständig die jeweils passenden Antworten zu finden.

Antrag P.21: Für eine neue linke Industriepolitik

Antragsteller*in:	LV Saarland, LV Sachsen, LV Nordrhein-Westfalen und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Für eine neue linke Industriepolitik

Deutschland ist in einem tiefgreifenden industriellen Umbruch, der eine grundlegende Neuausrichtung der Industriepolitik erforderlich macht. Die bisherigen Ansätze greifen zu kurz, da sie zu wenig konsistent und verlässlich sind, die notwendige Transformation keine überzeugenden Konzepte für gute Arbeit in Betrieben und Regionen hat und ein gerechtes Finanzierungskonzept für den Umbau fehlt. Stattdessen braucht es einen handlungsfähigen, gestaltenden Staat, der gezielt Zukunftsindustrien aufbaut und öffentliche Investitionen an soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Kriterien bindet.

Ziel ist eine demokratisch organisierte Wirtschaft, in der die Interessen der Beschäftigten und der gesellschaftliche Nutzen im Mittelpunkt stehen. Die Beschäftigten der Industrien sind die Expert*innen für den Umbau, deren Mitbestimmung ist der Schlüssel für dessen Gelingen und die gesellschaftliche Akzeptanz der Transformation.

Eine solche Industriepolitik muss darauf ausgerichtet sein, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, regionale Ungleichheiten abzubauen und internationale Solidarität zu stärken. Gleichzeitig ist die sozial-ökologische Transformation der Industrie voranzutreiben, insbesondere durch den Ausbau erneuerbarer Energien, klimaneutrale Produktionsweisen und eine nachhaltige Infrastruktur.

Auch Digitalisierung und neue Technologien müssen gemeinwohlorientiert gestaltet und technologische Abhängigkeiten reduziert werden. Insgesamt verstehen wir Industriepolitik nicht als bloße Standortpolitik, sondern als zentrales Instrument für eine umfassende sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft.

1. **Die Linke entwickelt ihre industriepolitischen Positionen weiter** und erarbeitet entsprechende Konzepte für die bevorstehenden Wahlkämpfe auf allen Ebenen zur Untersetzung unserer Ansätze des sozial-ökologischen Umbaus.

2. **Der Parteivorstand wird beauftragt**, diesen **Prozess** in geeigneter Form **zu koordinieren** und in Zusammenarbeit mit den **Fraktionen** in Bund, Ländern und im Europaparlament, den thematisch befassten **BAG** sowie weiteren **Partnerorganisationen** (v.a. Gewerkschaften und Betriebsräten) öffentlichkeitswirksam zu gestalten. Bis 2027 sollen beschlussfähige Konzepte vorliegen.

3. Der Parteivorstand entwickelt gemeinsam mit den genannten Partnerorganisationen eine **Strategie des öffentlichen Wirkens** (zB. mit Veranstaltungen wie „Fraktion vor Ort“).

4. **Der Parteitag** nimmt die im Anhang vorgelegten Dokumente **zur Kenntnis** und regt an, die dort formulierten Leitlinien weiterzuentwickeln und in geeigneter Form in die praktische Arbeit der Landesverbände einfließen zu lassen.

Antrag P.22: Nein zu Parteiausschlüssen. Solidarität mit den Opfern von Krieg und Besatzung

Antragsteller*in:	KV Freiburg

Der Parteitag möge beschließen:

Nein zu Parteiausschlüssen. Solidarität mit den Opfern von Krieg und Besatzung

Der Bundesparteitag kritisiert die Parteiausschlussverfahren gegen Menschen aus der Palästina-Solidarität und von Opfern von Krieg und Besatzung in Palästina. Diese Parteiausschlussverfahren schaden der innerparteilichen Debatte und der Außendarstellung der Linken. Sie sind ein Nachgeben gegenüber der rassistischen Unterdrückung der Palästina-Solidarität durch Bundes- und Landesregierungen.

Insbesondere war der Ausschluss von Ramsis Kilani innerparteilich und öffentlich ein falsches Signal. Der Bundesparteitag fordert die Bundesschiedskommission zur Überprüfung des Ausschlusses und des Verfahrens auf. Sämtliche Parteiordnungsverfahren gegen Palästina-solidarische Genoss:innen gehören eingestellt.

Begründung

Die Ausschlussverfahren gegen Ramsis Kilani und andere Genoss:innen sind Versuche, politische Debatte mit administrativen Mitteln zu beenden. Sie treffen vermehrt Opfer von Rassismus und Gewalt: Familienmitglieder von Ramsis wurden vom israelischen Militär getötet – so wie unzählige andere Opfer von Krieg und Besatzung im Nahen Osten. Unsere Aufgabe ist die Solidarität mit den Opfern von Krieg und Besatzung und Widerstand gegen Krieg. Unsere Stimme muss sich gegen die deutsche Unterstützung für den Krieg, gegen Waffenexporte und gegen die rassistischen Verbote richten.

Ramsis Ausschluss wurde in einem unfairen Verfahren durchgeführt. Es wurden nachträglich nicht verifizierte Beweise angeführt und Verfahrensbeteiligte, wie der KV Freiburg, nicht angehört, obwohl dessen Veranstaltung zu Palästina unter den Gründen für den Ausschluss von Ramsis angeführt wurde.

Antrag P.23: Antirassismus ist keine Identitätspolitik – Für eine verbindliche antirassistische Praxis nach innen und nach außen

Antragsteller*in:	BAG Migrantische Linke / LINKS*KANAX, LV Baden-Württemberg, Kreisverband Niederbayern-Mitte und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Antirassismus ist keine Identitätspolitik – Für eine verbindliche antirassistische Praxis nach innen und nach außen

Antirassismus ist weder Nebenthema, noch „Identitätspolitik“, sondern eine

grundlegende Voraussetzung für glaubwürdige linke Politik.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte und Gastarbeiter*innen haben dieses Land mit aufgebaut und tragen es bis heute mit: in Industrie, Pflege, Logistik, Gastronomie, IT und vielen weiteren Bereichen. Gleichzeitig arbeiten viele von ihnen unter prekären Bedingungen, sind überproportional von Armut betroffen und erfahren strukturelle Benachteiligung.

Ein Drittel der Bevölkerung hat eine Migrationsgeschichte. Diese Realität spiegelt sich jedoch weder ausreichend in politischen Entscheidungsstrukturen noch in den Funktions- und Mandatsebenen unserer Partei wider.

Rassismus tritt dabei in unterschiedlichen, miteinander verbundenen Formen auf. Dazu gehören unter anderem antimuslimischer Rassismus, Antisemitismus, antischwarzer Rassismus, von Antiziganismus betroffene Personen, sowie weitere Formen rassistischer Zuschreibungen und Ausgrenzung. Diese wirken nicht isoliert, sondern greifen ineinander und überschneiden sich mit anderen Formen von Diskriminierung, etwa entlang von Klasse, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung oder Aufenthaltsstatus. Diese Überschneidungen zeigen: Antirassismus muss intersektional gedacht werden. Eine Politik, die Rassismus bekämpfen will, muss auch andere Formen struktureller Ungleichheit mit in den Blick nehmen.

Deutschland ist zudem in globale Machtverhältnisse eingebunden, die Flucht und Migration mitverursachen, etwa durch Rüstungsexporte, militärische Infrastruktur, ungleiche Handelsbeziehungen und geopolitische Interessenpolitik. Diese Zusammenhänge prägen die Lebensrealitäten vieler Menschen und die politischen Auseinandersetzungen in diesem Land.

Diese Verhältnisse sind kein Zufall, sondern Ausdruck eines globalen Wirtschaftssystems, das auf Ausbeutung, ungleicher Entwicklung, Entwertung von Menschen und ihrer Würde und der Sicherung von Profiten basiert. Solange Kapitalinteressen über Menschenrechte gestellt werden, werden Fluchtursachen politisch produziert und weiter verschärft. Eine gerechte Migrationspolitik erfordert daher auch die Überwindung dieser kapitalistischen Logik und den Aufbau solidarischer, internationaler Strukturen jenseits von Konkurrenz und Verwertung.

Gleichzeitig erleben wir einen gesellschaftlichen Rechtsruck, in dem rassistische Narrative gezielt verstärkt und politisch instrumentalisiert werden. Menschen mit Migrationsgeschichte werden dabei zunehmend zum Feindbild gemacht. Diese Widersprüche setzen sich auch in unserer Partei fort.

Migrantische Genoss*innen tragen Wahlkämpfe, organisieren vor Ort, bauen Vertrauen in Communities auf und halten Strukturen zusammen. Gleichzeitig fehlt es weiterhin an ausreichender Repräsentation, Anerkennung und einem konsequenten Umgang mit Rassismus. Für viele ist Rassismus Teil des politischen Alltags, in Form von Anfeindungen, Bedrohungen, strukturellen Ausschlüssen und besonderen Belastungen, insbesondere für sichtbar migrantische FLINTA*-Personen. Antirassismus bedeutet daher nicht nur Haltung, sondern konkrete politische und strukturelle Praxis.

Der Bundesparteitag beschließt:

1. Antirassismus innerhalb der Partei verbindlich verankern

Antirassismus ist eine Aufgabe der gesamten Partei. Der Bundesvorstand wird gemeinsam mit der BAG Migrantische Linke / LINKS*KANAX angehalten, bis zum nächsten

Bundesparteitag konkrete, verbindliche Vorschläge zur strukturellen Verankerung antirassistischer Praxis zu erarbeiten und vorzulegen.

Dazu gehören insbesondere:

- der Ausbau und die Stärkung von Awareness- und Antidiskriminierungsstrukturen
- unabhängige und niedrigschwellige Ansprechpersonen auf Bundes- und Landesebene
- klare Zuständigkeiten und transparente Verfahren im Umgang mit rassistischen Vorfällen
- die Möglichkeit, externe Expertise und Mediation einzubeziehen
- ein regelmäßiges Monitoring der Umsetzung und Wirksamkeit dieser Maßnahmen

Antirassismus ist kein freiwilliges Nice-to-Have, sondern Teil politischer Verantwortung.

2. Repräsentation und Teilhabe strukturell stärken

Die Partei erkennt die bestehende Unterrepräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte sowie von Menschen aus nicht-akademischen und prekären Lebensverhältnissen als zentrales Problem an. Der Bundesvorstand wird gemeinsam mit der BAG Migrantische Linke / LINKS*KANAX angehalten, bis zum nächsten Bundesparteitag konkrete Vorschläge zur Verbesserung von Repräsentation und Teilhabe zu erarbeiten.

Diese sollen insbesondere:

- strukturelle Barrieren identifizieren und abbauen
- migrantische Perspektiven systematisch in politische Prozesse einbeziehen
- bestehende Instrumente zur Förderung von Repräsentation weiterentwickeln

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Diskriminierung und Ausschlüsse entlang mehrerer Dimensionen verlaufen und sich gegenseitig verstärken.

3. Antirassistische Verantwortung klar verteilen

Die Partei erkennt die Arbeit migrantischer Strukturen und Selbstorganisationen, als zentralen Bestandteil linker Organisierung an.

Gleichzeitig wird klargestellt: Antirassistische Verantwortung liegt bei der gesamten Partei. Migrantische Strukturen können und sollen nicht die Rolle von Beschwerdestellen für rassistische Vorfälle übernehmen.

4. Antirassismus in der politischen Praxis nach außen stärken

Antirassismus ist ein zentraler Bestandteil linker Politik und muss sich auch in der öffentlichen Arbeit der Partei widerspiegeln. Die Partei verpflichtet sich:

- sich konsequent gegen rassistische Gewalt, rechte Angriffe und Diskriminierung zu positionieren
- migrantische Perspektiven sichtbar und inhaltlich in Kampagnen und Wahlkämpfe zu integrieren
- die Verbindung von sozialer und antirassistischer Gerechtigkeit offensiv zu vertreten

Soziale Fragen und Rassismus sind eng miteinander verbunden. Eine Politik, die soziale Gerechtigkeit will, muss auch Rassismus bekämpfen.

5. Antirassismus als strukturellen Bestandteil linker Politik entwickeln

Die Partei versteht Antirassismus als integralen Bestandteil ihrer politischen Ausrichtung.

Sie setzt sich dafür ein:

- strukturellen und institutionellen Rassismus zu benennen und zu bekämpfen
- globale Ursachen von Flucht und Migration politisch einzuordnen
- eine Politik zu entwickeln, die Sicherheit, Teilhabe und Würde für alle Menschen gewährleistet

Ziel ist es, antirassistische und diskriminierungskritische Standards dauerhaft in den Strukturen der Partei zu verankern.

Begründung

Antirassismus wird in politischen Debatten häufig als „Identitätspolitik“ abgewertet. Diese Einordnung verkennt die Realität. Rassismus ist strukturell in Gesellschaft, Staat und Institutionen verankert und eng mit sozialen und ökonomischen Ungleichheiten verbunden. Er beeinflusst Lebensrealitäten, politische Teilhabe und Sicherheit von Millionen Menschen. Er ist kein isoliertes Phänomen, sondern verschränkt mit anderen Formen von Ungleichheit, insbesondere mit Klassenverhältnissen, Geschlechterverhältnissen und globalen Machtstrukturen. Eine linke Partei, die soziale Gerechtigkeit ernst nimmt, muss daher auch antirassistisch handeln, nach innen und nach außen.

Diese Notwendigkeit ergibt sich auch aus fortwirkenden neokolonialen Verhältnissen: Globale Ungleichheiten, wirtschaftliche Abhängigkeiten und politische Einflussnahmen reproduzieren bis heute Machtstrukturen, die historisch im Kolonialismus angelegt wurden. Rassistische Zuschreibungen und Hierarchien dienen dabei weiterhin als ideologische Rechtfertigung für Ausbeutung, ungleiche Ressourcenverteilung und eingeschränkte Bewegungsfreiheit. Antirassismus ist daher untrennbar mit einer Kritik und Überwindung neokolonialer Strukturen verbunden und zentral für jede Politik, die globale Gerechtigkeit ernst nimmt.

Das bedeutet:

- migrantische Perspektiven strukturell einzubeziehen
- Verantwortung innerhalb der Partei verbindlich zu klären
- und politische Praxis entsprechend auszurichten

Freiwillige Maßnahmen und unverbindliche Zielsetzungen reichen dafür nicht aus. Dieser Antrag schafft die Grundlage dafür, Antirassismus als verbindliche politische Praxis zu verankern, innerhalb der Partei und in ihrer gesellschaftlichen Rolle. Nur so kann Die Linke ihrem Anspruch gerecht werden, eine Partei für alle zu sein.

Antrag P.24: Wir wollen verändern - Nicht regieren!

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg KV Karlsruhe, LinksJugend solid, Bonn und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Wir wollen verändern - Nicht regieren!

Die Partei Die Linke bekräftigt ihr Selbstverständnis als gesellschaftsverändernde Kraft, deren zentrale Aufgabe darin besteht, politische Debatten zu prägen, Missstände klar zu benennen und grundlegende Veränderungen anzustoßen.

Der Bundesparteitag stellt fest, dass die Übernahme von Regierungsverantwortung auf Landes- oder Bundesebene mit erheblichen strukturellen Zwängen verbunden ist, die häufig dazu führen, dass grundlegende politische Ziele verwässert oder aufgegeben werden müssen.

Besonders deutlich zu sehen ist dies an der Zustimmung zu den Kriegskrediten, durch die an Regierungen beteiligten Landesverbände Bremen und Mecklenburg-Vorpommern. Aber auch an Zustimmungen zu Kürzungshaushalten, der Privatisierung von Wohnungen oder der Durchführung von Abschiebungen. Wenn wir der Pol der Hoffnung für eine bessere Welt sein wollen, dann dürfen wir uns nicht an der Verwaltung der alten und kaputten Weltordnung beteiligen, sondern müssen sie gezielt bekämpfen.

Keine der wichtigen gesellschaftlichen Veränderungen wurde durch eine Regierung gefordert und umgesetzt. Egal ob Wochenende, 8h-Tag oder das Wahlrecht für Frauen, sie alle wurden durch Bewegungen und Streiks durch Arbeiter*innen erkämpft, während die Herrschenden bis zum Schluss versuchten den Fortschritt zu verhindern.

Aus der Geschichte und Gegenwart folgernd erklärt der Bundesparteitag daher:

1. Die Linke versteht sich in erster Linie als gesellschaftlich verändernde Partei, die politische Veränderungen vorantreibt und gesellschaftliche Mehrheiten organisiert.
2. Die Partei strebt keine Beteiligung an Regierungen mit prokapitalistischen Parteien an, die sich den kapitalistischen , „Sachzwängen“; beugen, da dies bedeutet, zentrale programmatische Positionen aufzugeben oder Kompromisse einzugehen, die den politischen Kern unserer Ziele entleeren.
3. Die politische Rolle unserer Partei besteht darin, konsequent für tiefgreifende Veränderungen einzutreten, Druck auf etablierte Parteien auszuüben und politische Alternativen sichtbar zu machen.
4. Eine klare Oppositionsrolle ermöglicht es uns, Missstände deutlich zu benennen, ohne durch Koalitionsdisziplin eingeschränkt zu sein. Es ist unsere Aufgabe die Stimme der Arbeiter*innen, Gewerkschaften und Bewegungen in die Parlamente zu tragen und ihre Vertretung zu sein. Das bedeutet konsequent gegen alle Sozialkürzungen und die Militarisierung zu sein, und für eine bessere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen.
5. Unser Ziel ist die sozialistische Umgestaltung der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse durch Massenbewegungen von unten. Zentral dafür ist die Überführung der marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle.

Die Partei verpflichtet sich daher, ihre politische Strategie darauf auszurichten, gesellschaftliche Veränderungen durch politischen Druck, parlamentarische Initiativen und Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen zu erreichen, statt Regierungsbeteiligungen anzustreben.

Begründung

Politische Veränderungen entstehen selten aus Regierungen heraus, sondern meist durch gesellschaftlichen Druck, neue Ideen und konsequente Opposition. Parteien, die in Regierungsverantwortung eintreten, sehen sich regelmäßig gezwungen, Kompromisse einzugehen, die zentrale politische Forderungen abschwächen oder vollständig aufgeben. Gerade kleinere oder programmatisch klar positionierte Parteien laufen in Regierungskoalitionen Gefahr, ihre politischen Ziele zugunsten der Stabilität der Regierung zurückzustellen. Dadurch verlieren sie häufig ihr Profil, ihre Glaubwürdigkeit und letztlich auch ihre Fähigkeit, echte Veränderungen anzustoßen.

Unsere Partei ist jedoch gegründet worden, um politische Missstände klar zu benennen, unbequeme Forderungen zu stellen und gesellschaftliche Debatten zu verschieben. Diese Rolle kann am wirkungsvollsten außerhalb von Regierungszwängen erfüllt werden. Eine Partei, die Veränderung in den Mittelpunkt stellt, muss die Freiheit haben, konsequent für ihre Positionen einzutreten. Koalitionsdisziplin, Haushaltszwänge und politische Machtspiele stehen diesem Anspruch häufig entgegen. Statt unsere politischen Ziele an bestehende Machtstrukturen anzupassen, ist es sinnvoller, den politischen Raum zu erweitern, gesellschaftliche Mehrheiten für neue Ideen zu schaffen und andere Parteien unter Druck zu setzen, unsere Forderungen aufzugreifen. Unsere Aufgabe ist es, Politik zu verändern und nicht nur zu verwalten.

Besonders als antikapitalistische Partei, darf es nicht unser Ansatz sein ein ausbeuterisches kapitalistisches System verwalten zu wollen, sondern es muss unsere Aufgabe sein es abzuschaffen.

Denn wir stehen für eine bessere Welt für alle, eine friedliche und gerechte Welt für alle Menschen. Doch all zu oft werden wir diesem Anspruch nicht gerecht.

Unter linken Regierungsbeteiligungen, werden Menschen abgeschoben, Militarisierung und innere Aufrüstung gefördert, Wohnungen privatisiert oder bei Sozialem und Kultur gekürzt. Also genau das, was wir bei anderen Parteien kritisieren. Dabei liegt es so klar auf der Hand: Wir können im Kapitalismus nicht „gut“ regieren. Die Verwaltung eines Systems welches nur durch Vermögensunterschiede und Ausbeutung funktioniert und gleichzeitig gegen eben jenes System zu kämpfen ist ein Widerspruch in sich selbst.

Um es mit den Worten von Rosa Luxemburg zu sagen: „Sozialismus oder Barbarei“

Unserer politisches Leitbild weist uns den Weg, also lasst uns ihren Kampf für eine gerechte Welt weiterführen, anstatt teil jener zu werden, die an der alten Welt festhalten. Darum lasst uns klar sagen: Wir stehen für eine bessere Welt und werden uns nicht mit kleinen Verbesserungen zufrieden geben, die von der nächsten Regierung sowieso wieder abgeschafft werden.

Antrag P.25: Zeit für eine neue antifaschistische Strategie

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg, KV Karlsruhe, KV Tübingen und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeit für eine neue antifaschistische Strategie

Mit der beständigen Bedrohung einer AfD als inzwischen in Umfragen stärkster Partei und einem zunehmenden Rechtsruck der sogenannten Parteien der Mitte muss sich auch unsere antifaschistische Strategie ändern. Hinzu kommt, dass unser historisch einmaliger Mitgliederzuwachs vor allem eben auf unseren klaren antifaschistischen Positionen fußt, die wir konsequent und ohne Bauchschmerzen vertreten. Der Parteitag hält den Parteivorstand und den Bereich für Organisierende Kampagnen in der

Bundesgeschäftsstelle deshalb dazu an:

1. Eine kohärente Analyse der Faschisierung sowie der antifaschistischen Strategie zusammen mit Expert*innen zu erstellen. Ein besonderes Augenmerk soll darauf gelegt werden, die Widersprüche Antifaschistischer Wirtschaftspolitik und dem aktivistischen Antifaschismus aufzulösen. Hierbei soll ein Fokus auf verbindende Klassenkämpfe gelegt werden. Marginalisierte Menschen mit z.B. Migrationshintergrund und Flinta* sind besonders stark von sozialen Kürzungen, sowie von der zunehmenden Faschisierung, sowie rassistischer und anti-feministischer Politik der bürgerlichen Parteien betroffen.
2. Eine breite antifaschistische Kampagne analog zur Mietenkampagne zu gestalten, die sowohl große zentrale Aktionen enthält, als auch Möglichkeiten bietet, den Antifaschismus vor Ort zu organisieren. Besonders antifaschistische Angebote im ländlichen Raum sollen in ihrer Arbeit unterstützt werden.
3. Breitere zivilgesellschaftliche Bündnisse zu schaffen, die die antifaschistische Arbeit den Menschen außerhalb unserer Bubble näherbringen. Wir wollen Menschen politisieren - vom „lustige Schilder gegen Rechts" halten hin zu konkretem politischen Aktivismus. Dafür begleiten wir solche Bündnisse auch kritisch mit politischer Bildungsarbeit.

Begründung

Seit dem Ruf „Auf die Barrikaden“ wurde die antifaschistische Arbeit in unserer Partei eher stiefmütterlich behandelt, obwohl genau das diese der Grund für unseren Mitgliederzuwachs ist. Das Problem ist jedoch in der Zwischenzeit nur größer geworden.

Zwar begrüßen wir den Vorstoß, AfD Wähler*innen durch „Brot und Butter“-Politik zurückzuholen, jedoch wurde dadurch auch weniger die AfD, als vielmehr die Bundesregierung angegriffen. Die Antifaschistische Wirtschaftspolitik zeichnet sich momentan dadurch aus, dass generell weniger über antifaschistische Praxis geredet wird.

Es ist korrekt, dass Austerität den Rechtsruck antreibt, doch das reine Kritisieren der Austerität wird die Menschen nicht zurückholen.

Gleichzeitig erkennen wir an, dass bei hohen Zustimmungswerten für rechtsextreme Politik der bisherige aktivistische Antifaschismus an seine Grenzen kommt. Mit Protesten allein lässt sich die Normalisierung der AfD nicht aufhalten,das beweisen sowohl die Zustimmungswerte als auch die zunehmende Übernahme rassistischer Narrative und faschistischen Sprachgebrauchs in den Medien. Trotzdem zeigt die sozial- und politikwissenschaftliche Forschung, dass diese Proteste immer noch wirken, wenn auch nicht mehr gegen eine Normalisierung. Diese Proteste und Kampagnen wirken auf anderer Ebene: nämlich als Kristallisationspunkt und Organisationsangebot des Widerstands.

Wir sind davon überzeugt, dass viele Genoss*innen mit genau dieser Perspektive und dem Bedürfnis in unsere Partei gekommen sind und wir glauben, eine solche Kampagne ist ein gutes Mittel, zu wachsen und zu erstarken und den vielen neuen Genoss*innen ein Betätigungsfeld gemäß ihrer Bedürfnisse zu geben, dass unserem Anspruch als organisierte Klassenpartei entspricht.

Wir glauben, es ist Zeit für eine neue antifaschistische Strategie, die diese Faktoren berücksichtigt.

Antrag P.26: Keine Zusammenarbeit mit der CDU/CSU auf Bundesebene

Antragsteller*in:	KV Trier-Stadt

Der Parteitag möge beschließen:

Keine Zusammenarbeit mit der CDU/CSU auf Bundesebene

Die Linke lehnt auf Bundesebene jegliche Zusammenarbeit mit der CDU/CSU ab, solange die CDU/CSU keinen nachprüfbaren politischen Kurswechsel vollzieht und die nachfolgenden Mindestbedingungen erfüllt, beziehungsweise aktiv unterstützt.

1. Abschaffung der Wehrpflicht sowie eine Politik der Abrüstung statt Aufrüstung. Die CDU/CSU treibt mit dem neuen Wehrdienstmodell die faktische Rückkehr zur Wehrpflicht voran und setzt weiter auf militärische Aufrüstung statt auf Friedenspolitik und die Interessen der arbeitenden Mehrheit.
2. Keine Kürzungen des Sozialstaates. Eine Zusammenarbeit setzt voraus, dass sich die CDU/CSU klar gegen Sozialabbau, härtere Sanktionen und jede Politik stellt, die Arbeitslose, Rentner*innen, arme Familien und andere von Armut betroffene Menschen gegeneinander ausspielt und für die Krisen des Kapitalismus zahlen lässt.
3. Das Ende feindlicher, stigmatisierender und entsolidarisierender Sprache gegenüber benachteiligten Gruppen. Die Linke tritt jeder Politik entgegen, die Armut, Migration oder soziale Krisen auf ohnehin benachteiligte Gruppen abwälzt und damit die Solidarität der Lohnabhängigen spaltet, statt die Ursachen der Krise anzugehen.
4. Aktive Unterstützung eines AfD-Verbotsverfahrens. Die antifaschistische Verpflichtung der demokratischen Kräfte erfordert, die Prüfung und Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD aktiv zu unterstützen.
5. Konsequente Klimapolitik im Sinne des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz. Der notwendige Klimaschutz darf nicht weiter vertagt werden, weil die ökologische Zerstörung vor allem die Lebensbedingungen der arbeitenden und armen Bevölkerung trifft.
6. Abkehr von der menschenfeindlichen Migrationspolitik. Die CDU/CSU steht weiterhin für eine Politik der Abschottung, Zurückweisung und Entrechtung, die Schutzsuchende und Migrant*innen unter Generalverdacht stellt und Menschen nach Herkunft gegeneinander trennt, statt gleiche Rechte und gleiche Würde durchzusetzen.

Begründung

Die CDU/CSU beansprucht, eine Partei der sogenannten bürgerlichen Mitte zu sein, zugleich tritt sie in zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit Positionen auf, die soziale Spaltung vertiefen, Grund- und Menschenrechte unter Druck setzen und autoritäre Verschiebungen befördern. Ihr aktueller politischer Kurs steht damit in zentralen Widersprüchen zu den sozialistischen, friedenspolitischen, antifaschistischen und menschenrechtlichen Grundsätzen unserer Partei.

Eine Regierung, die den Anspruch hat, die bürgerliche Mitte zu vertreten, aber gleichzeitig derartig

respektlos, nachlässig und destruktiv gegenüber demokratischen Institutionen und Prozessen auftritt, kann keine verlässliche Partnerin für eine soziale, demokratische und solidarische Politik sein.

Insbesondere die von der CDU vertretene Rückkehr zur Wehrpflicht, ihre migrationspolitische Verschärfung und ihre Orientierung auf einen politischen Rechtsruck stehen einer Zusammenarbeit entgegen. Daher darf es auf Bundesebene keine Zusammenarbeit mit CDU/CSU in jeglicher Form und Art geben, solange sie nicht mit kriegstreibender Militarisierung, klassenfeindlichem Sozialabbau, gesellschaftsspaltender Hetze, klimapolitischer Verantwortungslosigkeit und menschenfeindlicher Migrationspolitik bricht.

Antrag P.27: Postinfektiöse Erkrankungen als Bestandteil des neuen Parteiprogramms

Antragsteller*in:	LV Thüringen, KV Apolda-Weimar, KV Bodenseekreis und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Postinfektiöse Erkrankungen als Bestandteil des neuen Parteiprogramms

Die Partei Die Linke wird beauftragt die Thematik "Postinfektiöse Erkrankungen" in das neue Parteiprogramm einzubringen und sie zuvor in die Programmdebatte einfließen zu lassen.

Begründung

Im Wahlprogramm der Partei Die Linke zur Bundestagswahl 2025 ist die Rede davon, die Forschung zu bislang vernachlässigten Krankheiten zu stärken: „Darunter fallen nicht nur seltene Krankheiten, sondern beispielsweise auch ME/CFS und Long Covid bzw. Post-Covid. Die Zahl der Erkrankten nimmt weiter zu. Noch immer gibt es kein einziges zugelassenes Medikament, kaum Anlaufstellen und viel zu wenig Geld für Arzneimittelforschung. Betroffene werden stigmatisiert und erleiden schädigende Fehlbehandlungen.“ Die „Nationale Dekade zu postinfektiösen Erkrankungen“ des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt unternimmt einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung.

Um einerseits eigene linke Bestrebungen und Forderungen wie eine selbstbestimmte Behindertenpolitik, Barrierefreiheit oder gute Bezahlung in der Pflegebranche in die bundesweite Gesundheitspolitik einfließen zu lassen, und andererseits unsere betroffenen Genoss*innen, inklusive den pflegenden Angehörigen, gezielt zu unterstützen, bedarf es der Erarbeitung einer eigenen Position zu postinfektiösen Erkrankungen im Parteiprogramm.

Die aktuell laufende Programmdebatte um diesen Punkt zu erweitern, wäre aus zwei Gründen geboten: Zum Einen, um unseren Wähler*innen zu zeigen, dass unser Wahlprogramm nicht nur ein leeres Versprechen wäre, und zum Anderen, da die Zeit drängt - auch für Patient*innen, deren Leben verrinnt. Denn mehr als 1,5 Millionen Menschen leben in Deutschland mit ME/CFS oder Long-COVID. Die Tendenz ist steigend, da mit Blick auf die klimatologischen Veränderungen mit einer Zunahme von Pandemien zu rechnen ist. Und bereits jetzt entsteht durch Long-COVID und ME/CFS in Deutschland ein volkswirtschaftlicher Schaden in Höhe von 63 Milliarden Euro pro Jahr. Es gilt einen ökonomischen Kollateralschaden zu verhindern und Betroffenen eine lebenswerte Perspektive zu ermöglichen.

Antrag P.28: Keine Koalitionen mit der CDU!

Antragsteller*in:	KV Essen

Der Parteitag möge beschließen:

Keine Koalitionen mit der CDU!

Die Partei Die Linke fordert die Landesverbände und Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern auf, keine Koalitionen mit der CDU auf Landesebene einzugehen. Stattdessen sollen sich die Landesverbände und Landtagsfraktionen als klare sozialistische Alternativen zum bestehenden System positionieren.

Begründung

Die CDU macht sich – nicht erst seit ihrer Rückkehr in die Regierungsverantwortung – zur Handlangerin der AfD. Seit der Bundestagswahl 2025 vergeht fast keine Woche ohne einen neuen Angriff auf unseren Sozialstaat. Viele Träume der extremen Rechten haben Friedrich Merz und sein Minister:innen-Kabinett bereits in die Tat umgesetzt.

Die Abschaffung des Bürgergeldes zugunsten einer „Grundsicherung“, die diesen Namen nicht verdient, die Streichung der zahnärztlichen Versorgung als Kassenleistung, gezielte Angriffe auf den 8-Stunden-Tag, dreister Lobbyismus für die fossile Industrie, rassistische „Stadtbild“-Debatten, verfassungswidrige Grenzkontrollen, die aktive Unterstützung und Verteidigung eines Genozids, Pläne zur Abschaffung der Familienversicherung sowie zu Leistungskürzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung, Milliarden für die Aufrüstung und die de facto Wiedereinführung der Wehrpflicht – all das ist nur ein kurzer Auszug dessen, was die CDU allein im letzten Jahr zu verantworten hat.

Friedrich Merz mag in Umfragen historisch unbeliebt sein, doch statt Einsicht zu zeigen, stilisiert er sich in Interviews zum Opfer und sucht die Schuld bei denjenigen, die er täglich angreift und beleidigt. Mit seiner realen Politik und den rechtsradikalen Narrativen, die er gezielt salonfähig macht, bereitet er den Nährboden für rechtsextreme Parteien und wiegelt Arbeiter:innen gegeneinander auf.

Besonders alarmierend ist dabei die Situation in den ostdeutschen Landesverbänden. Die viel beschworene „Brandmauer“ zur AfD ist dort längst zu einem Trugbild verkommen. Ein parteiinternes Programm der CDU gegen die AfD in Ostdeutschland stockt massiv, was den fehlenden politischen Willen zur Bekämpfung der extremen Rechten schonungslos offenbart. Selbst Bundeskanzler Friedrich Merz hat sichtlich Mühe, die rechtsoffenen Teile der Ost-CDU auf Kurs zu halten. Stattdessen treiben diese die Normalisierung der AfD aktiv voran: Auf kommunaler Ebene ist die Zusammenarbeit zwischen CDU und AfD vielerorts bereits etablierte, traurige Realität. Lokale CDU-Mitglieder liebäugeln offen mit den Rechtsextremen, würdigen deren Narrative und lassen sich auf eine weitere Polarisierung der Gesellschaft ein. Wie bereitwillig Teile der CDU den demokratischen Boden für medienwirksame Aufmerksamkeit verlassen, zeigen nicht zuletzt Vorgänge wie das Treffen der CDU-Politikerin Saskia Ludwig mit Alice Weidel in Ungarn und die darauffolgenden positiven Äußerungen. Eine Partei, die den grundgesetzlichen Konsens derart relativiert, kann kein Partner für uns sein.

In Anbetracht der aktuellen Umfragen für die anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern scheint eine Regierungsbeteiligung der AfD praktisch nur noch durch den Regierungseintritt unserer Partei abwendbar zu sein. In Sachsen-Anhalt müssten wir dafür möglicherweise mit CDU und SPD koalieren, in Mecklenburg-Vorpommern wäre allem Anschein nach eine Koalition mit SPD und CDU notwendig.

Die Linke darf jedoch unter diesem massiven Druck keinesfalls einknicken. Es ist völlig inakzeptabel und politisch fatal, eine Zusammenarbeit mit ostdeutschen CDU-Verbänden auch nur in Erwägung zu ziehen, während diese auf lokaler und personeller Ebene bereits die Zusammenarbeit mit Faschisten normalisieren. Wir dürfen uns nicht zu Erfüllungsgehilfen jener Parteien machen, die für das Erstarken der AfD maßgeblich verantwortlich sind. Tatsächliche Verbesserungen im Sinne echter sozialer Reformen sind mit der CDU ohnehin nicht zu erwarten. Vielmehr steht zu befürchten, dass wir in einer solchen Koalition gravierende Verschlechterungen für unsere Klasse mittragen müssten – nicht zuletzt, weil die Ost-CDU permanent damit drohen würde, sich ihre Mehrheiten für „notwendige Veränderungen“ andernfalls direkt bei der AfD zu beschaffen.

Ein solches Szenario wäre der Todesstoß für die Glaubwürdigkeit der Partei Die Linke als sozialistische Alternative zum bestehenden System. Denn es gilt unser Leitmotiv vom Bundesparteitag: Alle wollen regieren, wir wollen verändern!

Beispielhafte Berichte aus den Medien:

- https://kommunalwiki.boell.de/index.php/Beispiele_kommunaler_Zusammenarbeit_zwischen_CDU_und_AfD#Vielzahl_von_Beispielen
- https://www.hasepost.de/cdu-programm-gegen-afd-in-ostdeutschland-stockt-deutlich-707423/
- https://rathausnachrichten.de/brandmauer-cdu-afd/
- https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.friedrich-merz-brandmauer-afd-mhsd.5c9aab95-a653-4c60-bf7c-ee4766724a5c.html
- https://www.zeit.de/politik/2025-08/cdu-saskia-ludwig-ungarn-alice-weidel-treffen
- https://spd-brandenburg.de/news/wie-klar-haelt-es-die-cdu-brandenburg-mit-der-afd-saskia-ludwigs-interview-wirft-neue-zweifel-auf/
- https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-02/brandmauer-sachsen-anhalt-cdu-afd

Antrag P.29: Alle reden, wir hören wirklich zu – Konkrete Strategien zur Themenfindung als ersten Schritt für beteiligungsorientierten Basisaufbau ausgerichtet auf Beschäftigte

Antragsteller*in:	KV Stuttgart, Julian Besemann, Anıl Beşli und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Alle reden, wir hören wirklich zu – Konkrete Strategien zur Themenfindung als ersten Schritt für beteiligungsorientierten Basisaufbau ausgerichtet auf Beschäftigte

1. Jeder Kreis- oder Bezirksverband verstetigt Infostände als niedrigschwellige Angebote für bestehende und neue Aktive. Dabei sollen größere städtische Kreisverbände kleinere ländliche Kreisverbände personell unterstützen. Koordiniert wird die Verstetigung durch die Hauptamtlichen auf Landesebene. Diese sollen über ein gesamtes Steuerungstool (z.B. Zetkin) die Durchführung überblicken, proaktiv nach Unterstützungsbedarf fragen und besagte Unterstützung koordinieren.
2. Mandatsträger:innen, von Kreis- oder Bezirksvorstand bis MdBs, sind aufgerufen, mindestens in ihrem eigenen Wahlkreis bei der Planung und Durchführung der Infostände zu unterstützen. Zusätzlich sollen Mandatsträger:innen bei Kreis- oder Bezirksverbänden mit besonderem Unterstützungsbedarf, insbesondere im ländlichen Raum, die Umsetzung der Infostände mit gestalten.
3. Thematisch sollen sich die Infostände schwerpunktmäßig an einem örtlich aktuellen Thema orientieren und/oder als offenes Angebot für alle wirken, um sich über soziale und politische Themen auszutauschen. Unsere Aktiven und Mandatsträger*innen an den Infoständen verfolgen das Ziel, zuzuhören, die Probleme der Menschen wahrzunehmen und wenn möglich Folgeangebote zu stellen. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, sollen Ansprachetrainings für die Aktiven angeboten und strukturell verankert werden.
4. Besagte Infostände sollen dort stattfinden, wo sich unsere Zielgruppe aufhält. Dies kann von Fußgängerzonen, vor Supermärkten, vor Krankenhäusern, vor Betriebstoren bis hin zu Kindergärten und Schulen sein, um tatsächlich mit arbeitenden Menschen, Eltern und allen, die von antisozialer Politik betroffen sind, in Kontakt zu treten.
5. Folgeangebote sollten direkt an den Themen der Menschen anknüpfen und zur kommunalen Verankerung der Linken beitragen. Dabei können Hilfsangebote konkret bei den Problemen vor Ort wirken. Kreis- und Bezirksverbände, die diese noch nicht verstetigt haben, setzen sich das Schaffen dieser Angebote durch Unterstützung von Mandatsträger:innen als Ziel.
6. Langfristig soll der direkte Austausch mit Beschäftigten, Eltern und von sozialen Kürzungen betroffenen Menschen zu thematischen Aktiventreffen mobilisieren, bei denen konkrete Aktivitäten der Linken auf kommunaler Ebene geplant und organisiert werden. Bei der Themenfindung im Rahmen von Infoständen und Hilfsangeboten sollen kommunale, begreifbare und gewinnbare Themen herauskristallisiert werden, die unseren bestehenden und neuen Aktiven die Möglichkeit geben, gemeinsam auf kommunaler Ebene zu wirken.

Begründung

Die Linke hat nach dem Erfolg bei der Bundestagswahl bei den darauf folgenden Landtagswahlen deutlich unter den internen Erwartungen abgeschnitten. Die Erkenntnis dafür, warum wir unsere Ziele nicht erreicht haben, liegt auf der Hand. Die Linke erreicht unsere eigentliche Zielgruppe der arbeitenden Bevölkerung mit der momentanen Strategie nicht. Trotz bereits getroffener Beschlüsse fehlt es bundesweit an der konkreten Umsetzung, wodurch der nachhaltige Basisaufbau in vielen

Teilen nicht existent ist und die tatsächliche Verankerung der arbeitenden Bevölkerung innerhalb der Partei noch immer fehlt. Arbeiter* Innen sind in unserer Mitglieds- und Wählerschaft noch immer unterrepräsentiert. Impulse, sich näher mit Gewerkschaften zu verbinden und Arbeitskämpfe zu unterstützen, wurden bereits in Beschlüssen wie „Gewerkschaftsarbeit als klassenpolitische Säule der Partei die Linke im März diesen Jahres vom Parteivorstand verabschiedet. Diese Zielsetzung ist, gerade in den Zeiten des überall ansteigenden Rechtsrucks fundamental für die Arbeit einer linken Partei, die eine Arbeiter*Innenpartei werden will.

Die Konsequenz müssen also konkrete Handlungsvorschläge sein, mit denen die KV`s und Aktive arbeiter*innenorientierten Basisaufbau in ihrer kommunalen Arbeit umsetzen können. Dieser Antrag hat das Ziel, Rahmen für die bereits bestehenden Strukturen der Partei DIE LINKE zu schaffen, mit denen KV's ins Handeln kommen können und zusätzlich von Landes- und Bundesebenen unterstützt werden. So soll der öffentlich und intern kommunizierte Anspruch „Arbeiter*Innenpartei zu sein", konkret angegangen werden, um langfristig aus dem Anspruch eine Realität zu machen.

Dafür formuliert dieser Antrag Handlungsvorschläge für bestehende Strukturen wie die Hauptamtlichen auf Landesebene und Mandatsträger*innen. Unsere bestehenden Strukturen zeigen, wie unsere Parteiarbeit etabliert ist und können so neue, niedrigschwellige Angebote schaffen, wenn „Basisarbeit" als neues Ziel dazu kommt. Darüber hinaus müssen Angebote auch für neue Aktive niedrigschwellig sein, um Wachstum der Aktivenstruktur zu ermöglichen. Unserer Meinung nach werden diese Ansprüche in einer strategischen, verstetigten Durchführung von Infoständen vereint. Infostände sind sowohl für bestehende Aktive als auch für unsere Zielgruppen niedrigschwellig und einfach zu organisieren. Außerdem bieten sie die Möglichkeit, tatsächlich zuzuhören und so zu erfahren, zu welchen konkreten, kommunal gewinnbaren Themen die Linke für und mit den Menschen Politik machen sollte. Die Themenfindung ist der Fokus dieses Antrags, da diese der erste Schritt für Basisaufbau sein muss. Die Perspektive, eigene Themen umzusetzen, ist die beste Motivation, parteipolitisch aktiv zu werden. Ein gutes Beispiel dafür bietet die Kampagne Stuttgart365, die durch ihre kommunale Umsetzbarkeit, konkreter Forderung und zugrunde liegendem, kollektiven Bedarf viele neue Aktive an die Linke gebunden hat. Zusätzlich wird die Linke durch die Fokussierung von gewinnbaren Themen zum gestaltenden Akteur in der Kommunalpolitik und bietet intern als auch extern den Beweis dafür, dass wir als Linke positive Veränderung durchsetzen können.

Haustürgespräche werden als sinnvoll und ausbaubar erachtet, trotzdem fokussiert sich dieser Antrag auf Infostände, da diese für neue Aktive ein niedrigschwelliger Einstieg in Ansprache sind.

Antrag P.30: Umweltmedizin im Zeitalter des Klimakollaps und Raubtierkapitalismus

Antragsteller*in:	OV Dreieich (KV Offenbach Kreis)

Der Parteitag möge beschließen:

Umweltmedizin im Zeitalter des Klimakollaps und Raubtierkapitalismus

In der Programmdiskussion und später dann auch im Programm einen extra Punkt zum Thema „Umweltmedizin im Zeitalter des Klimakollaps und Raubtierkapitalismus" aufzunehmen.

Der Kapitalismus hat immer schon von der Gesellschaft auferlegte Grenzen nicht

eingehalten, wenn es seinem Profit zuwiderlief. Der Raubtierkapitalismus als Ergebnis des Agierens des fossilen Kapitals ist diesbezüglich noch viel rabiater. Das hat ganz besonders Auswirkungen auf die Gesundheit und verhindert die Regeneration, insbesondere der lohnabhängig Beschäftigten.

Ausbeutung heißt nicht nur Aneignung von Loharbeit, sondern gleichzeitig ein Angriff auf unsere Gesundheit und die Reduzierung unserer Lebenszeit bis hin zum vorzeitigen Tod. Ganz besonders ist es in den prekären Berufen zu sehen, in denen das vorzeitige Ableben von Lohnabhängigen aus anderen Ländern in der deutschen Statistik noch nicht einmal erscheint. Der Klimakollaps verschärft diese Bedingungen für die Lohnabhängigen noch einmal bis aufs Äußerste.

So dass auch das RKI sich schon länger genötigt sieht die Hitzetoten statistisch zu berechnet, jedoch mit falschen Annahmen. Die Linke fordert die Meldepflicht für Hitzeerkrankungen und Hitzetote, denn Deutschland erwärmt sich mit Europa schneller als der Rest der Welt.

Das gleiche gilt bei der Berechnung der Todesfälle durch Luftverschmutzung in Deutschland. Der Tod durch Luftverschmutzung steht in Europa an 6. Stelle der Todesursachen und ist in Ballungszentren noch viel höher! Aber die Grenzwerte der WHO werden seit Jahrzehnten nicht Eingehalten. Die EU und Deutschland setzen sie einfach höher an.

Die Linke fordert: Mindesteinhaltung der WHO-Grenzwerte bei der Luftverschmutzung!

Die gleichen Probleme haben wir bei den PFAS und bei den Pestiziden insbesondere bei Glyphosat! Was gravierende Auswirkungen hat auf unser Trinkwasser! Die Linke fordert, dass die Chemische Industrie die gesundheitliche Unbedenklichkeit ihrer Produkte nachweisen muss, bevor sie mit dem chemischen Stoff in die Produktion geht! Ganz zu schweigen von der Belastung mit Nano-Plastik-Teilchen, die mittlerweile in unserem Gehirn nachgewiesen wurden. In den Großstädten atmen wir Autoreifen. Die Linke fordert Einstellung der Plastik-Produktion so weit wie möglich! Indem Sinne werden wir in der Programmdiskussion uns Positionen erarbeiten müssen, die dann ins Programm einfließen werden. Denn der Kampf ist sowohl gegen die Aneignung der Loharbeit als auch gegen den Angriff auf unsere Gesundheit und Regeneration erst recht in der Phase des Raubtierkapitalismus als auch im Klimakollaps zu führen! So wird Umweltmedizin Klima- und Arbeiterbewegung zusammenbringen! Für ein gutes Leben für alle.

Begründung

In unserem Programm wird nicht deutlich, dass Umweltmedizin in Zusammenhang mit dem Klimakollaps als ein der großen Zukunftsproblem zu sehen ist. Wir können uns nicht auf der einen Seite als Kümmerer-Partei darstellen, die für ein gutes Leben für alle eintritt, aber auf der anderen Seite die gravierend zunehmenden gesundheitlichen Gefahren durch den Klimakollaps weder benennen noch versuchen sie zu beseitigen.

Entscheidend ist hierbei auch, dass die Gefahren im wahrsten Sinne des Wortes totgeschwiegen werden.

Auf dem Totenschein steht nirgendwo, dieser Mensch ist beispielsweise mit statistischer Wahrscheinlichkeit von 70% an den Folgen des hohen Verkehrsaufkommen und einer Hitzewelle an seinem Wohnort an Herzinfarkt verstorben. Obwohl dies ziemlich genau zu berechnen ist. Es soll keine persönliche Betroffenheit hergestellt werden, damit in Ruhe Profit gemacht werden kann. Dass

die Menschen an Umweltbelastung sterben, ist halt ihr persönliches Schicksal. Das müssen wir als Partei ändern, wenn uns etwas an dem Leben der Menschen liegt.

Antrag P.31: Recht auf Gegenwehr sichern – Kommunale Arbeit stärken durch Rechtshilfefonds und juristisches Netzwerk

Antragsteller*in:	LV Thüringen, KV Goth, KV Ilm-Kreis und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Recht auf Gegenwehr sichern – Kommunale Arbeit stärken durch Rechtshilfefonds und juristisches Netzwerk

Die Partei Die Linke stärkt ihre kommunale Verankerung und Handlungsfähigkeit durch:

1. **Die Einrichtung eines bundesweiten Rechtshilfefonds**, aus dem Kreis- und Ortsverbände finanzielle Unterstützung bei rechtlichen Auseinandersetzungen im Rahmen politischer Arbeit (z. B. Bürgerbegehren, Klagen gegen Verwaltungsentscheidungen, kommunalpolitische Konflikte) beantragen können.
2. **Den Aufbau eines parteinahen juristischen Netzwerks**, bestehend aus solidarischen Anwältinnen und Anwälten sowie juristisch qualifizierten Mitgliedern, das:
    - Kreis- und Ortsverbände berät,
    - bei Bedarf rechtliche Vertretung vermittelt oder übernimmt,
    - Musterschriftsätze und rechtliche Einschätzungen bereitstellt,
    - Schulungen zur rechtssicheren politischen Praxis organisiert.
3. **Die Entwicklung transparenter Vergabekriterien** für den Rechtshilfefonds, die sicherstellen, dass insbesondere politisch relevante, grundsätzliche oder strategisch wichtige Verfahren unterstützt werden.
4. **Die organisatorische Anbindung** des Fonds und des Netzwerks an die Bundespartei (z. B. über den Parteivorstand oder eine zuständige Arbeitsstruktur), um Koordination, Qualitätssicherung und politische Einordnung zu gewährleisten.

Begründung

Die Linke versteht sich als Kümmererpartei, die nah an den Menschen ist, ihre Anliegen ernst nimmt und sie aktiv unterstützt. Dies geschieht insbesondere durch direkte Beteiligungsformate wie Haustürgespräche, Initiativen vor Ort und Bürgerbegehren.

Gerade auf kommunaler Ebene stoßen solche Aktivitäten jedoch immer wieder auf Widerstände von Verwaltungen oder politischen Mehrheiten. Nicht selten werden Bürgerbegehren abgelehnt oder politisches Engagement führt zu rechtlichen Auseinandersetzungen mit Städten und Behörden.

Diese Konflikte sind Ausdruck lebendiger Demokratie – sie bergen jedoch erhebliche finanzielle Risiken für Kreis- und Ortsverbände. Im Falle von Niederlagen können hohe Gerichts- und Verwaltungskosten entstehen, die lokale Strukturen überfordern oder abschrecken.

Das führt zu einem politischen Problem: Aus Angst vor finanziellen Folgen wird legitimer demokratischer Konflikt vermieden. Damit werden wichtige Instrumente der Mitbestimmung faktisch eingeschränkt.

Ein bundesweiter Rechtshilfefonds schafft hier Sicherheit und Handlungsfähigkeit. Ergänzt durch ein juristisches Netzwerk ermöglicht er:

- niedrigschwelligen Zugang zu rechtlicher Expertise,
- strategisch kluge Prozessführung,
- Solidarität innerhalb der Partei.

So stärken wir unsere Rolle als konsequente Interessenvertretung der Menschen vor Ort und sichern demokratische Teilhabe praktisch ab.

Vorschläge zur Struktur des Sozial-/Rechtshilfefonds

Finanzierung

- fester Anteil aus dem Bundeshaushalt der Partei
- zweckgebundene Spendenkampagnen („Recht auf Stadt verteidigen“)
- Solidarbeiträge von Mandatsträger:innen (optional politisch sensibel, aber wirksam)
- ggf. Unterstützung durch parteinahe Stiftungen (wo rechtlich möglich)

Vergabekriterien

Förderfähig sind:

- Verfahren mit grundsätzlicher politischer Bedeutung
- Fälle mit Signalwirkung über den Einzelfall hinaus
- Situationen, in denen kleine Verbände sonst handlungsunfähig wären
- Bürgerbegehren / direkte Demokratie

Nicht (oder nachrangig) förderfähig:

- interne Streitigkeiten
- aussichtslose Verfahren ohne politische Relevanz

Struktur / Organisation

- kleines Vergabegremium (z. B. Parteivorstand + juristische Expertise + kommunale Vertreter:innen)
- schnelle Entscheidungen (wichtig! z. B. Umlaufverfahren)
- transparente Berichterstattung (jährlicher Bericht)

Juristisches Netzwerk

- Aufbau eines Pools solidarischer Anwält:innen
- zentrale Kontaktstelle (E-Mail / Plattform)
- Sammlung von:
  - Musterschriftsätzen
  - Leitfäden („Wie starte ich ein Bürgerbegehren rechtssicher?“)
- ggf. Kooperation mit:
  - linken Jurist:innenverbänden
  - kritischen Verwaltungsrechtler:innen

Antrag P.32: Die Mitgliedsbeitragstabelle endlich reformieren!

Antragsteller*in:	KV Saarbrücken

Der Parteitag möge beschließen:

Die Mitgliedsbeitragstabelle endlich reformieren!

1. Die Partei die Linke setzt eine Kommission zur Erarbeitung einer Reform der Beitragstabelle ein.
2. Ziel ist es einen niedrigschwelligen Eintritt von Menschen ohne Abschreckung durch finanzielle Hürden stärker zu gewährleisten.

Begründung

Die derzeit gültige Mitgliedsbeitragstabelle der Partei Die Linke weist erhebliche strukturelle und praktische Defizite auf, die eine grundlegende Überarbeitung erforderlich machen.

Erstens fehlt es an einer einheitlichen und verbindlichen Anwendung der Beitragstabelle. In der Praxis erfolgt die Einstufung der Mitglieder weitgehend als „Selbsteinstufung“, ohne klare Definition oder nachvollziehbare Kriterien. Gleichzeitig existieren auf unterschiedlichen Ebenen der Partei (Kreisverbände, Landesverbände) voneinander abweichende Auslegungen und ergänzende Regelungen. Dies führt zu einer uneinheitlichen Beitragspraxis und untergräbt die Verbindlichkeit der Vorgaben.

Zweitens ist die bestehende Beitragstabelle in ihrer aktuellen Ausgestaltung für viele Mitglieder nicht nachvollziehbar und wird in der Praxis häufig nicht eingehalten. Insbesondere die komplexen Staffelungen sowie die Orientierung am Nettoeinkommen erschweren Transparenz und Vergleichbarkeit. Gleichzeitig stehen die Beitragssätze in keinem klaren Verhältnis zu anderen Organisationen, was die Akzeptanz zusätzlich mindert.

Drittens wirkt sich diese Intransparenz negativ auf die Mitgliedergewinnung und -bindung aus. Potenzielle Neumitglieder benötigen klare, einfache und sozial gerechte Regelungen, um ihre Beitragspflichten nachvollziehen zu können. Uneinheitliche und widersprüchliche Informationen – etwa zwischen offiziellen Dokumenten und praktischen Handhabungen – führen hingegen zu Verunsicherung.

Vor diesem Hintergrund ist die Einsetzung einer parteiinternen Kommission erforderlich. Diese Kommission soll:

- die bestehende Beitragstabelle sowie ihre praktische Anwendung umfassend evaluieren,
- eine einheitliche, transparente und sozial ausgewogene Beitragsstruktur entwickeln,
- sowie Vorschläge für eine klare und verbindliche Umsetzung auf allen Parteiebenen erarbeiten.

Ziel ist es, eine nachvollziehbare, gerechte und einheitliche Regelung zu schaffen, die sowohl die finanzielle Basis der Partei stärkt als auch die Akzeptanz bei den Mitgliedern erhöht.

Antrag P.33: Für eine starke geeinte Linke in Europa

Antragsteller*in:	Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Für eine starke geeinte Linke in Europa

Wir erleben in Europa aktuell überall eine massive Aufrüstung und Militarisierung, die stark zu Lasten von sozialer Sicherheit, Klimaschutz und öffentlicher Daseinsfürsorge geht. Die Abschottung an den europäischen Außengrenzen, das Erstarken rechter Kräfte sowie die zunehmende Zusammenarbeit von Konservativen mit Rechten in der EU führen zum Abbau grundlegender Menschenrechte (Erklärung von Chișinău). Mehr denn je braucht es eine starke, geeinte Linke in Europa, um sich dem entgegenzusetzen.

Noch vor den Europawahlen 2029 stehen in Europa zahlreiche wichtige Wahlen bevor. In Frankreich ist es nicht unwahrscheinlich, dass es 2027 zu einem Duell zwischen Jean-Luc Mélenchon und einem Kandidaten des Rassemblement National kommt. In Spanien verteidigt die Regierung Sanchez im Bündnis mit Sumar aktuell noch am ehesten linke Werte und muss sich 2027 erneut gegen eine wachsende Rechte behaupten. Auch im derzeit rechts-regierten Italien und in Finnland, das konservativ-rechts regiert wird, finden im Jahr 2027 Wahlen statt.

Mit der Partei der Europäischen Linken (EL) und der im Sommer 2025 neu gegründeten Europäischen Linken Allianz - European Left Alliance for the People and the Planet (ELA) gibt es im linken Lager auf europäischer Ebene gleich zwei Parteienbündnisse, die sich dem Ziel verschrieben haben, linke Kräfte aus den europäischen Ländern zu bündeln.

Programmatisch sind sich beide Bündnisse in vielem ähnlich. Unterschiede bestehen eher hinsichtlich Struktur und Arbeitsweise. So sind in der EL aktuell neben 13 in nationalen Parlamenten vertretenen Parteien – davon einige auch im Europäischen Parlament – zudem einige kleinere linke Parteien auch kommunistischen Ursprungs vertreten.

Die ELA setzt sich derzeit aus elf Parteien zusammen, die allesamt in nationalen Parlamenten vertreten sind, viele davon auch im Europäischen Parlament. Daraus ergibt sich eine unterschiedliche Arbeitsweise: während die EL ein wichtiges Netzwerk für viele linke Parteien und Gliederungen in Europa ist und zunehmend auf Kampagnen setzt, verfolgt die ELA von Anfang an eine pragmatische Zusammenarbeit, insbesondere im Kontext von Wahlkämpfen und Kampagnen.

Unabhängig von den Unterschieden ist in Hinblick auf die aktuelle und sich weiter zuspitzende politische Lage klar: nur gemeinsam und miteinander können wir die Wirkung linker Kräfte in Europa stärken und Bewegungen sowie politischen Druck aufbauen, um die Logik des Militärischen zu durchbrechen und dem Vormarsch der Rechten Einhalt zu gebieten.

Als die Linke, die Mitglied und zugleich Gründungsmitglied der EL ist, stehen wir vor der Herausforderung, die notwendigen Reformen innerhalb der EL für eine effektivere Arbeitsweise und mehr Sichtbarkeit zu fördern. Zugleich wollen wir gute Beziehungen zur ELA pflegen, zu deren einzelnen Mitgliedsparteien vielfach bereits eine

langjährige Zusammenarbeit besteht, da viele früher Mitglied der EL waren. Wir sehen die Möglichkeit, dass die Linke mit neu gewonnener Kraft als Brückenbauerin agiert und sicherstellt, dass nach dem Bruch im linken Lager wieder Vertrauensverhältnisse auf beiden Seiten gestärkt werden. Etappenziel könnte ein gemeinsamer Wahlantritt 2029 sein. Unser Ziel ist die Vereinigung der europäischen linken Parteien in einer Organisation um möglichst schlagfertig gegen Sozialabbau, Faschismus und Militarisierung vorgehen zu können.

Auf dem EL Kongress (17. bis 18. April 2026 in Brüssel) sind bereits Änderungen in Statuten und Struktur der Gremien beschlossen worden, die die EL in ihrer Handlungsfähigkeit stärken können. Mit einen Aktionsprogramm wurden Kampagnen und öffentlichkeitswirksame Meilensteine beschlossen. Als ein Schritt steht die Durchführung des Europäischen Forums, dass vom 11.-13. Dezember 2026 in Berlin stattfinden wird. Hier sind wir als die Linke federführend an der Organisation beteiligt. Ziel ist es, progressive und ökologische Parteien, Gewerkschaften, Organisationen und Bewegungen zusammen zu bringen – selbstverständlich aus beiden europäischen linken Parteistrukturen -, um die Zusammenarbeit zu konkretisieren und abzustimmen. Wir brauchen breite Netzwerke linker Kooperationen und Austausch über gemeinsame Inhalte, Strategien und Handwerkszeug. Ziel muss es sein, bis 2029 zur nächsten Europawahl, eine geeinte linke Wahlplattform mit gemeinsamen zentralen Forderungen zu entwickeln und uns auf dem Weg dahin gegenseitig zu stärken.

Als Grundlage für diese vermittelnde Rolle brauchen wir auch für uns selbst eine klare Standortbestimmung innerhalb europäischer Politik und eine strategische Zielsetzung.

Dabei ist sicherzustellen, dass die gesamte Partei mit all ihren Strukturen und Gliederungen aktiv in diesen Prozess eingebunden wird und ihn gemeinsam mitgestaltet.

Die Krisen unserer Zeit können wir nur gemeinsam lösen. Und dieses Europa braucht eine starke Linke.

Antrag P.34: Weiteren Sozialabbau verhindern, den Sozialstaat ausbauen!

Antragsteller*in:	BV Treptow-Köpenick

Der Parteitag möge beschließen:

Weiteren Sozialabbau verhindern, den Sozialstaat ausbauen!

Der Bundesparteitag empfiehlt allen Genoss*innen, vor allem den an Wohnungstüren und Infoständen aktiven, sich neben „Mieten und Wohnen“ verstärkt auch zu anderen brennenden sozialen Fragen argumentationsfähig zu machen. Das betrifft vor allem die Bereiche, in denen durch die Bundesregierung massive Kürzungen drohen. Die Gesundheits-, Pflege- und Rentenreform, aber auch das Thema „Erhöhung der Einnahmen von Bund, Ländern und Kommunen“ durch eine gerechte Steuerpolitik sind solche zentralen Fragen. Wir wollen endlich die reichsten 0,1 Prozent bzw. Menschen mit Vermögen von mehr als 100 Millionen Euro in die Pflicht nehmen.

Die Partei nutzt hierzu stärker den Sachverstand der entsprechenden Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften und bittet diese, Argumentationspapiere, Präsentationen und Battlecards zu erstellen, aktiv zu verbreiten und kleine Schulungen in der Partei anzubieten.

Begründung

1. Hohe Mieten und Mangel an preisgünstigem Wohnraum betreffen bundesweit nur einen Teil der Bevölkerung. Sie sind zudem längst nicht die einzigen sozialen Bedrohungen. Eine ausschließlich auf Mieten und knappen Wohnraum beschränkte Strategie lässt wichtige Lebensfragen außer Acht und großes Potenzial der Partei ungenutzt.
2. Um zentrale, z. T. seit vielen Jahren erhobene sozialpolitische und andere Forderungen der Partei durchzusetzen, ist eine längerfristige Strategie erforderlich, die alle Belastungen der Menschen abbildet und Erwartungen und Positionen der vielen sozial bedrohten Menschen anspricht.
3. Unsere Erfahrungen bei der Erkämpfung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns zeigen, dass Fortschritte allein mit der Arbeit aus den Parlamenten heraus nicht zu erkämpfen sind. Das gilt auch, wenn es darum geht, Rückschritte zu verhindern.
4. Solche Rückschritte drohen in Gesundheit und Pflege sowie der Rentenversicherung. Hier strebt die Bundesregierung Kürzungen und Leistungseinschränkungen an. Dagegen sollten vor allem unsere Genoss*innen an Wohnungstüren und an Infoständen zu unseren Alternativen sprechfähig sein. Unser Markenkern wird so wieder deutlicher und die seit Jahren niedrigen Werte bei „linker Lösungskompetenz“ können steigen.
5. Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben einen dramatischen Mangel an Wählerstimmen in den Altersgruppen ab 45 Jahren gezeigt. Deshalb ist es wichtig, auch diese Wähler*innengruppen anzusprechen. Zumal Rentenfragen, Gesundheits- und Pflegeversorgung, Lebensmittelpreise sowie Sozialbeiträge auch für jüngere Menschen existenziell sind und gerade auch jüngere Menschen viele Forderungen der Linken unterstützen.
6. Dreh- und Angelpunkt eines Politikwechsels, den die Linke anstrebt, ist eine andere Einnahmenpolitik. Wir wollen höhere Einnahmen bei Steuern- und Sozialabgaben für mehr und bessere Leistungen, aber auch, um kleinste bis mittlere Einkommen zu entlasten. Die jedoch bereits beschlossenen Steuersenkungen der schwarz-roten Bundesregierung werden die finanziellen Spielräume auch von Ländern und Kommunen weiter einschränken. Das wollen wir verhindern.

Antrag P.35: Eine andere Welt ist möglich: Wir unterstützen das 18. Weltsozialforum in Benin

Antragsteller*in:	KV Paderborn

Der Parteitag möge beschließen:

Eine andere Welt ist möglich: Wir unterstützen das 18. Weltsozialforum in Benin

Wir rufen Mitglieder, Parteigliederungen und Mandatsträger:innen auf das Weltsozialforum nach Kräften zu unterstützen, sei es mit parlamentarischen Initiativen und Veranstaltungen (Gesprächsrunden, Filmabende) zu Fragen globaler

Gerechtigkeit, sei es durch Vernetzung mit Partner:innen im Globalen Süden, durch aktive Teilnahme vor Ort oder durch Spenden.

Begründung

Vom 4. bis 8. August 2026 findet das achtzehnte Weltsozialforum (WSF) in Cotonou/Bénin statt. Das WSF ist eine basisdemokratische Gegenveranstaltung zu den Gipfeln der Welthandelsorganisation (WTO), dem Davoser Weltwirtschaftsforum (WEF) und den jährlichen Weltwirtschaftsgipfeln der Regierungschefs der G7-Staaten. Der erste Weltsozialforum fand 2001 in Porto Alegre/Brasilien statt und wurde zu einem starken Symbol für die Bewegung der Kritiker:innen einer neoliberal-kapitalistischen Globalisierung. Das WSF findet ausschließlich in Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika statt und stellt die Perspektive der Menschen im Globalen Süden in den Mittelpunkt.

Die jährlichen Treffen entwickeln Alternativen zum globalen Kapitalismus, wovon wir als antikapitalistische Partei in einem der reichsten Industrieländer der Welt viel lernen können und müssen. Die linken Vernetzungstreffen zeigen, dass eine andere Welt, dass globale Gerechtigkeit möglich ist. Erwartet werden dieses Jahr 50.000 Teilnehmer:innen, vor allem aus Bénin und Nigeria. Es mobilisieren Gewerkschaften, Bauern-, Frauen- und Indigenenorganisationen, Friedens- und Gerechtigkeitsbewegungen. Viele Veranstaltungen finden hybrid statt. Alle Informationen zum WSF 2026 finden sich auf der offiziellen Webseite www.fsm2026benin.org.

Antrag P.36: Kompendium Klassenstruktur

Antragsteller*in:	Kerstin Fremder-Sauerbeck, Heinz-Dieter Lechte (LV Hamburg)

Der Parteitag möge beschließen:

Kompendium Klassenstruktur

Der Bundesparteitag bittet den Parteivorstand in Kooperation mit der Bundestagsfraktion ein Kompendium zu erstellen, das die Klassenstruktur Deutschlands abbildet, aktuell und historisch. Daran mitzuwirken sind alle Arbeitsgemeinschaften, Strömungen und Einzelmitglieder aufgefordert.

Begründung

Eine organisierende Klassenpartei sollte sich über den Klassenbegriff einig werden, dafür ist das Kompendium gedacht. Darin ist zum Beispiel zu klären, ob es tatsächlich der Wirklichkeit entspricht, alle Lohnabhängigen als Arbeiterklasse zu bezeichnen.

Lohnabhängige Vorgesetzte, die ein Vielfaches dessen erhalten, was sich Jan und Ines zubilligen, zählt die Arbeiterschaft aktuell jedenfalls nicht zu den Kolleg*innen.

Welche weiteren Klassen gibt es neben Proletariat und Kapital? Was ist mit dem Kleinbürgertum? Wie definiert man es? Wie setzt es sich zusammen? Welche Rolle spielte es im Klassenkampf hundert Jahre zurück in der Zeit des heraufziehenden Faschismus? Welcher Klasse ist die Wählerschaft der Linken zuzurechnen? Wo ist Aufklärung oder Gegnerschaft angebracht, wo sind potentielle Mitstreiter*innen? Diese und viele weitere Fragen sind zu klären, damit die Mitgliedschaft eine Handreichung erhält und nicht jede Parteiebene mit einem eigenen Klassenbegriff experimentiert.

Dem Erfurter Parteiprogramm folgend stützen wir uns bei dieser Aufgabe, nebst der Geschichte der

Arbeiterbewegung, auf Theorie und Praxis von Rosa Luxemburg, Karl Marx und Friedrich Engels, die beide 1845 in ihrer Schrift, Die Heilige Familie, erklären warum das Proletariat das revolutionäre Subjekt ist.

Das Großkapital, das Bürgertum, hat seinen Widerspruch, die Arbeiterklasse, selbst hervorgebracht. Beider Lebensbedingungen ist menschliche Arbeitskraft. Das Bürgertum lebt von der Ausbeutung von Arbeitskraft; das Proletariat als Klasse kann seine Lage nur ändern, wenn es seine Lebensbedingungen aufhebt. Das wäre das Ende von Ausbeutung und Akkumulation des Kapitals, somit das Ende des Kapitalismus.

Davon wären als Folge alle anderen Klassen der Gesellschaft betroffen.

Antrag P.37: Das Internet nicht den Rechten überlassen

Antragsteller*in:	Linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Das Internet nicht den Rechten überlassen**

2 Der Beschluss 2026/454GV „Ausstieg aus der Plattform X“ vom 27. Februar 2026 wird
3 zurückgenommen. Die Bundespartei wird die Plattform wieder aktiv benutzen. Unseren
4 Mitgliedern ist weiterhin freigestellt, ob sie X benutzen oder nicht.

Begründung

Die Entscheidung, am 04.05.2026 gemeinsam mit den Grünen und der SPD mit einem wortgleichen Statement die Plattform X zu verlassen, hat viele Genoss:innen und Sympathisant:innen irritiert. Insbesondere die Tatsache, dass diese Entscheidung ohne vorherige innerparteiliche Diskussion gefällt wurde, stellt unsere Genoss:innen vor vollendete Tatsachen. Viele Mitglieder und Sympathisant:innen, die auf X für linke Positionen und Argumente streiten und weiterhin aktiv bleiben fühlen sich im Stich gelassen. So haben nahezu sämtliche reichweitenstarke Accounts von Mitgliedern unserer Partei erklärt, weiterhin auf der Plattform aktiv bleiben zu wollen. Als organisierende Klassenpartei müssen wir aus unserer Blase herauskommen und auch an Orten aktiv sein, wo es weh tut. Ob im Pausenraum im Betrieb, an den Haustüren oder im Internet – linke Positionen haben es dort aktuell nicht leicht und der Gegenwind wird immer stärker. Umso wichtiger ist aber, dass wir als Linke den Pol der Hoffnung darstellen und den Rechten diese Räume nicht kampflos überlassen. Die Aufgabe des international wichtigsten Kurznachrichtendienst mit Accounts von uns, die teils Hunderttausende Follower:innen haben ist dabei fatal. Mit der Übernahme von Twitter durch Elon Musk hat sich der Ton auf der Plattform deutlich verschärft und Algorithmen scheinen rechte Inhalte zu bevorzugen. Die Konsequenz darf jedoch nicht sein, bei zweifelhaften Betreibern eine Plattform zu boykottieren. Wie strategisch falsch eine solche Einschätzung ist, hat die jahrelange Abwesenheit demokratischer Partei von TikTok gezeigt. Auch hier wurde oft begründet, dass die chinesische Betreiberfirma staatlich gesteuert und eine Verwendung der Plattform deshalb aus moralischen Gründen falsch sei. Dies hatte zur Folge, dass die AfD hier Vorreiter war, bis wir als Linke durch eine starke Social-Media-Arbeit aufholen konnten und der AfD diesen Rang streitig machen konnten. Lasst uns um jeden Raum kämpfen, unsere Reichweite nutzen, linke Inhalte verbreiten und Präsenz zeigen – auch wenn es unbequem ist!

Antrag P.38: Niemals alleine, immer gemeinsam – auch im Fall von Repressionen und Einschüchterungen - Antrag für ein Aufbaukonzept einer innerparteilichen Antirepressionsstelle

Antragsteller*in:	KV Koblenz / Rhein-Lahn

Der Parteitag möge beschließen:

Niemals alleine, immer gemeinsam – auch im Fall von Repressionen und Einschüchterungen - Antrag für ein Aufbaukonzept einer innerparteilichen Antirepressionsstelle

Der Bundesvorstand wird beauftragt, ein Aufbaukonzept / Leitfaden auszuarbeiten bzw. dies an eine geeignete Stelle zu verweisen, die den Aufbau eines innerparteilichen Vorgehens / Umgangs im Falle von Repressionen wie z.B. Doxxing und Einschüchterungen wie z.B. Morddrohungen umfasst. Ziel soll sein, Betroffenen leicht und schnell zugänglich eine Anlaufstelle („Antirepressionsstelle“) zu bieten, die Informationen bereithält und Unterstützung gibt sowie einen professionellen Umgang auf den verschiedenen Parteiebenen etabliert. Wir wollen, dass wir als Partei mehr Verantwortung für betroffene Mitglieder von Repressionen wie z.B. Doxxing und Einschüchterungen wie z.B. Morddrohungen übernehmen.

Ein solches Aufbaukonzept / Leitfaden kann parallel oder anknüpfend an die bereits etablierten Awareness-Strukturen der Partei entstehen. Folgende Punkte sollte ein solches Aufbaukonzept / Leitfaden u.a. enthalten:

- Ersten Schritte im Falle von Betroffenheit (Ansprechpersonen, Begleitmöglichkeiten, außer- und innerparteiliche Optionen, mögliche anwaltliche Hilfe / Vermittlung)
- Liste über Beratungsstellen
- Vorlage Begründung für Auskunftssperre
- Liste über linke Anwälte
- Aufklärungs- und Präventionsarbeit
- Hilfestellung für Kreis- und Landesebene
- Formen sensiblen Umgangs mit Betroffenen

Begründung

Zunehmend mehr Mitglieder unserer Partei, die in der Öffentlichkeit, insbesondere in den sozialen Medien, aktiv sind, – ob durch Amt, Mandat oder als engagierte Aktive – sind u.a. Doxxing, dem Veröffentlichen von personenbezogenen Daten ohne die Zustimmung der Betroffenen, weiteren Formen von Repressionen am Arbeitsplatz und im Alltag sowie Einschüchterungen wie Morddrohungen ausgesetzt – in den meisten Fällen initiiert durch rechte und rechtskonservative Akteur*innen. Mit Blick auf das kontinuierliche Erstarken der rechten Szene in Politik und Gesellschaft sowie der Verbreitung konservativ-repressiver Praktiken im Umgang mit linksaktiven Menschen werden Repressionen und Einschüchterungen gegen Linksaktive und Parteimitglieder zunehmen bzw. anhalten. Dabei bleiben Konsequenzen für rechte Akteur*innen trotz Rechtsverletzung (§ 42 BDG) häufig aus, wie das Beispiel „Wuppi“ trotz Druck von Medien (z.B. im ZDF

Magazin Royal) zeigt. Vielmehr werden Repressionen breitwillig von den Verantwortlichen vollzogen.

In dieser Zeit müssen wir uns als Parteimitglieder gegenseitig besser aufklären, schützen und helfen, denn Repressionen und Einschüchterungen wirken auf das gesamte Leben der Betroffenen ein und sind ein Angriff auf uns alle. Insbesondere für neue und junge aktive Mitglieder ist eine Sensibilisierung im Umgang mit dem Wirksamwerden in der Öffentlichkeit sowie eine professionelle Unterstützung im Falle von Repressionen und Einschüchterungen besonders wichtig. Daher muss auch hier gelten: Niemals alleine, immer gemeinsam!

Antrag P.39: Leitfaden zum Umgang mit generativer KI in der Öffentlichkeitsarbeit

Antragsteller*in:	BAG Netzpolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Leitfaden zum Umgang mit generativer KI in der Öffentlichkeitsarbeit

Der Parteivorstand wird beauftragt, einen Leitfaden zur Nutzung von (generativer) Künstlicher Intelligenz für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei zu erarbeiten und dem Parteitag auf der nächsten Tagung (2. Tagung des 10. Parteitages der Partei die Linke) zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Leitfaden soll als zentrale Orientierungshilfe und Richtlinie für die Nutzung innerhalb der Öffentlichkeitsarbeit aller Gliederungsebenen der Partei dienen.

Dabei soll der verantwortungsvolle Umgang mit KI-generierten Inhalten grundlegend definiert werden. Der Leitfaden soll Fragestellungen zum Urheberrecht und Datenschutz adressieren und Kennzeichnungspflichten verankern. Außerdem ist eine kritische, ökonomische Bewertung vorzunehmen, die insbesondere die Entwertung kreativer Arbeit, die Abhängigkeiten von großen Technologieanbietern, die Auswirkungen auf Energieverbrauch und Umwelt sowie die Arbeitsbedingungen der Datenarbeiter*innen einschließt. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass der Einsatz generativer KI nicht die Qualität der Bild- und Texterzeugnisse negativ beeinträchtigt. Des Weiteren ist es zwingend notwendig, innerhalb dieses Leitfadens, die ethischen Aspekte der Nutzung generativer KI zu erläutern.

Nötig ist ein innerparteilicher Austauschprozess zur Erarbeitung von Leitlinien unter Einbeziehung der Mitarbeiter*innen der Öffentlichkeitsarbeit und gegebenenfalls des Betriebsrats. Mitglieder fachkundiger Arbeitsgemeinschaften sollen beratend hinzugezogen werden.

Bis zum Inkrafttreten des Leitfadens empfiehlt der Parteitag, insbesondere generative KI zurückhaltend und reflektiert einzusetzen.

Begründung

Unsere Partei hat in den vergangenen Jahren eine erfreuliche Professionalisierung ihrer Öffentlichkeitsarbeit vollzogen, insbesondere in den Bereichen der Bild- und Videoproduktion. Durch die Etablierung des „Lissi-Designsystems“ sowie ein umfassendes Angebot an Schulungen und Handreichungen wurden bestehende technische Hürden abgebaut und klare Leitlinien etabliert. Dies hat es vielen Basismitgliedern ermöglicht, sich professionell in die Kommunikation einzubringen,

und maßgeblich zu unseren jüngsten Erfolgen, vor allem im Social-Media-Bereich beigetragen.

Wir nehmen jedoch mit Sorge zur Kenntnis, dass der erreichte Qualitätsstandard durch den zunehmenden Einsatz generativer Künstlicher Intelligenz in der Öffentlichkeitsarbeit gefährdet wird. Im Bildbereich führt die Nutzung solcher Tools bereits erkennbar zu generischen Darstellungen und einer kommunikativen Wirkung , die durch ihre Künstlichkeit die Authentizität unserer politischen Botschaften untergräbt. Ebenso fehlen oftmals entsprechende Hinweise und Kennzeichnungen.

Besonders kritisch bewerten wir zudem die Verwendung von Sprachmodellen bei der Texterstellung. Hier zeigt sich regelmäßig, dass unsere politische Inhalte verzerrt, oberflächlich oder widersprüchlich wiedergegeben werden, was unserer politischen Kommunikation erheblichen Schaden zufügt. Wir dürfen auch die ökonomische Dimension nicht ignorieren. Der gesteigerte Einsatz von generativer KI droht, kreative Arbeit zu entwerten und schafft neue Abhängigkeiten von marktbeherrschenden Technologieanbietern. Global nicht abschließend geklärt, ist außerdem die Frage der Verwendung von nicht-lizensierten Inhalten zur Erstellung der Modelle, die künstlerische Arbeit weltweit ohne Zustimmung der Künstler und ohne Kompensation ausnutzt. Um den hohen Standard unserer Kommunikation sicherzustellen und die Integrität unserer Inhalte zu sichern, ist die Erstellung eines verbindlichen Leitfadens zwingend erforderlich.

Antrag P.40: IT-Personalstellen in der Bundesgeschäftsstelle ausbauen

Antragsteller*in:	BAG Netzpolitik

Der Parteitag möge beschließen:

IT-Personalstellen in der Bundesgeschäftsstelle ausbauen

Der Parteivorstand wird beauftragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen erheblichen Personalaufwuchs bei den IT-Stellen der Bundesgeschäftsstelle um mindestens 3 Vollzeitäquivalente in die Wege zu leiten. Damit verbundene Ziele sind die Gewährleistung guter IT-Sicherheit, die Schaffung größtmöglicher digitaler Unabhängigkeit von Dritten und der Aufbau sowie Betrieb von Infrastruktur und Mitgliederdiensten, die funktional sind, Barrieren abbauen und zur innerparteilichen Kommunikation und Teilhabe beitragen. Zur Finanzierung sollen auch die Landesverbände mit aufgefordert werden, die im Gegenzug die zentral bereitgestellten Mitgliederdienste wie Cloud, Messenger, Videokonferenzsystem, sowie Wissens- und Teilhabe-Werkzeuge nutzen können. Auch dadurch werden Kommunikationsbarrieren abgebaut, die digitale Arbeitsfähigkeit beispielsweise für Parteitage erleichtert und Neumitgliedern ein gutes Ankommen in der Partei ermöglicht.

Begründung

Noch immer sind die Spuren des Cyberangriffs Anfang 2026 auf Die Linke spürbar. Obwohl die Mitgliederdaten geschützt blieben, ist der Schaden immens und abgeflossene sensible Informationen können nicht wieder zurückgeholt werden. Im zunehmend digitalen Parteileben sind die Folgen eines erfolgreichen Cyberangriffs weitaus schwerwiegender, als das vor einigen Jahren noch der Fall war. Deshalb muss endlich auch personell den gestiegenen IT-Sicherheitsanforderungen Rechnung getragen werden. Der Schaden eines erfolgreichen Angriffs ist

im Zweifel kostspieliger als angemessene Präventionsmaßnahmen. Gute IT-Sicherheit stellt die Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit und Authentizität der digitalen Prozesse und Kommunikationen im Inneren und nach Außen sicher.

Die vorhandene Personalausstattung wird den wachsenden Anforderungen an die Partei-IT und auch der stark gewachsenen Mitgliederanzahl der Partei nicht gerecht. Für einen gesicherten und ausfallsicheren Betrieb der Partei-IT ist es notwendig, dass vertrauenswürdige und interne Fachleute dauerhaft verfügbar sind. Nur so kann auch mit unvorhersehbaren Problemen wie krankheitsbedingtem Ausfall oder anderen Zwischenfällen umgegangen werden.

Zugleich wachsen die Anforderungen an das digitale Ökosystem der Partei. Eine einfache und zugleich sichere Accountverwaltung lässt sich dabei bestmöglich umsetzen, wenn die Partei möglichst viele Mitgliederdienste selbst und zentral durch die Bundesgeschäftsstelle betreibt („ein Account für alles“/Single Sign On). Chats, gemeinsame Textarbeit oder Filesharing sollten bruchfrei in der gesamten Partei genutzt werden können, wodurch Barrieren abgebaut und die innerparteiliche Teilhabe vergrößert würden. Zudem lassen sich formale Vorgänge mit geeigneten digitalen Werkzeugen deutlich beschleunigen. Ein solches digitales Ökosystem dürfte die Attraktivtät der Parteiarbeit insbesondere auch für Neumitglieder steigern, die vor Ort möglicherweise nicht gleich den richtigen Anschluss gefunden haben.

Die Herausforderungen betreffen nicht nur unsere Partei. Deshalb wurde das Parteiengesetz 2024 unter anderem mit Blick auf gestiegene IT-Ausgaben angepasst (https://www.recht.bund.de/bgbl/1/2024/70/VO).

Zur digitalen Handlungsfähigkeit zählt es auch, unabhängig von Dritten agieren zu können. Die Nutzung von Microsoft Office Cloud oder Telegram für interne Tätigkeiten macht uns abhängig von privaten Akteuren, die wir durch Nutzung dieser Dienste weiter stärken und ihnen auf zweifelhafter Basis Vertrauen in den Datenschutz schenken. Auch in der Öffentlichkeitsarbeit ist geeignete Infrastruktur für digitale Unabhängigkeit wichtig, zum Beispiel ein selbstverwalteter Mastodon-Server als Alternative zu Twitter & Co.

Die digitale Grundlage zum Erreichen dieser Ziele ist generell die Verwendung und Bereitstellung von Open-Source-Software. Durch die aktive Nutzung und Weiterentwicklung stärken wir direkt das Open-Source-Ökosystem und unterstützen damit den Aufbau von Alternativen zu proprietärer Software in der Hand von Tech-Oligarchen. Der Aufwuchs von IT-Personalstellen wäre ein entscheidender Motor dafür und trüge zum Transformationsprozess im hier und jetzt bei, weg von kapitalistischer Produktionsweise. Dies hätte auch eine Signalwirkung aus der Partei in den Rest der Gesellschaft.

In der Bundesgeschäftsstelle und der Partei insgesamt gibt es zahlreiche Ideen und Entwürfe für gute und sichere Parteidigitalisierung, die sich jedoch aus Personalmangel häufig nicht oder nur stark verzögert umsetzen lassen. Die zentrale Bereitstellung von IT-Diensten könnte insgesamt den Aufwand reduzieren. Der vorliegende Antrag ist daher auf einen Aufwuchs der IT-Personalstellen in der Bundegeschäftsstelle fokussiert. Der Antrag ist eine Absichtserklärung und die geforderten 3 zusätzlichen Vollzeitäquivalente als essenzielles Minimum zur Annäherung an die beschriebenen Ziele zu sehen, das zeitnah umzusetzen ist. Der längerfristige Personalbedarf ist voraussichtlich größer und sollte in Abstimmung mit der Bundesgeschäftsstelle und den Landesverbänden anhand benötigter Werkzeuge und deren Betreuungsaufwand (Entwicklung, Administration, Second-Level-Support) ermittelt werden. Die Einbindung von Dritten für IT-Aufgaben sollte dabei nach der Maßgabe erfolgen, dass diese bei der Umsetzung eigener IT-Projekte unterstützen, jedoch keine fertigen Produkte eingekauft werden, die sich nur noch abhängig vom Anbieter nutzen lassen. Außerdem wird Personal für ein Community-Management benötigt, das Nutzer*innen aller Kenntnisstufen und Ehrenamtliche mit deren Verbesserungsvorschlägen und ggf.

Unterstützungsangeboten aktiv einbindet.

In den Landesvebänden kann möglicherweise an dort bereits gefasste Beschlüsse im Sinne dieses Antrags angeknüpft werden, zum Beispiel der Beschluss 8 / 2 / 10 vom 15.11.2025 des Landesverband Berlin (https://dielinke.berlin/landesparteitag/beschluesse/det/news/aufbau-einer-landesweiten-digitalen-infrastruktur-fuer-die-interne-kommunikation-der-partei/)

Antrag S.08: Eine Geschlechterdemokratie für Alle

Antragsteller*in:	Landesvorstand Niedersachsen, Henry Matteo Bruder (Linksjugend ['solid]), Johanna Brauer (Linksjugend ['solid])

Der Parteitag möge beschließen:

§ 10 Geschlechterdemokratie

(1) Die politische Willensbildung der FLINTA* [Frauen, Lesben, Inter*, Non-Binäre, Trans* und Agender*] in der Partei ist aktiv zu fördern. Es ist Ziel der Partei, dass FLINTA* weder diskriminiert noch in ihrer politischen Arbeit behindert werden. Alle FLINTA* haben das Recht, innerhalb der Partei eigene Strukturen aufzubauen und FLINTA*-Plena oder beispielsweise spezifische Frauen oder TINA*- Plena einzuberufen. Die Anerkennung des Rechts auf geschlechtliche Selbstbestimmung ist Teil unseres Verständnisses von Geschlechterdemokratie. Für die geschlechtsspezifischen Regelungen der Partei ist die hinterlegte Geschlechtsidentität im Mitgliederprogramm oder die Selbstauskunft maßgebend. Jedes Mitglied kann seinen Eintrag auf Wunsch ändern lassen. Eine Änderung wird nach schriftlicher Mitteilung an seinen Landesverband und die schriftliche Bestätigung durch diesen wirksam.

(2) In allen Versammlungen und Gremien der Partei ist FLINTA*, unter der Voraussetzung entsprechender Wortmeldungen, nach jedem Redebeitrag, bei dem keine FLINTA* gesprochen hat, das Wort zu erteilen.

(3) In allen Versammlungen und Gremien der Partei wird auf Antrag von mindestens einem Viertel der stimmberechtigten FLINTA* ein die Versammlung unterbrechendes FLINTA*-Plena durchgeführt. Über einen in diesem FLINTA*-Plena abgelehnten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter Beratung der gesamten Versammlung bzw. des gesamten Gremiums abschließend entschieden werden.

(4) Bei Wahlen von Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierten sind grundsätzlich mindestens zur Hälfte FLINTA* zu wählen. Ist dies nicht möglich, bleiben die den FLINTA* vorbehaltenen Mandate unbesetzt, eine Nachwahl ist jederzeit möglich. Kreis- und Ortsverbände, deren Frauen- und Diversenanteil bei weniger als einem Viertel liegt, können im Einzelfall Ausnahmen beschließen. Dabei darf die Quote als so beschlossene Ausnahme jedoch nicht unter dem Frauen- und Diverenanteils des jeweiligen Kreis- oder Ortsverbandes zum Stichtag des 31.12. des letzten Jahres liegen.

(5) Bei der Aufstellung von Wahlbewerber:innen für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist auf einen mindestens hälftigen FLINTA*-Anteil in der Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe hinzuwirken. Bei Wahlvorschlaglisten sind einer der beiden ersten Listenplätze und im Folgenden die ungeraden Listenplätze FLINTA* vorbehalten, soweit Bewerber:innen zur Verfügung stehen. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der Versammlung, einzelne Bewerber:innen abzulehnen. Reine FLINTA*-Listen sind möglich."

Der Antrag umfasst auch alle Änderungen die sich daraus für die Wahl- und Geschäftsordnungen der Partei ergeben. Anstelle der von der Geschäftsordnung vorgegebene Frauenplena auf Parteitagen werden künftig FLINTA*-Plena organisiert. Die im Mitgliederprogramm erfasste Geschlechtsidentität bleibt von diesen Änderungen

unberührt.

Begründung

Als feministische Partei ist es wichtig allen von geschlechterspezifischer Unterdrückung betroffenen Gruppen mitzudenken und gezielt zu fördern. TINA*-Personen aus Quotierung auszuschließen spaltet unsere feministischen Kämpfe und steht einer Zerschlagung sexistischer Gewalt im Weg.

Antrag S.09: Satzungsänderung §3 Abs. 5

Antragsteller*in:	LV Thüringen

Der Parteitag möge beschließen:

Die Satzung der Partei Die Linke wird folgendermaßen geändert:

„Wer aus der Partei ausgeschlossen wurde, kann frühestens nach zwei Jahren wieder eintreten.“

Ersetzen durch:

„Wer aus der Partei ausgeschlossen wurde, kann frühestens nach fünf Jahren und nur mit Zustimmung des Parteivorstandes bei Ausschluss durch die Bundesschiedskommission, im Fall von Ausschlüssen durch eine Landesschiedskommission nur mit Zustimmung des zuständigen Landesvorstandes, wieder eintreten.

Begründung

1.

Die Schiedskommissionen fällen Entscheidungen nach gründlicher Prüfung und mit Sicherheit nicht leichtfertig.

Gründe für Parteiausschlüsse (seien es z. B. Machtmissbrauch, sexuelle Übergriffe, offen parteifeindliches Auftreten oder schwere Straftaten) sind so schwerwiegend, dass ein Wiedereintritt nach 2 Jahren zu kurz bemessen erscheint. Bezieht sich der Ausschluss beispielsweise auf Konkurrenzkandidaturen gegen Die Linke in staatlichen Wahlen, bilden die 2 Jahre nicht einmal die Dauer der jeweiligen Wahlperioden von meist 4 bis 6 Jahren ab.

Für „minderschwere“ Fälle wurde anstelle des Ausschlusses richtigerweise die Möglichkeit der zeitlich befristeten Entziehung von Mitgliedsrechten in die Satzung eingeführt.

2.

In einigen Fällen legen die Schiedskommissionen bereits jetzt für den Wiedereintritt nach Ausschluss Zustimmungsvorbehalte des Parteivorstandes im Falle von Wiedereintritten fest. Die Bundessatzung regelt in § 2 (2) und (3):

„Der Eintritt erfolgt durch schriftliche Eintrittserklärung gegenüber dem zuständigen Kreisvorstand oder dem Parteivorstand. […] Die Mitgliedschaft wird sechs Wochen nach dem Eingang der Eintrittserklärung beim Kreisvorstand wirksam, sofern die satzungsgemäße Pflicht zur Beitragszahlung erfüllt ist und kein Einspruch gegen die Mitgliedschaft durch den Kreisvorstand oder einen übergeordneten Vorstand vorliegt“

Einen zwingenden Zustimmungsvorbehalt des Parteivorstandes oder des betreffenden

Landesvorstandes für Wiedereintritt nach Ausschluss ist durch die Bundessatzung bisher nicht vorgesehen. Dieser Mangel sollte geheilt werden.

Antrag S.10: Satzungsänderungsantrag Klarstellung zur Festlegung der Mandatsträgerbeiträge auf der jeweiligen Ebene

Antragsteller*in:	KV Salzgitter

Der Parteitag möge beschließen:

1 In § 6 Absatz 4 Buchstabe b der Bundessatzung wird folgender Satz angefügt:

2 „Maßgeblich ist dabei die Ebene, auf der das Mandat ausgeübt wird.“

Begründung

Die Zahlung von Mandatsträgerbeiträgen ist ein zentraler Bestandteil solidarischer Parteiarbeit und trägt wesentlich zur Finanzierung der politischen Arbeit vor Ort bei.

Ziel einer solchen Regelung ist es, die Handlungsfähigkeit der Partei zu sichern und gleichzeitig eine angemessene sowie zumutbare Belastung der Mandatsträger zu gewährleisten.

Zugleich zeigt die Praxis, dass die konkrete Ausgestaltung sachgerecht auf der jeweiligen Ebene erfolgen muss, da die Rahmenbedingungen kommunaler Mandate erheblich variieren können.

Im Zusammenhang mit einem Beschluss des Landesparteitages Niedersachsen zur Mandatsträgerabgabe traten unterschiedliche Auffassungen über dessen Auslegung auf.

In der Folge wurde ein Verfahren vor der Landesschiedskommission Niedersachsen geführt. Gegen die Entscheidung hat der Landesverband Rechtsmittel eingelegt; das Verfahren ist derzeit bei der Bundesschiedskommission anhängig.

Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die bestehenden Regelungen unterschiedlich verstanden werden können und insoweit ein Klarstellungsbedarf besteht.

Niedersachsen-Modell 2025 (Beispiel)

Im Landesverband Niedersachsen wurde ein Modell eingeführt, bei dem unterschiedliche Beitragssätze gelten:

15 % bei ausschließlich gezahltem Sitzungsgeld
30 % bei reiner Aufwandsentschädigung
50 % auf die Aufwandsentschädigung, wenn zusätzlich Sitzungsgeld gezahlt wird

Dabei wird das Sitzungsgeld nicht in die Berechnung einbezogen.

Beispielrechnung

Niedersachsen-Modell 2025 (Beispiel)

Fall A – wenige Sitzungen (4 im Jahr)

Aufwandsentschädigung: 480 €

Sitzungsgeld: 100 €

Gesamt: 580 €

Mandatsträgerbeitrag (50 % AE): 240 €

Verbleibend: 340 €

Fall B – mehr Sitzungen (10 im Jahr)

Aufwandsentschädigung: 480 €

Sitzungsgeld: 250 €

Gesamt: 730 €

Mandatsträgerbeitrag (50 % AE): 240 €

Verbleibend: 490 €

Obwohl beide Mandatsträger den gleichen Beitrag zahlen, verbleibt bei höherer Sitzungsanzahl ein deutlich höherer Betrag.

Das zusätzliche Sitzungsgeld wird nicht in die Berechnung einbezogen und verbleibt vollständig beim Mandatsträger.

Dadurch entsteht der Effekt, dass Mandatsträger mit mehr Sitzungen im Ergebnis deutlich mehr behalten als solche mit wenigen Sitzungen, obwohl die gleiche prozentuale Abgabe gilt.

Eine sachgerechte Ausgestaltung der Mandatsträgerbeiträge muss daher gewährleisten, dass weder einzelne Mandatsträger unangemessen belastet werden noch die finanzielle Grundlage der Partei beeinträchtigt wird.

Die konkrete Ausgestaltung der Entschädigungen für kommunale Mandate soll vor Ort erfolgen und ist in den jeweiligen kommunalen Entschädigungssatzungen geregelt.

Nur die Kreisverbände kennen diese unterschiedlichen Rahmenbedingungen sowie die tatsächliche Zumutbarkeit für die Mandatsträger.

Vor diesem Hintergrund ist es sachgerecht, die Festlegung der Mandatsträgerbeiträge auf der jeweiligen Ebene vorzunehmen, auf der die konkreten Gegebenheiten bekannt sind.

Antrag S.11: Antrag zur Änderung der Satzung

Antragsteller*in:	BAG Antikapitalistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag beschließt eine Änderung der Satzung der Partei Die Linke.

Paragraf 19, Absatz 1, Satz 1 der Bundessatzung wird wie folgt geändert:

(1) Der Parteivorstand (Gesamtvorstand) besteht aus insgesamt 44 vom Parteitag zu wählenden Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes und eine jugendpolitische Sprecherin oder ein jugendpolitischer Sprecher.

Begründung

Der gegenwärtige Parteivorstand besteht aus 26 Mitgliedern. Er wurde nach einem deutlichen Rückgang der Mitgliedschaft der Partei Die Linke auf diese Zahl reduziert. Heute ist die Mitgliedschaft der Partei Die Linke mehr als verdoppelt. Der gegenwärtige Parteivorstand repräsentiert nicht die Breite der politischen, regionalen und thematischen Vielfalt der Partei. Im Interesse einer umfassenden demokratischen Beteiligung aller Mitglieder und Strukturen Partei sollte zur alten Zahl der PV-Mitglieder zurückgekehrt werden. Gleichzeitig ist das Gewicht des Geschäftsführenden Parteivorstandes (10 von 26 Mitgliedern) zu hoch. Die breite Masse der ehrenamtlichen Mitglieder muss besser repräsentiert werden.

Antrag S.12: § 13a Einladungsfristen der Organe der Kreisverbände

Antragsteller*in:	KV Lahn-Dill

Der Parteitag möge beschließen:

Ergänzung der Bundessatzung

§ 13a Einladungsfristen der Organe der Kreisverbände
(1) Die Einladungsfrist zur Mitgliederversammlung erfolgt spätestens 14 Tage vorher ab Absendung auf der Grundlage nach § 31 dieser Satzung. Diese Regelung, gilt ebenfalls für Wahlen.

(2) In unvorhersehbaren dringlichen Fällen (außer bei Wahlen) können diese Versammlungen unter verkürzter Ladungsfrist von spätestens sieben Tagen vorher ab Absendung einberufen werden. Dort gefasste Beschlüsse, dürfen nur mit dem Grund der Einberufung zusammenhängen.

(3) Die Einladungsfrist zur Vorstandssitzung erfolgt spätestens sieben Tage vorher ab Absendung.

(4) Die Geschäftsordnungen der Organe können ergänzende Regelungen vorsehen.

Begründung

Zur besseren Zeitplanung und der Zusammenlegung von Mitgliederversammlungen und Wahlterminen in einer verständlicheren Regelung halten wir es für sinnvoll, die Einladungsfristen auf 14 Tage vorher anzupassen. Bei Vorstandssitzungen reicht es hingegen aus, die Vorstandssitzungen mit einer siebentägigen Einladungsfrist zu versehen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag S.13: Neufassung § 31 Abs. 1 Einladung und Beschlussfähigkeit

Antragsteller*in:	KV Lahn-Dill

Der Parteitag möge beschließen:

Neufassung § 31 Abs. 1 Einladung und Beschlussfähigkeit

(1) Die Einladung zu den Tagungen der Parteiorgane, erfolgt i.d.R. durch E-Mail, ansonsten ist durch einfachen Brief an die zuletzt angegebene Anschrift einzuladen. Jedes Mitglied ist für die Aktualität seiner Daten verantwortlich. Der Einladung ist eine Tagesordnung sowie die notwendigen Beratungsunterlagen mit beizufügen. Die Geschäftsordnungen der Organe können eine ergänzende Regelung vorsehen.

Begründung

Die Form der Einladung ist zeitgemäßer Einladungsregelungen anzupassen, zu dem sollen die Gliederungen die Möglichkeit bekommen, weitere Anpassungen bei sich vornehmen zu können. Weitere Begründung, erfolgt mündlich.

Bisherige Fassung § 31 Abs. 1 Einladung und Beschlussfähigkeit
(1) Die Einladung zu den Tagungen der Parteiorgane sowie der Versand der Beratungsunterlagen erfolgt durch einfachen Brief an die zuletzt angegebene Anschrift des zu Ladenden. Sie kann durch Fax oder durch E-Mail erfolgen, sofern die zu Ladenden eine Fax- Nummer oder eine E-Mail-Adresse hinterlegt haben. Die Geschäftsordnungen der Organe können eine ergänzende Regelung vorsehen.

Antrag S.14: Änderung § 10 der Bundessatzung

Antragsteller*in:	BAG Tierrechte und Inklusion und Repräsentation von TINA* Personen

Der Parteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag beschließt folgende Neufassung des § 10 der Bundessatzung. Ziel ist die Weiterentwicklung der Geschlechterdemokratie hin zu einer inklusiven, nichtbinären- und intersektionalen-Praxis unter besonderer Berücksichtigung von FLINTA* Personen. FLINTA* bezeichnet Frauen, lesbische, inter*, nicht-binäre, trans*, ageschlechtliche Personen und weitere geschlechtliche Identitäten also Personengruppen, die aufgrund ihres Geschlechts und/oder ihrer Geschlechtsidentität unten den patriarchalen Geschlechterverhältnissen leiden, strukturelle Diskriminierung erfahren und nicht vom Patriarchat profitieren. Der FLINTA* Begriff wird aktuell stark debattiert. Wir sind uns dessen bewusst, dass der Begriff FLINTA* kein perfekter ist und sehen diesen ebenfalls kritisch. Der Begriff soll entsprechend der Entwicklungen im Diskurs künftig nochmals angepasst werden. Der § 10 der Bundessatzung soll wie folgt geändert werden:

§ 10 der Bundessatzung - aktuelle Fassung:

§ 10 Geschlechterdemokratie
(1) Die politische Willensbildung der Frauen in der Partei ist aktiv zu fördern. Es ist Ziel der Partei, dass Frauen weder diskriminiert noch in ihrer politischen Arbeit behindert werden. Frauen haben das Recht, innerhalb der Partei eigene Strukturen aufzubauen und Frauenplenen einzuberufen. Die Anerkennung des Rechts auf geschlechtliche Selbstbestimmung ist Teil unseres Verständnisses von Geschlechterdemokratie. Für die geschlechtsspezifischen Regelungen der Partei ist die hinterlegte Geschlechtsidentität im Mitgliederprogramm maßgeblich. Jedes Mitglied

kann den eigenen Eintrag auf Wunsch ändern lassen. Eine Änderung wird nach schriftlicher Mitteilung an den zugehörigen Landesverband und die schriftliche Bestätigung durch diesen wirksam.

(2) In allen Versammlungen und Gremien der Partei ist Frauen, unter der Voraussetzung entsprechender Wortmeldungen, nach jedem Redebeitrag, bei dem keine Frau gesprochen hat, das Wort zu erteilen.

(3) In allen Versammlungen und Gremien der Partei wird auf Antrag von mindestens einem Viertel der stimmberechtigten Frauen ein die Versammlung unterbrechendes Frauenplenum durchgeführt. Über einen in diesem Frauenplenum abgelehnten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter Beratung der gesamten Versammlung bzw. des gesamten Gremiums abschließend entschieden werden.

(4) Bei Wahlen von Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierten sind grundsätzlich mindestens zur Hälfte Frauen zu wählen. Ist dies nicht möglich, bleiben die den Frauen vorbehaltenen Mandate unbesetzt, eine Nachwahl ist jederzeit möglich.Kreis- und Ortsverbände, deren Frauenanteil bei weniger als einem Viertel liegt, können im Einzelfall Ausnahmen beschließen. Dabei darf die Quote als so beschlossene Ausnahme jedoch nicht unter dem Frauenanteil des jeweiligen Kreis- oder Ortsverbandes zum Stichtag des 31.12. des letzten Jahres liegen.

(5) Bei der Aufstellung von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist auf einen mindestens hälftigen Frauenanteil in der Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe hinzuwirken. Bei Wahlvorschlaglisten sind einer der beiden ersten Listenplätze und im Folgenden die ungeraden Listenplätze Frauen vorbehalten, soweit Bewerberinnen zur Verfügung stehen. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der Versammlung, einzelne Bewerberinnen abzulehnen. Reine Frauenlisten sind möglich.

§ 10 der Bundessatzung - neue Fassung:

§ 10 Geschlechterdemokratie

(1) Die politische Willensbildung der Frauen, lesbische, inter*, nicht-binäre, trans*, ageschlechtliche Personen und weitere geschlechtliche Identitäten (kurz: FLINTA*) in der Partei ist aktiv zu fördern. Es ist Ziel der Partei, dass Personen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Geschlechtsidentität, Geschlechtszugehörigkeit oder geschlechtlicher Selbstdefinition weder diskriminiert noch in ihrer politischen Arbeit behindert werden. FLINTA* Personen haben das Recht, innerhalb der Partei eigene Strukturen aufzubauen und FLINTA*-Plena einzuberufen. Die Anerkennung des Rechts auf geschlechtliche Selbstbestimmung ist Teil unseres Verständnisses von Geschlechterdemokratie. Für die geschlechtsspezifischen Regelungen der Partei ist die hinterlegte Geschlechtsidentität im Mitgliederprogramm maßgeblich. Jedes Mitglied kann den eigenen Eintrag auf Wunsch ändern lassen. Eine Änderung wird nach schriftlicher Mitteilung an den zuständigen Kreis- oder Landesverband und die schriftliche Bestätigung durch diesen wirksam. Im Falle von FLINTA* mit männlicher Geschlechtsidentität im Mitgliederprogramm sind Ausnahmen möglich, sofern sich das Mitglied mündlich oder schriftlich als FLINTA*-Person bekennt.

(2) In allen Versammlungen und Gremien der Partei ist FLINTA* Personen (Frauen, lesbische, inter*, nicht-binäre, trans*, ageschlechtliche Personen und weitere geschlechtliche Identitäten), unter der Voraussetzung entsprechender Wortmeldungen,

nach jedem Redebeitrag, bei dem keine FLINTA* Person gesprochen hat, das Wort zu erteilen.

(3) In allen Versammlungen und Gremien der Partei wird auf Antrag von mindestens einem Viertel der stimmberechtigten FLINTA* Personen (Frauen, lesbische, inter*, nicht-binäre, trans*, ageschlechtliche Personen und weitere geschlechtliche Identitäten) ein die Versammlung unterbrechendes FLINTA*-Plenum durchgeführt. Über einen in diesem FLINTA*-Plenum abgelehnten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter Beratung der gesamten Versammlung bzw. des gesamten Gremiums abschließend entschieden werden.

(4) Bei Wahlen von Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierten sind grundsätzlich mindestens zu zwei Drittel FLINTA* Personen (Frauen, lesbische, inter*, nicht-binäre, trans*, ageschlechtliche Personen und weitere geschlechtliche Identitäten) zu wählen. Ist dies nicht möglich, bleiben diese vorbehaltenen Mandate unbesetzt, eine Nachwahl ist jederzeit möglich. Kreis- und Ortsverbände, deren Anteil an FLINTA* Personen bei weniger als einem Viertel liegt, können im Einzelfall Ausnahmen beschließen. Dabei darf die Quote als so beschlossene Ausnahme jedoch nicht unter dem Anteil an FLINTA* Personen des jeweiligen Kreis- oder Ortsverbandes zum Stichtag des 31.12. des letzten Jahres liegen.

(5) Bei der Aufstellung von Wahlbewerber*innen für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist auf einen mindestens zwei Drittel Anteil an FLINTA* Personen (Frauen, lesbische, inter*, nicht-binäre, trans*, ageschlechtliche Personen und weitere geschlechtliche Identitäten) in der Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe hinzuwirken. Bei Wahlvorschlaglisten sind einer der beiden ersten Listenplätze und im Folgenden die ungeraden Listenplätze FLINTA* Personen vorbehalten, soweit Bewerber*innen zur Verfügung stehen. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der Versammlung, einzelne Bewerber*innen abzulehnen. Reine FLINTA*-Listen sind möglich.

Begründung

Der §10 Geschlechterdemokratie war eine Errungenschaft feministischer Bewegungen innerhalb der Linken. Wo vorher endo cis Männer (also Menschen, denen bei der Geburt das männliche Geschlecht zugewiesen wurde und welche sich damit identifizieren) den gesamten Raum einnahmen, wurden hiermit Räume von Frauen für Frauen erkämpft. Diese Räume waren und sind wichtig für die feministische Entwicklung innerhalb der Linken.

Der Paragraph stellt patriarchale Machtverhältnisse innerhalb der Partei in Frage. Aber er stellt diese eben nicht konsequent in Frage und schloss schon zu seiner Einführung trans*, nicht-binäre, inter*, genderqueere und weitere geschlechtliche Identitäten aus.

Er bezieht sich auf Unterdrückungs- und Diskriminierungsstrukturen innerhalb der Linken und versucht diese abzubauen. Dabei bezieht er sich komplett auf die Kategorie Geschlecht. Innerhalb einer Satzung könnten auch weitere Kategorien angesprochen werden, wie z.B. Herkunft und Klasse, soziale Herkunft, Ost- und Westdeutschland, Bildungsstand, Behinderung, Sexualität, Fluchterfahrungen und viele mehr.

Nach unserem intersektionalem Verständnis sollten künftig auch weitere Kategorien in die Satzung eingearbeitet werden. Wir beziehen uns hier auf die bereits bestehende Kategorie Geschlecht. Gesamtgesellschaftlich wie auch parteiintern gab es in den letzten Jahren einige Veränderungen. Der

Geschlechtseintrag divers wurde 2018 im Grundgesetz verankert. Die Selbstbestimmung von trans*, inter*, nicht-binären und ageschlechtlichen Personen, zumindest in Ansätzen, ist erst ab dem November 2024 gesetzlich geregelt und somit ermöglicht.

Die feministischen Debatten nehmen seit einigen Jahren die geschlechterbasierte Ungleichheit von trans*, inter*, nicht-binären und ageschlechtlichen Personen mit in den Fokus, doch Die Linke hat es lange versäumt, über den Tellerrand der Binarität hinauszublicken. In der Partei ist es seit 2024 möglich, einen Geschlechtseintrag divers oder keinen zu wählen. Zuvor waren nur die Einträge weiblich und männlich möglich.

Diese Entwicklungen begrüßen wir sehr, aber sie werden noch immer nicht in den Parteistrukturen und -ordnungen berücksichtigt.

Strukturen wie die zur Sicherung der Mindestquotierung oder das Frauenplenum sollen der geschlechterbasierten Chancenungleichheit in der Partei entgegen treten. Diese Ungleichheit betrifft alle Frauen, aber sie betrifft eben auch alle trans*, inter*, nicht- binäre und ageschlechtliche Personen. Wir finden es unabdingbar, dass unser Feminismus und unsere Geschlechtergerechtigkeit inklusiv gedacht werden. Die vorgeschlagenen Änderungen entwickeln bestehende feministische Errungenschaften konsequent weiter. Sie nehmen keiner Person etwas weg, aber stärken trans*, inter*, nicht-binäre und ageschlechtliche Personen. Sie stärken Sichtbarkeit, Selbstbestimmung und demokratische Beteiligung.

Antrag S.15: Satzungsänderung, § 16 Absatz 5, Verteilung Delegiertenmandate Parteitag

Antragsteller*in:	KV Mülheim und KV Bottrop

Der Parteitag möge beschließen:

§ 16, Absatz 5 wird um folgenden Satz ergänzt: Dabei soll gewährleistet werden, dass jedem der Kreisverbände zumindest ein Delegiertenplatz zugeteilt wird.

Begründung

Die Bestimmung der Delegiertenwahlkreise sowie die Verteilung der Delegierten innerhalb der Delegiertenwahlkreise ist Sache der Landes- und Kreisverbände. Die aktuellen Regeln beruhen jedoch noch auf der Zeit, in der die Kreisverbände oftmals nur einige wenige Mitglieder hatten und zusammengefasst wurden. Mittlerweile hat sich die Mitgliederzahl verdoppelt und sind die Kreisverbände überall gewachsen.

Die aktuellen Regeln führen in der neuen Situation dazu, dass sie von größeren Kreisverbänden teilweise voll angewendet und die meisten bis alle Delegiertenplätze eines Delegiertenwahlkreises beansprucht werden. Folge sind Streitereien, Anträge und Gegenanträge, die auch nachfolgendes Zusammenarbeiten beeinträchtigen.

Argumente wie wir haben mehr Mitglieder deswegen brauchen wir mehr Delegierte, sonst wird die Parteibasis nicht adäquat repräsentiert tragen nicht zur Stärkung von Basis und Zusammenarbeit bei, sondern vermitteln das Recht des Stärkeren.

Um der neuen Situation Rechnung zu tragen, Unstimmigkeiten und Ungerechtigkeiten vorzubeugen, vor allem aber um dem grundlegenden linken Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe und die

Berücksichtigung von Minderheiten gerecht zu werden sowie die Arbeit aller Kreisverbände zu würdigen, zu repräsentieren, zu stärken und zu einen, sollte jeder Kreisverband mindestens eine*n Delegierte*n schicken können. Auch ist die direkte Erfahrung von Bedeutung, in alle Ebenen eingebunden und Teil dessen zu sein. Nur so kann ein Gefühl von Gemeinschaft entstehen und authentisch in die Kreisebene gespiegelt werden.

Damit dies vollumfänglich umgesetzt wird und garantiert werden kann, wäre es sinnvoll, das auf Bundesebene zu verankern.

Keiner sollte außen vor bleiben. Alle machen eine wertvolle und wichtige Arbeit vor Ort und jede*r hat etwas beizutragen, auch wenn es „nur“ 100 oder 200 Mitglieder sind, was früher als viel angesehen worden wäre.

Zudem ist es als linke Partei kritisch anzusehen, die reine Anzahl zum Entscheidungskriterium zu machen, ob man teilnehmen und damit mitgestalten darf oder nicht. Das gilt auch, wenn per Wahl innerhalb eines Delegiertenkreises über vorgeschlagene Delegierte abgestimmt wird und die reine Anzahl der Stimmen darüber entscheidet. Das ist, als wenn Elon Musk spricht „Ich habe das meiste Geld, ich bestimme.“, denn bei einer solchen Form der Wahl ist klar, wenn vorher keine Einigung gefunden werden konnte, dass der größere Verband „seine“ Delegierten durchbringt, wenn die kleineren Verbände eines Delegiertenwahlkreises nicht überproportional viele berechtigte WählerInnen anderer Kreisverbände aufbringen kann, was unrealistisch ist – dieses kapitalistische Konkurrenz-Verhalten ist leider noch sehr verbreitet und kleinere Kreisverbände haben dabei das Nachsehen. Nicht zuletzt würde es eine basisdemokratische Haltung spiegeln statt Mehrheitsentscheidungen, die auf gegeneinander arbeiten und Überstimmungen beruhen und im schlechtesten Fall 49 Prozent der Beteiligten übergehen.

Antrag WO.01: § 3 Abs. 2 Ankündigung von Wahlen

Antragsteller*in:	KV Lahn-Dill

Der Parteitag möge beschließen:

Wahlen können nur stattfinden, wenn zur Wahl spätestens 14 Tagen vorher ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Begründung

Zur besseren Zeitplanung und einer verständlicheren Regelung halten wir es für sinnvoll, die Einladungsfrist von zehn auf 14 Tage heraufzusetzen.

Bisherige Fassung § 3 Abs. 2 Wahlen können nur stattfinden, wenn zur Wahl spätestens 10 Tage vorher eingeladen wurde.

Antrag WO.02: § 4 Abs. 4 Satz 3 Wahlordnung

Antragsteller*in:	KV Lahn-Dill

Der Parteitag möge beschließen:

Im Letzten Satz des Absatzes 4 wird wie folgt umformuliert.

„Bei Arbeitsgemeinschaften, Kreis- und Ortsverbänden ruht für den Zeitpunkt der eigenen Kandidatur die Funktion und Tätigkeit in der Wahlkommission.“

Begründung

Bei Arbeitsgemeinschaften auf allen Ebenen sowie den Kreis- und Ortsebene ist es sinnvoll, dass auch kandidierende im Wahlausschuss wählbar sind. Dies hat sich in der Praxis nicht bewährt. Näheres erfolgt mündlich.

Bisherige Fassung § 4 Abs. 4 Wahlordnung (4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein oder mehrere Mitglieder der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus.

Bei Kreis- und Ortsverbänden bis 100 Mitglieder ruht für den Zeitpunkt der eigenen Kandidatur die Funktion und Tätigkeit in der Wahlkommission.

Notizen

Notizen

Notizen

Notizen

Notizen

Wir bleiben in Kontakt

Instagram: @dielinke
TikTok: @die.linke
Bluesky: @die-linke.de
Mastodon: @dielinke

YouTube: @dielinke
Facebook: linkspartei
WhatsApp: Die Linke
Telegram: dielinke

Bürger*innentelefon:
030 24 00 99 99
E-Mail:
kontakt@die-linke.de

www.die-linke.de